

Der Sachausschuß I tagt morgen vormittag 9½ Uhr in Zimmer 36.

Der Sachausschuß II tagt morgen vormittag 9½ Uhr in Zimmer 38.

Der Sachausschuß III tagt morgen vormittag 9½ Uhr in Zimmer 6.

Der Sachausschuß IV tagt morgen vormittag 10 Uhr in Zimmer 5.

Ich bitte, mich nunmehr zu ermächtigen, die nächste Sitzung auf Freitag morgen 9½ Uhr anzuberäumen, und mir die Festsetzung der Tagesordnung zu überlassen, je nachdem die Arbeiten in den Sachausschüssen erledigt sind. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Es kommen dann noch zwei Anträge der kommunistischen Fraktion; soweit ich sie lesen kann, lauten sie wie folgt:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, bei der Reichsregierung Einspruch zu erheben gegen die Pläne des Reichsfinanzministers Hilferding, den laufenden Reichshaushalt dadurch teilweise auszugleichen, daß den Landesversicherungsanstalten der Staatszuschuß in der Form von Schuldverschreibungen in der Höhe von 170 Millionen RM überwiesen wird. Der Pro-

vinziallandtag fordert, daß die aufgespeicherten Kapitalien der Versicherungsanstalten in erster Linie zu einer Verbesserung der Invalidenrenten benützt werden.“

Dieser Antrag würde verbunden werden mit den Verhandlungen des Sachausschusses I.

Endlich — wenn nicht noch etwas kommen sollte, was ich nicht weiß (Heiterkeit) —:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Reichseisenbahngesellschaft in der Linie einen Druck auszuüben, daß den Kriegsbeschädigten, die infolge ihrer Verletzung bei der Beförderung auf der Eisenbahn einen Sitzplatz bedürfen, die Vergünstigung eingeräumt wird, gegen Zahlung des Tarifs für die Holzklasse die Polsterklasse benutzen zu dürfen bei Zahlung des evtl. Zuschlags für Gil- und D-Züge. Eventuell wolle die Reichsregierung dieses Zugeständnis durch Zahlung einer Pauschsumme an die Reichsbahngesellschaft ermöglichen.“

Das würde an den III. Sachausschuß gehen.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die nächste Vollsitzung ist also Freitag morgen 9½ Uhr.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 17 Uhr 40 Minuten.)

Vierte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Freitag, den 8. März 1929.

(Beginn 10 Uhr.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Anfrage der SPD.-Fraktion, ob die Provinzialverwaltung in der Lage ist, über die Maßnahmen der Strombauverwaltung bei der zu erwartenden Hochwassergefahr Auskunft zu geben.
3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1927 bis 31. März 1928.
4. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hauptverwaltung für das Rechnungsjahr 1929.
5. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten für das Rechnungsjahr 1929.
6. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung für das Rechnungsjahr 1929.
7. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den weiteren Ausbau des Jugendherbergnetzes und weitere Förderung des Jugendherbergwerkes.
8. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Aufstellung eines Haushaltsplans für das Jahr 1928 durch den Jugendherbergverband, Gau Rheinland.
9. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. anderweite Festsetzung der Beitragsätze durch den Jugendherbergverband, Gau Rheinland.
10. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Bewilligung von 100 000 RM zur Förderung des Lichtspielwesens in der Jugendpflege.
11. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. das Landesjugendamt der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1929.

12. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Neuwahl von Mitgliedern des Landesjugendamtes;
in Verbindung hiermit
Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf sofortige Neuwahl der Mitglieder zum Landesjugendamt.
13. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die bisherige und weitere Durchführung des Hochwasserschutzprogramms am Rhein und seinen Nebenflüssen.
14. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Hochwasserschutzmaßnahmen.
15. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Uebernahme von Garantieverpflichtungen für die Vollenendung des Mittellandkanals.
16. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Bewilligung einer dritten Rate von 150 000 RM aus Provinzialmitteln für die Nierzregulierung.
17. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Bewilligung einer letzten Beihilferate aus Provinzialmitteln in Höhe von 113 350 RM zum Bau einer Aggertalsperre bei Dümmlinghausen, Kreis Gummersbach.
18. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Erhöhung verschiedener Positionen des Haushaltsplans für landwirtschaftliche Angelegenheiten und einige im landwirtschaftlichen Haushaltsplan neu vorgeschlagene Bewilligungen.
19. Antrag des V. und I. Sachausschusses
a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. anderweite Verwendung der durch den 74. Provinziallandtag bereitgestellten 200 000 RM für eine Zinsverbilligungsaktion zugunsten der Landwirtschaft,
b) zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Errichtung von gemeindlichen Saatgutäckern.
20. Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Zinsverbilligung für die Kleinbauern.
21. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Bollig u. a., die Reichsregierung und den Reichstag zu ersuchen, ungesäumt wirtschafts-politische Maßnahmen zur Besserung der verzweifeltsten Lage der rheinischen Landwirtschaft zu treffen.
22. Antrag des V. Sachausschusses zum Antrage des Abgeordneten Dr. Kreuz u. a., im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer bei Reich und Staat die Bereitstellung von Mitteln zur Kreditgewährung bzw. Verbilligung an die durch die Kartoffelabsturzkrise schwer betroffene Landwirtschaft der rheinischen Gebirgsgegenden zu erwirken.
23. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1929.
24. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Desdorf für das Rechnungsjahr 1929.
25. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Provinzialgut Bylerwald für das Rechnungsjahr 1929.
26. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Provinzialdomäne Lammerödorf für das Rechnungsjahr 1929.
27. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Viehschneidentzündungen für das Rechnungsjahr 1929.
28. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Förderung der bäuerlichen Ansiedlung in den Grenzbezirken.
29. Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Unterstützung der Kleinwinzer.
30. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Einrichtung einer Mädchenklasse bei der Provinzial-Lehranstalt für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier.
31. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Einrichtung eines Instituts für Klimaforschung bei der Provinzial-Weinbaulehranstalt zu Trier.
32. Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ankauf des Hartrathschen Weinbergs „Trierer Reuberg“.
33. Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufnahme einer Anleihe von bis zu 700 000 RM zur Unterstützung des Baues von Weinbergswegen.
34. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Urweiler für das Rechnungsjahr 1929 nebst Anlage I, Mädchenklasse Sobernheim (zur Anstalt Kreuznach).
35. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1929.

36. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Streichung der im Haushaltsplan für „Kunst und Wissenschaft“ für 1929 zur Errichtung und Unterhaltung von Denkmälern usw. vorgesehenen Beträge und auf Verwendung dieser Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen.
37. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Verteilung der unter Titel V 1 des Haushaltsplanes über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für 1929 vorgesehenen Mittel im Betrage von 160 000 RM.
38. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Einrichtung einer Archivberatungsstelle bei der Provinzialverwaltung.
39. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzialmuseen für das Rechnungsjahr 1929.
40. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Einstellung eines Betrages von 50 000 RM in den Haushaltsplan zur Förderung des handwerklichen Nachwuchses.
41. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Gewährung eines einmaligen und eines laufenden Zuschusses für das „Haus der Technik“ in Essen.
42. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für „Gewerbliche Zwecke“ für das Rechnungsjahr 1929.
43. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesrates Dr. von Woffe.
44. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Brandts (Landesversicherungsanstalt) zum Landesrat.
45. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Wahl des Obergerichtsrats und -baurats Dr. Prager zum Landesbaurat.
46. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Besoldungen und anderen persönlichen Ausgaben der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ für das Kalenderjahr 1929.
47. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Könzgen u. a., betr. Einspruch gegen jede Verwendung von Mitteln der Landesversicherungsanstalten zu Finanzzwecken.
48. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, bei der Reichsregierung gegen die Pläne des Reichsfinanzministers auf teilweise Ausgleichung des Reichshaushalts durch Ueberweisung von Schuldverschreibungen in Höhe von 170 Millionen RM als Staatszuschuß an die Landesversicherungsanstalten Einspruch zu erheben.
49. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Kalenderjahr 1929.
50. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Uebernahme der Bürgerschaft des Provinzialverbandes für die Aufnahme eines Darlehens der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“.
51. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1929.
52. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1929.
53. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1929.
54. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für das Rechnungsjahr 1929.
55. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Provinzial-Erziehungsheime für das Rechnungsjahr 1929.
56. Antrag des II. und III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Denkschrift über den Gesundheitszustand der in den Erziehungsheimen und in Familienpflege untergebrachten Fürsorgezöglinge.
57. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Förderung des Gesundheitszustandes der Fürsorgezöglinge in allen Anstalten mit über 100 Zöglingen durch Errichtung der Badeanstalten mit Schwimmbassin.
58. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Abstandnahme von der Einziehung von Renten der Fürsorgezöglinge sowie auf Einstellung der Einziehung von Erstattungsbeträgen mit der Aufhebung der Fürsorgeerziehung.
59. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr.

- a) Abänderung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes,
 b) Uebernahme von privaten Fürsorgeerziehungsanstalten mit hilfsbedürftigen Minderjährigen in kommunale Verwaltung,
 c) Tragung der Kosten der Unterbringung hilfsbedürftiger Minderjähriger durch das Reich und Anweisung an alle Jugendämter, die Erledigung von Fürsorgeerziehungsanträgen nicht privaten Vereinigungen zu übergeben.
60. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, den Klöstern „vom guten Hirten“ keine Böglinge mehr zu überweisen.
61. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Ewentualantrag der KPD.-Fraktion, betr. die Durchführung der Fürsorgeerziehung.
62. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Taubstummenwesen: Provinzial-Taubstummenanstalten (Schulen) für das Rechnungsjahr 1929.
63. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. das Provinzial-Taubstummenheim Guskirchen für das Rechnungsjahr 1929.
64. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. das Ergebnis der Prüfung der Frage, ob ein Bedürfnis für die Schaffung von Einrichtungen für schwache Kinder besteht.
65. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Blindenwesen für das Rechnungsjahr 1929.
66. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Hebammenwesen für das Rechnungsjahr 1929.
67. Antrag des III. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend
1. den derzeitigen Stand der vom Provinzialverband für Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege übernommenen Bürgschaften und der beim preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt zur Weiterleitung an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege aufgenommenen Darlehen,
 2. die im Jahre 1928 auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 74. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung übernommenen Bürgschaften und Darlehen,
 3. erneute Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahre 1929 nochmals Bürgschaften zu übernehmen bzw. Darlehen zur Weiterleitung an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege aufzunehmen.
68. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die

- Zunahme der in der Anstaltsfürsorge des Rheinischen Provinzial- bzw. Landesfürsorgeverbandes befindlichen Geisteskranken, Epileptiker und Idioten und die Maßnahmen zur Beschaffung neuer Anstaltsplätze.
69. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Anstaltsfürsorge für Geisteskranken usw. für das Rechnungsjahr 1929.
70. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten einschließlich der Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme und des Provinzial-Fürsorgeheimes für psychopathische Mädchen (Fürsorgezöglinge) für das Rechnungsjahr 1929.
71. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, den in der Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau in der Kartonagen-Abteilung beschäftigten Kranken eine ausreichende Entlohnung zu zahlen.
72. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Verkauf des Gutes Hommelsheim für die Zwecke der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt zu Düren und für eine in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer zu errichtende Melkerschule und eine Lehranstalt für Schweinezucht und -mast.
73. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Landesfürsorgewesen für das Rechnungsjahr 1929.
74. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler für das Rechnungsjahr 1929.
75. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Beseitigung der Uniformierung der Beamten und Angestellten der Provinzial-Arbeitsanstalt, jedoch unter Belassung des Kleidergeldes.
76. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Ausbau der landwirtschaftlichen Abteilung der Provinzial-Arbeitsanstalt und Einsetzung einer Summe von 500 000 Reichsmark in den Haushaltsplan.
77. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Entlohnung aller Insassen der Provinzial-Arbeitsanstalt nach Tariflohn.
78. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, Personen über 50 Jahre nicht mehr als Korrigenden in Zwangsarbeitsanstalten unterzubringen.
79. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, in den gesetzlichen Bestimmungen den Passus, betr. Ueberweisung von Personen an die

- Landespolizeibehörde wegen Nichtbeschaffung eines Unterkommens zu streichen.
80. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen, betr. Verbot der Ueberweisung Erwerbsloser an die Landespolizeibehörde durch Gemeinden und Stadtverwaltungen, zu erlassen.
 81. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Krüppelfürsorge für das Rechnungsjahr 1929.
 82. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die orthopädische Provinzial-Kinderheilanstalt in Süchteln für das Rechnungsjahr 1929.
 83. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für das Rechnungsjahr 1929.
 84. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Zusammenfassung des neu zu bildenden Beirats der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
 85. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Reichseisenbahngesellschaft einzuwirken, daß Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verletzung eines Sitzplatzes bedürfen, gegen Zahlung des Tarifs für Holzklasse die Polsterklasse benutzen dürfen.
 86. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1929.
 87. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialstraßen-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1929.
 88. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen für das Rechnungsjahr 1929.
 89. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebauens für das Rechnungsjahr 1929.
 90. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion dahingehend, bei der Reichs- und Staatsregierung auf Abänderung des Gesetzes über eine Sonderfürsorge bei berufswähliger Arbeitslosigkeit vorstellig zu werden.
 91. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, bei der Reichs- und Landesregierung auf Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung hinzuwirken.
 92. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau einer Kraftwagenstraße von Bonn über Köln nach Düsseldorf mit späterer Fortsetzung zum rechtsrheinischen Industriegebiet.
- In Verbindung hiermit
- a) Zusatzantrag der Zentrumsfraktion auf Ermächtigung des Provinzialausschusses, mit dem Bau der Kraftwagenstraße Köln-Düsseldorf zwecks Schaffung von Arbeitsgelegenheit bereits im Winter 1929 zu beginnen;
 - b) Antrag der Zentrumsfraktion, bei Ausführung von Straßenbauten das Material der rheinischen Hartstein- und Basaltlavaindustrie in besonderer Weise zu berücksichtigen und
 - c) Antrag des Gemeinderats zu Urfeld auf Aenderung der Linienführung der Kraftwagenstraße Köln-Bonn.
93. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Stand des Ausbaues und der Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.
 94. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Anlegung von Fußgänger- und Radfahrwegen an Provinzialstraßen.
 95. Antrag des IV. Sachausschusses
 - a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses betr. die Verwendung der für außerordentliche Zwecke des Straßenbaues für das Rechnungsjahr 1929 bereitzustellenden Mittel,
 - b) zu dem Zusatzantrag der Arbeitsgemeinschaft, 1 Million Reichsmark an den Verbandsauschuß des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk mit der Maßgabe zu überweisen, daß der Verbandsauschuß einen Nachweis der Baustellen und der Verteilung der Mittel dem Provinzialauschuß übergibt.
 96. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Ersuchen an die Reichsregierung und den Reichstag auf Bereitstellung von Mitteln für Zwecke der Kinderspeisungen.
 97. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Verschiedenes“ für das Rechnungsjahr 1929.
 98. Antrag des I. und III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Außerordentlicher Haushalt“ für das Rechnungsjahr 1929.
 99. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufnahme einer Anleihe von 20 263 000 RM.
 100. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Vermögens- und Schuldenverwaltung für das Rechnungsjahr 1929.

101. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln für das Rechnungsjahr 1929.
102. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1929 und Vorbericht hierzu.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Rufglocke funktioniert im Augenblick noch nicht. Ist bitte also, sich zunächst nach der Glocke hier zu richten. Es ist mir nicht möglich, nach außen die Rufglocke ertönen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Die Niederschrift über die dritte Vollsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen.

Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Abgeordneten Koenzgen und Dr. Kirchner.

Entschuldigt hat sich für die heutige Sitzung Herr Abgeordneter Heuser wegen Erkrankung.

Eingegangen sind nach der letzten Sitzung noch folgende Anträge:

Antrag des Abgeordneten Koenzgen u. a., betr. Einspruch gegen jede Verwendung von Mitteln der Landesversicherungsanstalt zu Finanzzwecken des Reiches (Drucksache 81).

Antrag des Abgeordneten Bollig u. a., die Reichsregierung und den Reichstag zu ersuchen, ungesäumt wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Besserung der verzweifeltsten Lage der rheinischen Landwirtschaft zu treffen. (Drucksache 82.)

Antrag des Abgeordneten Dr. Creutz u. a., im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer bei Reich und Staat die Bereitstellung von Mitteln zur Kreditgewährung bzw. Verbilligung an die durch die Kartoffelabakrise schwer getroffene Landwirtschaft der rheinischen Gebirgsgegenden zu erwirken. (Drucksache 83.)

Diese Anträge sind Ihnen im Druck zugegangen.

Es sind ferner eingegangen fünf Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung:

1. den Provinzialausschuß zu beauftragen, Anordnungen zu erlassen, daß die Landesbank und alle öffentlichen Kassen keine Strafausschläge bei nicht pünktlicher Zahlung der Zinsen verlangen,
2. auf Herabsetzung der für Reisekosten in den Haushaltsplan eingesehten Beträge,
3. auf Bereitstellung von Mitteln für Wasserversorgung in den höher gelegenen Gebieten der Rheinprovinz,
4. bei der Staatsregierung darauf hinzuwirken, daß sofortige Erhebungen über den Umfang des Schadens vorgenommen werden, der durch den starken Frost der Landwirtschaft entstanden ist, und daß sofortige Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden,

5. auf Beseitigung des herrschenden Notstandes durch baldigen Bau der Autostraße Bonn—Köln, Köln—Düsseldorf.

Diese Anträge sind entgegen der Vereinbarung im Aeltestenrat nach dem Zeitpunkt eingegangen, der vom Aeltestenrat als spätester Termin eingeseht worden war, und zwar nach 12 Uhr gestern nachmittag. Ich lege diese Anträge hier auf dem Tische des Hauses aus.

Der Antrag, daß die Landesbank und alle öffentlichen Kassen angewiesen werden sollen, keine Strafausschläge zu verlangen, wenn die Zinsen nicht pünktlich gezahlt werden, muß zunächst dem Provinzialausschuß zur Stellungnahme zugehen, ebenso der Antrag, daß sofortige Erhebungen über den Umfang der Frostschäden in der Landwirtschaft vorgenommen und sofortige Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden. Diese beiden Anträge gehen, wie gesagt, zunächst dem Provinzialausschuß zu.

Die übrigen Anträge verbinde ich nach dem Beschluß des Aeltestenrates mit den entsprechenden anderen Drucksachen, und zwar den Antrag auf Herabsetzung der Reisekosten mit Nr. 4 der heutigen Tagesordnung, den Antrag wegen der Wasserversorgung mit dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Saassen, der morgen zur Tagesordnung steht, und den Antrag wegen des Ausbaues der Kraftwagenstraße Bonn—Köln—Düsseldorf mit dem Antrage auf Drucksache 44 Nr. 92 der heutigen Tagesordnung. — Diese Verbindung ist von Ihnen beschlossen.

Der Aeltestenrat ist sich soeben über die geschäftsmäßige Behandlung der 102 Punkte umfassenden heutigen Tagesordnung schlüssig geworden. Mit diesen 102 Punkten ist das Arbeitspensum des Provinziallandtags noch nicht erschöpft. Wir haben dann noch etwa 25 Punkte ausstehen, die morgen auf die Tagesordnung kommen. (Zuruf des Abg. Rohl: Legen Sie die Peitsche auf den Tisch, dann geht es besser!) Der Aeltestenrat schlägt Ihnen vor, eine Festsetzung und Beschränkung der Redezeit wie folgt vorzunehmen:

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie nun, damit keine Mißverständnisse entstehen, die Tagesordnung von heute zur Hand zu nehmen. Es werden nach Vorschlag des Aeltestenrats

selbständig beraten die Punkte 2, 3, 4, 5, und 6, jeder für sich mit Beschränkung der Redezeit für jede Fraktion und auch die Gruppe der Volksrechtler auf 5 Minuten.

Es werden dann vereinigt die Punkte 7 bis 9 einschließl., unter Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten,

ferner die Punkte 10 bis 12 einschließl., 10 Minuten Redezeit,

die Punkte 13 und 15, 5 Minuten,

die Punkte 15, 16 und 17, jeder für sich selbständig je 5 Minuten,
 alsdann verbunden die Punkte 18 bis einschließlich 28, Redezeit 20 Minuten,
 ferner verbunden 29 bis einschließlich 34, Redezeit 10 Minuten,
 verbunden 35 bis einschließlich 39, Redezeit 10 Minuten,
 verbunden 40 bis einschließlich 42, Redezeit 10 Minuten,
 selbständig die Punkte 43, 44 und 45, Redezeit je 5 Minuten,
 verbunden 46 bis einschließlich 48, Redezeit 5 Minuten,
 verbunden 49 und 50, Redezeit 5 Minuten,
 verbunden 51 und 52, Redezeit 5 Minuten,
 selbständig 53, Redezeit 5 Minuten,
 verbunden 54 bis einschließlich 61, Redezeit 20 Minuten,
 verbunden 62 bis einschließlich 65, Redezeit 5 Minuten,
 selbständig die Punkte 66 und 67, Redezeit je 5 Minuten.
 verbunden 68 bis einschließlich 72, Redezeit 10 Minuten,
 verbunden 73 bis einschließlich 80, Redezeit 10 Minuten,
 verbunden 81 und 82, Redezeit 5 Minuten,
 verbunden 83 bis einschließlich 85, Redezeit 5 Minuten,
 selbständig Nr. 86, Redezeit 5 Minuten,
 verbunden die Punkte 87 bis einschließlich 95, Redezeit 15 Minuten.
 Der Rest der Tagesordnung 96 bis 102 selbständig jeder Punkt. Zu jedem Punkt Redezeit 5 Minuten.

Ich würde zu den verbundenen Punkten zunächst die Berichterstatter nacheinander zu Worte kommen lassen, dann die gemeinschaftliche Erörterung eröffnen.

Der Ältestenrat will nicht mißverstanden werden: Wenn er diese Redezeit so ausgemessen Ihnen vorschlägt, so will er damit nicht sagen, daß die Redezeit unbedingt von jeder Fraktion ausgenutzt werden muß. (Seiterkeit.) Beschränkungen bleiben zulässig.

Sie haben den Vorschlag des Ältestenrats gehört. Ich habe dazu die Zustimmung von drei Vierteln des Hauses notwendig. Ich bitte diejenigen, die für den Vorschlag des Ältestenrates sind, sich zu erheben. Das ist die erforderliche Mehrheit. Es ist so beschloffen. (Unruhe links. Glocke des Vorsitzenden.) Ich bitte, keine Zwiesprache zu führen. Ich darf um Ruhe bitten, Herr Nohl. Wenn die Gespräche dort beendet

sind, können wir in die Tagesordnung eintreten. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!)

Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung: Anfrage der S.P.D.-Fraktion, ob die Provinzialverwaltung in der Lage ist, über die Maßnahmen der Strombauberwaltung bei der zu erwartenden Hochwassergefahr Auskunft zu geben.

Der Punkt ist gestern im I. Sachausschuß besprochen worden. Der Herr Oberpräsident hat ausführliche Mitteilungen über die von der Strombauberwaltung ergriffenen Maßnahmen gemacht. Auf Wunsch des I. Sachausschusses hat sich der Herr Oberpräsident bereit erklärt, hier vor dem Plenum diese Erklärung zu wiederholen.

Ich darf den Herrn Oberpräsidenten bitten, das Wort zu nehmen.

Oberpräsident Dr. Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon zu Beginn der diesjährigen Tagung war es ein Wunsch von mir, Ihnen über die Eisverhältnisse der Rheinprovinz Auskunft zu geben, weil immerhin die Bevölkerung in einer gewissen Unruhe ist und ein Anrecht darauf hat, zu hören, wie die Dinge liegen.

Am Dienstag war die Lage noch gänzlich ungeklärt, und ich hätte Ihnen über den weiteren Verlauf der Eisverhältnisse kaum irgend etwas Bemerkenswertes sagen können. Nun gibt mir die Anfrage, die hier gestellt worden ist, sowie der gestrige Beschluß des Ausschusses die erwünschte Gelegenheit, Ihnen heute etwas Näheres über die Sache zu sagen und Ihnen auch über die Maßnahmen, die getroffen worden sind, zu berichten.

Dabei bin ich heute in der außerordentlich glücklichen Lage, Ihnen etwas ganz besonders Gutes zu sagen. (Bravo!) Heute morgen ist die Nachricht eingegangen, daß die bisher gefährdetste Stelle — da, wo das Moseleis auf das Rheineis in der Gegend von Merum aufgestoßen ist und sich versetzt hat — gestern abend und in dieser Nacht in Bewegung geraten und etwa 40 Kilometer abgetrieben ist, von Kilometer 301 bis Kilometer 342. Nach menschlichem Ermessen ist damit die Eisgefahr für den deutschen Niederrhein so gut wie beseitigt. (Bravo!)

Das kann man wohl mit umso größerer Sicherheit sagen, als die Wetterlage nach wie vor außerordentlich günstig ist. Wenn am Oberrhein ein Schmelzen des Schnees eintritt und eine Aufweichung des Eises, während es am Niederrhein noch hart gefroren ist, ist die Gefahr eine ganz ungeheure. Auch hier ist zur Zeit nichts zu erwarten, denn bei Nacht haben wir Frost und bei Tag eine gewisse Erwärmung. Das hat zur Folge, daß das Eis auf dem Rhein mehr und mehr mürbe, aber der Schnee im Gebirge zurück-

gehalten wird. Es ist also kaum anzunehmen, daß das Eis aus dem Gebirge noch auf das Eis am Niederrhein auftreffen wird. Das bedeutet eine so günstige Konstellation, wie wir sie vor zehn Tagen noch in keiner Weise erwarten konnten.

Meine Damen und Herrn! Ich könnte damit eigentlich meine Ausführungen schließen. Sie haben aber ausdrücklich erklärt, Sie wollten wissen, welche Maßnahmen getroffen worden sind. Da kein Mensch die Zukunft völlig prophezeien kann, besonders nicht bei Naturereignissen, so lege ich großen Wert darauf, Ihnen zu sagen, wie die ganze Sachlage ist und welche Maßnahmen getroffen worden sind.

Während bei den meisten Strömen die Eisbildung sich so entwickelt, daß es von der Mündung an anfängt zu frieren und dann allmählich die Ströme zufrieren bis zur Quelle hin, haben wir beim Rhein und bei der Oder eine ganz besondere Eigenart: Es bilden sich hier an verschiedenen Stellen der Ströme Eisversetzungen, und oberhalb dieser Eisversetzungen setzt sich dann die Eisdecke an, teils durch Frieren, teils auch durch das Auflaufen des Treibeises, das sich ja während der ganzen Zeit auf den Strömen befindet. Wir haben solche Eisversetzungen erfahrungsgemäß an der Mündung, bei Düsseldorf, bei Unkel, an der Loreley und oben bei Gernsheim. In diesem Jahre ist es so gewesen, daß vom 5. Februar an die Eisversetzungen begonnen haben, am Niederrhein, bei Unkel, etwas später an der Loreley und oben bei Gernsheim. Bis zum 15. Februar haben die Eisversetzungen am Niederrhein die deutsche Grenze erreicht. Damals sind wir sofort mit der holländischen Strombauverwaltung in Verbindung getreten und haben sie gebeten, sobald es nur irgendwie die Temperatur und die Eisverhältnisse gestatteten, auf ihren Gebieten mit dem Eisbrechen zu beginnen und den Strom nach Möglichkeit freizumachen. Wir haben mit der holländischen Verwaltung ein Abkommen getroffen, daß diese Eisbrecher, sobald sie die Grenze erreichen, auch darüber hinaus unsere Gebiete aufbrechen, denn wir sind gar nicht in der Lage — das möchte ich nochmals betonen —, irgendwelche Eisbrecherarbeiten von nennenswerter Bedeutung auf unserem Strom vorzunehmen, wenn nicht vorher der Eisstopfen in Holland beseitigt ist. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Ich wiederhole es hier: Es glaubt auch kein Mensch, daß eine Behörde, die für diese Verhältnisse verantwortlich ist, in der Lage wäre, eine Katastrophe herbeizuführen, indem sie das Eis vom Oberrhein nach dem Niederrhein hinunterschickt. Alle derartigen Vermutungen, die ausgesprochen worden sind, muß ich natürlich zurückweisen.

Die Holländer haben dann auch sehr bald mit ihren Eisbrechern begonnen, weil sie ja selbst das allergrößte Interesse daran haben, den Rhein freizumachen, denn, wenn bei uns die Dämme brechen, ist natürlich Hol-

land im wahrsten Sinne des Wortes in Not. Ihre Arbeiten wurden aber dadurch stark gehemmt, daß sie zunächst in dem Gebiet von Ebbe und Flut nur mit einer gewissen Einschränkung arbeiten konnten. Wenn bei Flut die Schollen zurückgetrieben werden, geraten die Eisbrecher zwischen die Schollen und das feststehende Eis, und, wenn die Schollen dann gefrieren, sind die Eisbrecher erledigt. Infolgedessen mußten sie immer wieder zurückgezogen werden, um am anderen Tage von neuem zu beginnen. Ihre Arbeit kam auch deshalb nicht rasch voran, weil sie fortgesetzt mit 6, 7 und 8 Grad Kälte zu rechnen hatten. Außerdem befanden sich auf dem Rhein an mehreren Stellen schwere Eisversetzungen, sog. Barrieren, die eine Dicke von 4 bis 5 Meter hatten, mit einer entsprechenden Ausdehnung. Dort geht es natürlich nur langsam voran. Mittlerweile sind aber die Hindernisse beseitigt, und die Arbeiten auf dem holländischen Gebiete schreiten verhältnismäßig rasch vorwärts, da die Eisbrecher jetzt nur mit einer Eisdecke von etwa 1 Meter zu tun haben. Es ist anzunehmen, daß sie jetzt am Tage etwa 15 bis 20 Kilometer weiter vorrücken. Da eine Eisdecke von einer Länge von 80 bis 90 Kilometer auf dem holländischen Gebiet vorhanden ist, können sie in mehreren Tagen oben ankommen, freilich immer vorausgesetzt, daß das Eis nicht härter, sondern mürber wird.

Wie sich die Dinge jetzt bei uns gestaltet haben, schiebt sich unsere Strecke von Tag zu Tag mehr zusammen, so daß die Holländer, wenn sie an unsere Grenze kommen, voraussichtlich nicht mehr allzuviel zu tun haben werden. Immerhin haben wir am Niederrhein eine zusammenhängende Eisdecke von 160 Kilometer. Der Mittelrhein ist vollständig eisfrei bis oberhalb der Loreley; dort ist eine zusammenhängende Eisdecke von etwa 80 Kilometer. Dann haben wir wiederum einen eisfreien Rhein, und dann beginnt bei Gernsheim wieder eine Eisdecke von 70 Kilometer bis Sondernheim. Insgesamt haben wir auf dem Rhein über 300 Kilometer Eis. Dazu kommen nun noch, nachdem — jetzt können wir sagen, glücklicherweise — das Eis der Mosel abgetrieben ist, die Nahe, die Lahn, der Main, der Neckar auf der ganzen Linie. Sie mögen sich daraus einen Begriff machen von den Eismassen, die dort oben vorhanden sind; es ist ganz erheblich.

Wie ich schon vorhin sagte, bestehen die Gefahren darin, daß bei uns keine zusammenhängende Decke ist. Sie schmilzt nachher, sie geht weniger gefahrlos ab wie die zusammenhängende Decke, wo, wenn es oben schmilzt, der Eisstopfen auf die untere auftrifft. Die Gefahr, die daraus am Niederrhein entstehen könnte, kann mehr oder weniger als beseitigt gelten.

Nun zum Oberrhein. Am Oberrhein haben wir mit Sprengungen seit dem 13. Februar eine kleine Stelle an der Loreley freigemacht, und zwar nur aus dem Grunde, damit, wenn später das Eis dort in Be-

wegung gerät, es nicht in der Loreley aufläuft. Dann müßte der ganze Oberrhein auf weite Strecken elend erkaufen. Aber diese Eisbrecherarbeiten haben für den Niederrhein keinerlei Bedeutung, denn das, was an Eis von dort oben herunterkommt, ist gar nicht nennenswert. Im übrigen wird die ganze Eisdecke am Oberrhein festgehalten durch die Barrieren, die wir haben bei Caub, bei Oberwesel, am Lorcher Werth, am Klemensgrund und am Binger Loch. Sie halten das Eis zunächst so fest, daß von irgendeiner Gefahr da keine Rede sein kann. Es war deshalb für uns unbedingt notwendig, daß wir die Sprengungen an der Loreley machten, um die offene Rinne nach Oberwesel zu erreichen und die Gefahr für oberhalb nach Möglichkeit zu verringern.

Das ist die Lage. Nun die Maßnahmen. Die Maßnahmen sind dreierlei Art. Wir müssen erstens alles tun, was für die Freimachung des Stromes möglich ist. Zweitens haben wir einen Warnungsdienst für die Bevölkerung einzurichten und wir haben drittens für den Schutz von Eigentum und Leben der Bevölkerung zu sorgen. Ich habe schon gesagt: Bei den Maßnahmen bezüglich der Freimachung sind wir außerordentlich gehandicapt, denn ohne die Holländer können wir natürlich nichts machen. Wenn das Eis dort nicht weg ist, können wir nichts ausrichten.

Außerdem ist soviel von Sprengungen gesprochen worden, und es sind uns dafür allerhand Hilfen angeboten worden. Wir haben erklären müssen, daß auch früher die Sprengungen keine besondere Bedeutung hatten und daß sie sie auch jetzt nicht haben. Um das Eis locker zu machen, haben die Sprengungen so gut wie keinen Wert. Sie kommen nur dann in Frage, wenn sich an der einen oder anderen Stelle bei der Verfestung des Eises neue Verfestungen bilden, die Brücken und besondere Bauwerke gefährden. Dann sprengen wir sie natürlich, um auf diese Weise uns eine kleine Erleichterung zu verschaffen. Wir können auch kleinere Barrieren, wie in Holland, sprengen, aber durch Sprengungen das Eis locker zu machen und zum Abtrieb zu bringen, ist unmöglich. Ich habe gestern im Ausschuß den Damen und Herren von der Probe erzählt, die wir da gemacht haben. Sie war nicht vielverheißend. Wir haben eine Ladung von fünf Zentnern Dynamit bei Orsoy in den Rhein versenkt und zur Entzündung gebracht mit dem Erfolg, daß das Eis im Umkreis von etwa 100 Meter etwas mürbe wurde, daß einige Risse entstanden und bei der großen Detonation etwas Eis und Wasser zum Himmel flog. Im übrigen hat sich alles wieder zusammengesetzt, und man hatte nach zwei Stunden wieder das alte Bild. Eine derartige Sprengung hat also im allgemeinen keinen Wert. Insofern aber irgendeine Sprengung nachher notwendig oder erforderlich ist, ist das Personal der Strombauverwaltung derart ausgebildet, daß wir deshalb niemals in eine Verlegenheit

geraten werden. Es ist alles vorhanden, sowohl an Material wie an Mannschaften, daß wir sofort überall da, wo es notwendig ist, unsere Sprengungen vornehmen können.

Das Zweite ist der Warnungsdienst. Von Februar ab haben wir einen Eiswachtdienst bei der Strombauverwaltung eingerichtet, der die Rheinstrombauverwaltung Koblenz und alle ihr nachgeordneten Stellen umfaßt und der fortgesetzt mit der Wetterwarte in Aachen in Verbindung steht. Bei der Rheinstrombauverwaltung laufen unausgesetzt die Nachrichten über das ganze Niederschlagsgebiet des Rheines ein. Diese Nachrichten werden gesammelt und geordnet und werden abends durch die Zeitungen im ganzen Rheingebiet verbreitet. Wenn Gefahren drohen, wenn es anfängt, gefährlicher zu werden, dann werden durch die Bobs-Telegramme, die geschlüsselt sind nach den Erfahrungen, die wir beim Hochwassernachrichtendienst gemacht haben, alle Regierungspräsidenten, Landräte und Leiter der Kommunen bis zum Gemeindevorsteher herab sofort benachrichtigt. Innerhalb zwei Stunden kann die ganze Rheinprovinz bis zum letzten Mann im kleinsten Dorfe wissen, wie die Dinge liegen. Außerdem haben wir uns mit dem Rundfunk in Verbindung gesetzt, und zwar mit den Sendern in Frankfurt und in Köln, die alle zwei Stunden durch den Rundfunk die Nachrichten verbreiten. Außerdem ist für jeden die Möglichkeit gegeben, sich bei der Rheinstrombauverwaltung bei Tage und bei Nacht nach der Lage zu erkundigen. Daß uns also irgend etwas über den Hals kommen könnte, ist vollständig ausgeschlossen.

Nun die Maßnahmen für den Schutz der Bevölkerung, für ihr Leben und ihr Eigentum. Während die ersten beiden Maßnahmen von der Rheinstrombauverwaltung getroffen wurden, sind die Maßnahmen, die auf dem Lande vorgesehen sind, von mir am 18. Februar mit sämtlichen Herren Regierungspräsidenten besprochen worden, und von da aus sind alle Maßnahmen bis ins kleinste hinein organisiert worden. Alle gefährdeten Stellen sind angegeben, und es ist für jeden einzelnen Fall alles vorgesehen, was nur irgendwie zu machen ist.

Meine Damen und Herren, je mehr wir überzeugt sind, daß unter Umständen eine Katastrophe von Menschenhänden nicht abzuwenden ist, um so mehr haben wir uns alles überlegt, was nur irgendwie gemacht werden könnte, und wir haben alles vorbereitet, was nur irgendwie getan werden kann, immer mit dem Ziel, der Bevölkerung das beruhigende Gefühl zu geben, daß von seiten der Behörden alles geschieht, was für sie nur irgendwie geschehen kann. (Beifall.) Ich glaube, daß Sie sich auch darauf verlassen können, daß das funktioniert. Die gesamte Bevölkerung arbeitet eifrig mit. Sie geht mit den Behörden Hand in Hand. Es ist anzunehmen, daß wirklich nichts versäumt wird, was dabei irgendwie geschehen kann. Wir

sehen die Sache, was den Oberrhein angeht, immer noch mit einem gewissen Ernst an, aber ohne Nervosität, und wir haben den festen Willen, alles zu tun, was in Menschenkräften liegt, und wir hoffen, daß, wenn die Dinge weiter so günstig verlaufen, diesmal der Schmerzenskelch von unserer geliebten Heimatprovinz abgewendet wird. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Ich spreche sicher im Namen des Hauses, wenn ich dem Herrn Oberpräsidenten für diese beruhigende Erklärung danke und ihn auch bitte, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Strombauverwaltung und allen denen, die sonst zu unserem Schutze auf dem Deiche gestanden haben, den besten Dank des Landtages auszusprechen. (Beifall.)

Wir kommen zu

Punkt 3: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1927 bis 31. März 1928.

Berichterstatter ist Herr Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen zunächst zur Kenntnisnahme zu unterbreiten den Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. März 1928, sowie den Besoldungs- und Stellenplan. Sodann empfehle ich zur Annahme den Antrag des I. Sachausschusses zum Haushaltsplan der Hauptverwaltung für das Rechnungsjahr 1929, ferner den Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten für 1929.

Vorsitzender Dr. Jarres: Damit ist auch schon zu den Punkten 4 und 5 Bericht erstattet.

Das Wort wird nicht gewünscht. Sie haben dem Antrage entsprochen.

Punkt 6: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung für das Rechnungsjahr 1929.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Rönzgen.

Abgeordneter Rönzgen: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 4 — wir müssen darauf zurückkommen — hat noch Herr Abgeordneter Dr. Stein das Wort gewünscht.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine Damen und Herren, wir finden auf Seite 7 des Haushaltsplanes, daß die Aufwendungen für die Reisekosten ganz erheblich gestiegen sind, und zwar ist im Jahre 1927 nach

der 31-Musgabe nur die Hälfte dessen aufgewendet worden, was jetzt im Etat vorgesehen ist und auch im vorjährigen Etat vorgesehen war.

Meine Damen und Herren, es ist Ihnen allgemein bekannt, daß sich in weiten Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Besorgnis darüber kundgetan hat, daß die Reisen der Beamten übertrieben werden. Aus dieser Stimmung heraus ist auch im Preussischen Landtag von meinen dortigen Fraktionsfreunden ein Antrag gestellt worden, die Reisen der Beamenschaft weiter einzuschränken. Es ist Tatsache, daß, während man sonst durchaus nicht behaupten kann, daß in jeder Beziehung verschwenderisch gewirtschaftet wird, sondern vielfach noch die preussische Sparsamkeit besteht, gerade bei den Reisen vielfach ganz erhebliche Ueberschüsse für die einzelnen, die die Reisen ausführen, sich ergeben. Dies kann leicht dazu verführen, daß mehr Reisen gemacht werden, als unbedingt notwendig sind. Es ist u. E. dringend notwendig, daß von oben herab darauf gesehen wird, daß die Dienstreisen weiter eingeschränkt werden. Es kann nicht geduldet werden, daß diese Posten andauernd steigen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Stein hat zur Begründung seines Antrages angeführt, man möge doch die Aufwendungen für Reisekosten wieder zurücksetzen auf den um 50 Prozent geringeren Betrag, der im Jahre 1927 aufgewendet worden sei. Ich habe hier die Zahlen des Haushaltsplans: Im Jahre 1927 sind aufgewendet worden 37 559 RM. Im Haushaltsplan 1928 stehen 35 000 RM und im Ansatz 1929 stehen ebenfalls 35 000 RM. Ich habe weiter zur Begründung nichts zu sagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegt ein Irrtum von mir vor. Ich muß aber die Schuld dafür auf den Herrn Präsidenten schieben, der es mir nicht möglich gemacht hat, meine Akten zur Hand zu nehmen. (Zuruf des Abg. Gerlach: Ach, Herr Stein, Sie irren sich oft!) Meine Beanstandung bezieht sich auf Seite 27 II 1: Reisekosten von Mitgliedern des Provinzialausschusses und der Kommissionen. Dort stehen im Jahre 1927 9464 RM, und es sind in den Jahren 1928/29 je 18 000 RM. Da liegt die Verdoppelung.

Sichtlich der Tagegelder und Reisekosten ist es richtig, daß der Betrag um 2000 RM abgenommen hat. Wir sind aber der Auffassung, daß da weitere Ersparnismöglichkeiten vorliegen, und zwar aus den Gründen, die ich vorhin ausgeführt habe.

Vorsitzender Dr. Jarres: Halten Sie den Antrag, den Sie gestellt haben, aufrecht, Herr Dr. Stein?

(Abg. Dr. Stein: Jawohl!) Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag des Herrn Dr. Stein sind, sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit (Seiterkeit). Der Antrag ist abgelehnt.

Der Antrag des I. Sachausschusses zu Nr. 4 ist angenommen.

Wir kommen zu den vereinigten Punkten 7—9. Ich brauche sie nicht zu verlesen.

Berichterstatter zu Punkt 7 ist Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen die unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 8 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dresen.

Abgeordneter Dresen: Der Sachausschuß empfiehlt Ueberweisung an den Provinzialausschuß.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 9 derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dresen: Desgleichen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zu diesem Punkt hat Herr Abgeordneter Becht.

Abgeordneter Becht: Ueber die Notwendigkeit des Ausbaues des Jugendherbergswesens als auch des Jugendherbergsnetzes sind sich die Parteien in diesem Hause wohl alle einig. Aber eine andere Frage ist die, ob die Möglichkeit der Benutzung der Jugendherbergen auch allen Teilen der Bevölkerung möglich ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine restlose Beteiligung der rheinischen Bevölkerung an diesem volksgesundheitlichen Werk nicht möglich ist. Wir haben es deshalb für notwendig gehalten, zu diesem Möglichmachen für alle Bevölkerungskreise einige Worte zu sagen.

Der Herr Landeshauptmann sowohl wie auch andere Herren haben am Anfang dieser Woche bei ihren Ausführungen dargelegt, daß wir augenblicklich in der Rheinprovinz rund 250 000 Erwerbslose haben. Wenn wir die Erwerbslosenfrage mit den Fragen des Jugendherbergswesens und des Jugendherbergsnetzes in Verbindung bringen, so steht ohne weiteres fest, daß, wenn der Jugend die Möglichkeit gegeben werden soll, durch Wanderungen die Heimat kennen zu lernen und sich körperlich zu ertüchtigen, man auch den Kindern dieser 250 000 Erwerbslosen die Möglichkeit geben muß, sich an diesen Jugendfahrten zu beteiligen. Wir wissen genau, daß das, was die Erwerbslosen heute zum Leben bekommen, zu wenig ist, um auch das nackte Dasein zu fristen. Wir wissen aber auch, daß diese Fahrten eine bestimmte Summe Geldes erfordern, die selbst in dem Haushalt eines beschäftigten Arbeiters nicht zu unterschätzen ist. Wenn man aber, um diese Fahrten der weiten Bevölkerung des Rheinlandes möglich zu machen, auch noch von den Erwerbslosen verlangen wollte, daß sie von ihrer kärglichen Unterstützung das Fahrtengeld

für ihre Kinder auswerfen, so ist wohl von vornherein einzusehen, daß in allen Fällen den Kindern der Erwerbslosen diese Wanderungen ver sagt bleiben müssen, weil die Eltern erstens das Geld für diese Fahrten und zweitens die Mittel zur notwendigen Ausrüstung für diese Fahrten nicht aufbringen können und sie drittens auch nicht in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, um ihren Kindern den Beitritt zu irgendwelchen Jugendvereinen zu ermöglichen. Wir halten es deshalb für unbedingt notwendig, daß besonders den Kindern der Erwerbslosen die Möglichkeit gegeben werden muß, durch Fahrten durch das rheinische Land oder über die Grenzen des Rheinlandes hinaus, das, was sie zu Hause infolge Minderernährung in ihrem gesundheitlichen Fortkommen zurückerwirft, zum mindesten dadurch etwas auszugleichen, daß sie bei diesen Fahrten durch gute und frische Kost, aber auch durch die inneren Eindrücke, die das Neue für sie bietet, etwas von dem einholen, was sie sonst entbehren müssen.

Wir halten es deshalb für richtig, daß das Landesjugendamt oder die dafür in Frage kommenden Stellen sich mit der Frage befassen, ob nicht den einzelnen Verbänden für diesen Zweck bestimmte Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit auch diesen armen Kindern die Möglichkeit gegeben wird, sich an diesen Jugendfahrten zu beteiligen.

Man kann meiner Ansicht nach die Frage des Jugendherbergswesens und des Ausbaues des Jugendherbergsnetzes nicht lösen von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Wandernden überhaupt. Es hat meiner Ansicht nach keinen Zweck, Jugendherbergen zu errichten oder ein Herbergsnetz auszubauen, das nur dazu dienen soll, den Kindern der Vermögenden Erholung zu bieten, deren Eltern in der Lage sind, die Mittel dafür aufzubringen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in erster Linie diese Sachen eingerichtet werden müssen, um den Kindern derjenigen, die nicht in der Lage sind, ihre Kinder auszurüsten, die Möglichkeit zu geben, sich daran zu beteiligen.

Wir haben zu dieser Angelegenheit keinen Antrag gestellt. Ich glaube auch nicht, daß vom Landesjugendamt für diesen Zweck den Schulen usw. Mittel bewilligt worden sind. Wir wünschen aber dringend, um diese Jugendwanderungen auch allen Kreisen der Bevölkerung nutzbar zu machen, daß das Landesjugendamt hierzu in weitestmöglicher Weise Mittel zur Verfügung stellt.

Solange wir im Rheinland eine derart große Erwerbslosenzahl, nicht nur im Winter, sondern auch im Frühjahr und Sommer haben, wird sonst weiten Kreisen der Erwerbslosenkinder die Möglichkeit einer solchen Erholung genommen. Ich glaube kaum, daß hier im Hause, auch auf der rechten Seite, nicht die Einsicht vorhanden ist, daß es unbedingt notwendig ist,

auch diesen armen, von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Not und Elend gestoßenen Kindern die Möglichkeit zu geben, sich ihres Lebens in etwa zu freuen, damit sie, genau wie die anderen Kinder, in der Schule dieselben Möglichkeiten des Lernens und Fortkommens haben wie jene, deren Vater mit einem gespickten Geldbeutel versehen ist.

Wir haben, wenn man eine Grundzahl von 250 000 Erwerbslosen nimmt, damit zu rechnen, daß mindestens 600—700 000 Kinder dieser Erwerbslosen an den Wanderungen aus den eben von mir dargelegten Gründen nicht teilnehmen können. Wenn man aber diese Kinderzahl zu der Gesamtfindenzahl im Rheinlande in Vergleich stellt, so muß ohne weiteres zugegeben werden, daß durch den Ausschluß der Kinder der Erwerbslosen von diesen Fahrten fast die meisten Kinder des Rheinlandes, die es besonders nötig hätten, teilzunehmen, ausgeschlossen werden.

Wir möchten deshalb das Landesjugendamt er-suchen, einen Weg zu finden, der auch diesen Kindern die Möglichkeit gibt, alles das, was vom Landesjugendamt eingerichtet wurde, zu benutzen, damit ihnen in etwa das Jammerleben, zu welchem sie dadurch, daß ihre Eltern aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfen wurden, gezwungen sind, erleichtert wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkte liegen nicht vor. Wird getrennte Abstimmung gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich diejenigen, die für die Anträge des II. Sachausschusses zu den Punkten 7—9 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu den vereinigten Punkten 10 bis einschl. 12. Berichterstatter zu Punkt 10 ist Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen in seiner überwiegenden Mehrheit die unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter zu Punkt 11 ist Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Die Tätigkeit des Landesjugendamtes hat im II. Sachausschuß allgemeine warme Anerkennung gefunden. Der Sachausschuß schlägt Ihnen die unveränderte Annahme des Haushaltsplanes vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 12, verbunden mit Drucksache 55, derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Mit dieser Sache hat sich der II. Sachausschuß schon in seiner Sitzung in Dormagen beschäftigt, wie Sie aus dem gedruckten Bericht des Provinzialausschusses sehen. Der Provinzialausschuß hat im selben Sinne Stellung genommen wie der II. Sachausschuß. Deshalb empfiehlt Ihnen der II. Sachausschuß, entsprechend seinen früheren

Beschlüssen, die Annahme dieses Antrages, die zugleich zur Folge hat, daß der Antrag auf sofortige Neuwahl der Mitglieder zum Landesjugendamt, den die kommunistische Fraktion gestellt hat, abgelehnt ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zu diesen Punkten hat Herr Abgeordneter Becht.

Abgeordneter Becht: Wir sind der Ansicht, daß in pädagogischer und sonstiger Hinsicht auf dem Gebiete der Erziehung noch mancher Weg beschritten werden muß, der im Interesse der zu Erziehenden liegt. Wir halten auch das Lichtspielwesen für ein gutes Mittel um die Erziehung zu fördern. Wenn gestern im Sachausschuß durch den Vertreter der Verwaltung erklärt wurde, daß im Moment nicht alle diese Filmstreifen, diese Bilder, die Sie zu haben wünschen, vorhanden seien und daß deshalb die Summe von 100 000 RM eingeseht werden müsse, um diese noch fehlenden, für die Erziehung unbedingt notwendigen Bildstreifen anzuschaffen, so stehen wir dieser Forderung geneigt gegenüber. Wir sind sogar bereit, diese Summe zu erhöhen, wenn die Verwaltung es für dringend notwendig hält. Es wurde aber in diesem Ausschuß weiter gesagt, daß in der nächsten Zeit die schon im Rheinlande bestehenden, den Jugendorganisationen angehörigen Filmstellen unter einer Dachgesellschaft zusammengefaßt werden sollen. Wir halten diese Form des Zusammenschlusses für gut, weil dadurch der Austausch der einzelnen Filmbilder möglich ist, ohne daß deshalb große Kosten entstehen.

Ich möchte aber heute hier im Plenum, genau wie gestern im Ausschuß, zum Ausdruck bringen, daß es unter allen Umständen notwendig ist, daß von der Verwaltung darauf gesehen wird, daß alles, was an Bildmaterial den Kindern vorgeführt werden soll, unbedingt objektiv bleiben muß. Es darf unter keinen Umständen zugelassen werden, daß, wie es jetzt schon von einzelnen Jugendorganisationen in breitem Maße getan wird, die Filmstreifen dazu verwandt werden, um eine gewisse nationale Heße und eine gewisse nationale Tendenz in die Erziehung der Jugendlichen hineinzutragen. Meine Damen und Herren, wir haben genug von dem Elend und der Not, die uns der Krieg gebracht haben. Wir wollen nicht, daß unsere Kinder, unsere Jugend erneut in eine Richtung hineingebracht wird, die weiter nichts mit sich bringen wird als wiederum Not und Elend. Wir haben genug des Blutvergießens, wir haben genug des Jammers. Deshalb wünschen wir, daß bei der Auswahl der Filme unter allen Umständen das vermieden wird, was unsere Kinder aufreizen soll, in jedem Franzosen den Erbfeind und in jedem Engländer denjenigen zu sehen, der es nicht wahr haben will, daß sich Deutschland, daß sich die deutsche Kultur, der deutsche Handel und Wandel ausbreitet. Es muß alles vermieden werden, was im Sinne der deutschen Kapitalisten und Imperialisten Krieg und Eroberung

als notwendig darstellt. Wir lehnen es grundsätzlich ab, auch nur einen Pfennig für derartige Lichtbilder auszugeben, wenn wir auch nur an einer Stelle feststellen, daß diesen von uns gestellten Forderungen nicht Rechnung getragen wird.

Ich glaube, es ist wohl allgemein richtig, wenn man versucht, die Jugend durch objektive Bilder — gestern sind uns einige dieser Filme genannt worden — in das Wesen der Natur und das Geschehen des Lebens, das sich um uns abspielt, einzuführen. Damit ist dem Erziehungswesen gedient. Irrendwelse verheßende und sonstige, die eine Volksschicht auf die andere treibende Filmbilder können wir unter keinen Umständen in dieser Dachgesellschaft dulden.

Wir haben den Antrag gestellt, daß zum Landesjugendamt neu gewählt werden soll. Im November vorigen Jahres haben wir uns in einer Sitzung des II. Sachausschusses mit der Frage der Neuwahl zu diesem Amt beschäftigt. Die Verwaltung und einige Parteien standen auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, daß das Landesjugendamt in seiner jetzigen Form solange zusammen bleibe, bis der Provinziallandtag neu gewählt werde, und dann gleichzeitig mit dem Einzug der neuen Mitglieder des Provinziallandtages auch die neuen Mitglieder in das Landesjugendamt einziehen. Wir halten das nicht für richtig. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß man zum mindesten den gesetzlichen Vorschriften genügen soll. Wenn die Gesetze verlangen, daß das Landesjugendamt nach Ablauf seiner vierjährigen Arbeitszeit erneut gewählt wird, so ist unbedingt moralische Verpflichtung der Verwaltung, diesem Gesetz des Reiches Geltung zu verschaffen.

Wir können es sehr gut verstehen, warum die Parteien es nicht wünschen, daß das Landesjugendamt in seiner jetzigen Form geändert wird. Wenn man sich die Arbeiten des Landesjugendamtes betrachtet, so muß man als objektiv Dastehender ohne weiteres zu der Einsicht kommen, daß dieses Amt in seiner jetzigen Besetzung weiter nichts ist als eine Verteilungsstelle der von der Verwaltung bereitgestellten Mittel an die engsten Parteifreunde und deren Organisationen. (Hört! Hört!) Es darf unter keinen Umständen auch in der Zukunft so sein, wie es augenblicklich ist. Wir müssen unter allen Umständen erwarten, daß, wenn das Landesjugendamt Mittel zum Zwecke der Jugendfürsorge, der vorbeugenden Fürsorge usw. zu verteilen hat, diese Mittel auch so verteilt werden, daß alle Organisationen, die sich mit den Fragen der Jugendbewegung und der Jugendfürsorge befassen, unbedingt berücksichtigt werden. Heute ist es so, daß die sieben großen Spitzenorganisationen, die aus irgendeinem Grunde staatlich anerkannt sind — weshalb sie es sind, weiß natürlich keiner —, alle die Hunderttausende unter sich verteilen, daß aber die Organisationen, die auf Grund ihrer Einstellung eben

nicht die Anerkennung dieses reaktionären Staates finden, leer ausgehen und völlig übergangen werden. Meine Damen und Herren, wir können ein derartiges System des Landesjugendamtes nicht gutheißen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die ganze rheinische Bevölkerung, soweit sie in der Jugendpflege tätig ist, auch die Muknießung des Landesjugendamtes haben soll. Das Jugendwohlfahrtsgesetz schreibt ausdrücklich vor, daß das Landesjugendamt und die Jugendämter die Vereine, die sich mit der Jugendpflege befassen, fördern und unterstützen sollen. Man muß aber hier feststellen, daß die Förderung und Unterstützung der Vereine nur so weit geht, als sie sich von der äußersten Rechten bis zur Sozialdemokratie bewegen. Alles das, was links von der Sozialdemokratie steht, hat scheinbar keinen Anspruch auf Zuwendungen und Unterstützungen durch das Landesjugendamt. Diese Organisationen, die sich aus Kreisen zusammensetzen, deren Opfermut den der anderen um hundert Prozent übersteigt, in denen aber die Vermissten der Proleten zusammensitzen, werden vollständig von diesen Zuwendungen ausgeschlossen. Das muß unbedingt geändert werden. Wenn diese Organisationen, die sich der Jugendpflege widmen, glauben, das Recht zu haben, alle diese immensen Summen allein zu verbrauchen, so möchte ich offen erklären, daß eine derartige Verteilung der Gelder weiter nichts ist als ein Schacher, der von den einzelnen Parteien auf Grund ihrer Stärke im Landesjugendamt getrieben wird, um recht viel für sich in Anspruch zu nehmen. Wir müssen diese Methode aufs schärfste verurteilen. Wir dürfen nicht soweit kommen, daß bei der Verteilung der Mittel die eine Partei der anderen den Ball zuwirft, um durch dieses Ballspiel alles für sich zu nehmen, was vorhanden ist, sondern wir müssen verlangen, daß die Verteilung der Mittel objektiv und prozentual auf Grund der Mitgliederstärke der einzelnen Vereine vorgenommen wird, unbekümmert darum, ob diese Vereine eine reaktionäre oder eine internationale Einstellung besitzen. Wir müssen unter allen Umständen verlangen, daß dieser Schacher aufhört und daß die Verteilung der Mittel so vor sich geht, wie es im Interesse der gesamten rheinischen Bevölkerung richtig ist.

Weil eben das Landesjugendamt in seiner jetzigen Zusammensetzung dieses Spiel auch für die Zukunft unbedingt durchführen will, haben wir den Antrag gestellt, das Landesjugendamt neu zu wählen. Die Wahlzeit war schon im vorigen Herbst abgelaufen. Wir haben augenblicklich den Zustand, daß wir uns einige Monate über eine gesetzliche Regelung hinaus ein Amt anmaßen, das uns nicht mehr zusteht. Daß der Landtag das Recht hat und souverän ist, diese reichsgesetzlichen Bestimmungen benutzt zu mißachten, das glaube ich nicht. Ich glaube vielmehr, daß ein Reichsgesetz, das vom Reichsministerium kommt, unter allen Um-

ständen von den untergeordneten Organen durchgeführt werden muß.

Aus den von mir dargelegten Gründen der gerechten Verteilung der Mittel und der Rechtslage in der Frage der Neuwahl des Landesjugendamtes müssen wir auf unserem Antrag bestehen. Wir hoffen, daß alle, die noch in der Lage sind, ein Rechtsempfinden aufzubringen, sich unserem Antrage nicht verschließen werden. Wir hoffen aber auch, daß die Organisationen, die immer für sich in Anspruch nehmen, daß sie auf christlicher Grundlage an eine gerechte Verteilung alles dessen herangehen, was vorhanden ist, diese christliche Grundlage auch bei der Verteilung der Mittel an die Organisationen, die ihnen nicht so sehr nahestehen, zur Anwendung bringen. Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß Sie uns und unsere Organisationen scheuen wie die Pest. Aber Sie werden sich schon damit abfinden müssen, daß, wenn auch heute noch nicht der Zeitpunkt da ist, wo diese Organisationen ein Wörtchen im öffentlichen Leben mitzusprechen haben, dieser Zeitpunkt aber in kürzester Frist da sein wird. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Becht: Ich möchte schon deshalb hier eine grundlegende Aenderung, damit, wenn der Zeitpunkt da ist, wo wir die Verteilung der Mittel allein vornehmen, Sie nicht dieselben Früchte ernten, die Sie heute säen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesrat Wingen der.

Landesrat Wingen der: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich auf die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Becht zum Lichtspielwesen kurz eingehe.

Herr Abgeordneter Becht hat die Vorlage begrüßt, hat aber gewünscht, daß der Ankauf und der Verleih von Tendenzfilmen an Jugendorganisationen nicht stattfinden soll. Meine Damen und Herren! Wir kaufen keine Tendenzfilme. Aber wir können es den Jugendorganisationen nicht verbieten, aus dem privaten Verleih sich solche Filme zu leihen, die für ihre Zwecke und ihre politische und weltanschauliche Richtung in Frage kommen. Ebenso wenig wie wir den kommunistischen Jugendorganisationen verbieten können, Ruffenfilme zu kaufen und zu spielen (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Otto: Aber Sie unterstützen die kommunistischen Filme nicht!), können wir es den nationalen Verbänden verbieten, nationale Filme bei sich laufen zu lassen. Derartige Tendenzfilme stammen aber nicht aus den Beständen des Landesjugendamtes, sondern aus dem privaten Filmverleih, auf dessen Gestaltung wir keinerlei Einwirkung haben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Meine Damen und Herren! Die Arbeit des Landesjugendamtes findet die Unterstützung aller Parteien. Der vorbeugende Jugendschutz ist wohl eigentlich die beste Maßnahme, um dem Kapitel Jugendfürsorge zu Leibe zu rücken. Wir begrüßen vor allem die Einrichtung der Kurse und Vorträge für Jugendführer.

Was die Fürsorge für die kinderreichen Familien angeht, so möchten wir, daß der Frage der Erziehungsbeihilfen eine größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Es wäre zu begrüßen, wenn vor allem auch vom Landesjugendamt auf die einzelnen Städte und Gemeinden eingewirkt würde, um gerade der Gewährung von Erziehungsbeihilfen einen gewissen Ansporn zu geben. Es geschieht in den einzelnen Gemeinden, vor allem auf dem Lande, auf dem Gebiete noch viel, viel zu wenig. (Zuruf rechts: Kein Geld!)

Das Kapitel Wohnungsfürsorge wird ja bei anderer Gelegenheit behandelt werden.

Ich möchte sodann der Frage der Schulzahnpflege einige Worte widmen. Wir wissen, daß die Zahl der zahnkranken Kinder in unseren Schulen ungeheuer groß ist, auf dem Lande mehr noch als in der Stadt.

Die bisher betriebene Schulzahnpflege genügt uns nicht. Es ist der Sache nicht gedient, wenn schließlich jedes Jahr einmal ein Schulzahnarzt in die Schule kommt und feststellt, wieviel zahnkranken Kinder vorhanden sind. Die gemachten Beobachtungen werden recht hübsch in die sog. Schulzahnbogen eingetragen. Aber der Erfolg bleibt aus, nämlich, daß auch tatsächlich den vorhandenen Mängeln zu Leibe gerückt wird, daß für die zahnkranken Kinder durch eine ärztliche Behandlung auch wirklich etwas geschieht. Wir möchten daher bitten, daß das Landesjugendamt der Einrichtung der fahrbaren Schulzahnklinik größte Aufmerksamkeit widmet. Wir wissen, daß das Landesjugendamt vor allen Dingen im letzten Jahre schon sehr segensreich tätig gewesen ist, um überall, wo sich Gemeinden und Kreise dazu entschlossen, diese fahrbaren Zahnkliniken zu beschaffen, durch Beihilfen Unterstützung zu geben. Wir halten auf dem Gebiete der Schulzahnpflege die Einrichtung der fahrbaren Zahnklinik, die bekanntlich in der Idee des Bonner Professors Kantorowits gelegen ist, für die einzig mögliche Lösung, um der Zahnpflege auf dem Lande gerecht zu werden.

Was das Lichtbildwesen angeht, so freuen wir uns darüber, daß das Landesjugendamt eine Forderung von 100 000 RM eingereicht hat, die der Beschaffung von Filmen und Lichtbildern dienen sollen. Etwas überrascht waren und sind wir darüber, daß ein

Teil der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft nicht bereit ist, diesem Antrage zuzustimmen. Die Beweggründe, die dazu geführt haben, mögen ja die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft selbst darlegen. Aber wenn man sagt, es wäre wohl besser, statt die Eigenbeschaffung dieser Filme und Bilder vorzunehmen, zu den Privat-instituten zu gehen, um dort die Filme zu leihen, so können wir diesem Gedanken absolut nicht beipflichten. Etwas anderes ist es, wenn ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft im Ausschuß sagte, daß es vielleicht noch dringendere Aufgaben gibt, und aus diesem Gesichtspunkte heraus zur Ablehnung des Antrages kommt.

Meine Damen und Herren! Wir halten aber gerade diese Aufgabe für außerordentlich wichtig und dringend. Es genügt nicht, daß wir fortwährend von dem Ueberhandnehmen der Schmutz- und Schundfilme sprechen. Wenn wir dem Uebel zu Leibe rücken wollen, müssen wir vielmehr an die Stelle dieser minderwertigen Filme und Bilder etwas Gutes setzen. Da glauben wir, daß gerade durch die Ansammlung guter Werte in der Hand der einzelnen Lichtspielstellen der Sache am besten gedient ist.

Die Frage der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur ist eine neuere Aufgabe des Landesjugendamtes. Man darf darüber erfreut sein, daß man schon ein praktisches Ergebnis feststellen kann insofern, als das Landesjugendamt dazu übergegangen ist, den beteiligten Verbänden, vor allem auch den Schulen, ein Verzeichnis guter Jugendschriften vorzulegen. Wenn man dieses Verzeichnis durchsieht, darf man sagen, daß man mit aller Objektivität an die Auswahl dieser Schriften herangegangen ist. Allerdings möchte ich wünschen, daß bei der Aufstellung dieses Verzeichnisses unseren Arbeiterschriftstellern etwas mehr Rechnung getragen wird. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig! Besonders wäre es mein Wunsch an das Landesjugendamt, daß man bei der Auswahl der Jugendschriften zurückgreift auf die vorbildliche Arbeit der Jugendschriftenausschüsse unserer Lehrervereine. Es muß ein Nebeneinanderarbeiten vermieden werden; die bisherige erfolgreiche Tätigkeit dieser Ausschüsse in den Lehrervereinen muß mit der Tätigkeit des Landesjugendamtes zusammengebracht werden.)

Wenn man die hier verzeichneten vorzüglichen Jugendschriften unter das Volk und vor allem in die Hände der Jugend bringen will, ist der beste Weg, der wahrscheinlich auch eingeschlagen werden soll, der über die einzelnen Jugendverbände, vor allem über die Schulen. Es wäre zu überlegen, ob man nicht allen Schulen je ein Exemplar dieser ausgewählten Jugendschriften kostenlos zur Verfügung stellen sollte. Es ist notwendig, daß vor allem die Lehrer die Schriften inhaltlich kennen, damit sie sie auch an die Jugend-

lichen heranbringen können. Ich glaube, wenn man auf die einzelnen Gemeinden einwirkt, werden diese gern bereit sein, die erforderlichen Mittel zur Beschaffung der Jugendlektüre zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Getrennte Abstimmung ist nicht beantragt. Ich bitte diejenigen, die für die Annahme der Anträge des Sachausschusses II zu den Punkten 10 bis 12 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Die Punkte 13 und 14 sind verbunden. Dazu ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Weil.

Abgeordneter Dr. Weil: Zu Punkt 13 schlägt Ihnen der Sachausschuß unveränderte Annahme, zu Punkt 14 Ablehnung vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wietscher.

Abgeordneter Wietscher: Wir haben vorhin aus dem Munde des Herrn Oberpräsidenten gehört, daß die Hochwassergefahr, die Gefahr des verstärkten Eisganges wohl im Augenblick auf Grund eines glücklichen Zufalles in der Natur behoben ist. Aber behoben ist wohl nicht die Gefahr im ganzen, denn wir haben gehört, daß noch große Stellen im Rhein vereist sind und daß deshalb noch die Gefahren des Eisganges, insbesondere des Hochwassers, in verstärktem Maße vorhanden sind.

Etwas ist über die vorbereitenden Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung zu sagen. Da habe ich hier einen Aufruf zur Heranziehung von Hilfspersonal, der in Koblenz erschienen ist. Man hat dort einen Aufruf an die ehemaligen Pioniere erlassen, um sie zur Hilfeleistung herbeizuholen. Man hat bei dieser Gelegenheit aber das Gute mit dem Nützlichen — von der nationalen Seite aus betrachtet — verbunden, um bei dieser Gelegenheit den Pionierverein zu stärken. Man hat nämlich zur Bedingung gemacht, daß diejenigen, die sich zur Hilfeleistung bereit erklärten, Mitglieder des Pioniervereins werden. Also trotz der ernsten Lage fand man es für notwendig, eine Propaganda für eine nationale Organisation zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist auch viel wichtiger als Hochwasserschutz!) So sieht die ernste Bekämpfung der drohenden Gefahren aus.

Wir haben demgegenüber einen Antrag vorgelegt, in dem wir erstens einmal verlangen, daß alles mögliche getan wird, um die Gefahr zu beseitigen, in dem wir zweitens in bezug auf das Hilfspersonal verlangen, daß Arbeitslose herangezogen werden und daß ihnen Tariflohn gezahlt wird. (Abgeordneter Nohl: Sehr richtig!) Anders kann es nicht gehen. Man kann nicht in einer solchen Situation den ersten Gedanken haben, nunmehr nochmals vielleicht eine preußische Pionieruniform sehen zu bekommen. Ich weiß nicht, ob auch das zur Bedingung gemacht worden

ist, daß sich die Leute in eine altpreußische Pionieruniform einkleiden mußten.

So ist der Antrag, im ganzen genommen, trotz der im Augenblick behobenen Gefahr, berechtigt und verdient Annahme. Aber alle Maßnahmen, die erst im Augenblick der Gefahr getroffen werden, sind nicht die richtigen Maßnahmen, sondern es ist notwendig, daß in bezug auf die Beseitigung der Hochwassergefahr im ganzen mehr getan wird als bisher. Da ist die Verstärkung und die weitere Ausdehnung der Hochwasserschutzanlagen an den Stellen, die gefährdet sind, eine zwingende Notwendigkeit. Staat und Provinz haben im Jahre 1928 1 600 000 RM für diese Zwecke zur Verfügung gestellt. In dem diesjährigen Haushaltsplan schlägt die Verwaltung wieder vor, 600 000 RM für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. (Zuruf links: Zu wenig!) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dieses viel zu wenig ist, weil uns aus der eigenen Anschauung bekannt ist, daß größere Anlagen notwendig wären, daß aber die beteiligten Gemeinden und Kreise nicht in der Lage sind, die Projekte zur Ausführung zu bringen, wenigstens nicht in größerem Umfange, weil die Mittel nicht da sind und weil sowohl von der Provinz wie auch von Reich und Staat die zugeknöpfte Tasche gezeigt wird und so die notwendigen Projekte nicht zur Ausführung kommen können. Es kommt dann soweit, daß sich die Gemeinden unter sich bekämpfen: Der bekommt soviel und der soviel, das ist unrecht. Und im ganzen genommen, wird die Hochwassergefahr dadurch nicht beseitigt. Es ist also notwendig, daß auf dem Gebiete der vorbeugenden Maßnahmen: Verstärkung und weiterer Ausbau der Hochwasserschutzanlagen mehr getan wird als bisher.

Das war das, was ich zu diesen Dingen zu sagen hatte. Ich möchte aber nochmals betonen, daß dadurch, daß der Herr Oberpräsident uns heute morgen erklärt hat, daß die Hochwassergefahr im Augenblick behoben sei, unser Antrag nicht hinfällig geworden ist. Vielmehr ist es dadurch, daß in Koblenz dieser öffentliche Skandal vorgekommen ist, notwendig, daß unser Antrag Annahme findet und daß bei den kommenden Aktionen in diesem Sinne verfahren wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Alberß.

Abgeordneter Alberß: Meine Damen und Herren! Zu der Drucksache 14 ist folgendes zu sagen:

Wir freuen uns, daß wir von uns aus derartig reiche Mittel zur Verfügung stellen können, um Gefahren, vor allen Dingen Hochwassergefahren, abzuwenden zu können. Die Summen, die bereits zur Verfügung gestellt worden sind, sind so namhaft, daß es wirklich aller Anerkennung würdig ist. Alle davon Betroffenen werden jedenfalls wissen, welch großartiges Werk durch unser Hochwasserschutzprogramm in Verbindung mit allen Parteien durchgeführt wird.

Wir nehmen den Antrag an. Aber damit ist noch nicht gesagt — auch wenn der Herr Oberpräsident uns vorhin derartig beruhigende Erklärungen abgegeben hat —, daß damit die Hochwassergefahr schon beseitigt ist. Es ist doch immer noch ein Problem, und wir müssen die Witterung als solche noch mit in Rechnung stellen.

Wenn in der Vergangenheit die Bevölkerung des Niederrheins sich gegen den Oberrhein wandte, weil man angeblich Sprengungen vorgenommen hatte, die den Niederrhein in Gefahr brachten, so können wir aus den Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten entnehmen, daß dies unbedingt notwendige Maßnahmen waren, um ein paar Rinnen, oder stückweise einen eisfreien Rhein zu bekommen. Wir begrüßen alle diese Dinge. Aber nichts desto weniger — da die Hochwassergefahr noch nicht beseitigt ist — sind alle Vorsichtsmaßregeln noch intakt zu halten. Unter der Leitung der Rheinstrombauverwaltung sollen alle diese Dinge durchgeführt werden. Namhafte Verbände aller Art haben sich dankenswerterweise zur Verfügung gestellt, um der bedrohten Bevölkerung, insbesondere auch zur Rettung von Hab und Gut, zu helfen. Diese Verbände haben bis jetzt nicht gefragt: Bist du katholisch oder evangelisch?, bist du Kommunist oder Mitglied des Pioniervereins?, sondern haben lediglich gesagt: Dort, wo Gefahr ist, helfen wir. Sie haben auch nicht die Frage ventiliert: Bekomme ich, wenn ich helfe, auch den Tariflohn?, sondern dankenswerterweise haben sie das Menschliche über diese untergeordneten Fragen gestellt. (Bravo!) So soll es bleiben und so muß es in einer allgemeinen Notlage sein.

Ich möchte der Rheinstrombauverwaltung von dieser Stelle aus sagen, daß schon im Dezember der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bezüglich der Hochwassergefahr für das ganze deutsche Gebiet den Alarmzustand angeordnet hat. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich möchte weiter sagen, daß die Gaue Ober- und Niederrhein des Reichsbanners ebenfalls alarmbereit zur Verfügung stehen. Wir prüfen in diesem Augenblick nicht die Priorität der technischen Nothilfe, die sich überall eingesetzt hat, sondern wir sind bereit, Schulter an Schulter mit allen, die sich zur Verfügung stellen, zu helfen. (Glocke des Vorsitzenden.) Wir wünschen natürlich, daß dann auch die Rheinstrombauverwaltung, die diese Arbeiten zu leiten hat, unsere Hilfe nicht zurückweist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung beantragt? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 15 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Bongartz.

Abgeordneter Bongaß: Meine Damen und Herren! Der I. Sachausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme der Vorlage, betr. die Uebernahme von Garantien für den Mittellandkanal. Er gibt dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichs- und Staatsregierung sich erneut der Notlage der Industrie und der Wirtschaft des besetzten Gebietes und der linken Rheinseite bewußt wird. Ich möchte deshalb empfehlen, mit dieser Zustimmung zu erklären, daß das hohe Haus damit einverstanden ist, daß erneut auf diese Not hingewiesen wird. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dem Antrage des I. Sachausschusses entsprochen.

Zu Punkt 16 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Albers.

Abgeordneter Albers: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß V empfiehlt unveränderte Annahme des Antrages des Provinzialausschusses.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ist es nicht möglich, auf der linken Seite des Hauses etwas mehr Ruhe zu halten?

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Zu der Vorlage der Provinzialverwaltung, betr. Niersregulierung, haben wir zu sagen, daß uns die Summe von 150 000 Mark nicht hoch genug ist. Wir sind nach wie vor, genau so wie in den vorigen Provinziallandtagen, der Auffassung, daß, wenn überhaupt etwas getan werden soll, um die Zustände an der Niers zu bessern, dann eine durchgreifende Hilfe notwendig ist, die man nicht mit 200 000 RM, 150 000 RM Jahresrate oder noch darunter erledigen kann, sondern da muß man größere Summen einsetzen.

Wir hatten im Provinziallandtag 1927 den Antrag eingereicht, eine Anleihe von 15 Millionen aufzunehmen, um die dringendsten Arbeiten zur Regelung der Vorflut der Niers durchzuführen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein Abänderungsentwurf zum Niersgesetz, der von der kommunistischen Fraktion eingebracht wurde. In diesem Niersgesetz, soweit die kommunistischen Abänderungsanträge in Frage kommen, war vorgesehen, daß in der Hauptsache die kleinen Anlieger und Kleinbauern ein Mitbestimmungsrecht haben sollten. Augenblicklich ist es so, daß nach der Vorlage, die das Zentrum gemacht hat, die Kleinbauern, die wirklich am meisten Not leiden, im Vorflutgebiet der Niers nichts oder nur sehr wenig zu sagen haben, daß sie nur Statisten bei den Verhandlungen über den Ausbau der Niers sind, daß Augenblicklich in diesem Niers-Verband bzw. der Genossenschaft die Großindustriellen und deren Verwaltungsfunktionäre in den Städten am linken Niederrhein, namentlich in M. Gladbach, dominieren. Ich erinnere nur an die Oberbürgermeister, eine Reihe von Rittergutsbesitzern und Großindustriellen. Daß diese

Leute nicht die Interessen der Kleinbauern an der Niers wahrnehmen können, ist jedem, der einigermaßen die Zusammenhänge kennt, ohne weiteres verständlich. Bei den damaligen Verhandlungen über das Niersgesetz haben wir schon den Kleinbauern gesagt, daß sie auf eine Hilfe dieser Leute nicht warten sollen, daß diese Leute früher schon Gelegenheit hatten, etwas Durchgreifendes zur Beseitigung der Schlammassen zu tun, die die Niers alltäglich in die Maas führt. Die Ursachen dieser Verschlammung der Niers liegen darin — das ist ja bekannt —, daß die Großindustriellen, in den M. Gladbacher und Niersener Betrieben es verabsäumt haben, entsprechende Kläranlagen zu bauen, daß sie auch nicht in den kommunalen Parlamenten dafür eingetreten sind, daß die Kommunen genügend Sicherungsmaßnahmen treffen, um die Verschlammung der Niers aufzuhalten. Alles das hängt eng zusammen mit der Gesamtpolitik dieser Leute in den Kommunen und Kreisen des linken Niederrheins. Die Kleinbauern stehen jetzt vor dem Ruin. Die Großen dagegen haben es verstanden, die minderwertigen Gebiete an der Niers, die jährlich von dem Hochwasser verschlammung werden, an diese Kleinbauern durch Pachtverträge abzutreten, so daß diese die verschilften Wiesen haben, während die Großgrundbesitzer ihre eigenen guten Ländereien in Nutzung haben. Sie wollen im Namen der Kleinbauern sprechen und von Staat und Kommunen die Gelder eintreiben, aber den Kleinbauern nicht helfen, sondern höchstens große Reden über die Not der Niersbauern halten. So sind die Zusammenhänge. Wenn jetzt gesagt wird, man wolle nach dem Ankauf der Schravener- und Klippermühle den Ausbau des Nierskanals durchführen, so ist das längst nicht genug. Wenn etwas durchgeführt werden soll, müssen die gesamten Mühlstaue an der Niers beseitigt werden, um das Gefälle etwas zu verstärken.

Wir hatten vorgeschlagen, daß das Geld, das hier fehlt — 15 Millionen sind überhaupt erst einmal notwendig, wenn das Wichtigste getan werden soll —, durch Umlageverfahren auf die Industriellen und die Großgrundbesitzer umgelegt wird. Das ist natürlich abgelehnt worden. Es bestände sehr wohl die Möglichkeit, von den hohen Dividenden, die die Industriellen im Niersener Gebiet usw. aus den Betrieben herausfinden, eine gewisse Summe abzusetzen, um entsprechende Kläranlagen zu bauen. Aber diese Leute riechen ja nicht den Gestank der Niers, der im Sommer unerträglich ist und die ganze Gegend verpestet. Sie fahren in ihren Luxusautos oder Flugzeugen an die See und verbringen dort ihre Ferien, während die Bauern im Dreck und Schlamm arbeiten müssen.

Natürlich schweigt auch das Zentrum darüber, das in der Lokalpresse Brandartikel losläßt. Ich erinnere nur an einen Artikel, der vor einigen Jahren auf den

Ton gestimmt war: „Wenn Ihr nicht bald im Niersgebiet etwas macht, wird ein zweites Bernkastel kommen.“ Aber das waren nur blinde Kanonenschläge, es war nichts dahinter. Das Zentrum wollte mit diesen radikalen Artikeln nur die Empörung der Bauern in geordnete Bahnen lenken, wollte einen Kanal schaffen, um die Anträge, die die Zentrumsbauern dort stellten, verkommen zu lassen, wie es auch wirklich eingetreten ist.

Soweit bis jetzt Hilfe geleistet worden ist, ist sie nicht genügend. In erster Linie hat man den Durchstich bei Oed und im Kloster Mühlhausen durchgeführt. Dort, wo die Nonnen und Klosterinsassen am schlimmsten vom Gestank belästigt waren, wurde durchgegriffen. Aber dort wo die Arbeiter wohnen, im Clever und Gelderschen Gebiet, hat man nicht durchgegriffen.

Wir verlangen und fordern auch heute wieder, daß bei den Arbeiten, die jetzt auf Grund der geringen Summe durchgeführt werden — wenn unsere Anträge abgelehnt werden —, die Arbeiter, die in diesem Schlamm, der ihnen manchmal bis an die Hüften geht, arbeiten müssen, entsprechenden Tariflohn bekommen, nach den Tarifen der städtischen Tiefbauarbeiter im Kreisfelder Gebiet, daß man sie nicht der Lohnklasse 3 oder 4 oder irgend einer niedrigen Lohnklasse, wie es versucht worden ist, zuweist, daß man ihnen weiter die Arbeitszeit auf 7 Stunden verkürzt, daß ein entsprechender Lohnausgleich durchgeführt wird, daß man, weil die Leute eine gesundheitschädliche Arbeit haben, eine 20 prozentige Wasserzulage gibt und daß die Genossenschaften, die die Arbeiten durchführen, diesen Arbeitern auch Wasserstiefel und dementsprechende Kleidung verschaffen. Es sind Arbeitslose, die zum Teil jahrelang aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfen waren, die kein Geld haben, um sich diese teuren Sachen zu kaufen. Diese Leute zwingt man auf dem Wege über die Arbeitsämter, die Arbeit zu übernehmen. Wir verlangen im Namen dieser Proletarier, die im Elend verkommen, daß man ihnen wenigstens das Notwendigste gibt, damit sie diese Arbeit auch durchführen können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesrat Dr. Rib.

Landesrat Dr. Rib: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Borredner hat zwei Projekte miteinander verwechselt: das Vorflutprojekt und das Klärungsprojekt an der Niers. (Zuruf des Abg. Nohl: Das habe ich zusammengefaßt!) Zur Niersklärung tragen nicht Provinz und Staat bei, sondern das macht die Genossenschaft allein. Die Genossenschaft bestimmt, wie die einzelnen Mitglieder durch Umlage herangezogen werden. Hier handelt es sich um die Vorflut, um die Beseitigung schädlicher Hochwasser und dergl. Sachen.

Dann hat der Herr Borredner weiter betont, daß die Mittel, die von Staat und Provinz zur Verfügung gestellt würden, nicht ausreichend seien. Ich mache darauf aufmerksam, daß in der Vorlage steht, daß ein neuer Entwurf in der Aufstellung begriffen ist und daß infolgedessen vorerst die Arbeiten, die ausgeführt werden können, beschränkt sind. Es wird dem hohen Hause im nächsten Jahre eine eingehende Vorlage unterbreitet werden (Zuruf des Abg. Nohl: Die wievielte?), die natürlich erst möglich ist, wenn der technische Entwurf aufgestellt ist. Aus dieser Vorlage werden Sie ersehen, wie als Ganzes das Niersprojekt von Staat und Provinz unterstützt werden soll.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Tenhaeff.

Abgeordneter Tenhaeff: Meine Damen und Herren, als Mitglied des Niersverbandes muß ich den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Nohl, wonach innerhalb der von den Niersverhältnissen Betroffenen die kleinen Betriebe irgendwie schlechter daständen oder schlechter behandelt würden als die anderen, mit aller Entschiedenheit widersprechen. (Zuruf des Abg. Nohl: Das tun Sie ja immer!) Das Niersgesetz sieht eine Umlage nach der Größe der betroffenen Gebiete, d. h. nach der Größe der einzelnen Betriebe vor. (Zuruf des Abg. Nohl: Aber nicht nach der Finanzlage!) Auch die Kleinbetriebe — als deren Vertreter ich mich wohl auch mit Ihrer Zustimmung bezeichnen darf, denn der Gemüsebau ist auch für Sie wohl der kleinste Betrieb innerhalb der Landwirtschaft — werden ebenso wie die anderen Betriebe nach ihrer Größe an der Umlage beteiligt. Ich habe im V. Sachausschuß erklärt, daß ich als Vertreter des am schwersten betroffenen Gebietes des Kreises Geldern gewünscht hätte, statt der 150 000 RM vielleicht eine halbe Million in der Vorlage zu sehen. Wir sind uns bewußt gewesen, daß einmal die Staatsverhältnisse, zum andern die in Arbeit befindlichen Vorlagen zur Niersregulierung Grund dafür sind, daß wir uns heute mit den 150 000 RM bescheiden müssen.

Ich darf erklären, daß wir in diesen Vorschlägen der Provinzialverwaltung einen begrüßenswerten Anfang zur Durchführung einer dringend notwendigen Arbeit sehen. (Bravo! im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zum Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des V. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 17 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Albers.

Abgeordneter Albers: Der Sachausschuß V empfiehlt unveränderte Annahme des Antrages des Provinzialausschusses.

Sodann beehrt er sich zu beantragen:

„Die Provinzialverwaltung möge die Aggertal-Sperren-Genossenschaft bitten, beim Erwerb von kleinen Parzellen den Preis entsprechend der Güte des Bodens reichlich zu bemessen, weil durch die Abtretung des Bodens die Existenz solcher Besitzer häufig gefährdet wird.“

Weiter ist zu versuchen, möglichst durch Land-austausch an geeigneter Stelle einen Ausgleich herbeizuführen.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Wir sind in der Frage der Aggertal-Sperre für die Vorlage der Verwaltung, da wir der Auffassung sind, daß die Gelder, die dort zur Entschädigung der Kleinbauern angefordert werden, dringend notwendig sind. Wir sind sogar der Ueberzeugung, daß eine ganze Reihe von Kleinbauern nicht die Preise für ihre Grundstücke bekommen haben, die sie bekommen mußten. Es wird sogar in der Verwaltungsvorlage zugegeben, daß eine ganze Anzahl von Beschwerden seitens der Kleinbauern eingelaufen ist, die, nachdem die Aggertal-Sperrmauer soweit fertig war, plötzlich Bescheid bekamen, daß ab Weihnachten die Stauung einsetzen solle und die in dem Augenblick von Haus und Hof weg mußten. Ueber den Zeitpunkt der Stauung kann man getrennter Meinung sein. Aber wenn zu einer solchen Zwangsmaßnahme gegen die Kleinbesitzer gegriffen wird, muß man auch die Folgerung daraus ziehen und die Leute so entschädigen, daß sie keinen Verlust erleiden. Ich bin persönlich darüber informiert, daß solche Fälle vorliegen. Deswegen legen wir auch Wert darauf, daß auf dem Antrage, daß den Wünschen der Kleinbesitzer Rechnung getragen werden soll, bei den kommenden Verhandlungen mit allem Nachdruck bestanden wird.

Die Hintermänner dieser Aktion, die darauf hinauszielt, die Preise für die Grundstücke zu drücken, sitzen zum Teil auch in diesem „hohen Hause“. Ich erinnere an einen Hauptbeteiligten dieser Genossenschaft, Herrn Kommerzienrat Krawinkel, der das Vergnügen hat, jedes Jahr Alterspräsident zu sein. Er ist ebenfalls daran interessiert, daß die Genossenschaft möglichst viel aus diesem Talsperrnwerk heraus-schindet, ohne Rücksicht darauf, wie die Kleinbauern geschädigt werden. Diese Politik gegenüber den Kleinbauern müssen wir scharf zurückweisen.

Wir müssen aber auch auf etwas anderes hinweisen. Wir haben bei den Verhandlungen über die Bewilligung der Raten im vorigen Jahr gefordert, daß geeignete Schutzmaßnahmen für die Tal-Sperrnarbeiter ergriffen werden sollen. Man hat diese Arbeiter auf Grund der Zwangsbestimmungen des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes aus aller Welt geholt: aus der Eifel, aus dem

Sunsrück, aus den entlegensten Bauerndörfern, um zu möglichst niedrigen Preisen dort arbeiten zu lassen. Die Firma, die diese Arbeiten gemacht hat, hat ein unerhörtes Antreiber-system durchgeführt. Ich habe mich persönlich verschiedene Male beim Gießen der Betonmauer davon überzeugt, wie unerhört die Arbeiter dort vorwärts getrieben wurden. Daß es dabei nicht ohne schwere Unfälle abgehen konnte, war jedem klar, der die Vorbereitungen gesehen hatte. So ist es auch eingetroffen, daß zwei- oder dreimal ein Arm des Gießturmes eingestürzt ist und daß — wenn ich recht informiert bin — drei oder vier Arbeiter dabei den Tod fanden, und daß eine ganze Anzahl Arbeiter dabei schwer oder leicht verletzt wurde, so daß auch Krüppel als Folge dieses Antreiber-systems vorhanden sind. Die Notstandsarbeiter, die unter dem Druck der Arbeitsämter, unter dem Druck der gesetzlichen Bestimmungen standen und sich nicht wehren konnten, sind, als zum dritten Male der Gießereiarbeit abgestürzt und ein oder zwei Arbeiter tödlich verletzt wurden, spontan in den Streik getreten.

Im Vorjahr haben bei der Beratung unserer Schußanträge die Sozialdemokraten mit der Verwaltung erklärt, daß alles das, was der kommunistische Redner vortrage, nicht stimme. Ich habe auf die Zustände in den Baracken hingewiesen, auf die kolossale Antreiberei; das alles wurde abgestritten. Einige Monate darauf ereigneten sich diese schweren Unglücksfälle, denen Familienväter zum Opfer fielen. Es ist notwendig, dies hier noch einmal ausdrücklich festzustellen, denn wenn diese Sicherungsmaßnahmen getroffen worden wären, hätte man vielleicht das alles vermeiden können. Man hat, soweit ich informiert bin, eine Untersuchungskommission dorthin geschickt. Aber ob sie festgestellt hat, ob die Firma die notwendigen Sicherungen beim Betriebe der beiden Gießtürme getroffen hat, darüber ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Mohl: Der Fall ist ähnlich wie der in Niederseßmar, wo auch zunächst nichts gefunden wurde; jetzt kann aber festgestellt werden, daß das Heim geschlossen worden ist, nachdem wir im Provinziallandtag diesen Skandal an die Öffentlichkeit gezerzt hatten. Genau so ist auch die Lage bei der Aggertal-Sperre gewesen. Das zur Feststellung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pikard.

Abgeordneter Pikard: Meine Damen und Herren, nachdem wir uns über die Aggertal-Sperre im V. Sachausschuß unterhalten haben und speziell von meiner Person die Beschwerden über die Grundstücke usw. vorgetragen worden sind und der eben verlesene Nachtrag im V. Sachausschuß angenommen worden ist,

glaubten wir im Interesse der Arbeit unseres Hauses auf die Debatte verzichten zu können.

Aber nachdem der Sprecher der Kommunistischen Partei, wie bei jeder Gelegenheit so auch heute, die Mitglieder meiner Partei, die durch ihr Amt mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu tun haben, wiederum in dieser Form verunglimpft hat, fühle ich mich verpflichtet, den Brief eines kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden vorzulesen, der klar und deutlich beweist, was man von den Redensarten der Kommunisten in diesen Fragen zu halten hat. (Hört! Hört! rechts. Zuruf des Abg. Nohl: Der ist ja noch nie Kommunist gewesen! Glocke des Vorsitzenden.)

Der Brief lautet wie folgt:

„Aggertalsperre, den 27. Februar 1928.

An Herrn Oberregierungsrat Bier, Köln.

Mit dem 2. März endet meine Zeit als Notstandsarbeiter bei der im Bau begriffenen Aggertalsperre. Die überwiegende Zeit war es mir durch den Beschluß der Belegschaft vergönnt, die Interessen meiner Kollegen zu vertreten. Es ist mir nun ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Oberregierungsrat, meinen verbindlichsten Dank für Ihr verständiges Entgegenkommen den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber, auszudrücken. (Abg. Gerlach und von Stedman: Hört! hört!) Die Aufgabe eines Obmannes ist nicht immer die dankbarste. Daß meiner bisherigen Baustelle auch von oberen Stellen das notwendige Interesse entgegenbracht worden ist, verdanke ich und die Belegschaft nicht zuletzt Ihrem sozialen Verständnis. (Abg. Gerlach: Hört! hört!)

Mit dem Wunsche, daß diese Zusammenarbeit wie bis jetzt auch nach meinem Scheiden bestehen bleibt, zeichnet mit aller Hochachtung

Otto Hündgen, Obmann der Aggertalsperre,
Euskirchen.“

Weiter habe ich nichts zu sagen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist ein Sozialdemokrat, kein Kommunist! Zuruf des Abgeordneten Nohl: Ihr macht ja Schwindelbriefe!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des V. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu den Punkten 18 bis 28, die zu gemeinsamer Verhandlung verbunden sind.

Zu den Punkten 18, 23 und 24 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Der V. Sachausschuß empfiehlt dem Provinziallandtag die unveränderte Annahme der Positionen, die unter Ziffer 18, 23 und 24 angeführt sind.

Der V. Sachausschuß hat dabei einige Wünsche zum Ausdruck gebracht, welche ich beauftragt bin dem Landtage zu unterbreiten.

Wegen der Errichtung von Mädchenklassen (Drucksache 33, Seite 1 unten) steht der V. Sachausschuß auf Antrag des Herrn Tenhaeff auf dem Standpunkt, daß die Kammer bzw. das Kuratorium für das landwirtschaftliche Schulwesen gebeten werden möchte, diese Mädchenklasse in den Kreis Rees zu verlegen.

Bei der Debatte über das landwirtschaftliche Schulwesen im V. Sachausschuß wurde die Frage aufgeworfen, wie weit auch die Landwirtschaftskammer in ihrem Etat für Stipendien an die landwirtschaftlichen Schüler Vorsorge getroffen habe. Es ist festzustellen, daß in dem Haushaltsplan der Landwirtschaftskammer 17 000 Mark für Stipendien für Schüler landwirtschaftlicher Schulen vorgesehen sind.

Der V. Sachausschuß hat mich gebeten und beauftragt, von der Tribüne des Hauses bekanntzugeben, daß ein so namhafter Betrag bereitgestellt sei, damit auch weitere Kreise der Bevölkerung diese Tatsache erfahren, und gleichzeitig die Kammer zu bitten, in ihren Blättern die Tatsache des Bestehens von Stipendien bekanntzugeben.

Weiter hat sich herausgestellt, daß bei der Beratung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten häufig der Etat der Landwirtschaftskammer herangezogen werden muß. Es ist infolgedessen der Wunsch geäußert worden, daß die Landwirtschaftskammer den Mitgliedern des V. Sachausschusses je ein Exemplar des Etats der Landwirtschaftskammer bei den Verhandlungen über den Etat der landwirtschaftlichen Angelegenheiten zugänglich machen möchte und daß dies seitens der Provinzialverwaltung in die Wege geleitet wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter für den V. Sachausschuß zu Punkt 19 ist Herr Abgeordneter Tenhaeff.

Abgeordneter Tenhaeff: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß beantragt, den Beschluß des Provinzialausschusses mit folgenden Änderungen anzunehmen:

1. Der Provinzialverband beteiligt sich mit 150 000 RM an der vorläufigen Hilfsaktion für die durch Frost im Mai 1928 geschädigten Winzer,
2. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, der Rheinischen Landwirtschaftskammer bis zum Betrage von 100 000 RM unter noch festzusetzenden Bedingungen Mittel zur Verfügung zu stellen für Einrichtungen zur Gewinnung geeigneten Saatgutes für die kleine und mittlere Landwirtschaft.
3. Von den bei Annahme der Anträge zu 1 und 2 nicht gedeckten 50 000 RM sollen 38 000 RM aus dem Haushaltsplan „Vermögens- und Schuldenverwaltung“, Titel I der Ausgabe, und 12 000 RM aus dem Haushaltsplan „Verschiedenes“, Titel XVII der Ausgabe: „Besondere Mittel zur Förderung des Weinbaues und zur Behebung der Winzernot“ entnommen werden.

Der Provinziallandtag bittet den Herrn Oberpräsidenten, die Hilfe für die frostgeschädigten Winzer soweit als möglich nicht in barem Gelde, sondern in anderer Weise zu gewähren.

ad 2: Den Antrag der Kommunistischen Partei, betr. Errichtung von gemeindlichen Saatgutäckern (Drucksache 77) wolle der Provinziallandtag durch den Antrag zu 1 als erledigt erklären.

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter für den V. Sachausschuß zu Punkt 20 ist Herr Abgeordneter Ubler.

Abgeordneter Ubler: Der V. Sachausschuß hat dem kommunistischen Antrage, der 200 000 RM für Zinsverbilligung zugunsten der Landwirtschaft fordert, in seiner Mehrheit mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien widersprochen und empfiehlt Ablehnung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Für den I. Sachausschuß ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter für den I. Sachausschuß zu Punkt 19 ist Herr Abgeordneter Dr. Schüler.

Abgeordneter Dr. Schüler: Der I. Sachausschuß schlägt vor, den Antrag des Sachausschusses V anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu den Punkten 25 und 26 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Schlieper.

Abgeordneter Schlieper: Der V. Sachausschuß empfiehlt Annahme des Etats des Provinzialgutes Bylerward.

Meine Damen und Herren! Wir können den Ankauf des Gutes nur begrüßen. Die Einrichtung hat sich bewährt. Der Seuchengefahr wird durch die Quarantäne des Viehs auf der Bylerward, bevor es in die Anstalten gebracht wird, praktisch begegnet. Es liegt darin eine größere Gewähr für den Bezug von seuchenfreiem Vieh, als wenn, wie es früher der Fall war, das Vieh durch die Sammelställe der Händler bezogen wird.

Ferner wirkt sich der Ankauf auch segensreich für die rheinische Landwirtschaft aus, indem das Gut die Gewähr dafür bietet, daß rheinisches Vieh bezogen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter zu den Punkten 21 und 22 ist Herr Abgeordneter Tenhaeff.

Abgeordneter Tenhaeff: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen die unveränderte Annahme der Drucksache 82, Entschließung der Zentrumsfraktion, vor.

Er hat mich beauftragt, hier mitzuteilen, daß innerhalb des V. Sachausschusses in folgenden Punkten Übereinstimmung bestanden hat:

1. daß eine außerordentliche Notlage in der Landwirtschaft besteht,
2. daß die Notlage sich nicht auf den Osten beschränkt, sondern auch im Westen in gleich scharfem Maße vorhanden ist,
3. daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht nur auf landwirtschaftlichem Gebiete zu liegen brauchen, sondern auch Maßnahmen innerhalb der gesamten Wirtschaftspolitik sein können,
4. daß die bisherigen Fürsorgemaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft zwar dankbar anerkannt werden, aber als unzureichend angesehen werden müssen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter zu den Punkten 27 und 28 ist Herr Abgeordneter Pitard.

Abgeordneter Pitard: Der V. Sachausschuß empfiehlt zu Punkt 27 unveränderte Annahme, ebenfalls zu Punkt 28.

Darüber hinaus gibt er dem Provinziallandtag die Anregung, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, gegebenenfalls vorerst für den Zeitraum von fünf Jahren die Zinsen für Kredite, die bäuerliche Siedler bei der Landesbank oder anderen Kreditinstituten aufnehmen, durch Zinszuschüsse des Provinzialverbandes bis auf einen Satz von 2 Prozent zu senken.

Angeichts der außerordentlich schwierigen Lage der Landwirtschaft ist es naturgemäß besonders für einen Siedler schwierig, die in den ersten Jahren erforderlichen Einrichtungen der Siedlerstelle und die Vervollkommnung des Inventars durchzuführen. Aus diesen Gründen erscheint die Senkung der Zinsen für Anzahlungskredite bis zu 2 Prozent erforderlich.

Zu begrüßen wäre es, wenn zwischen den preussischen Provinzialverbänden eine Vereinheitlichung der Zinsverbilligung bis auf diesen Satz erreicht würde.

Mit Befriedigung hat der V. Sachausschuß festgestellt, daß die Provinzialverwaltung sich nicht darauf beschränkt, lediglich Anträge von Siedlern auf finanzielle Erleichterung zu bearbeiten, sondern im Einvernehmen mit der Rheinischen Landwirtschaftskammer es übernommen hat, die Siedlungslustigen zu beraten bezüglich der Auswahl von Siedlungsgütern und Siedlerstellen und die Siedler nach der Ansetzung erforderlichenfalls zu betreuen.

Die Siedlungskommission des Provinzialausschusses konnte sich in Schlessien an Ort und Stelle davon überzeugen, daß leider im Osten Siedlungen aufgelegt worden sind, deren Lebensfähigkeit nicht gewährleistet ist. Diese Siedlungen sind aber ohne Beratung der diesbezüglichen Stellen aufgelegt worden.

Begrüßt hat der V. Sachausschuß ferner, daß durch die Provinzialverwaltung die landsmannschaftlich und konfessionell geschlossene Ansiedlung systematisch durchgeführt wird. Wenn auch aus nationalpolitischen Gründen eine starke Besiedlung des deutschen Ostens

erstrebenswert ist, so würde der V. Sachausschuß es doch begrüßen, wenn auch die Siedlungsmöglichkeiten der Rheinprovinz restlos erschöpft würden, wenn insbesondere gärtnerische und obftbauliche Stellen geschaffen würden, wie es zum Beispiel der Kreis Geldern bereits im vergangenen Jahre getan hat.

Der Provinzialausschuß hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Provinzialverwaltung rheinische Siedler, die sich in der Rheinprovinz angesiedelt haben, auch bereits durch Bürgerschaftsübernahme für Landesbankkredite und Zinszuschüsse unterstützt hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben besonders die dauernde Betreuung der Siedler im Osten als eine der wertvollsten Einrichtungen befunden, die geschaffen worden sind. Ich handle im Auftrage des V. Sachausschusses, wenn ich sowohl dem Herrn Dr. Danrath, als dem Bearbeiter dieser Frage, wie auch dem Herrn Dr. Engels von der Landwirtschaftskammer für die vorzügliche Arbeit, die sie auf diesem gewiß schwierigen Gebiete geleistet haben, den Dank ausspreche. (Bravo!)

Der V. Sachausschuß weist dann noch darauf hin, daß in Kürze ein neues Merkblatt über die Siedlungen erscheinen soll und daß die landwirtschaftlichen Organisationen sich mehr als bisher mit dem Gedanken der Siedlung als auch einem Mittel zur Linderung der Not der Landwirtschaft befassen mögen. Bisher sind 17 Siedlerstellen im Osten geschaffen worden, darunter leider keine Landarbeiterstelle, was einmal an der Kapitalbeschaffung, die auch dort notwendig ist, liegt, zum andern auch an den ganzen Arbeitsmöglichkeiten und Lebensnotwendigkeiten, die dort gegeben sind.

Verzeihen Sie, wenn ich etwas länger berichtet habe. Aber ich hielt es im Interesse dieser Frage, die neu ist, wo die ersten Erfahrungen vorliegen, für unbedingt notwendig. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Zu Punkt 26 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Schlieper.

Abgeordneter Schlieper: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß empfiehlt für den Etat der Domäne Lammersdorf unveränderte Annahme.

Diese Domäne wurde von der Provinz angekauft, um einen Vergleichsbetrieb für die Höhenlage der Eifel zu schaffen und vorbildlich als Anschauungsunterricht den Bauern der Eifel zu dienen.

Die Unterbilanz in dem Etat von 10 600 RM möge als Spiegelbild für die katastrophale Lage der Landwirtschaft dienen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!)

Ferner wurde in diesem Jahre vom V. Sachausschuß die Beschäftigung eines landwirtschaftlichen Provinzialbetriebes und einer Weinbaulehranstalt angeregt, wobei zwischendurch Versuchsringe und eine

Beispielswirtschaft in der Hocheifel besichtigt werden sollten. Als Besichtigungstage wurden der 31. Mai und der 1. Juni bestimmt. Die Provinzialverwaltung wird gebeten, mit dem Vorsitzenden des V. Sachausschusses eine entsprechende Besichtigungsreise zu vereinbaren.

Ferner wurden Wünsche aus dem V. Sachausschuß laut, die Provinzialverwaltung möge beim Ankauf von Kartoffeln das Angebot der rheinischen Landwirte zuerst berücksichtigen, wenn die rheinischen Landwirte in der gleichen Qualität und zu den gleichen Preisen liefern, und darauf zu wirken, daß das Staatsgefängnis in Wittlich in diesem Sinne handelt.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kohl.

Abgeordneter Kohl: Zu den einzelnen Vorlagen, auch in bezug auf den landwirtschaftlichen Etat, sind wir der Auffassung, daß Punkt 18, die Erhöhung verschiedener Positionen, von uns nicht voll und ganz angenommen werden kann, weil darin einige Positionen sind, die wir ablehnen müssen, z. B. die 7000 RM für den Rheinischen Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege. Wir wissen nicht, in wessen Taschen dieses Geld sichert. Man hat keine Kontrolle darüber, weder diejenigen, für die dieses Geld eigentlich bestimmt ist, noch die Arbeiterschaft, die diese Summe letzten Endes aufbringen muß. Aus diesem Grunde können wir dafür nicht stimmen.

Auch die 5000 RM für den Rheinischen Bauernverein bzw. dessen Bauamt lehnen wir ab. Wenn auch vielleicht in gewissem Sinne das Geld gezahlt wird, damit der Rheinische Bauernverein etwas dafür tut, so haben wir auch hierüber keine Kontrolle. Wir müssen aus diesem Grunde diese Subventionen ablehnen, zumal der Rheinische Bauernverein unter ausgesprochen arbeitsfeindlicher Regie steht.

Wir haben einen Antrag zur Zinsverbilligungsaktion eingereicht. In diesem Jahre will der Provinziallandtag die 200 000 RM, die im vorigen Jahre für die Zinsverbilligungsaktion in den Etat eingesetzt worden waren, nachher aber wieder abgesetzt wurden, zur Schaffung von Saatgutäckern, für die Winzer zur Beseitigung der Frostschäden verwenden. Wir sind der Auffassung, daß der Provinziallandtag trotzdem nicht diese 200 000 RM streichen kann, weil, wie selbst in der Vorlage steht, die Not sehr groß ist. Aus diesem Grunde muß die Summe unbedingt darin bleiben.

Wir hatten dann beantragt, außerdem noch 50 000 RM zur Schaffung von gemeindlichen Saatgutäckern anzusetzen. Dieser Antrag wurde natürlich großzügigerweise angenommen und sogar noch um 50 000 RM erhöht, nachdem man die 200 000 RM einfach auf eine andere Etatsposition verschoben hat. Es ist natürlich eine einfache Bewilligungsmethode, wenn man den Kleinbauern 200 000 RM wegreißt und damit denjenigen, die in noch größerer Not

sind, ohne Rücksicht auf die Lage der Kreise, 50 bzw. 100 000 RM gibt. Die Herren vom Zentrum brauchen sich daher mit dieser Geste nicht zu brüsten, denn sie haben hier nur eine einfache finanzielle Schiebung im Etat gemacht und auf die Art und Weise das Geld besorgt.

Darin ist auch unsere Stellungnahme zu den Anträgen zur Zinsverbilligungsaktion enthalten. Wir werden, wenn unsere Anträge abgelehnt werden sollten, selbstverständlich auch die 100 000 RM für die Saatgutäder bzw. für die Beseitigung der Frostschäden bei den Winzern bewilligen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, weil die Not dieser Leute außerordentlich groß ist. Das soll anerkannt werden, wobei wir nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß die Not der Arbeiter in den Städten, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, noch viel größer ist, was wiederholt an dieser Stelle gesagt worden ist.

Zu Punkt 21 hat das Zentrum eine Resolution eingebracht, unterzeichnet von Bollig, die so richtig die ganze Demagogie der Zentrumsparterie in der Bauernfrage, in der Frage der Beseitigung der Not der Landwirtschaft aufzeigt. Darin heißt es, nachdem allerhand schöne Worte von der Anerkennung dieser Not gemacht worden sind, daß der Provinziallandtag selbstverständlich nichts tun kann, das stehe außer seiner Kraft, und daß man hofft, daß die Reichsregierung etwas tut. Die Reichsregierung wird natürlich auch von diesen Leuten mit beherrscht. Bis vor kurzem war das Zentrum offiziell an der Reichspolitik beteiligt und es hat für die Politik der Liebesgaben an die ostpreussischen Krantjunker die Verantwortung zu tragen. Jetzt, nachdem im Rheinlande die Bauern rebellieren, weil sie sehen, daß all die Steuergelder, die hier aus dem Westen herausgepumpt werden, zur Befriedigung der Ansprüche der Krantjunker im Osten gebraucht werden, geht das Zentrum dazu über und macht eine nichtsagende Resolution, um dann nach außen zu erklären: „Wir sind für die Beseitigung der Not der Landwirtschaft“. Wir werden natürlich diese Demagogie nicht mitmachen.

Es ist ja im Sachausschuß darüber gekuhandelt worden, ob nicht eine Einheitsfront zwischen Zentrum, bürgerlicher Arbeitsgemeinschaft und Sozialdemokratie zustande kommen könne. Der sozialdemokratische Redner brüstete sich damit, daß die Ostpreußenhilfe auch mit Hilfe der Sozialdemokraten zustande gekommen sei. Sie (zu den Sozialdemokraten) sind also noch stolz darauf, daß Sie den preussischen Junkern auf Kosten der Arbeiterschaft noch Geld in den Hals schmeißen konnten. Da man sich aber über die Formulierung bezüglich des Schutzolls nicht einig werden konnte, hat man von einer gemeinsamen Stellungnahme im V. Sachausschuß abgesehen. Wir haben, als die Anträge zur Abstimmung standen, beantragt, über unseren Abänderungsantrag als den

weitestgehenden Antrag zuerst abstimmen zu lassen. Das hat man nach langer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt. Ich überlasse es der Öffentlichkeit, zu beurteilen, welcher Antrag der weitergehende war. Die Zentrumsresolution sagt nur, daß man etwas tun muß, weil die Not groß ist. Die kommunistische Fraktion dagegen hat eine Entschliebung an die Reichsregierung eingebracht, die konkret beantragt, was getan werden soll, um die Not der Kleinbauern zu beseitigen. Diese Entschliebung hatte folgenden Wortlaut:

„Der 75. Rheinische Provinziallandtag fordert von der Reichs- und Staatsregierung zur Linderung der Notlage der kleinbäuerlichen Familienbetriebe in der Rheinprovinz die Durchführung folgender dringlicher Maßnahmen:

1. Bereitstellung von Reichs- und Staatsmitteln für besonders bedrängte bäuerliche Kleinbetriebe, besonders in der Eifel, den Grenzgemeinden im Hunsrück, Westerwald usw. zwecks Vermeidung von Zwangsenteignungen,
2. Verbot von Zwangsenteignungen aus bäuerlichem Boden und Inventar auf Grund rückständiger Steuern und Pacht schulden,
3. Befreiung von der Vermögens- und Umsatzsteuer, Herauffekung des steuerfreien Einkommens unter Freilassung der mitarbeitenden Familienangehörigen,
4. Streichung der Rentenbankgrundschulden für die bäuerlichen Familienbetriebe, Fortfall bzw. Herabsetzung der Gemeindeabgaben,
5. Belieferung dieser Betriebe mit verbilligten Düngemitteln, billigen Maschinen, Saatgut, Zugvieh, Obstbäumen usw. nach den Richtlinien, wie sie auf den Versuchsgütern angewendet werden,
6. stärkste Unterstützung der klein- und mittelbäuerlichen Genossenschaften und Ausschaltung des Zwischenhandels und der Händlerlinge,
7. Förderung der Belieferung an Gemeinden und Konsumvereine durch die kleinbäuerlichen Organisationen und Gewährung von Vorzugstarifen für den Transport landwirtschaftlicher Produkte.“

Damit die Herren nicht immer sagen, die Kommunisten schlagen keine Deckung vor, hatten wir folgenden Vorschlag gemacht:

„Zur Durchführung und Finanzierung schlägt der Provinziallandtag vor:

1. Streichung der 700 Millionen Mark für neue Panzerkreuzer und Reichswehrrüstungen,
2. Abbau des oberen Beamtenapparates und Streichung der Millionenausgaben für Polizei und der 83 Millionen RM Subventionen an die Kirche,

3. restlose Eintreibung rückständiger Steuern bei Großbauern und Großgrundbesitzern, sowie Einstellung aller Zahlungen an die abgesetzten Fürsten und Landesherren.“

Wir glauben, daß das viel konkreter gefaßt ist als die Anträge des Zentrums, in denen gesagt: „Die Not der Bauern ist groß; wir hoffen aber, daß von der Reichsregierung irgend etwas getan wird“. Natürlich wird die Reichsregierung etwas tun: Wenn Ihr nachher einstimmig die Resolution als Willensäußerung des Zentrums angenommen habt, dann wird in Berlin ein großer Papierkorb bereitstehen, um dieses Dokument darin zu begraben, um zu zeigen, welche „praktischen Auswirkungen“ der Parlamentarismus besonders dieses Gremiums hier hat.

Die Anträge, die im Zentrum diskutiert wurden, decken sich mit denen der Arbeitsgemeinschaft, auch sie fordern Verschärfung der Schutzzölle. (Abgeordneter Schröder, Hochhalten: Sehr richtig!) Da ruft einer „Sehr richtig!“. Er hat sich die Rede zu eigen gemacht, die Freiherr von Lüninck auf der Tagung gehalten hat, an der auch der Oberpräsident Fuchs teilnahm (Zuruf des Abgeordneten Schröder, Hochhalten: Herr von Lüninck ist mein Mann!) und in der es heißt: Wir verlangen die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe durch Einfuhrdrosselung, Zölle und andere gesetzliche Maßnahmen. Jawohl, wenn Sie es könnten, würden Sie meterhohe Schutzollmauern um Deutschland legen. Aber diese gesetzgeberischen Mauern, die sie schaffen wollen, hindern dieselben Patrioten nicht, ihr Kapital ins Ausland zu verschieben. So sieht der Patriotismus dieser Leute aus, die die Schutzzölle verlangen, die die Arbeiterklasse immer weiter ausplündern wollen durch Ubertreibung der Preise und die nachher im selben Atemzuge eine Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung fordern. Man soll diese Leute erst einmal als Arbeiter in die landwirtschaftlichen Betriebe schicken, damit sie Steckrüben ziehen und nachher Wassersüppchen bekommen und ein paar Pfennige Lohn. Das wäre eine gute Kur für die Leute, die hier von der Not der Landwirtschaft reden.

Dann ist hier in diesen Forderungen noch einiges enthalten, worauf man eingehen muß. Die Resolution zu Punkt 22, die von dem Abgeordneten Kreuz herrührt, ist natürlich in dem Augenblick vollkommen überflüssig, wo der erweiterte Antrag der Kommunisten angenommen wird.

Die Punkte 23—27 werden wir annehmen. Ablehnen aber werden wir den Punkt 28, der die Besiedlung der östlichen Grenzgebiete vorschlägt, und zwar, weil schon in der Begründung steht, daß aus „nationalen Gründen“ die östlichen Gebiete besiedelt werden sollen. Was beweist das? Das beweist, daß man jene Politik fortsetzen will, die sowohl von dem Zentrum, der bürgerlichen Arbeitsgemein-

schaft und den Deutschnationalen als auch von der Sozialdemokratie im Osten durchgeführt wurde, indem man im Einverständnis mit Sebering schwarze Reichswehr dort ansiedelte. — Ihr braucht Euch deshalb nicht zu vertriehen, die Dinge stimmen: Im Einverständnis mit den Sozialdemokraten wurde die schwarze Reichswehr dort angesiedelt. Im Roßbachprozeß sollten ja diese Femebandiden verurteilt werden, weil sie in der gemeinsten Weise Menschen abgeschlachtet haben. Es hieß natürlich, sie hätten es aus vaterländischen Motiven getan. Aus „vaterländischen Motiven“ tötet man im Wald hinterücks einen Menschen. Graf von der Goltz hatte sogar den Mut, zu sagen, es sei besser gewesen, die Roßbacher hätten den Schneider, der Schlageter verraten hat, auch so gekillt wie den Schmidt, dann wäre das mit Schlageter nicht passiert. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Was hat das mit der Agrarfrage zu tun?) Diese Leute sollen dort weiter angesiedelt werden, und die „nationalen Belange“ verlangen, daß man dort einen gewissen Postkordon zieht gegen den alles vernichtenden Bolschewismus, vor dem die Sozialdemokraten eine so furchtbare Angst haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man Siedlungspolitik treiben will, soll man im Rheinlande damit anfangen, die Großgrundbesitzer ein bißchen enteignen, deren Land aufteilen und die Bauernsöhne, die nicht wissen, wohin, dort ansiedeln. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Rußland ist auf dem Wege zum Privatkapitalismus!) Sie sind ja am Spinnen!

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Kreuz. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Der geht einen schweren Kreuzweg!)

Abgeordneter Dr. Kreuz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt das Wort ergreife, um im Auftrage der Zentrumsfraktion auch einiges über die Notlage der Landwirtschaft zu sagen, so möchte ich dies einleitend mit der Feststellung tun, daß doch eine erfreuliche Erscheinung zu buchen ist. Diese erfreuliche Erscheinung besteht darin, daß alle Parteien nach den Ausführungen die in diesem Hause gemacht worden sind, sich darüber einig sind, daß eine katastrophale Notlage der Landwirtschaft besteht. Das ist deshalb so wertvoll, weil in dieser Erkenntnis anderer Berufsstände für einen Berufsstand, der ihnen sonst fernliegt, ein so großer Wert liegt, daß die Hoffnung vorhanden sein kann, daß wir aus dieser Katastrophe doch noch einmal, alle zusammenarbeitend, herauskommen.

Meine Damen und Herren, die Notlage ist allgemein. Sie ist so groß, daß es eigentlich schwer fällt, ein spezielles Gebiet herauszugreifen und zu sagen: Dieses Gebiet ist ganz besonders notleidend. Ein klarer Unterschied in dieser Hinsicht ist nicht zu machen, weil, wie gesagt, die Notlage überall gleich groß ist.

Trotzdem möchte ich in meinen Ausführungen kurz auf die besondere Notlage zu sprechen kommen, mit der wir in den Höhengebieten unserer Provinz zu kämpfen haben. Ich denke vorwiegend an die Eifel, den Hunsrück, den Westerwald, wo die Verhältnisse, wenn auch nicht gleich, so doch sehr ähnlich gelagert sind. Ich möchte dabei gleich bemerken, daß vieles, was dazu auszuführen ist, auch auf die Kleinwirtschaft am Niederrhein und in den sonstigen Niederungsgegenden der Provinz zutrifft.

Früher war die Lage in der Eifel so, daß die kinderreichen bäuerlichen Familien ihre Söhne in die Industriegebiete schicken konnten und diese dort die Möglichkeit hatten, Geld zu verdienen und die Eltern, die kümmerlich auf der Scholle lebten, mit zu unterhalten. Dieser vorteilhafte Zustand ist leider nach dem Kriege vollständig gewichen. Das Saargebiet fällt aus, die Ruhr ist mit Arbeitslosen so überseht, daß eine Einfuhr guter bäuerlicher Arbeitskräfte leider nicht mehr in Frage kommt. Der Durchschnittslandwirt in der Eifel mit seinen 6 bis 8 Kindern, die er früher, wie gesagt, in die Industrie schicken konnte, muß seine Kinder jetzt mit durchhalten, und alle diese hungrigen Mägen tragen dazu bei, daß die paar Kartoffeln, die schließlich gezüchtet werden, um so schneller aufgefressen sind und die Not um so größer wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einen landwirtschaftlichen Betrieb von der Größe von etwa 20 Morgen in der Eifel vergegenwärtigen und einmal ganz kurz durchrechnen, wie die Leute leben können oder, besser gesagt, leben müssen, dann ist das Ergebnis ein außerordentlich betrübliches. Die Lage ist dort so: Ich setze voraus, daß in diesem 20-Morgen-Betrieb je 2400 Stunden, insgesamt also 4800 Stunden im Jahr gearbeitet werden muß. Im Winter fällt zwar die Arbeit weg. Dafür wird aber im Sommer 12, 15 oder 16 Stunden gearbeitet. Der Lohn für diese Arbeit beträgt, ganz vorsichtig gerechnet, nicht mehr als höchstens 23—24 Pfennig pro Stunde.

Meine Herren, es ist vielfach die Frage zum Ausdruck gekommen, warum man die landwirtschaftlichen Arbeiter so schlecht bezahle. Sie sehen aus dieser Not der Landwirtschaft, gerade auch der Eigenbesitzer, daß die Landwirtschaft leider nicht in der Lage ist, höhere Löhne zu bezahlen, ohne noch mehr kaputt zu gehen. (Sehr richtig! rechts.) Infolgedessen ist es leider nicht möglich, die von vielen Seiten geforderten Tariflöhne oder ähnliches zu zahlen, ohne den Betrieb vollständig zunichte zu machen.

Meine Damen und Herren, das ist das traurige Ergebnis einer Eifelbauernwirtschaft, wo von morgens bis abends gearbeitet wird! Dazu müssen Sie sich vorstellen, unter welchen Bedingungen man dort zu arbeiten und zu leben hat.

In der Vorkriegszeit war das Verhältnis des Ertrages der Produkte zu dem, was der Bauer zu seinem

Lebensunterhalt brauchte, gegenüber der Nachkriegszeit vollständig anders. Heute bekommt er für den Roggen 9—10 RM, vor dem Kriege 10 Mark, für den Weizen 10—12 RM, früher 10,50 Mark usw. Ähnlich ist es bei den Kartoffeln, die früher zum Teil 2,50 Mark kosteten, jetzt nur 2—2,30 RM. Wenn aber der Bauer für seine Familie, die er kleiden muß und für die er auch sonst noch zu sorgen hat, Sachen anschaffen will, sehen sie plötzlich, daß die Arbeitschuhe, die er braucht, früher 8 Mark kosteten, jetzt aber 16 oder 18 RM, daß der Anzug früher 30—40 Mark kostete, jetzt aber 80—90 RM. Ich greife diese Beispiele heraus, weil sie m. E. sprechender sind als andere theoretische Ausführungen. Nichts spricht so drastisch als die nackten Zahlen, die man hier vorsetzen kann. Man sieht daraus, wie der Bauer, der vor dem Kriege auch nichts zu lachen hatte, seine Ansprüche hat zurückschrauben müssen, um auch nur einigermaßen sich das Notwendigste kaufen zu können, was er und seine Familie unbedingt brauchen. Dieser Verteuerung der Lebenshaltung stehen noch andere Momente zur Seite, die ebenso schwerwiegend und außerordentlich nachteilig den Lebensstandard beeinflussen.

Zusbesondere sind das die Wohnverhältnisse. Wenn Sie in die bäuerlichen Betriebe der Eifel hineingehen und sich die Wohnungen ansehen, so will ich dazu von mir aus nichts weiter sagen, als daß ich Ihnen kurz aus einem Gutachten der Landwirtschaftskammer ein paar Stellen mitteile, die das erfassen, was in der Hinsicht so drastisch und traurig ist. In diesem amtlichen Bericht der Landwirtschaftskammer hat man die Verhältnisse in einem Hocheifelkreise — es war nicht in meinem Kreise, sondern in Prüm — untersucht und dort folgendes festgestellt:

Familie X. 9 Kinder, ältestes 16 Jahre, jüngstes 4 Monate. Unten ein ganz kleines Zimmer, ein Fenster, Zimmerdecke dem Einfallen nahe, regnet durch, ein Bett, 3 wiegenähnliche Kisten zum Schlafen, daneben kleines, enges Zimmer zum Wohnen. Durch eine Leiter zum Dachraum, wo ein Bett, gefüllt mit Lumpen, steht als Schlafstätte für 6 Kinder. Ein zweites Beispiel: Eine andere Familie wohnt in einem früheren Stall. Vorn ein Wohnraum, ein Fenster, dahinter dunkler, lichtloser Raum ohne Fenster, nur so groß, daß zwei Betten stehen können, mit 1/2 Meter breitem Gang in der Mitte. Schlafstätte für Ehepaar und 5 Kinder. Die Frau ist lungenkrank. Eine weitere Familie: Schlafrum wird benutzt von 9 Personen, Ehefrau und 7 Kinder. Im Wohnraum steht das Bett des Großvaters, der am ganzen Körper voller Geschwüre und Ausschlag ist.

Meine Herren, das sind nicht etwa Beispiele, die besonders drastisch sind, es ist ein Durchschnitt genommen. (Zuruf des Abg. Haas: Sie müssen für Abhilfe sorgen!) Die außerordentliche Notlage ist daran

schuld. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Wie wollen Sie abhelfen?) Auf die Abhilfe komme ich noch.

Eine weitere Familie: Ein Wohnraum mit Bett durch Türe verbunden mit Stall, wo das Pferd steht und noch ein Bett. 7 Kinder. Vom Stall geht es durch eine Leiter zum Dachraum, wo einige Kinder auf Laub und Lumpen schlafen.

Ich habe das nur kurz erwähnt, um einige Beispiele dafür zu geben, wie stark die Notlage dort ist. Es ist zu bemerken, daß bei der Abhilfe des Wohnungselends in der Eifel auch noch weitere ungünstige Faktoren in Betracht kommen. Sie liegen insbesondere darin, daß jeder Baustein, der zu dem neu zu bauenden Wohnhaus gefahrt werden muß, bedeutend teurer ist als in der Stadt. Der Bau ist 50 Prozent wenn nicht noch mehr Prozent, teurer als in der Nähe der Stadt oder der Bahn. (Zuruf des Abg. Wietscher: Da können die Autos vom Rürburgring die Materialien hinschleppen!)

Des weiteren kommt hinzu, daß der Bauer in der Eifel für die Verwertung seiner Produkte unter sehr schlechten Begebenheiten zu leiden hat. Man hat dort teilweise Wege, die noch aus der Zeit der Rindzüge von vor zehn Jahren kaputt und noch nicht wiederhergestellt sind. Damals hat das Reich Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Sie sind aber zum größten Teil der Inflation zum Opfer gefallen, und die Wege sind nicht gebaut worden. Was später dafür noch gegeben worden ist, war derartig geringfügig, daß nur nur ganz wenig und nichts Besonderes geschehen konnte.

Des weiteren leidet — das möchte ich besonders unterstreichen — gerade unsere Gegend, die Eifel, überhaupt die gebirgige Gegend, unter der mangelhaften Erschließung durch Eisenbahnen. Man kann ja über den Fall streiten, ob es heute bei der Entwicklung der Automobile usw. noch zweckmäßig ist, an Eisenbahnbauten heranzugehen. Ich glaube aber, für die gebirgigen Gegenden das besonders bejahen zu müssen, denn auf unseren vielgewundenen Straßen kann der Autoverkehr niemals eine nennenswerte Rolle spielen, sondern es kann hier lediglich durch den Bau von Eisenbahnen Abhilfe geschaffen werden. Wenn durch den Bau von Eisenbahnen die Gegend erschlossen werden soll, ist die Lage doch so, daß wir dort meistens Güter zu transportieren haben, die sehr schwer sind, insbesondere aus Steinbrüchen, Mineralien und Holz. Ich glaube, daß es doch sehr zweckmäßig wäre, wenn in der Hinsicht in absehbarer Zeit seitens des Reiches und der Reichsbahngesellschaft etwas geschähe.

Entsprechend dem Wohnungswesen liegen die gesundheitlichen Verhältnisse. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß wir verhältnismäßig die meisten Tuberkulosefälle in der Eifel oder überhaupt in der Höhenlage haben. Die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose

beträgt 9—12 auf 10 000 Einwohner, während für das Land Preußen der Durchschnitt bloß 7,38 ist. Das ist im wesentlichen, da wir gute Luft haben, wohl darauf zurückzuführen, daß die Wohnverhältnisse so traurig sind, wie ich sie eben schilderte.

Es wurde eben gefragt, wie man an den Abbau dieses Wohnungselendes gehen könne. Es geschieht im Rahmen der vorhandenen Mittel das Menschenmögliche, um den Leuten zu helfen, zu einer ordentlichen Wohnung zu kommen. Es wird auch meinerseits nicht abgeleugnet, daß es in den letzten Jahren möglich war, in vielen Fällen zu Neubauten zu kommen unter Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Hauszinssteuerauskommen und mit besonderen Mitteln, die die Kreise aufgenommen haben, um derartige Bauten mit zweiten Hypotheken zu finanzieren. Das soll auch weiter geschehen. Aber mit einem Schläge läßt sich das Elend nicht beseitigen. Es wird eine Reihe von Jahren darüber vergehen müssen.

Bemerken möchte ich noch, daß auch die steuerliche Belastung gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gestiegen ist. Das ist aber wohl allgemein bekannt.

Wenn geholfen werden soll, dann ist es doch wohl außerordentlich wichtig, zunächst da einmal zu helfen, wo alteingesessene Bauernstämme seit Jahrhunderten ihre kärgliche Scholle bearbeiten. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pikard durchaus an, der vorhin so warme Worte für das Siedlungswesen gefunden hat. Ich halte es für außerordentlich segensreich, daß das geschieht. Ich halte es aber für mindestens ebenso wertvoll, daß in denjenigen Gegenden, in denen eine schollentreue Bevölkerung seit Jahrhunderten wohnt, man diese mindestens in der gleichen Weise behandelt, daß sie wieder rentabel arbeiten kann und überhaupt wieder zurechtkommt.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen so im Vorhergehenden einen kurzen Ueberblick über die Verhältnisse bei uns gegeben habe, so möchte ich jetzt darauf kommen, wie man zu einer Besserung der Verhältnisse — das bezieht sich auch auf alle anderen landwirtschaftlichen Betriebe am Niederrhein usw. — kommen kann. Meine Herren, die Landwirtschaft — ich glaube, das feststellen zu dürfen — will kein Geschenk von Reich und Staat. Sie will nur so gestellt werden, daß sie rentabel arbeiten kann. Man möge ihr die Voraussetzungen dazu geben, dann wird sie sich selbst helfen. Dieser Gedanke ist schon wiederholt hier ausgesprochen worden. Wie man aber diese Rentabilität herstellen kann, darüber sind die Auffassungen geteilt. Es ist in der letzten Zeit von dem Herrn preussischen Minister des Innern gesagt worden, daß die Preisspanne zwischen Produzenten und Konsumenten nicht so groß sein dürfe, wie sie in vielen Fällen es leider ist. (Sehr richtig!) Meine Herren, ich muß allerdings zugeben, daß dies außerordentlich traurig ist. Ich gehe da auch einig mit den Vertretern des

reellen Handels — der ja gewöhnlich dazwischen ist —, daß es tatsächlich eine große Masse unreeller Händler gibt, die diese Notlage auszunutzen verstehen. Es sind Fälle vorgekommen, wo der unreelle Händler ein Stück Vieh, das 300 RM wert ist, dem Bauern für 150 RM abzukaufen versuchte, weil er seine Notlage kannte. Es ist vorgekommen, daß er dem Bauern sagte: Wenn du es mir jetzt für 150 RM nicht gibst, dann komme ich in acht Tagen wieder und dann gebe ich nur noch 100 RM, und weil der Bauer sich nicht einschließen konnte, das Vieh zu diesem Preise zu veräußern, war er nach acht Tagen in einer solchen Notlage, daß er das Stück Vieh für 100 RM abgeben mußte. (Zuruf des Abg. Kohl: Das sind aber alles gute Christen!) Das sind so traurige Zustände, daß wir mit allen Mitteln innerhalb der zuständigen Verbände dahin arbeiten werden, daß der Viehabsatz so gesichert wird, daß die Leute wenigstens das bekommen, was ihnen gebührt und was der Marktlage entspricht.

Ähnliches läßt sich in bezug auf den Winzerstand sagen. Da kommt es insbesondere vor, daß man Weine, die beim Produzenten vielleicht 80 Pfennig kosteten, nachher mit erstaunten Augen auf irgendeiner Wein- farte zu 6 oder 8 RM verzeichnet sieht, wozu noch das Trinkgeld für den Kellner kommt. Der Letztere bekommt dann mehr an Trinkgeld, als der Produzent erhalten hat. (Abg. Bergweiler: Sehr richtig!) Ein solcher Zustand ist untragbar. Wenn dieser Zwischen- raum in den Preisen einmal überbrückt werden könnte, wäre die Sache bedeutend besser.

Des weiteren ist hier die Frage des Zollschutzes angeschnitten worden. Wir sind uns klar darüber, daß auf dem Gebiete des Zollwesens im Rahmen der Gesamtwirtschaft auch für die Landwirtschaft etwas geschehen kann und muß, und zwar in größerem Umfange, als es bisher der Fall war. Das ist allerdings eine Sache, die uns als Provinziallandtag nichts angeht und mit der sich die zuständigen Stellen bei Reich und Staat, besonders beim Reich, beschäftigen müssen; da wird sich das Notwendige schon durchsetzen lassen. (Zuruf des Abg. Schröder-Hochhalten: Sie können es aber empfehlen!) Empfohlen ist es ja hiermit. (Weiterer Zuruf: Es muß lauter empfohlen werden!) Auf alle Fälle ist es in jeder Weise auf das wärmste zu empfehlen, daß entsprechenden Entschlie- sungen an der maßgebenden Stelle Gehör geschenkt und entsprechend durchgegriffen wird.

Zur Besserung der Lage halte ich einen weiteren Punkt für außerordentlich wichtig. Wir leisten uns im Deutschen Reich das Vergnügen, für etwa 2 Mil- liarden Produkte landwirtschaftlicher Art einzuführen. Wir leisten uns den Luxus, diese ungeheure Summe ins Ausland fließen zu lassen und damit unsere Handels- und Zahlungsbilanz zu belasten. Es ist ein trauriges Zeichen, wenn fast alle Deutsche sagen: Es geht uns furchtbar schlecht, wir müssen sparen, wir

müssen das Möglichste tun, um durchzuhalten, und wie die schönen Worte alle heißen. Dieselben Leute gehen dann aber hin (Zuruf links: und bauen den Nürnberg- ring!) und kaufen amerikanische Äpfel oder hollän- dische Butter oder dänische Eier. (Zuruf des Abg. Kohl: Wer kauft die denn, das sind doch nur Ihre Familien, die Proleten können es doch nicht!) — Sie sprechen furchtbar laut. — Es ist außerordentlich be- dauerlich, daß dies geschieht, und es wäre überaus wünschenswert, wenn das Verständnis, das für die Not der Landwirtschaft in diesem Hause bei allen möglichen Parteien vorhanden ist, sich auch in dem ges- amten deutschen Volke durchsetzte, insbesondere mit Rücksicht auf diese sehr hohen Gelder, die für nichts und wieder nichts ins Ausland wandern.

Man macht so schöne Sachen, um die öffentliche Meinung von irgendetwas zu überzeugen. Jetzt machen wir die verdienstvolle Reichsunfallwoche. Machen wir doch auch einmal eine landwirtschaftliche Notwoche, in der sich jeder Deutsche verpflichtet, ein- mal bloß die Butter aus dem eigenen Lande und die Äpfel, die bei uns wachsen, zu essen und nur den Wein zu trinken, der an der Mosel, der Mosel und am Rhein wächst. (Zuruf des Abg. Kohl: Deutsche, trinkt fran- zösischen Sekt!) Unsere Mosel- und Moselwinzer haben es wirklich nötig. Sie können dies auch machen, um auf diese Weise zu zeigen, daß wir Deutsche in der Lage sind, von unseren eigenen Produkten zu leben. Wenn es im Laufe der Zeit gelingt, durch derartige Maßnahmen von diesen 2 Milliarden bloß eine bei uns zu halten, so haben wir ein gutes Fundament für eine weitere Kapitalbildung zugunsten der Landwirt- schaft.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dr. Creutz: Ich bin sofort fertig. — Sie erkennen an der Einheitlichkeit der Stimmung, daß die Erkenntnis von der Notlage der Landwirtschaft feststeht, aufbauend auf diese Voraussetzung, aufbauend auf die Vorschläge, die ich Ihnen gemacht habe, ist die Möglichkeit vorhanden, daß es besser wird.

Wir bitten Sie, die Anträge, die zu dem landwirt- schaftlichen Etat gestellt worden sind, in der von dem Herrn Berichterstatter vorgeschlagenen Form an- zunehmen. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kemmann.

Abgeordneter Kemmann: Meine Damen und Herren, die ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Pitard zum Punkt 28, betr. die Förderung der bäuer- lichen Ansiedelung im Osten, überheben mich der Not- wendigkeit, eingehende Ausführungen zu machen. Ich möchte aber, als Mitglied des Siedlungsausschusses, doch nicht ganz an der Frage vorbeigehen, ohne meiner Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß der V. Sachausschuß Veranlassung zu dem Antrag ge-

nommen hat, die Zinsverbilligung, die im vergangenen Jahre beschlossen wurde und auf 4 Prozent festgesetzt war, auf 2 Prozent herunterzusetzen.

Meine Damen und Herren, wenn die Siedelung in den Grenzbezirken Erfolg haben soll, dann muß den Siedlern in jeder Weise unter die Arme gegriffen werden. In der Form, wie die Siedlung heute aufgegriffen ist, kann es damit nicht weitergehen. Der Siedlungsausschuß hat — darauf hat Herr Pikard schon hingewiesen — das schlesische Gebiet bereist. Was wir da an Elend bei denjenigen Siedlern sahen, die ohne Beratung nach dem Osten gegangen sind, spottet jeder Beschreibung. Es sind auch rheinische Siedler ohne jede Vorberatung dorthin gegangen. Die Siedler haben sich in schlechten Gebieten angesiedelt, sie haben Gebäude auf schlechtem Boden erstellen müssen und haben damit Abgaben und Zinslasten übernommen, die sie gar nicht tragen können. Die Siedlung Sedschin, die wir zuerst sahen, bestand aus Boden schlechter Klasse; es war zum Teil reiner Sand, zum Teil undurchlässiger Boden, auf dem nichts gedeihen konnte. Die Siedler waren nicht in der Lage, aus den Ernten, die sie bisher gehabt hatten, sich das anzuschaffen, was sie brauchten; sie konnten ihr Inventar, ihren Viehbestand nicht ergänzen; sie gehen ganz bestimmt ihrem Untergang entgegen. Es war außerordentlich traurig zu sehen, wie schwer die Lage sich dort gestaltet hat und wie notwendig es ist, die Leute zu beraten. Aus diesen und weiteren Umständen sehen Sie, daß es auch notwendig ist, die Kosten für die Erstellung der Gebäude und für alles, was die Siedler brauchen, auf ein Mindestmaß zu beschränken. In Sedschin, wo die Siedler auf dem elenden Boden zugrunde gehen, haben die Leute, abgesehen von dem Preise, den sie für den Boden zahlen mußten, Beträge von 350—400 RM aufwenden müssen, um die Gebäude zu erstellen. Dazu kommen noch weitere Belastungen. Da ist eine Existenz vollständig ausgeflohen.

Von diesem Standpunkte aus ist es zu begrüßen, daß die Provinzialverwaltung eine Beratungsstelle eingerichtet hat, die den Siedlungslustigen in jeder Weise mit Rat und Tat zur Hand geht. Eine Beratungsstelle darf jedoch keine Propaganda machen. Daß sie ihre Pflicht erfüllt hat, ersehen Sie am besten aus dem Umstande, daß eine große Zahl rheinischer Siedlungslustiger, die sich gemeldet hatten, ihren Antrag wieder zurückgezogen hat und nur wenige von ihnen als Siedler nach dem Osten gegangen sind.

Meine Damen und Herren, das Siedlungsproblem muß heute aber auch unter dem Gesichtspunkt der Notlage der Landwirtschaft betrachtet werden. Von diesem Gesichtspunkte aus muß heute die Beratungsstelle — was sie auch tut — die allergrößte Vorsicht walten lassen. Wenn man bedenkt, daß Güter zu Siedlungszwecken zum nackten Preise von 400 RM je Morgen

angeschafft worden sind und daß es notwendig war, für die Siedlungsgüter Gebäude zu erstellen, die zu den 400 RM. Erwerbskosten noch einen Betrag von mindestens 350 oder 400 RM brachten, so ergaben sich Bodenpreise von 800 RM, die die Siedler verzinsen mußten. Es ist bei der heutigen Lage der Landwirtschaft nicht möglich, dabei zu existieren oder auch nur zu vegetieren.

Meine Damen und Herren, deshalb ist das Siedlungsproblem nicht nur ein Problem, das dahin zielt, den Landwirtschaftslehren aus dem Rheinlande die Möglichkeit einer Existenz zu schaffen und den Gedanken des Deutschtums in den Grenzbezirken zu stärken, sondern es ist auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe, die von dem Standpunkte aus angesehen werden muß, daß es unbedingt notwendig ist, die Siedler in eingehendster Weise zu beraten, damit sie nicht noch das, was sie einzahlen, verlieren. Die Siedler müssen ja — und darin hilft ihnen die Provinz vorbildlich — eine Anzahlung von 9—10 000 RM leisten. Hierfür übernimmt die Provinz die Haftung und sie verbilligt die Zinsen auf 4 Prozent. Da ist ja nun die Erleichterung geschaffen worden, daß die Zinslast auf 2 Prozent heruntergedrückt werden kann. Aber, meine Damen und Herren, die Siedlung kann erst dann Erfolg haben — das möchte ich ausdrücklich feststellen —, wenn die Lage der Landwirtschaft sich bessert, wenn die Rentabilität wiederhergestellt wird. So sehr ich den Gedanken der Siedlung begrüße und ihm meine Unterstützung gebe, so sehr muß ich deshalb doch davor warnen, daß man Propaganda für den Siedlungsgedanken macht. (Abg. Schröder-Hochhalten: Sehr richtig!) Ich muß davor warnen, daß man heute Landwirte aus dem Rheinlande in solche Grenzbezirke hineinschickt, von denen wir wissen, daß sie zur Zeit nicht existieren können. Wir müssen, wollen wir den Siedlungsgedanken auch als nationalen Gedanken propagieren, in erster Linie für alles eintreten, was die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herstellt. Dann werden die Siedlungen und auch die Hilfsmaßnahmen der Provinzialverwaltung sich als segensreich erweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pikard.

Abgeordneter Pikard: Meine Damen und Herren! Wir stimmen der von der Sozialdemokratischen Partei in Drucksache 33 geforderten Erhöhung verschiedener Positionen im landwirtschaftlichen Haushaltsplan zu. Wir begrüßen ganz besonders die Entwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens, weil wir in einer guten Ausbildung der jungen Landwirte mit eines der wichtigsten Momente sehen, um eine Rentabilität der Landwirtschaft herbeizuführen. Wir freuen uns, daß diese Fortschritte jetzt zutage treten, ganz besonders deshalb, weil in der Vorkriegszeit — das möchte ich besonders dem Zentrumsvredner sagen, der eben das

Glend der Vorkriegszeit geschildert hat — gerade auf diesem Gebiete sehr, sehr wenig geschehen ist. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wer in den alten Protokollen des Provinziallandtags nachblättert, den kann der Jammer darüber erfassen, wie wenig damals auf diesem Gebiet von den Herren, die heute für die Kleinbauern eintreten, getan worden ist. Dieser Vorwurf trifft insbesondere die Zentrumspartei, für die Herr Creutz gesprochen hat.

Meine Damen und Herren! Auch der Förderung der Kleinviehzucht stimmen wir nach jeder Richtung zu, ebenso der Förderung der Versuchsringe, Beispielswirtschaften, Saatkontrolle, Saatgut usw. Ich möchte hierbei nicht unterlassen, zu bemerken, daß diese Forderungen fast Wort für Wort im sozialdemokratischen Agrarprogramm nachzulesen sind. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wir freuen uns über jeden, der Buße tut, und hoffen, daß das, was in unserem Agrarprogramm steht, in der Zukunft noch viel mehr durchgeführt wird im Interesse der kleinen Bauern und der Landwirtschaft im allgemeinen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Losenhausen: Theorie und Praxis!) Ueber Theorie und Praxis, Herr Losenhausen, werde ich nachher noch etwas sagen, was Ihnen nicht unangenehm in die Ohren klingen wird.

Ich komme dann auf die bäuerlichen Siedlungen im Osten und in der Rheinprovinz zu sprechen und betone, daß meine Partei nach jeder Richtung hin diese Bestrebungen unterstützt, weil wir auch hierin ein Mittel zur Befreiung der Landwirtschaft sehen. Nur müssen wir uns im Interesse der gedeihlichen und friedlichen Entwicklung des Siedlergedankens dagegen wenden, daß, wie es in der Entschließung des V. Ausschusses heißt, die Siedlungen nach konfessionellen Gesichtspunkten aufgezogen werden sollen. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!) Meine Damen und Herren! Der Streit der Konfessionen — darüber dürfte wohl die Mehrzahl des Hauses sich klar sein — ist das Unglück des deutschen Vaterlandes gewesen. Dies wiederum erneut aufzuziehen, halte ich für ein Beginnen, gegen das wir als Sozialdemokraten uns ganz entschieden wehren müssen. Wir kennen nur Bauern. Wir wollen nicht den ausgesprochenen Unterschied zwischen katholischen, evangelischen oder dissidentischen Bauern haben. (Zuruf des Abgeordneten Wietzcher: Es gibt auch religiös-sozialistische Bauern!) Sehr richtig! Wir können uns auch einen religiös-sozialistischen Bauern vorstellen. Wenn Sie nicht so jung wären, würden Sie wissen, daß dieses Argument dasjenige ist, was den Fortschritt des Gedankens der Arbeiterbewegung auf dem Lande Jahrzehnte gehemmt hat, und Sie würden als Kommunist am allerwenigsten diesen Gedanken in die Debatte werfen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Lassen Sie sich von Sellmann heilig sprechen!)

Meine Partei stimmt auch der Erweiterung des Antrages des Provinzialausschusses Nr. 39 zu. Wir sind für gemeindeweise Saatreinigungsanlagen, wir sind für einheitliche Bebauung und Düngung, wir sind für Originalsaatgut. Alle die Dinge, die dort zur Begründung der Forderung von 100 000 RM aufgestellt sind, sind Forderungen, die wir als Sozialdemokraten schon vor dem Kriege auf dem Lande vertreten und wofür wir den Hohn und den Spott der Landwirtschaft geerntet haben. (Sehr richtig! links.) Heute hat man sich zu diesen Forderungen durchgerungen, heute geht man mit der Zeit, heute sieht man über die Parteibrille hinweg, heute arbeitet man mit, und in dieser Mitarbeit werdet Ihr die Sozialdemokratische Partei jederzeit an Eurer Seite finden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu dem Antrage der Zentrumspartei, der unter Druckfache 82 dem Hause vorliegt. Ich muß hier erklären, daß ich es bedaure, daß dieser Antrag im V. Ausschusse gestellt worden ist. Wenn es den Antragstellern wirklich um die Linderung der Not der Kleinbauern zu tun ist, dann mußten sie verhindern, daß durch einen solchen Antrag in die bis dahin bestehende einheitliche Linie ein Riß hineingetragen wurde. Wir haben in der Kommission darauf hingewiesen, daß der Wortlaut dieses Antrages es uns nicht ermöglicht, für ihn zu stimmen. Wir haben Abänderungsvorschläge gemacht. Aber nein, man wollte diesen Antrag so, um, wenn der diesjährige Provinziallandtag zur Neuwahl steht, den Kleinbauern sagen zu können: Sehet, die bösen Sozialdemokraten haben gegen diesen an und für sich vernünftigen Antrag gestimmt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Ihr stimmt im Reichstag gegen die eigenen Anträge!) Wir werden bei der Wahl unseren kleinen Landwirten das sagen, was zu diesem Antrage zu sagen ist, und wir wissen, daß wir von ihnen auch verstanden werden.

Aber, meine Damen und Herren! Es geht noch etwas anderes aus diesem Antrage hervor, und deshalb müssen wir uns auch dagegen wenden: Wir dürfen die Dinge nicht so hinstellen und können nicht dulden, daß sie so hingestellt werden, als wenn die Not der Landwirtschaft im Deutschen Reich die einzige Not sei, sondern wir müssen darauf hinweisen und weisen mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß die Not der Landwirtschaft ein Teil der Gesamtnot des deutschen Volkes ist. Und in einer Provinz wie der Rheinprovinz, die überwiegend industriell ist, in einer Provinz mit einer so stark entwickelten Industrie, sollte man, wenn man schon über die Notlage spricht, auch von der Not der Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung der Rheinprovinz reden. Die Presse schrieb gestern, man könnte den Eindruck haben, daß die Rheinprovinz eine Agrarprovinz sei. Wenn man diesen Antrag besieht, muß man tatsächlich zu dieser Ueber-

zeugung kommen. Dabei haben wir, wie schon verschiedentlich in diesem Hause betont worden ist, zur Zeit 250 000 Erwerbslose im Rheinland.

Meine Damen und Herren! Es hat dann der Abgeordnete Creuz von der Not der Kleinbauern auf der Hocheifel, im Westerwald, an der Mosel, am Niederrhein usw. gesprochen. Meine Damen und Herren! Die Not, die der Abgeordnete Creuz geschildert hat, ist eine Anklage gegen seine Partei, die die stärkste Partei im Rheinlande ist und die es verabsäumt hat, in der Vorkriegszeit schon der damals nicht minder wie heute bestehenden Not zu Leibe zu gehen.

Meine Damen und Herren! Der Redner des Zentrums sprach von der Wohnungsnot, und er schilderte, wie eine Familie in einem Ort im Kreise Aidenau mit 6 Kindern in einem Stall ohne Fenster haust. Herr Kollege Creuz, haben Sie dabei nicht empfunden, daß Sie sich als Landrat ein großes Armutzeugnis ausgestellt haben? (Abgeordneter Görlinger: Sehr gut!) Ein Stall ohne Fenster! Das sind Verhältnisse, zu deren Abstellung wirklich keine Mittel der Provinz, des Reiches und des Staates erforderlich sind. Solche menschenunwürdige Zustände können auch von dem Landrat eines Kreises Aidenau gebessert werden, der schon viel größere Projekte durchgeführt hat. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Siehe Nürburgring!)

Meine Damen und Herren! Ebenso ist es mit den Löhnen. Wir wissen, daß die Löhne niedrig sind. Aber wenn man hier einen Lohn von 20 Pf. nennt, dann darf man doch auch nicht vergessen, daß zu diesem Lohn die Lebenshaltung hinzukommt, die durch die Arbeit neben dem Lohn gewonnen wird.

Es wird dann gesagt, die Landwirtschaft müsse rentabler gestaltet werden. Wir müssen die gesamte deutsche Volkswirtschaft rentabler gestalten, nicht nur die Landwirtschaft. Dahin gingen auch unsere Anträge auf Abänderung des Antrages 82.

Herr Creuz fand dann treffende Worte für die Sparsamkeit. Ach, Herr Kollege Creuz, wenn Sie diese Worte doch gefunden hätten, als Sie den Bau des Nürburgrings beantragten! (Sehr richtig! links.) Das wäre viel besser gewesen. Wir haben uns über das Kapitel Nürburgring unterhalten. Ich glaube, Sie sind froh, daß Sie heute nicht mehr mit einer Nachtragsforderung hierhin zu kommen brauchen.

Es wurde dann auch in Verbindung mit der Sparsamkeit von der Einfuhr ausländischer Produkte geredet und auf Spanien usw. hingewiesen. Meine Herren, ich möchte nicht böshaft sein: Aber wenn wir morgen einen Handelskrieg mit Italien anfangen, wem soll dann der Oberbürgermeister Aidenauer ein Telegramm schicken? Das geht dann doch wirklich nicht. Man sollte schon nach dieser Richtung hin vorsichtig

sein mit den Dingen, die man hier auf die Tagesordnung bringt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun von der Not der Landwirtschaft sprechen, dann bin ich der Meinung, müssen wir die Landwirtschaft in zwei Gruppen teilen, und zwar in die Großlandwirtschaft und die Kleinlandwirtschaft. Die allgemeinen Klagen, so wie wir sie gehört haben, haben wir ja auch in der Vorkriegszeit schon zur Genüge erfahren. Ich habe hier eine sehr interessante Statistik vor mir liegen, die sich vom Jahre 1890 bis zur Jetztzeit erstreckt. Wir finden dort, daß der Bund der Landwirte auf jeder Jahrestagung den Landwirtschaftsminister in Grund und Boden verdonnert hat, daß er erklärt hat: Die Landwirtschaft ist am Rande des Ruins, am Rande des Bankrotts. Wenn nicht durchgreifend geholfen wird, sind wir erledigt. Wie gesagt, diese Äußerungen ziehen sich vom Jahre 1890 bis zum Jahre 1929 auf allen Landbundtagungen hin und kehren immer wieder. Es hat noch keinen Landwirtschaftsminister gegeben, der vor den Augen des Bundes der Landwirte und der Großagravier Gnade gefunden hat. (Zuruf rechts: Doch!) Dann nennen Sie mir einen, der Gnade gefunden hat. (Zuruf des Abgeordneten Schröder-Hochhahlen: Herr Schiele!) Ach, du liebe Zeit, Sie sollten aus der großen Politik herausbleiben, davon verstehen Sie wirklich nichts. Nein, die Dinge liegen einfach so: Man kann den überspannten Forderungen nicht gerecht werden. Ich hätte von der Zentrumsparterie erwartet, daß sie mit aller Entschiedenheit den Anwürfen widersprochen hätte, die gegen den Landwirtschaftsminister in Preußen erfolgt sind. (Sehr richtig! links.) Auch der Landwirtschaftsminister Steiger in Preußen ist ein Mann, von dem ein Landwirt nach der Meinung der Herren von Loë und Lüninck, und wie sie sonst heißen, kein Stück Brot nimmt. Mein Kollege Kuhnen hat in seiner Staatsrede die Millionensummen genannt, die vom Lande Preußen speziell für die Landwirtschaft und insbesondere für Stützung des Genossenschaftswesens, der Verkaufsorganisationen, der Auffangorganisationen usw. ausgeworfen worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, man redet uns Sozialdemokraten immer nach, daß wir in Theorie und Praxis keine Freunde der Landwirtschaft seien. Ich darf Ihnen erklären, daß wir bestrebt sind, überall mitzuarbeiten. Ich glaube, für die Mitarbeit, die wir leisten, auch die Mitglieder des V. Sachausschusses als Zeugen anrufen zu können. Aber ich will konstatieren, daß die landwirtschaftlichen Organisationen die Mitarbeit von Sozialdemokraten zurückweisen und sie nicht als Mitglieder in ihren Organisationen haben wollen. (Hört, hört! links.) Es liegt hier ein Schreiben vor mir, wonach einer meiner Parteifreunde einen Antrag auf Aufnahme in den Rheinischen Bauernverein von Erkelenz gestellt hat. Ihm wird unterm 5. Februar geschrieben:

„Auf Ihren Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft des Rheinischen Bauernvereins teile ich Ihnen auftragsgemäß mit, daß nach unseren Satzungen die Aufnahme für Ihre Person nicht möglich ist.“

(Abgeordneter Haas: Hört, hört!) Dabei ist dieser Mann vollständig unbescholten, ist selbständiger kleiner Landwirt, aber er ist Sozialdemokrat. (Hört, hört!) Deshalb will man ihn nicht in den Organisationen haben und lehnt unter solch fadenscheinigen Gründen seine Mitgliedschaft ab. Man will die Mitarbeit der Sozialdemokratie nicht, weil man weiß, daß unsere Gedanken der Neuzeit entsprechend sind, daß wir mit dem technischen Fortschritt mitgehen, daß wir der Meinung sind, daß alles, was auf dem Gebiete der Technik, der Bildung usw. zu mobilisieren möglich ist, in den Dienst der kleinen Landwirtschaft gestellt werden muß.

Meine Damen und Herren! Ich sage nochmals: Das Problem der Not der Landwirtschaft ist kein einzelnes Problem, sondern es ist das Problem der Allgemeinheit. Meine Partei kämpft gegen die Not der Allgemeinheit des deutschen Volkes, in diesem Sinne auch für die Behebung der Not der Landwirtschaft. Wir haben die Gewißheit, daß durch unsere Arbeit diesem Problem auch zu Leibe gegangen wird und daß auf diesem Wege der Landwirtschaft im allgemeinen zu helfen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman. (Zuruf links: Das ist auch so ein kleiner Bauer!)

Abgeordneter von Stedman: Sehr richtig bemerkt! Ich knüpfe an das an, was Herr Pikard soeben bezüglich der Mitgliedschaft im Rheinischen Bauernverein gesagt hat. Meine Damen und Herren! Die Dinge liegen doch etwas anders, als sie Herr Pikard dargestellt hat. Die Bauernvereine nennen sich christliche Bauernvereine und legen den größten Wert darauf, durch diesen Namen ihre christlich-konservative Weltanschauung zum Ausdruck zu bringen. (Lachen links. Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Es gibt doch auch christliche Sozialdemokraten!) Wenn wir dann die Mitgliedschaft von Leuten in den Bauernvereinen ablehnen, die sich auf diesen christlich-konservativen Standpunkt nicht stellen können oder wollen, so ist das zweifellos unser gutes Recht. (Zuruf des Abgeordneten Göringer: Aber die Hilfe der Sozialdemokraten im Parlament wollen Sie haben!) Herr Pikard, wir lehnen aber nicht, wie Sie behauptet haben, die Mitarbeit oder ein Zusammenarbeiten ab; diese Mitarbeit hat mit der Mitgliedschaft einer Organisation nichts zu tun. (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Hier steht nichts von christlichen Bauernvereinen, hier heißt es: Rheinischer Bauernverein!) Dann müssen Sie sich die Statuten des Rheinischen Bauernvereins ansehen, wo es klipp und klar zum Ausdruck gebracht

wird. Es wäre eine Irreführung, wenn man sagen wollte, der Rheinische Bauernverein lehne die Mitarbeit mit irgendwelchen anderen Berufsständen oder politisch Andersdenkenden ab. Meine Damen und Herren! Persönlich und für den Rheinischen Bauernverein kann ich sagen: Man muß eine gewisse Achtung haben vor der politischen Ueberzeugung, aber auch vor der Weltanschauung des anderen; den christlichen Standpunkt muß man auch vertreten können.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun — dazu hatte ich hauptsächlich zum Wort gemeldet — zu kurzen Ausführungen zu der Drucksache 82, dem Zentrumsantrage. Ich muß dabei feststellen, daß der Zentrumsantrag eine Zusammenfassung dessen darstellt, was Herr Losenhäuser und ich am ersten Tage der Etatsberatung gesagt haben. Darum stellen wir uns vollständig auf den Boden dieses Antrages, der ja bloß bezweckt, einen Antrag an die Reichs- und Staatsregierung als die dafür zuständigen Stellen zu richten, was ohne weiteres zuzugeben ist.

Ist möchte aber auch dem, was Herr Pikard und Herr Creuz gesagt haben, ein Wort hinzufügen über die weitgehende Uebereinstimmung auch im V. Ausschuss über die Tatsache der Notlage der Landwirtschaft. Ich möchte besonderen Wert darauf legen, daß im V. Ausschuss im Gegensatz zu Herrn Klepper in Berlin ausdrücklich anerkannt worden ist, daß die Notlage der Landwirtschaft nicht etwa an der Elbe Halt gemacht hat, sondern daß diese Notlage in der Rheinprovinz in ebenso hohem Maße besteht wie im Osten. (Abgeordneter Schröder, Hochhalten: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Bei aller Anerkennung dessen, was für die Landwirtschaft seitens des Staates und des Reiches geschehen ist, müssen meine Freunde und ich auf dem Standpunkt stehen bleiben, den ich schon zum Ausdruck gebracht habe, daß es Pflicht des Staates bleibt, auch wenn die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftspolitik des Reiches und des Staates geändert wird, nach wie vor diese Fürsorge für die Landwirtschaft zu treiben, weil ein Zusammenwirken der verschiedensten Faktoren notwendig ist, um die Rentabilität der Landwirtschaft zu gewährleisten. Ob dabei der Weg gewählt wird über Maßnahmen zur Einfuhrdrosselung oder über die Zölle oder über die innerpolitische Marktregelung, das, meine Damen und Herren, gehört nicht hierher. Ich persönlich bin der Ueberzeugung, daß nicht eine dieser Maßnahmen ausreicht, sondern ein Zusammengreifen vieler, vieler Maßnahmen notwendig ist. Zu diesen Maßnahmen gehört auch, daß die Reichs- und Staatspolitik auf die Verhältnisse der Landwirtschaft bei der Steuerpolitik, der ganzen Kommunalpolitik, den ländlichen Schulkosten usw. Rücksicht nimmt, damit auch die Steuerlasten, die den Landwirt am meisten treffen, die Realsteuern, auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.

Meine Damen und Herren! Wir stimmen, wie ich schon sagte, dem vorliegenden Antrage zu. Wir hoffen aber, daß es den Antragstellern gelingen wird, durch ihre Fraktionen im Reichstag und im Landtag die gestellten Forderungen zu verwirklichen. Vor allen Dingen legen wir Wert darauf, daß ihr Einfluß in der preußischen Regierung ausreicht, um die Stimmen, welche die preußische Regierung im Reichsrat hat, auch so zu instruieren, daß sie nicht ständig gegen Vorschläge, die für die Landwirtschaft gemacht werden, abgegeben werden. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Ständig?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen des ersten sozialdemokratischen Redners konnte man entnehmen, daß die gesamten Ausführungen darauf hinausgingen, daß unter allen Umständen die Siedlung von dieser Seite her als etwas ganz Besonderes und Empfehlenswertes hingestellt werden sollte. Meine Damen und Herren! Eine Siedlung ohne Arbeitslohn und ohne Verdienst aus der Scholle ist eine Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn die nationalen Gründe von den Herren der Kommunistischen Partei abgelehnt und von denen der Deutschnationalen als ganz besonders empfehlenswert in den Vordergrund gerückt werden, so folgen wir naturgemäß den letzteren Ausführungen. Aber sie kommen ja bei diesem Problem gar nicht in Betracht, denn, wenn wir heute wissen, daß die Siedlungen bereits in fünfter und sechster Hand sind und sich immer wieder als unrentabel herausgestellt haben, so halten wir das ganze Verfahren für eine Unmöglichkeit. Dagegen ist das, was Herr Abgeordneter Kreuz gesagt hat, daß man die alten Bauernstämme erhalten soll, die sich seit Jahrhunderten um die Scholle mühen, der richtige Standpunkt, und es wäre wohl zu empfehlen, wenn die Provinz sich überlegte, ob sie die Unterstützung, die sie der Siedlung widmet, nicht bei diesen alten Bauernstämmen anbrächte, und zwar im Rheinlande selbst.

Meine Damen und Herren, es ist auch das Problem der Aufnahmeorganisation angeschnitten worden. Da stehen wir wohl nicht ganz auf dem Standpunkte des Herrn von Stedman, der meint, daß man die Fürsorge unter allen Umständen beibehalten solle, denn hinter der Sanierung durch die Preußenkasse, hinter den Aufnahmeorganisationen, hinter der Siedlung, bewegt sich das große Bild, wo sich die Sozialdemokratie mit den Rechtsparteien die Hand reicht, um ganz bestimmte Schichten, die auf Grund unserer allgemeinen Wirtschaftspolitik dem Untergang verfallen sind, noch vorübergehend am Leben zu halten. Wir sind der Auffassung, daß es konsequenter und richtiger wäre, wenn diese Kreise diese Verbindung lösten und nicht zu großen Wert auf diese Art der Agrarpolitik in Deutschland, in Preußen und hier im Rheinland legten.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kreuz hat gemeint, man solle zusammen stehen, und hat recht bewegliche Worte gefunden, und es kam wohl ganz von selbst auch einem der Herren Vorredner der Gedanke, daß der Vater des Nürnberg-Ringes mit den Worten vom Sparen, die er damals in den Mund genommen hat, etwas vorsichtiger umgehen sollte. Es ist zwar hier im Hause betont worden, daß heute Parteien stolz sind, weil sie im vorigen Jahre zur Vorsicht gemahnt haben. Aber ich glaube, noch besser wäre es gewesen, wenn sie gleich beim ersten Male, als der Nürnberg-Ring zur Debatte stand, mit der Wirtschaftspartei dafür gesorgt hätten, daß von vornherein die Brücke abgebrochen worden wäre. (Abgeordneter Dr. Stein: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Etwas fällt außerordentlich auf: Der Zentrumsantrag läßt jede Klarheit vermissen, wie das bei den Anträgen dieser Partei so oft festgestellt werden kann. Und das geht wohl nicht anders, denn heute kann man eigentlich nur von einem „Gewerkschaftszentrum“ sprechen. Heute ist daher die Stellungnahme dieser Partei ganz anders als in den Zeiten Mallinckrodt's, Windhorst's und Schorlemer-Mits. In allen ihren Anträgen ist ein großes Brimborium, und der Kernpunkt wird wunderbar umschifft. Deshalb, meine Herren vom Zentrum, sagen Sie nicht ehrlich, ob Sie für die Zollerhöhung in der Landwirtschaft sind oder nicht? (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Weil das ein falsches Mittel ist!) Es antwortet mir wohlweislich der Herr von der Sozialdemokratie, nicht das Zentrum, das sagt genug.

Meine Damen und Herren! Die Industrie hat ihre Zölle nach dem Kriege verdoppelt, das steht fest. Die Landwirtschaft bekommt heute im Durchschnitt 5 RM, und vor dem Kriege waren es 5,50 Mark. Deshalb stellen Sie nicht den Antrag, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß zum nächstzulässigen Termin die Zoll- und Handelsverträge gekündigt werden und dafür gesorgt wird, daß ein Zoll kommt, der es dem Landwirt gestattet, zum mindesten den Arbeitslohn eines Facharbeiters, zuzüglich desjenigen Teils der Wohlfahrt zu bekommen, in Preußen und Deutschland, woran die Landwirtschaft keinen Anteil hat. (Abg. Dr. Hold: Sehr richtig!) Ich glaube, dagegen würde wohl auch die Sozialdemokratie nichts einzuwenden haben, und die notwendige Zollerhöhung zur Rentabilität, die dann der nächste Schritt wäre, ist effektiv nicht einmal in Bruchteilen an einem Brötchen zu errechnen. Deshalb nun gerade von der Sozialdemokratie die gegenteilige Politik ausgeht, ist mehr oder weniger unverständlich. Der Herr von der Sozialdemokratie hat gesagt, die Beispielswirtschaften und alles, was da stand, seien schon zur Vorkriegszeit in dem sozialistischen Programm gewesen. Meine Damen und Herren, nehmen Sie doch die Sache international, dann haben nämlich diese Dinge in den Agrarprogrammen fast aller

Länder schon bestanden, und Sie alle wissen, daß es nur durch den Krieg unmöglich wurde, in Deutschland die Rationalisierung und Standardisierung der Agrarprodukte durchzuführen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie wollen jetzt neue Zölle bekommen.) Es ist nicht so, wie es behauptet wurde, daß die Landwirtschaft in der Nachkriegszeit zu faul gewesen wäre und die übrige Industrie sehr fleißig, sondern es liegt ganz einfach an diesen fünf Jahren, die wir hinterher gehinkt sind, und ferner daran, daß Sie nach dem Kriege durch Ihre Politik die Preisschere geöffnet, die Industriezölle verdoppelt und die Landwirtschaft zurückgesetzt haben. Darin kommt die Inversion gegen die Landwirtschaft zum Ausdruck, das wird niemand von Ihnen bestreiten können. Sie haben die politische Macht errungen und haben sie an jenen Kreisen ausgelassen, von denen Sie glaubten, daß sie vor dem Kriege Ihre geborenen und besonders tätigen Feinde gewesen wären.

Meine Damen und Herren! Auch die konfessionellen Gesichtspunkte hat der Herr von der Sozialdemokratie angechnitten. Er hat behauptet, es wäre ein Unglück, daß wir konfessionell gespalten seien. Ich kann dem nicht zustimmen. Ich bin zwar der Ueberzeugung, daß in vielen kritischen Momenten der deutschen Geschichte die Ueberobjektivität, die meiner Auffassung nach aus der Spaltung des deutschen Volkes auf konfessionellem Gebiete herrührt, ein gewisses Verhängnis gewesen ist. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte dafür nicht den Umstand missen, daß die Konfessionen sich gegenseitig gründlich beaufsichtigen und rechtzeitig die Spitzen abbiegen. Ich könnte mir auch nicht denken, auf welchem Wege die Einheitlichkeit in den Konfessionen hergestellt werden könnte, dies um so weniger, als wir aus den Zeitläufen wissen, wie sehr auf diesem Gebiete durch eine gewisse Politik, namentlich durch die Kombination der Politik des Zentrums mit der Sozialdemokratie ein dauernder Rückschritt auf der ganzen Linie zu verzeichnen ist.

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratie hat dann betont, daß sie so außerordentlich für die Landwirtschaft tätig und daran interessiert sei. Wenn das der Fall ist, so machen Sie doch die Zollerhöhung, so daß die Landwirtschaft wieder rentabel wird, und lassen Sie vor allen Dingen Ihre Enteignungsgesetze, denn beides verträgt sich nicht: für die Landwirtschaft einzutreten und gleichzeitig für ihre Enteignung in irgend einer Form zu sorgen, wie es in dem Städtebaugesetz zum Ausdruck kommt.

Meine Damen und Herren! Herr Pikard hat angeführt, wieviele Millionen der Landwirtschaft jährlich durch Reich, Länder, Provinzen und Gemeinden gegeben werden. Meine Herren, wenn man jemandem vorher milliardenweise das Betriebsvermögen entzieht, darf man nachträglich nicht auf die Millionen stolz sein, die man ihm als Trinkgeld wieder zuweist. (Zuruf

des Abg. Haas: Das haben aber bisher die anderen getan!) Meine Damen und Herren! Es ist gar keine Frage, daß durch Bildung und Technik, wie es die Sozialdemokratie in den Vordergrund schiebt, in der Landwirtschaft außerordentlich viel zu erreichen ist. Aber, meine Herren, Sie kommen um den letzten und großen Zug nicht herum: Sie müssen die Rentabilität der Landwirtschaft zurückgeben, damit sie überhaupt die Standardisierung, die Technik und die Bildung einführen kann, denn ohne Geld und mit den heutigen Verlusten ist das für jeden, der noch rechnen kann, ein Unding. (Sehr richtig! rechts, Zuruf des Abg. Hoffmann: Es lebe der Zollkrieg!) Ich habe Ihnen eben gesagt, Verehrtester, — aber Sie haben wahrscheinlich nicht zugehört — daß, wenn Sie die Zölle bis zur Rentabilität erhöhen, dies nicht in Bruchteilen von Pfennigen am Brötchen festzustellen ist. Widerlegen Sie es, so wäre ich Ihnen dankbar.

Meine Herren! Es ist zum Schluß gesagt worden, daß die Landwirtschaft auf die Fürsorge nicht verzichten kann. Es ist wohl selbstverständlich, daß darauf niemand verzichten wird. Aber ich glaube doch, wenn daraus politische Verpflichtungen entstehen, wie sie in Preußen und Deutschland und auch wohl hier bei der Provinz entstanden sind, ist es besser, sich zu überlegen, ob man nicht darauf verzichtet.

Meine Damen und Herren! Wir haben Anträge zum Landwirtschaftsetat gestellt, und ich habe bisher noch nicht von Ihnen gehört, daß Sie die Auswirkungen des Frostes auf die Landwirtschaft in Erwägung gezogen haben. Wir haben ja das Vergnügen, in diesem Jahre durch den Antrag eines besonders liebenswürdigen Herrn aus den Ausschüssen herausbugliert worden zu sein. Ich halte das nicht für — na, sagen wir einmal — der Situation entsprechend, denn, meine Herren, wir wählen in diesem Jahre neu. Bei den letzten Wahlen, die während des tagenden Provinziallandtages waren, waren wir die einzige bürgerliche Partei, die um 100 Prozent zugenommen hat; die übrigen haben nur abgenommen. Meine Herren! Weshalb denn da dieser kleine Affront, der uns so nett das Agitationsmaterial in die Hand liefert. Es wäre doch viel geschickter gewesen, Sie hätten es so gelassen wie im vorigen Jahr. Aber das nur nebenbei.

Meine Damen und Herren! In der Landwirtschaft, namentlich in den Höhengebieten, sind durch den Frost riesige Schäden entstanden. In großem Umfange sind Kartoffeln und Gemüse erfroren, was sich fraglos als Futternot auswirken muß. Es fehlt überall an Futtermittel, Heu ist bekanntlich nicht in genügendem Maße vorhanden. Es fehlt das Geld, um Futtermittel zu kaufen und die Viehbestände durchzuhalten. Bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist das den einzelnen Bauern nicht möglich. Es kommt hinzu, daß das verkäufliche Vieh seit zwei Monaten wegen der Unmög-

lichkeit des Marktauftriebes zwecklos gefüttert werden mußte, ohne daß daraus ein Mehrerlös zu erwarten ist. Die Wintersaaten, sowohl Getreide als auch Klee und Raps, sind fraglos sehr geschädigt, wahrscheinlich zum großen Teil vernichtet.

Wir haben in diesem Antrage den Provinzialausschuß gebeten, daß er beschließen möge, darauf hinzuwirken, daß sofortige Erhebungen über den Umfang des Schadens vorgenommen und sofortige Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden. In erster Linie ist die Beschaffung von Futterstroh, Saat und Düngemitteln erforderlich, wo es nötig ist, Sommerroggen noch zu säen. Meine Herren! Wir wollen nicht den Weg gehen, den wir bisher bei Notprogrammen und sonstigen Dingen gegangen sind, daß wir fleckerweise mit diesen Unterstützungen im falschen Moment kamen und sie letzten Endes verpufften; ganz abgesehen davon, daß sie der Not der Landwirtschaft gegenüber nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen sind. Wenn die landwirtschaftlichen Organisationen dieser Sache energisch näher träten, beizeiten Schritte unternähmen und nicht in bürokratischer Weise damit warteten, so wäre das zu begrüßen.

Wir haben einen weiteren Antrag eingebracht, daß bei der großen Notlage der Landwirtschaft, aber auch des Handels, des Handwerks und des Gewerbes es erforderlich ist, daß die Landesbank und alle öffentlichen Kassen angewiesen werden, keine Strafaufschläge zu verlangen, wenn die Zinsen von der notleidenden Landwirtschaft nicht gezahlt werden können.

Der Provinziallandtag wolle beschließen, den Provinzialausschuß zu beauftragen, entsprechende Anordnungen in Erwägung zu ziehen. (Beifall bei der wirtschaftlichen Vereinigung.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Der Antrag, der eben verlesen worden ist, ist ja nach dem, was heute morgen beschlossen wurde, dem Provinzialausschuß überwiesen worden.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas : Meine Damen und Herren! Zwei Dinge veranlassen mich, das Wort zu nehmen. Zunächst einmal hat der letzte Redner permanent wieder von einer Zollserhöhung gesprochen. Er hätte doch einmal versuchen sollen, den Nachweis zu führen, daß die jetzigen Getreidezölle sich tatsächlich in Deutschland auswirken. Ich bin überzeugt, daß ihm dieser Versuch mißlungen wäre; denn trotz der Getreidezölle, die wir haben, muß jeder objektiv Denkende feststellen, daß sie bei den Preisen, die wir in Deutschland haben, gar nicht zur Auswirkung kommen.

Weiter möchte ich aber auch darauf hinweisen, daß eine Senkung der Preise — ebenfalls nach unten zu den Konsumenten hin — nicht zur Auswirkung kommt. Die Senkung der Getreidepreise, die sich in den letzten Monaten des Jahres 1928 vollzogen hat und rund

17 Prozent beträgt, hat sich bei den Brotpreisen in Deutschland im allgemeinen nur zwischen 2 bis 3 Prozent ausgewirkt. Die durchschnittliche Senkung des Brotpreises beträgt nur 2,7 Prozent. Nur Genossenschaften haben Preisenkungen von 10 bis 15 Prozent, im Durchschnitt von 12 Prozent, vorgenommen. (Hört, hört! links.)

Wir müssen vor allen Dingen versuchen, den Zwischenhandel in einer ganz anderen Art und Weise zu regulieren als es bisher der Fall war. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Es muß also die Verteilungsorganisation unserer Lebensmittel anders geregelt werden. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Diese Organisation kann m. E. für beide Teile am vorteilhaftesten ausgebaut werden, wenn Landwirt und Konsument auf diesem Gebiete Hand in Hand arbeiten. (Zustimmung.) Das ist bisher nicht geschehen und deshalb haben wir nach meiner Auffassung die große Spanne.

Ich möchte dann noch zu Antrag 82 der Zentrums-partei ein Wort sagen. Ich bringe das deshalb jetzt vor, weil Herr Kollege Bollig bei einem anderen Punkte darauf eingehen will, da jetzt keine Redezeit mehr für das Zentrum vorhanden ist. Ich möchte wünschen, daß er den Zwiespalt, den ich in diesem Zentrumsantrag Nr. 82 finde, nachher einmal in seinen Ausführungen berührt.

Es heißt in diesem Antrage: „Der Landwirtschaft kann aber nur geholfen werden durch Herstellung der Rentabilität, also dadurch, daß sie für ihre Produkte einen Preis erhält, der in etwa den Produktionskosten entspricht, der in dem durch den Teuerungsindeks bestimmten richtigen Verhältnis zu den Friedenspreisen steht.“

Das bedeutet doch nichts anderes als eine Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Das wird auch gefordert! Die Folge würde natürlich sein, daß die Löhne der Arbeiter steigen müßten, und damit würden alle Produkte, die für die Landwirtschaft hergestellt werden, die Industrieerzeugnisse, wiederum im Preise steigen. In Wirklichkeit hätten wir dann das Rad, das wir ewig rülldrehen könnten und kämen doch nicht zu einem praktischen Resultat. Ich kann nicht verstehen, daß die christliche Arbeiterschaft in diesem Hause dieser Fassung zugestimmt hat; denn bisher hat die christlich organisierte Arbeiterschaft doch immer eine Preisenkung verlangt (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!), d. h. vor allen Dingen auch eine Senkung derjenigen Industrieerzeugnisse, die die Landwirtschaft zu ihrer Produktion benötigt.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Haas : Da müßte man einsehen, und wenn das geschähe, dann würde bei einer Preisenkung der Industrieerzeugnisse es nicht notwendig sein, die landwirtschaftlichen Preise zu heben. Und dennoch

würde die Landwirtschaft nach meiner Ueberzeugung besser fahren, als das heute der Fall ist. (Sehr richtig! links.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine Damen und Herren! Ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haas. Er meint, die Zölle würden sich nicht für die Landwirtschaft auswirken. Es besteht also die Ansicht bei der Sozialdemokratie, daß die allgemeine Agrarkrise der Welt bzw. die Welt-ernten an den niederen Preisen der Landwirtschaft schuld wären. Warum haben Sie denn den spanischen Handelsvertrag gekündigt und dafür gesorgt, daß auf diesem Wege höhere Weinzölle und dadurch auch eine höhere Preisstellung des Weines möglich geworden ist? Das ist der ganz klare Beweis, daß Sie auch anders können. Weshalb hat Caprivi seinerzeit die Zölle so herabgesetzt und die Ueberindustrialisierung Deutschlands auf Kosten der Landwirtschaft durchgeführt, eine Zeit, die uns fraglos sehr viel besser bekommen wäre, wenn wir die feine Linie, die Bismarck damals gezogen hatte, beibehalten hätten.

Wenn nach Ihrer Ansicht höhere Zölle sich nicht auswirken in höheren Preisen für die Landwirtschaft, dann können Sie es doch erst recht machen, dann würden die Arbeiter für die landwirtschaftlichen Produkte absolut nicht mehr bezahlen. Ich verstehe gar nicht recht die Konsequenz. Bei Bernkastel konnten Sie es wohl. Sie warten, bis ähnliche Dinge sich auswirken müssen.

Dann ist gesagt worden, der Mehlpreis wäre um 17 Prozent gefallen und trotzdem wäre nachher der Brotpreis nur um 2 bis 3 Prozent gefallen. In welcher Zeit war das? Welche Verluste ruhen darauf? Ist vorher das Mehl nicht auch sehr viel teurer gekauft worden, so daß sich hier selbstverständlich der preis-regulierende Einfluß des Zwischenhandels bemerkbar machte? (Zuruf links: Das ist ein preis-treibendes Moment!) Das kann kein preistreibendes Moment sein, denn solange wir die freie Wirtschaft haben, haben wir soviel Konkurrenz, daß der eine den anderen wieder herunterdrückt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Es ist ja keine freie Wirtschaft mehr!) Darauf kommt es hier gar nicht an; das ist derselbe Streitpunkt wie mit den Zöllen. Hier liegt es einfach daran, daß Sie weiter sozialisieren wollen. Sie wollen Genossenschaften. Sie wollen die ganze Konsumentenpolitik zusammenfassen als ein weiteres Machtinstrument für Ihre Pläne. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Zum Volkswohl!)

Der Aufbau dafür wird voraussichtlich das Einfuhrkontingent und das Getreidemonopol werden. Die Mühlen haben Sie ja bereits, nicht wahr? Hier ist also ein ganz großzügiger Plan auf großpolitischem Gebiete vorhanden, der hoffentlich nicht von den land-

wirtschaftlichen Organisationen unter der Decke mitgemacht wird, was ich sehr stark befürchte, und was die Bauern veranlaßt und in Zukunft veranlassen wird, ihre Selbständigkeit noch mehr zu betonen und ihre eigenen Wege zu gehen. (Bravol)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Erörterung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Von kommunistischer Seite ist getrennte Abstimmung beantragt worden. Ich bitte wie folgt abzustimmen: Zunächst zu Punkt 20, Antrag der kommunistischen Fraktion betr. Zinsverbilligung; dann über Punkt 19 und danach in der Reihenfolge, wie es die Tagesordnung vorseht.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des V. und I. Sachausschusses sind, der dahin geht, den Antrag der kommunistischen Fraktion abzulehnen, sich zu erheben. — Es ist so beschlossen.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des V. und I. Sachausschusses zu Nr. 19a und b sind, sich zu erheben. — Das ist so beschlossen.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des V. Sachausschusses zu Punkt 21 sind, sich zu erheben. — Das ist so beschlossen. Desgleichen zu Punkt 22. Das ist so beschlossen. — Zu 23; das ist so beschlossen. — Zu 24; das ist so beschlossen. — Zu 25; das ist so beschlossen. — Zu 26; das ist so beschlossen. — Zu 27 und 28; das ist so beschlossen. Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag des V. Sachausschusses zu Punkt 18 sind, sich zu erheben.

Ich stelle fest, daß zu all diesen Punkten der Antrag des Sachausschusses angenommen ist.

Meine Damen und Herren! In der Tagesordnung ist eingangs vermerkt, daß der Vorsitzende gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung Gegenstände der Tagesordnung, zu denen nach Ablauf einer Stunde der Sitzung keine Wortmeldung vorliegt, außer der Reihe zur Beschlußfassung stellen kann. Ich mache hiervon Gebrauch und rufe folgende Nummern der Tagesordnung außerhalb der Ordnung auf: 43, 44, 45, 51, 52, 53, 81 und 82.

Zu 43, 44 und 45 erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatter Dr. Saafen.

Abgeordneter Dr. Saafen: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß I schlägt Ihnen zu Punkt 43 die Wiederwahl des Herrn Landesrats Dr. von Boffe unter den in der Drucksache 6 aufgeführten Bedingungen vor, zu Punkt 44 die Wahl des Herrn Landesverwaltungsrats Dr. Brandts zum Landesrat unter den in Drucksache 7 genannten Bedingungen und zu Punkt 45 die Wahl des Herrn Oberregierungs- und -baurats Dr. Prager zum Landesbaurat unter den in Drucksache 8 genannten Bedingungen.

Die kommunistische Fraktion hat gebeten, zu betonen, daß sie im Sachausschuß aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Wahl bzw. Wiederwahl dieser

Herren Widerspruch erhoben hat. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Daß wir aber gegen die Personen nichts einzuwenden haben!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch erhebt sich gegen den Vorschlag des Ausschusses nicht; es ist also so beschlossen. Im Namen des Landtages darf ich den beteiligten Herren, die gewählt oder wiedergewählt worden sind, die Glückwünsche des Hauses aussprechen.

Zu Punkt 51 und 52 der Tagesordnung hat Herr Abgeordneter Koenzgen als Berichterstatter das Wort.

Abgeordneter Koenzgen: Zu den Punkten 51 und 52 schlägt der Ausschuß unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 53 hat als Berichterstatter Herr Dr. Hagen das Wort.

Abgeordneter Dr. Hagen: Zu Punkt 53: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1929, schlage ich Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor, es ist so beschlossen.

Zu Punkt 81 und 82 hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Bierwirth das Wort. — Der Berichterstatter scheint auf das Wort zu verzichten.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist so beschlossen, wie der III. Fachausschuß vorschlägt, d. h. unveränderte Annahme.

Dann gehen wir in der Tagesordnung zu den Punkten 29 bis 34 zurück, die zur gemeinschaftlichen Verhandlung verbunden sind.

Berichterstatter zu Punkt 29 für den V. Fachausschuß ist Herr Abgeordneter Adler.

Abgeordneter Adler: Es handelt sich hier um einen Antrag der kommunistischen Fraktion, die zur Unterstützung der durch Frost geschädigten Kleinwinzer eine Summe von 200 000 RM fordert. Der Ausschuß hat in seiner Mehrheit dem Antrage der kommunistischen Fraktion widersprochen und empfiehlt Ablehnung.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat für den Fachausschuß I Herr Abgeordneter Maus als Berichterstatter.

Abgeordneter Maus: Der I. Fachausschuß schlägt Ihnen hier gleichfalls Ablehnung des Antrages vor.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Zu Punkt 30 hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Bergweiler das Wort.

Abgeordneter Bergweiler: Meine Damen und Herren! Einem Beschlusse des Provinziallandtages für

1928 folgend, wurde in Trier bei der Lehranstalt für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft eine Mädchenklasse mit einem Gesamtkostenaufwande von 340 000 RM eingerichtet. In Drucksache Nr. 31 sind alle Maßnahmen, die vom Provinzialausschuß getroffen wurden, ausführlich aufgeführt. Der Fachausschuß hat an dem Bericht des Provinzialausschusses nichts auszusagen gefunden und schlägt vor, den in der Drucksache vorgeschlagenen Beschluß anzunehmen.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Zu Punkt 31 hat als Berichterstatter des V. Fachausschusses Herr Bergweiler das Wort.

Abgeordneter Bergweiler: Der V. Fachausschuß schlägt Ihnen unveränderte Annahme des Antrages des Provinzialausschusses, betreffend Einrichtung des Instituts für Klimaforschung bei der Provinzial-Weinbaulehranstalt Trier vor. Ich verweise auf die Drucksache Nr. 32, worin in ausführlichster Weise alle Gründe dargelegt sind, die für die Einrichtung einer solchen Forschungsanstalt sprechen.

Allein in den letzten drei Jahren sind dem deutschen Weinbau durch die Maifröste annähernd 200 Millionen Schaden entstanden. Nicht nur dem Weinbau, sondern auch der ganzen Landwirtschaft wird es von Vorteil sein, wenn es gelingt, Mittel und Wege zu finden, den Schaden, den die Maifröste anrichten, zu verringern.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Zu Punkt 32 hat für den V. Fachausschuß derselbe Berichterstatter das Wort.

Abgeordneter Bergweiler: Der V. Fachausschuß schlägt Ihnen unveränderte Annahme des Berichtes und Antrages des Provinzialausschusses, betr. Ankauf des Hartrath'schen Weinbergs „Trierer Neuberg“ vor.

Der Weinberg liegt in unmittelbarer Nähe der Lehranstalt in der Stadt Trier, rings umgeben von den Weinbergen der Lehranstalt, und stellt eine Arrondierung des Besitzes der Lehranstalt dar. Eine ausführliche Begründung finden Sie in Drucksache 78. Es erübrigen sich daher für mich weitere Ausführungen.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Zu Punkt 32 hat als Berichterstatter des I. Fachausschusses Herr Abgeordneter Eberle das Wort.

Abgeordneter Eberle: Der I. Fachausschuß hat dem Beschlusse des V. Fachausschusses Zustimmung erteilt.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Zu Punkt 33 hat als Berichterstatter des V. Fachausschusses Herr Abgeordneter Pifard das Wort.

Abgeordneter Pifard: Meine Damen und Herren! Der Fachausschuß V empfiehlt unveränderte Annahme des Antrages in Drucksache 40. Hierbei bin ich beauftragt, im Namen des Fachausschusses folgendes zu erklären. Wir begrüßen es, daß der Antrag

produktiven Charakter trägt, weil auch im Ausschuß die Meinung vertreten war, daß es keinen Zweck habe, den Winzern Unterstützungen in kleinen Portionen zu geben. Keine Teilbeträge, sondern Arbeitsgelegenheit; das ist notwendig!

Der Ausschuß hofft, daß für die mit dem Wegebau in den Weinbergen verbundenen Grunderwerbsfragen bei den Winzern Verständnis geweckt wird, damit dort keine Verzögerungen und Schwierigkeiten in der Arbeit eintreten.

Weiter wünschen wir, daß die Frage des Wegebauens in den Weinbergen nicht mit bürokratischen Nebenfragen belastet werde. Der Rat des Kulturrates wird begrüßt; aber es soll vom Kulturrat auch alles geschehen, um die Inangriffnahme der Arbeiten zu beschleunigen. Die Verteilung der 700 000 RM ist so vorgesehen, daß 500 000 RM für die Wegebauten und 200 000 RM für Zusammenlegungen bereitgestellt werden. Die Durchführung der Arbeiten soll in einem Zeitraum von zwei Jahren erfolgen.

Der Ausschuß begrüßt die Bereitwilligkeit der Provinzialverwaltung, den Gemeinden, die das auf sie entfallende Soll nicht aufbringen können, über die Landesbank Darlehen zu geben.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Als Berichterstatter des I. Sachausschusses hat Herr Abgeordneter Baumann-Höppenhof das Wort.

Abgeordneter Baumann-Höppenhof: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen ebenfalls Annahme des Antrages vor.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Als Berichterstatter zu Punkt 34 hat das Wort Herr Abgeordneter Bergweiler.

Abgeordneter Bergweiler: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen die unveränderte Annahme des Etats der Provinziallehranstalt für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft für 1929 vor.

Der Lehranstalt in Kreuznach soll eine Mädchenklasse — Sobernheim — angegliedert werden, was ohne erhebliche Kosten — 1500 RM Zuschuß sind im Etat vorgesehen — erfolgt.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Die kommunistische Fraktion hat Ihnen zu den vorliegenden Anträgen zu erklären, daß sie auf der Annahme ihres Antrages besteht, der vorsieht, daß 200 000 RM zur Unterstützung der durch Frost geschädigten Kleinwinzer eingesetzt werden.

Außerdem sind wir nicht mit der Verteilung der Mittel einverstanden, sondern wir sind dafür, daß die Summe durch eine Kommission verteilt wird, deren Mehrheit aus Kleinwinzern zusammengesetzt ist. Nur dadurch haben wir die Gewähr, daß das Geld auch an die richtigen Stellen kommt.

Zu den übrigen Punkten, die hier zur Beratung stehen, — Ankauf eines Weinguts usw. — erteilen wir unsere Zustimmung.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pikard.

Abgeordneter Pikard: Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Partei lehnt den Antrag der kommunistischen Fraktion unter Nr. 29 ab.

Zu den übrigen Anträgen haben wir zu erklären, daß unsere Partei hierzu ihre Zustimmung erteilt. Insbesondere begrüßen wir die großzügige Aktion, die für die Kleinwinzer in die Wege geleitet worden ist. Wir bedauern aber lebhaft, daß zwar Studienkommissionen in dieses Gebiet gefahren sind, jedoch heute, im März 1929, nicht von einer wirklichen Hilfe für die durch Frost geschädigten Winzer gesprochen werden kann. Man hat kleine Geschenke gegeben, die höchstensfalls zum Kauf eines Paares Schuhe langen. Aber es hat bisher daran gefehlt, daß man die Leute in die Lage setzt, sich und ihre Familie zu ernähren. Das liegt, wie wir glauben, auch an der bürokratischen Verschleppungspolitik, die beim Oberpräsidium herrscht.

In unserer Presse sind nach dieser Richtung hin gegen das Oberpräsidium Angriffe erhoben worden. Man hat lange Zeit gebraucht, um darauf zu antworten, und jetzt sagt man, daß die Dinge nicht so seien, daß etwas geschehen solle usw. usw. Wir wollen darüber nicht mehr streiten, sondern nur hoffen, daß jetzt wirklich etwas geschieht, und daß das Oberpräsidium resp. sein Sachberater alles daransetzt, um die Not der Kleinwinzer zu lindern; denn das ist im gegebenen Augenblick das Notwendigste.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst abstimmen zu Punkt 29 über den Antrag des V. und I. Sachausschusses auf Ablehnung des Antrages der K. P. D.-Fraktion, betreffend Unterstützung der Kleinwinzer.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag der Sachausschüsse sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Punkt 30: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Einrichtung einer Mädchenklasse bei der Provinzial-Lehranstalt für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 31: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Einrichtung eines Instituts für Klimaforschung bei der Provinzial-Weinbaulehranstalt zu Trier.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. — Auch das ist die Mehrheit.

Punkt 32: Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ankauf des Hartrath'schen Weinbergs „Trierer Neuberger“.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 33: Antrag des V. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufnahme einer Anleihe von bis zu 700 000 RM zur Unterstützung des Baues von Weinbergswegen.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 34: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Uhrweiler für das Rechnungsjahr 1929 nebst Anlage I, Mädchenklasse Sobernheim (zur Anstalt Kreuznach).

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Beratung und Abstimmung der zusammengefaßten Punkte 35 bis 39.

Punkt 35: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1929.

Punkt 36: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der K. P. D.-Fraktion auf Streichung der im Haushaltsplan für „Kunst und Wissenschaft“ für 1929 zur Errichtung und Unterhaltung von Denkmälern usw. vorgesehenen Beträge und auf Verwendung dieser Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen.

Punkt 37: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Verteilung der unter Titel VI des Haushaltsplanes über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für 1929 vorgesehenen Mittel im Betrage von 160 000 RM.

Punkt 38: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Einrichtung einer Archivberatungsstelle bei der Provinzialverwaltung.

Punkt 39: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzialmuseen für das Rechnungsjahr 1929.

Zunächst hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Schüler als Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Schüler: Der I. Sachausschuß schlägt Annahme der beiden vorliegenden Haushaltspläne und Ablehnung des kommunistischen Antrages vor.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Zu Punkt 38 und 39 hat Herr Abgeordneter Dr. Hommelsheim als Berichterstatter das Wort:

Abgeordneter Dr. Hommelsheim: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen die Annahme der Anträge zu Punkt 38 und 39 vor.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Es wäre zweckmäßig, überhaupt einmal festzustellen, ob dieses sogenannte Hohe Haus noch beschlußfähig ist. Die paar Männchens, die da herum sitzen, haben jedenfalls nicht das Recht, im Namen des Provinziallandtages zu sprechen. Aber das ist ja Sache des Vorsitzenden bei den kommenden Abstimmungen. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Ihre eigenen Leute sind ja auch abwesend.) Die sind schon da, wenn es darauf ankommt; das wird sich nachher bei der Abstimmung finden. (Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Ich bitte, zur Sache zu kommen.) Ich bin schon dabei.

Zu den Anträgen 39 und 40. Darunter ist auch ein Antrag der kommunistischen Fraktion, die Ausgaben für Denkmäler im Abschnitt „Kunst und Wissenschaft“ zu streichen. Wir haben alle Ursache, diesen Antrag zu stellen, weil sich im Etat für Kunst und Wissenschaft Summen verbergen, die nichts anderes als Subventionen an die katholische und evangelische Kirche sind. Wenn der Provinziallandtag für diesen Zweck schon Gelder bewilligen will, so soll er das unter der Bezeichnung „Zuschüsse an die katholischen und evangelischen Kirchen“ einsetzen und es nicht in Geheimschrift machen; dann weiß jeder Laie wenigstens Bescheid.

Unter diesen Bewilligungen sind einige, die ich herausgreifen will, z. B. 10 000 RM zur Instandsetzung des Quirinuskoms in Neuß, und 15 000 RM Zuschuß für Instandsetzung der Kölner Pfarrkirche St. Georg. So geht das durch alle Regierungsbezirke weiter. In jedem kleinen Raff wird plötzlich noch irgendein altes Baudenkmal entdeckt. Da fehlen ein paar Schiefer, dort ist der Blitz eingeschlagen, weil der Herrgott angeblich nicht aufgepaßt hat, da ist dieses oder jenes nicht in Ordnung. Wir sind der Auffassung, daß für diese Zwecke keine Gelder bewilligt werden können. Wenn man schon Gelder hierfür bewilligen will, so soll man die Etats der Kirchengemeinden

angreifen. Die mögen ihre Steuern erhöhen, dann können sie diese Summen decken. Wenn eine Arbeiterorganisation ihr Gewerkschaftshaus oder Versammlungsort in Ordnung bringen will, bekommt sie auch keine Zuschüsse, auch nicht von einer Kirchengemeinde. Bis jetzt ist das noch ausgeschlossen, und aus Gründen der Rechtmäßigkeit sind wir schon der Auffassung, daß hierfür kein Pfennig bewilligt werden darf.

Diese Leute haben kein Recht, von Baudenkmalprivilege zu sprechen. Es sind dieselben Leute, die sich nicht scheuen haben, — ich sage das, ohne irgendwelche patriotische Ausfälle machen zu wollen — während des Weltkrieges in Flandern und im französischen Grenzgebiet Kirchen und Kathedralen zu Pferdeställen zu machen. Nicht zu Lazaretten, das wäre schließlich noch zu verstehen, sondern zu Pferdeställen! Wir selbst haben es mitgemacht und können aus eigener Erfahrung sprechen. Der Dung hat dort meterhoch vor dem Hochaltar gelegen. Das war eine Gotteslästerung, wie sie schlimmer nicht denkbar ist von jenen Leuten, die doch angeblich immer die Interessen ihrer Kirche wahren wollen.

Wir als Kommunisten sind grundsätzlich nicht dagegen, daß auch Kirchen als Baudenkmäler erhalten bleiben, wenn sie wirklich einen historischen Wert darstellen. Aber nicht in der augenblicklichen Situation, wo Millionen von Erwerbslosen hungern und uns das einzelne Menschenleben hundertmal höher steht als irgendein altes Baudenkmal.

Anders ist die Frage, wenn die Arbeiterklasse selbst über die Gelder zu verfügen hat; wenn sie selbst feststellt, wo historische Baudenkmäler sind, die man im Interesse der ganzen Entwicklung des Volkes schützen muß. Ich erinnere nur daran, daß das vielgeschmähte und besonders aus dem Lager der Schwarzen mit Schmutz beworfene Sowjetrußland Hunderte und aber Hunderte von Kirchen erhält, weil sie wirkliche historische Baudenkmäler aus der Zeit der Tartarenherrschaft und zaristischen Herrschaft des Mittelalters sind. Ich erinnere nur an die Isaakkathedrale in Moskau und an hundert andere Kirchen. Die Sowjetregierung, die gleichbedeutend ist mit der Herrschaft der Arbeiter und Bauern, zeigt also, daß sie wohl Verständnis für Kunst und Wissenschaft hat. Aber das kann in diesem kapitalistischen Staate nicht in Frage kommen; vor allem deshalb nicht, weil die Arbeiter selbst nicht darüber mitbestimmen, was ein Baudenkmal ist, sondern irgendein Pfarrer, der auf seiner fetten Brünne sitzt und gern eine Wallfahrtskapelle — wie im Falle Montabaur — zur Heranlockung des Pilgerstroms aufmachen und damit Geld verdienen will. Das sind die christlichen Erwägungen dieser Leute, wenn sie ihre Anträge stellen.

Daß die Zahl der Antragsteller nicht gering ist, geht aus der Bemerkung des Antragstellers hervor, daß aus dem vorigen Jahre noch 400 Anträge vorliegen, weshalb eine ganze Reihe von Anträgen in diesem Jahre nicht berücksichtigt werden kann. Wir können es ja verstehen, aber Leute, die in der Politik nicht so bewandert sind, verstehen es nicht, wenn auch die Sozialdemokraten für diese Positionen stimmen, da sie doch aus der Urzeit der Sozialdemokratie immer noch der Meinung sind, daß diese Leute Freidenker sind und grundsätzlich jede Subvention der kirchlichen Organisationen ablehnen. Es hat einmal eine Zeit gegeben, als der alte August Bebel, den wir nicht als früheren Kommunisten reklamieren, der aber an der damaligen Zeit gemessen, ein guter Klassenkämpfer war, das Wort prägte: „Christentum und Sozialismus vertragen sich wie Feuer und Wasser.“ Dieser Satz hat im Interesse der Klarheit der marxistischen Prinzipien auch heute noch Geltung, und auch der Satz von Karl Marx: „Religion ist das Opium der Völker!“ gilt heute noch. Wir haben daher kein Interesse daran, grundsätzliche Fragen zu verschleiern.

Wir müssen mit aller Schärfe anprangern, daß jetzt in dem von der „Rheinischen Zeitung“ herausgegebenen katholischen Blatt der religiösen Sozialisten und dem Karlsruher Blatt der protestantischen Sozialisten die Forderung aufgestellt wird: „Religion und Sozialismus verhalten sich nicht wie Feuer und Wasser, sondern ergänzen sich, um das Reich Gottes im Sinne der Religion herzustellen.“ Das ist jetzt die neueste Parole Sollmanns. Nachdem er gesehen hat, daß es mit der Sozialisierungskommission von Karl Rautsky Eßig geworden ist, ist man glücklich auf den religiösen Sozialismus gekommen. Genau so, wie die Deutschnationalen mit ihrem „Erbfeind“ auf den Hund gekommen sind, so sind diese Leute auf den religiösen Sozialismus gekommen.

Es bleibt ja nicht dabei, daß diese Gelder hier in der Provinz allein verlangt werden, sondern wir stellen fest, daß darüber hinaus im Reichsetat 83 Millionen RM aus öffentlichen Steuermitteln bereitgestellt sind, um den gefräßigen Kirchenmagen sättigen zu helfen, und daß neuerdings ein Gesetz in Vorbereitung ist, wodurch die Kirchensteuern erhöht werden sollen. Grund genug für Kommunisten und Sozialisten, die wirklich Freidenker sind und die Prinzipien des Sozialismus hochhalten, diese Dinge in aller Öffentlichkeit bekanntzumachen. Aber darüber wird bei Ihnen der Mantel christlich-sozialistischer Nächstenliebe gedeckt. Außerdem ist vorgesehen — in den Verhandlungen über den Konkordatschacher ist das sehr klar zum Ausdruck gekommen —, daß Millionen und aber Millionen Mark für das Konkordat, für die Kirchen verwendet werden sollen. Wenn die Dinge so verlaufen werden wie in Italien, wo der ehemalige

Sozialistenführer Mussolini (Zuruf: Da hielten Sie diese Rede nicht!) — der genau denselben Weg wie Ebert und Scheidemann durchlaufen hat — jetzt geholfen hat einen Gefekentwurf durchzubeitschen, in dem festgelegt wird, daß die Pfarrer nicht nur vom Militärdienst befreit sind, sondern sogar vollkommene Straffreiheit im weltlichen Sinne genießen, daß also nur das geistliche Gericht eingreift, wenn solche Verfehlungen vorkommen, wie es seinerzeit hier mit dem polnischen Mariawittenprieſter der Fall war, — wenn in solchen Fällen nicht das öffentliche, sondern das geistliche Gericht eingreift, wie das in Italien bereits Tatsache geworden ist —, dann wird es den kommunistischen Zeitungen nicht mehr möglich sein, solche Dinge zu enthüllen wie in M. Gladbach, wo Kapläne wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt werden mußten. Dann wird alles in den Dunkelkammern der Inquisition verschwinden, und man wird dort die Leutchen pro forma aburteilen. (Zuruf: Was hat das mit der rheinischen Denkmalpflege zu tun?) Das hat mit der rheinischen Denkmalpflege insofern etwas zu tun, daß man, wenn man hier soviel Geld hineinsteckt und diese Institutionen verbessern und ausbauen hilft, dann dieses ganze System stützt; deshalb müssen wir das im Zusammenhang damit klarlegen. Die Kirche hat schon so vieles gefressen, daß man sich auf das Wort Goethes berufen kann: „Die Kirche hat ganze Länder gefressen, aber sie hat sich noch niemals daran überfressen“. Den Sozialdemokraten sagen wir nur: Sie werden später merken, daß das Wort wahr ist, „Wer vom Papste frißt, stirbt daran.“

Die Folgen dieser Unterstützung der kirchlichen Reaktion sowohl im Reichsmaßstabe wie in Provinz und Kommune zeigen sich bereits in solch erschreckendem Maße, daß sogar die demokratische Presse gezwungen wird, dagegen Sturm zu laufen. Ich erinnere an eine Notiz in „Berliner Tageblatt“ mit der Überschrift: „Das Zollamt als Zensur“. Das Bestreben, sich in den einzelnen Ländern den Rang abzulaufen in der Durchführung des Kampfes gegen Schmutz und Schund, führt z. B. dazu, wie es in diesem speziellen Fall angeführt wird, daß ein hervorragender graphischer Künstler — ein bürgerlicher natürlich, kein Kommunist; es gibt auch solche — Bilder und Zeichnungen des bekannten Zeichners Georg Grosz an seinen Freund zurückgeschickt hatte. Diese Zeichnungen waren zuerst nach der Schweiz gegangen und gingen dann zurück. Die Bilder wurden an der Grenze beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren eingeleitet, und jetzt wird diesen Leuten wegen Verstoßes gegen das Republikenschutzgesetz der Prozeß gemacht; also nur, weil ein einzelner Mann diese Dinge in der Hand gehabt hat. Wenn das „Tageblatt“ sich darüber entrüstet, so können wir das verstehen, aber die Leute haben kein Recht zur Entzündung.

Zum Schluß eine Anfrage an den Landeshauptmann Dr. Horion. Ein Teil der Presse hat behauptet, daß die Absicht bestände, Einspruch gegen die Aufführung von Lampels „Revolte im Erziehungshaus“, das am Samstag in Düsseldorf gespielt wird, zu erheben. Wenn das der Fall ist, können wir es vielleicht erleben, daß der Landeshauptmann an der Spitze einer Stinkbombenkolonne diese „Revolte“ niederkämpfen hilft.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saasen: Der Herr Abgeordnete Kuhl hat hier ausgeführt, daß die Mittel der Denkmalpflege der Provinz für Kirchen verwendet werden müßten, in die der Blitz eingeschlagen sei, weil der Herrgott nicht aufgepaßt habe. Diese Ausführungen sind geeignet, das religiöse Gefühl zahlreicher Mitglieder dieses Hauses zu verletzen. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Bravo! Zuruf des Abgeordneten Kuhl: Sie verletzen unsere Gefühle noch mehr!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Eberle.

Abgeordneter Eberle: Ich möchte zu einem anderen Gegenstande der Tagesordnung einige Ausführungen machen, und zwar zu der Forderung, die der Provinzialausschuß in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß I erhebt: 25 000.— RM zur Verfügung zu stellen, um eine neue Aufgabe für die Rheinprovinz zu übernehmen. Diese besteht darin, Archivalien zu sammeln, die irgendwo auf dem Lande, in kleinen Städten und vielleicht auch in größeren Städten ein verborgenes Dasein führen.

Wenn Sie die Drucksache, in der die Forderung begründet wird, genau durchsehen, werden Sie finden, daß hier ein neues Amt aufgezogen werden soll. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß, wenn dies geschieht, und der „richtige Mann“ an der berühmten „richtigen Stelle“ steht, er auch bestrebt sein wird, aus diesem Amte etwas zu machen.

Wenn ich weiter in der Vorlage finde, daß dem Amt ein Ausschuß von 17 Personen als Archivberatungs-Kommission zur Seite gestellt wird — ähnlich wie die Kommission für Kunstdenkmäler, so habe ich die Befürchtung, daß wir in Zukunft mit diesen 25 000 RM, die für dieses und gleichzeitig auch für das nächste Jahr in den Haushalt eingesetzt sind, nicht auskommen werden. Es ist allerdings die Rede davon, daß diese 25 000 RM zunächst zur Befoldung von einer oder zwei Kräften vorgesehen sind. Was das bedeutet, weiß ich auch nicht; wenn man eine solche Vorlage unterbreitet, und 25 000.— RM fordert, so müßte man m. E. ganz genau wissen, ob man davon eine oder zwei Personen besolden will. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Es sind doch zwei Pensionierte da.) Ach so? Es sollen also gewissermaßen nur Halbinvalide eingestellt werden. Ja, darüber bin ich nicht unterrichtet und kann deshalb dazu auch nichts sagen. Wenn hierbei auch Pensionierte Verwendung finden

solten, so müßte ich auch dagegen Einspruch erheben. (Sehr richtig! links.) Denn in der heutigen Zeit können wir es uns einfach nicht leisten, daß Leute, die eine anständige Pension bekommen, auf diesem Wege auch noch zu Nebeneinkünften gelangen können. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Nebenbeschäftigung darf bei Beamten nicht sein!) Aber da hierüber in der Vorlage nichts gesagt ist, kann ich hierzu natürlich auch keine bestimmte Behauptung aufstellen. Daneben sollen aus den 25 000.— RM noch die Reisekosten bestritten werden.

Ich gebe zu, daß die Sammlung wichtiger Archivalien eine sehr schöne Sache sein mag. Ist es aber notwendig, diese Sache jetzt aufzuziehen, wo allgemein der Ruf nach Sparbarkeit ertönt? Es ist eigenartig, daß gerade auch die Herren von der Arbeitsgemeinschaft, die hier erklärt haben: „Wir müssen daran denken zu sparen und können nur das Notwendigste ausgeben“, nach den Erklärungen die sie im I. Fachauschuß abgegeben haben, bereit sind, für die Übernahme dieser neuen Aufgabe zu stimmen.

25 000.— RM! Meine Damen und Herren, das hört sich ja so erträglich an! Sie müssen aber bedenken, daß das eine dauernde Ausgabe sein soll. Ich frage Sie nochmals: Ist es jetzt an der Zeit, wo wir seit 1925 noch eine Schuldenlast von 2,7 Millionen mit-schleppen und heute noch nicht wissen, wie wir diese Schuldenlast tilgen können, für die wir als Zinsen jährlich doch mindestens 160 000 bis 170 000 RM aus dem ordentlichen Haushalt bestreiten müssen — ist es nun an der Zeit, mit einer solchen Vorlage an den Provinziallandtag heranzutreten? Bei ruhiger und sachlicher Ueberlegung werden Sie wohl zu dem Standpunkte kommen, auf dem auch unsere Fraktion angelangt ist, nämlich diesen Antrag abzulehnen. (Sehr richtig! links.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Aus den Beratungen und in der Kommission habe ich mit großer Befriedigung feststellen können, daß sämtliche Parteien einschließlich der Sozialdemokratischen Partei, gern bereit sind, die Mittel zu bewilligen, die erforderlich sind, um unseren alten, wertvollen historischen Kunstbesitz in der Rheinprovinz, besonders soweit er sich in Baudenkmalern zeigt, zu erhalten. Wir pflegen diesen Kunstbesitz, weil wir dadurch wertvolle Verbindungen mit der Vergangenheit und der Geschichte der Rheinprovinz knüpfen (Sehr richtig! rechts) und so die Gegenwart aus der Vergangenheit lernen lassen wollen.

Nun ist es aber für die Pflege der geschichtlichen Vergangenheit ebenso wichtig, daß auch diejenigen Denkmäler erhalten und aufbewahrt werden, die nicht Baudenkmalern sind, sondern sich in geschichtlichen Archivalien zeigen und jetzt, soweit nicht die großen

Städte in Betracht kommen, zerstreut liegen und nicht nur zerstreut liegen bleiben — wenn das der Fall wäre, dann könnten wir warten —, sondern auch in alle Winde zerstreut werden, wenn wir nicht bald daran-gehen, diese wertvollen Kunstdenkmäler der Vergangenheit aufzuzeichnen, zu sammeln und etwas für ihre Erhaltung zu tun. (Sehr richtig!)

Das ist wohl die Veranlassung dazu gewesen, daß sämtliche kommunalen Spitzenverbände der Rheinprovinz, der Rheinische Städtetag, der Landkreistag und der Rheinische Gemeindetag an die Provinzialverwaltung mit der Bitte herangetreten sind, doch die nötigen Schritte zu unternehmen und vor allem durch Beratung und Unterstützung der Stellen, die die eigenen Kräfte nicht haben, dafür zu sorgen, daß diese Kunstdenkmäler der Vergangenheit gepflegt, erhalten und auch für die Zukunft aufbewahrt werden.

Wenn wir nun in der Lage sind, dieser Aufgabe durch die doch verhältnismäßig niedere Summe von 25 000.— RM gerecht zu werden, so können wir es wohl nicht verantworten, diesen Betrag abzulehnen und wie bisher auf diesem Gebiete die Unordnung, Verschleuderung und Verschwendung unserer wertvollen Kunstschätze der Vergangenheit weitergeben zu lassen. Infolgedessen bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrage zuzustimmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den Antrag des I. Fachauschusses zu Punkt 35. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Fachauschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 36. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Fachauschusses sind, sich zu erheben. Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 37. Wer für den Antrag des Fachauschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 38. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Fachauschusses sind, sich zu erheben. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 39. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Fachauschusses sind, sich zu erheben. Auch dieser Antrag ist angenommen.

(Zuruf des Abgeordneten Haas: Ich bitte bei Punkt 38 um die Gegenprobe.) Zu Punkt 38 wird um die Gegenprobe gebeten. — Der Antrag ist angenommen. (Heiterkeit.)

Wir kommen nunmehr zu den Punkten 40, 41 und 42.

Punkt 40: Antrag des I. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betr. Einstellung eines Betrages von 50 000 RM in den Haushaltsplan zur Förderung des handwerklichen Nachwuchses.

Punkt 41: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Gewährung eines einmaligen und eines laufenden Zuschusses für das „Haus der Technik“ in Essen.

Punkt 42: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für „Gewerbliche Zwecke“ für das Rechnungsjahr 1929.

Zu allen drei Punkten hat Herr Abgeordneter Maus das Wort als Berichterstatter.

Abgeordneter Maus: Im Sachausschuß I wurden zu Punkt 40 der Tagesordnung dahingehend Bedenken geäußert, daß, wenn man den Handwerkskammern von der Provinz aus Beihilfen gäbe, dann mit Recht auch die Handelskammern kommen und ähnliche Anträge stellen könnten. Auch wurde betont, daß es nicht Aufgabe der Provinz sei, Aufgaben durchzuführen, die eigentlich dem Staat und den Gemeinden obliegen müßten. Trotzdem hat der Sachausschuß es für notwendig erachtet, vorzuschlagen, dem Antrage unter der Voraussetzung stattzugeben, daß über die Verwendung im einzelnen der Provinzialausschuß bestimmen soll, nachdem die Handwerkskammern gehört worden sind. Der Sachausschuß I empfiehlt Ihnen daher die Annahme des Antrages, wie er in Anlage 84 in der Drucksache vorliegt.

Zu Punkt 41 wurde im Sachausschuß von mehreren Seiten bedauert, daß sich in letzter Zeit die Fälle häuften, in denen Einrichtungen geschaffen würden, die an und für sich gut und zweckmäßig seien, bei denen man sich aber nachher, wenn sie finanziert werden müßten, an die Provinz um Zuschüsse wendete, während diese Institute in Wirklichkeit von den Kommunen selbst finanziert werden müßten.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um das Haus der Technik in Essen. Der Sachausschuß hat nach einigen Bedenken dem Antrag mit der Begründung zugestimmt, daß nicht nur die Stadt Essen, sondern auch weite Teile der Provinz von diesem Haus der Technik Vorteile haben würden; um so mehr, als es sich hierbei um Fortbildung für Ingenieure, Chemiker und Techniker der Praxis handelt, nicht aber um eine Ausbildung, zumal das Institut auch bewußt erklärt hat, daß es weder eine Hochschule sei, noch eine solche werden wolle.

Zu Punkt 42 ist zu bemerken, daß der Haushalt gegen das Vorjahr eine Mehrausgabe von 5000 RM für die Gesellschaft zur Förderung des betriebswissenschaftlichen Instituts für Einzelhandelsforschung an der Universität Köln enthält. Der Sachausschuß schlägt Ihnen die Annahme des Haushaltsplans für „Gewerbliche Zwecke“ mit dem Zusatz vor, daß weitere 50 000 RM in Ausgabe eingesetzt werden, sofern Sie Punkt 40 der Tagesordnung zustimmen.

Stellv. Vorsitzender C h e r l e: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ruhnen.

Abgeordneter Ruhnen: Meine Damen und Herren! Bei der laufenden Nr. 40 unserer heutigen Tagesordnung handelt es sich um Förderung des handwerklichen Nachwuchses, wofür 50 000 RM bewilligt werden sollen. Es liegt ein Antrag des I. Sachausschusses vor, der den Antrag des Provinzialausschusses dahingehend ergänzt, daß er hinzufügt, zu welchen Zwecken die Mittel im einzelnen Verwendung finden sollen. Ueber die Verteilung an die einzelnen Stellen entscheidet der Provinzialausschuß.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich, nachdem sie nochmals eingehend zu der Angelegenheit Stellung genommen hat, nicht entschließen können, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben. Das hat mit einer mehr oder weniger großen Freundlichkeit gegenüber dem Handwerk gar nichts zu tun. Ebenso wie man uns hier oder da nachsagt, daß wir der Landwirtschaft gegenüber feindlich eingestellt wären, kommt es ja auch vor, daß man uns nachsagt, wir wären dem Handwerk gegenüber nicht freundlich eingestellt. Das eine ist so unwaar wie das andere.

Wir nehmen hier eine ablehnende Stellung ein, weil wir uns sagen, daß mit den 50 000 RM in der ganzen Provinz überhaupt nicht viel anzufangen ist. Vor allem glauben wir hervorheben zu müssen, daß sich mehr und mehr der Zustand herausbildet, von der Provinz Mittel für Dinge anzufordern, für die sie in erster Linie eigentlich nicht da ist. Wir sind überzeugt, daß es diesmal 50 000 RM sind, und daß diese Summe demnächst entsprechend steigen wird; und wenn sie einmal im Etat steht, wird sie auch nicht mehr herauskommen. Ob wir unseren Standpunkt künftig revidieren werden, steht noch dahin. Für den Augenblick erkläre ich namens meiner Fraktion, daß wir, so wie die Finanzlage innerhalb der Provinz liegt, nicht in der Lage sind, diesem Antrage zuzustimmen.

Ich berufe mich genau wie mein Parteifreund C h e r l e darauf, daß wir aus dem Jahre 1925 noch 2 700 000 RM alte Schulden haben und dafür nahezu 200 000 RM Zinsen nutzlos zum Fenster hinauswerfen. Solange diese Misere vorhanden ist, sind wir nicht in der Lage, derartige neue Verpflichtungen zu übernehmen. Außerdem stehen wir auf dem Standpunkt, daß die ganze Zuschußwirtschaft doch irgendwann einmal ein Ende haben muß. Bei allem Verständnis und allem Wohlwollen, die das Handwerk verdient, sind wir nicht in der Lage, dem Antrage zuzustimmen.

Stellv. Vorsitzender C h e r l e: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Meine Damen und Herren! Unter Punkt 40 wird ein Betrag von 50 000 RM angefordert, der der Handwerkskammer zur Verteilung an schwache Gemeinden bzw. an solche Berufsschulen überwiesen wird, die aus eigenen Mitteln nicht in der Lage sind, das Erforderliche aufzubringen. Als der Gedanke auftauchte und Herr Sanders im Provinzialausschuß diesen Antrag mündlich stellte und be-

gründete, hatten wir uns anfangs für die Bereitstellung von 50 000 RM ausgesprochen, ungeachtet dessen, daß die Schuldenlast der Provinz noch um 50 000 RM steigt, was wahrscheinlich für die Sozialdemokraten hier der Grund zur Ablehnung ist.

Wir wenden uns hier aus anderen Gründen gegen die Bewilligung der 50 000 RM, nämlich deshalb, weil ursprünglich gesagt wurde, daß die Verteilung dieses Geldes an die Kommunen durch die Provinz erfolgt, und die betreffenden leistungsschwachen Berufsschulen von den Handwerkskammern benannt werden sollen. Der Antrag der uns jetzt vorliegt, sagt aber, — wenn auch in einer Ergänzung — daß diese 50 000 RM als Beihilfe an die Handwerkskammern zur Förderung des handwerklichen Nachwuchses gegeben werden sollen. Die Handwerkskammern sind keine öffentlichen Einrichtungen im Sinne der Gemeinden und Gemeindeverbände, d. h. ihre Sitzungen und Verhandlungen sind nicht öffentlich. Die Wahlen zu den Handwerkskammern erfolgen auch nur durch die Gewerkschaften und die Handwerkerorganisationen, so daß wir also hier Mittel für einen Zweck aufwenden, für den die Provinz an sich überhaupt nicht zuständig ist. Ich bin schon der Meinung, daß, wenn wir 50 000 RM zur Verfügung stellen, wir dies mit der Motivierung tun, daß diese Summe nach Anforderung durch die Provinzialverwaltung an die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände verteilt wird. Dem Antrag in der vorliegenden Form können wir unsere Zustimmung nicht geben.

Das gleiche gilt für den Antrag zu Punkt 41, wonach ein dauernder Zuschuß an das Haus der Technik in Essen gegeben werden soll. Wenn wir diesen Antrag ablehnen, so geschieht es aus prinzipiellen Gründen. Ich kenne die Struktur des Hauses der Technik nicht genau; aber wenn ich richtig informiert bin, ist es etwas Ähnliches wie das Dintz, d. h. es werden dort Forschungen angestellt, neue Rationalisierungsmethoden usw. ausgeklügelt, die sich im letzten Grunde wiederum zum Schaden der Arbeiterschaft auswirken. Deshalb wenden wir uns gegen diesen Antrag, zumal die Provinzialverwaltung für derartige Zwecke schon übergenug Mittel aufwendet. Wenn die Stadt Essen, die finanziell sehr gut gestellt ist, eine solche Einrichtung trifft, mag sie die erforderliche Summe aus eigenen Mitteln aufbringen. Wir lehnen auch diesen Antrag ab.

Zu Punkt 42, der den Haushaltsplan für „Gewerbliche Zwecke“ zur Grundlage hat, habe ich am Dienstag schon Ausführungen gemacht. Wir stimmen diesem Stat nicht zu, weil darin ein erheblicher Teil von Aufwendungen enthalten ist, die ähnlichen Zwecken wie den vorhin gekennzeichneten dienen.

Stellv. Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Dr. Wesenfeld**.

Abgeordneter **Dr. Wesenfeld**: Meine Damen und Herren! Meine Freunde werden beiden Anträgen

— sowohl dem Haus der Technik wie auch dem Antrag für das Handwerk — zustimmen. (Hört, hört!)

Was das Haus der Technik angeht, so haben wir uns überzeugt, daß es sich hier um eine Einrichtung handelt, die für die ganze Provinz von Bedeutung ist. Wir bewilligen daher gern den Zuschuß, der übrigens — soweit ich aus dem Provinzialausschuß unterrichtet bin — für die künftigen Jahre noch keineswegs in seiner Höhe festgelegt ist, sondern dauernd wieder bewilligt werden wird.

Was den Antrag 40 angeht, so hatten wir dagegen in seiner ursprünglichen Form Bedenken, die unser Staatsredner auch zum Ausdruck gebracht hat. Sie gründen sich darauf, daß es uns völlig unmöglich erscheint, mit der Summe von 50 000 RM die elf Ausgaben zu erfüllen, die zunächst in dem Antrage aufgeführt waren. Weiterhin hatten wir auch Bedenken nach der Richtung, ob die Verteilung, so wie sie vorgeschlagen war, zweckmäßig sein würde. Nachdem uns aber im Ausschuß darüber Aufklärung gegeben worden ist, und nunmehr der Zusatzantrag gekommen ist, sind wir bereit, zuzustimmen. Wir werden also diese 50 000 RM bewilligen. (Zuruf des Abgeordneten **Gerlach**: Es lebe die Sparsamkeit!)

Stellv. Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Sanders**.

Abgeordneter **Sanders**: Meine Damen und Herren! Ich habe zu dem Antrag nicht sehr viel zu sagen. Zunächst muß ich mich sehr wundern, daß der Widerstand gegen den Antrag von der Linken kommt. Es handelt sich doch um einen Antrag, der geeignet ist, den arbeitenden Ständen tatsächlich die Möglichkeit zu geben, die Schwierigkeiten und fürchterlichen Hemmnisse, die jetzt dem Handwerk entgegenstehen, in etwa dadurch zu bannen, daß sie jetzt befähigt sind, mit allen modernen Mitteln in diesem Kampf einzutreten. Von der Linken wird nicht bestritten, daß der Mittelstand einen überaus schweren Kampf führt. Wir sind uns auch bewußt, daß wir diesen Kampf im großen und ganzen mit eigenen Kräften führen müssen; und wir werden ihn auch führen und dabei hoffentlich die nötige Unterstützung finden.

Wenn nun der Herr Redner der SPD. gesagt hat, die Handwerker sollten diese Stellungnahme um Gotteswillen nicht als Handwerkerunfreundlichkeit betrachten, so weiß ich wahrhaftig nicht, wie ich das auffassen soll. Wenn wir, die wir doch wohl zuerst dafür kompetent sind, sagen, daß hier ein Weg beschritten werden kann, der diesem Teil der arbeitenden Bevölkerung Hilfe bringt, so hat doch wohl niemand das Recht zu sagen: Das ist nicht der Weg der zum Ziele führt! Wir werden natürlich aus dieser Stellungnahme unsere Schlüsse ziehen.

Nun hat Herr Abgeordneter **Dunder** gesagt, — und darüber muß ich mich ebenfalls sehr wundern — daß sich sowohl die SPD. als auch er im Provinzialaus-

schuß für den Antrag ausgesprochen haben. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Mit starkem Vorbehalt; das wissen Sie doch!) Nun gut, Sie scheinen von Ihrer Fraktion desaboniert zu sein und jetzt nicht mehr ihren ursprünglich eingenommenen Standpunkt innehalten zu können. Das haben Sie aber mit sich selbst und Ihrer Fraktion abzumachen; ich habe gar keinen Anlaß, mich da hineinzumischen. Jedenfalls werden wir es nicht als handwerkerfreundlich betrachten — das möchte ich dem Herrn von der SPD. noch sagen, — wenn er einen Antrag ablehnt, den wir für lebenswichtig halten.

Uebrigens ist hier ein Mißverständnis unterlaufen, wie wir eben von Herrn Abgeordneten Wesenfeld gehört haben. Es ist doch gar nicht beabsichtigt — und das wäre ja auch geradezu lächerlich — mit den 50 000 RM all diese Aufgaben für die ganze Provinz zu bewältigen. Das bedeutet einfach weiter nichts, als daß wir die Aufgaben jetzt alle schon in Angriff nehmen. Ich darf vielleicht einen Punkt herausgreifen, der obenan steht, daß nämlich vom Etat der Handwerkskammer Düsseldorf allein 70 000 RM eingestellt sind und auch aufgebracht werden müssen für Kurse, die zur Zeit von 2110 jungen Handwerkern besucht werden. Danach können Sie sich ein Bild von der Arbeit machen, die dort geleistet wird. Es handelt sich also nicht um nebensächliche Dinge, wir glauben daher, daß wir solche Mittel haben müssen, um für diejenigen jungen Leute, denen es nicht möglich ist, wegen entfernten Wohnens und erheblicher Jahrgelder oder aus sonstigen finanziellen Gründen diese Kurse zu besuchen, — einen kleinen Fonds zu haben, aus dem man Geld für diese Kurse nehmen kann. Wir werden uns mit diesen Summen sehr einrichten und hoffen, die Zwecke, die wir damit erreichen wollen, auch zu erreichen. Ich bitte dem Antrag zuzustimmen.

Stellv. Vorsitzender Oberle: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen, die Punkt 40, dem Antrage des I. Sachausschusses, Drucksache 84, die Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 41. Der Sachausschuß I schlägt unveränderte Annahme vor. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu Punkt 42. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Wir kommen nun zu den Punkten 46, 47 und 48.

Punkt 46: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Befolgungen und anderen persönlichen Ausgaben der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ für das Kalenderjahr 1929.

Punkt 47: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Koenzgen u. a., betr. Einspruch gegen jede Verwendung von Mitteln der Landesversicherungsanstalten zu Finanzzwecken.

Punkt 48: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der RPD-Fraktion, bei der Reichsregierung gegen die Pläne des Reichsfinanzministers auf teilweise Ausgleichung des Reichshaushalts durch Ueberweisung von Schuldverschreibungen in Höhe von 170 Millionen RM als Staatszuschuß an die Landesversicherungsanstalten Einspruch zu erheben.

Zu den Punkten 46, 47 und 48 hat Herr Abgeordneter Koenzgen das Wort als Berichterstatter. Vielleicht kann der Herr Berichterstatter die drei Punkte zusammenfassen.

Abgeordneter Koenzgen: Zu Punkt 46 schlägt Ihnen der Sachausschuß I unveränderte Annahme vor.

Dann bitte ich Bezug zu nehmen auf Drucksache 81 zu Punkt 47 der Tagesordnung. Der I. Sachausschuß hat diese Entschließung begrüßt, glaubt aber, den letzten Satz in Drucksache 81 „— und lehnt die Verwendung von Mitteln der Landesversicherungsanstalten zu Finanzzwecken des Reiches ab“ nicht empfehlen zu können, weil er im Augenblick nicht übersehbar ist.

Punkt 48 der Tagesordnung, Drucksache 80, befaßt sich im wesentlichen mit dem Inhalt der Drucksache 81. Der I. Sachausschuß glaubt daher den ersten Teil mit der Annahme von Drucksache 81 erledigt zu sehen. Er glaubt aber darüber hinaus den Antrag der kommunizistischen Fraktion ablehnen zu sollen, welcher lautet: „Provinziallandtag fordert, daß die aufgespeicherten Kapitalien der Versicherungsanstalten in erster Linie benutzt werden zu einer Verbesserung der Invalidenrente.“ Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden, aber es ist ja bereits — namentlich bezüglich der Summen, die hier zur Debatte stehen — längst beschlossen.

Der I. Sachausschuß legte Wert darauf, noch ganz kurz mitzuteilen, wie diese Summe von 18 Millionen RM zusammenkommt. Bei den Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten ist ein sogenannter Reichszuschuß vorhanden, der bei den Invaliden- und Witwenrenten 72 RM und bei den Waisenrenten 36 RM beträgt. Diese Mittel, die augenblicklich für das ganze Deutsche Reich 164 Millionen ausmachen, sollen in Schab- anweisungen und nicht mehr in bar ausgegeben werden. Dadurch werden nämlich den Landesversicherungsanstalten im allgemeinen und speziell der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz wesentliche Barmittel unterbunden, die sie namentlich für die Unterhaltung und Beforschung des Wohnungs-

wesens verwenden können. Ich bitte in diesem Sinne zu beschließen.

Stellv. Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Meine Damen und Herren! Die Stellungnahme der kommunistischen Fraktion zur Frage der Befoldung der Beamten ist bekannt. Ich brauche in diesem Zusammenhang nur zu sagen, daß wir alle Gehälter über Gruppe IVa ablehnen.

Im Ausschuß sind verschiedene Beschwerden und Klagen mittlerer Beamtengruppen vorgetragen worden, die sich in der Linie bewegten, daß sie bei der Eingruppierung zu kurz gekommen seien. Die Verwaltung und der Ausschuß haben die Zusicherung gegeben, daß hier eine sorgfältige Nachprüfung eintreten solle und daß man den Anträgen bei berechtigten Ansprüchen entgegenkommen will.

Nunmehr zu dem Antrage Drucksache 80 und 81. Es ist doch nicht ganz dasselbe, wenn man den kommunistischen Antrag mit dem Zentrumsantrag vergleichen will. An und für sich sind wir durchaus der Auffassung, daß der Bau von Kleinwohnungen auch mit diesen Mitteln gefördert werden muß. Aber was hier vor uns liegt, ist doch etwas anderes. Die Versicherungsanstalten, die die Renten der Invaliden auszahlen, sind, wenn man ihnen den Staatszuschuß in Höhe von 165 Millionen RM nicht bar gibt, einfach gezwungen — falls man den Aussagen der Regierung trauen will — in diesem Jahr sofort eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Ich erinnere daran, daß alle bürgerlichen Parteien, als wir im vorigen Jahr den Reichstag wählten, das Problem der Versorgung der Invaliden und Erhöhung der Renten der Invaliden lang und breit behandelt haben; und gerade die Sozialdemokratische Partei, die heute in dieser wunderbaren Koalitionsregierung den Finanzminister stellt, hat die Frage der Invalidenversorgung in tausenderlei Gestalt immer wieder in den Vordergrund gerückt. Der Kongreß des ADGB. hat zwei grundsätzliche Forderungen aufgestellt: Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 Prozent, und Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre. Vor einigen Wochen haben sich die Parteien im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages noch einmal mit dem Problem beschäftigt. Die eine Forderung auf Herabsetzung der Invaliditätsgrenze hatte die Sozialdemokratie da schon fallen lassen; aber sie hat bis zum Augenblick immer noch gesagt, daß sie an der Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre festhalte.

Nun hat die Regierung im Sozialpolitischen Haus halt erklärt: Wir sind bei der katastrophalen finanziellen Lage der Landesversicherungsanstalten spätestens im Jahre 1933 gezwungen, eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Auf der anderen Seite hat man gesagt, daß an eine Erhöhung der Invalidenrenten zur Zeit nicht gedacht werden könne. Wenn

nun der Staatszuschuß in Höhe von 165 Millionen RM der Reichsversicherungsanstalt nicht in bar, nicht in greifbarem Gelde, sondern in Staatsschuldverschreibungen zur Verfügung gestellt wird, die erst im Jahre 1935 eingelöst werden sollen, dann entfällt damit jede Möglichkeit, auch nur eine kleine Erhöhung der Invalidenrente vorzunehmen; dann zerschlägt man damit alle Hoffnungen der Invaliden. Aber noch etwas anderes tritt ein. Wenn schon heute die finanzielle Lage der Reichsversicherungsanstalt so katastrophal ist, daß man mit einer Erhöhung der Beiträge droht, dann zieht jede Verringerung der Barmittel automatisch einen Abbau der Renten nach sich. Wenn nun Hilferding und die Sozialdemokratische Partei in dieser Koalitionsregierung, die sie den Arbeitern als einen halben Idealzustand hinstellen, wirklich die Wahlversprechungen wahr machen und den Invaliden die an und für sich von allen Parteien als notwendig bejahte Erhöhung ihrer Renten sichern wollen, so können sie nichts anders tun, als den Reichszuschuß zu erhöhen.

Die Reichsregierung plant gerade das Gegenteil. Wir haben schon einmal eine Zwangsanleihe auf diesem Gebiete erlebt. In der Inflation und während des Krieges hat die Reichsregierung mit Zustimmung der heutigen Stellen auch auf das Vermögen der Versicherungsanstalten zurückgegriffen. Damals gingen durch die Inflation und die Auswirkungen des Krieges drei Milliarden zum Teufel. Als dann im Jahre 1925 die Kommunisten im Reichstage die Anfrage gestellt haben, wer denn nun das Geld, das damals fast unter denselben Gesichtspunkten verteilt wurde, zurückgezahlt, teilweise aufgewertet, oder überhaupt nicht zurückgezahlt habe, hat die Reichsregierung die Herausgabe einer derartigen Nachweisung glatt abgelehnt.

Wenn wir also heute einer neuen Zwangsanleihe bei der Reichsversicherungsanstalt zustimmen, führen wir diese Anstalt automatisch dem Ruin entgegen, zwingen sie entweder zur Erhöhung der Beiträge oder zu einer Herabsetzung der Rente. Das ist der Effekt des Planes von Hilferding, und das ist der Segen, den die deutsche Arbeiterklasse in dieser wunderbaren Regierung erlebt, die uns naturnotwendig dem Faschismus in die Arme treibt, wenn die deutschen Arbeiter nicht rechtzeitig wach werden und mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Koalitionsregierung dahin treiben, wo sie hingehört.

Stellv. Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Ich habe eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann Dr. Horion als Spitze der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz zu richten. Vor mir liegt eine Zeitungsmeldung mit der Ueberschrift: „Wo sind die drei Millionen hingekommen?“ Es heißt da: „Von den Zöllen auf Brotgetreide und Schlachtvieh bekommt die Reichsver-

sicherungsanstalt zum Zwecke der Unterverteilung an die Landesversicherungsanstalten jährlich 40 Millionen RM. Auf die Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ entfallen dabei 3 Millionen RM.“ Das Geld soll verwendet werden für vorbeugende Heilverfahren und allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität. Dieser Aufgabe unterziehen sich die Wohlfahrtsämter. Mit drei Millionen RM hätten die Wohlfahrtsämter 800 bis 1000 solcher Verfahren finanzieren können. Es ist keinem Wohlfahrtsamt der kreisfreien Städte und der Industriekreise auch nur ein Pfennig von diesem Gelde gegeben worden. Diese Mittel sind öffentliche Gelder und sollten sinngemäß zur Entlastung der öffentlichen Wohlfahrtspflege verwendet werden. Die Landesversicherungsanstalt hat die 3 Millionen aber auch nicht für sich verwendet. Wäre das geschehen, so könnte man über die Dinge stillschweigend zur Tagesordnung übergehen, so aber wird die Frage gestellt: Weshalb wird nicht öffentlich Rechnung gelegt? Es ist notwendig, diese Frage jetzt an den Vorsitzenden zu richten, um Auskunft über die Verwendung dieser 3 Millionen zu erhalten, da in dieser Hinsicht doch auch eine öffentliche Information nötig ist. Fernerhin müssen ja auch die Wohlfahrtsämter und die Städte wissen, in welcher Form Anträge nach dieser Richtung hin zu stellen sind, um für die Zukunft für die Gelder, die für diese Zwecke übergeben werden, die nötigen Unterlagen zu erhalten.

Stellv. Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Landeshauptmann Dr. Horion.

Landeshauptmann Dr. Horion: Der Herr Vordredner hat an mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt eine Anfrage gerichtet. In dieser Eigenschaft bin ich nicht hier, und in dieser Eigenschaft kann ich auch nicht Rede und Antwort stehen. Ich glaube sogar, daß, wenn ich hier namens der Landesversicherungsanstalt antworte, sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im nächsten Verwaltungsausschuß der Landesversicherungsanstalt gegen dieses Verfahren Bedenken geltend machen, indem sie darin einen Eingriff in die Zuständigkeit der Landesversicherungsanstalt sehen werden. (Sehr richtig.)

Was nun die drei Millionen angeht, so möchte ich da doch eine Auskunft geben. Bei der Zweckbestimmung für die Verwendung der Zollmittel ist ausdrücklich gesagt, daß sie nicht zur Entlastung der Kommunen, sondern zum Besten der Versicherten der Landesversicherungsanstalt dienen sollen, daß es also nicht möglich ist, diese Zollmittel den Kommunen zu überweisen und damit ihre Wohlfahrtsausgaben irgendwie zu entlasten. Schon aus diesem Grunde kann also den Anregungen des Herrn Abgeordneten Hoffmann nicht entsprochen werden. Ich bin auch fest überzeugt, daß der Verwaltungsausschuß der Landesversicherungsanstalt

einmütig dagegen sein würde, wenn ein solcher Antrag dort gestellt würde.

Stellv. Vorsitzender Oberle: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Gegen Punkt 46 sind keine Einwendungen erhoben worden; ich darf daher wohl ohne besondere Abstimmung Ihre Zustimmung feststellen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wir lehnen den Antrag ab.) Dann darf ich feststellen, daß die Mehrheit des Hauses zustimmt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Woher wissen Sie das denn? Sie müssen doch irgend eine Abstimmung vornehmen!) Gut, wenn Sie das wünschen, soll es geschehen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. (Weiterkeit.) Das erstere war die Mehrheit. (Erneute Weiterkeit.) Der Antrag ist angenommen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das erstere war Bluff.)

Wir kommen zur Abstimmung über die Punkte 47 und 48. Ich beabsichtige, zunächst über den Vorschlag des Sachausschusses auf Ablehnung des Antrages in Drucksache 80 abstimmen zu lassen. Ich bitte diejenigen, die für Ablehnung dieses Antrages sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie haben jetzt den Antrag des Sachausschusses abgelehnt. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Machen Sie doch nicht solche Kindereien.)

Wir kommen nun zur Abstimmung über Punkt 47, Antrag 81, mit der Abänderung des Sachausschusses in Drucksache 89. Ich bitte diejenigen, die gemäß dem Vorschlage des Sachausschusses beschließen wollen, sich zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Das erstere war die Mehrheit.

Wir kommen nun zu den Punkten 49 und 50.

Punkt 49: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Kalenderjahr 1929.

Punkt 50: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Uebernahme der Bürgerschaft des Provinzialverbandes für die Aufnahme eines Darlehens der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“.

Berichterstatter für beide Punkte ist Herr Abgeordneter Könzgen.

Abgeordneter Könzgen: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, beide Anträge ohne Abänderung anzunehmen.

Stellv. Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauf.

Abgeordneter Hauck: Meine Damen und Herren! Wir sollen unter dem vorliegenden Tagesordnungspunkt den Etat des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft genehmigen. Der Provinzialausschuß als solcher ist ja auch zugleich Genossenschaftsvorstand.

Bei dieser Gelegenheit hätte ich eines vorzubringen. In dem Etat kommen ja lediglich die Verwaltungskosten zum Ausdruck, die Ihnen hier mit 428 300 RM vorliegen. Der Betrag wäre ja an und für sich tragbar. Ich habe aber in Verbindung hiermit den Bericht des Provinzialausschusses vor mir, als dessen Anhang auch der Bericht der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft erschienen ist, der an sich bei früheren Tagesordnungspunkten erledigt wurde. Aber es gibt mir doch zu denken, wenn wir alljährlich diese Verwaltungskosten genehmigen, ob hier nicht ein gewisses Mißverhältnis zu den Gesamtaufwendungen besteht, und ob nicht gerade auch der Provinzialausschuß als Vorstand der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in etwa dafür sorgen möge, daß insbesondere die Zahl der Unfälle möglichst herabgemindert werde, damit die Lasten, über die die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft klagt, nicht ins Ungemessene gesteigert werden.

Wir finden z. B. daß allein in dem Berichtsjahr 1927 — erst für dieses liegen uns Berichte vor — 3177 Unfälle erstmalig zur Entschädigung gelangten, von denen nicht weniger als 154 tödlichen Ausgang hatten. Die schwersten Unfälle stellen also ein immerhin sehr hohes Prozentverhältnis dar. Nehmen wir noch diejenigen hinzu, die mit dauernder gänzlicher Invalidität endigen, so kommen wir zu einem Satz von über 6 Prozent. Das ist gegenüber der Statistik für die anderen Berufsgenossenschaften ein verhältnismäßig sehr hoher Prozentsatz. Mir scheint, daß hier tatsächlich in etwa die vorbeugende Fürsorge nicht genügend berücksichtigt wird.

Auch hier beziehe ich mich auf die 24 Millionen im Etat für 1927, von denen ungefähr 2,6 Millionen für Entschädigungen aufgewandt sind, wogegen der übrige Teil vollständig für Verwaltungskosten verwendet wird; allerdings für Verwaltungskosten im weitesten Sinne, nicht nur im Sinne des Haushaltsplanes, der uns hier zur Genehmigung vorliegt. Auch in diesem 4-Millionen-Etat ist vorgesehen, daß nur 52 000 RM für Unfallverhütung ausgegeben werden.

Mir ist wohl bekannt, daß sich die Landwirte teilweise über die Unfallverhütungsvorschriften beschweren, weil diese zum Teil eine Erschwerung der Produktion darstellen, und weil man diese Anordnungen zum Teil auch für unzweckmäßig hält. Mir ist aber auch bekannt, daß Landwirte selbst in der Unfallverhütungskommission mitarbeiten und dafür sorgen, daß diese Vorschriften auch zweckmäßig gestaltet werden.

Sinsichtlich des Personaletats erscheint es mir besonders beachtenswert, daß bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auch der ärztliche Berater Prof. Molineus beschäftigt wird, dessen Gehalt zu zwei Dritteln auf die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft übernommen wird. Nun ist mir aber darüber hinaus bekannt, daß Herr Prof. Molineus neben dieser amtlichen Tätigkeit in außerordentlichem Umfang noch für sehr viele andere Berufsgenossenschaften, Versicherungsträger, gutachtlich tätig ist.

Es scheint mir, nachdem ich so sehr viele Gutachten von ihm zu Gesicht bekommen habe, daß diese nebenamtliche Tätigkeit die hauptamtliche fast überragt. Ich stelle deshalb die Frage, ob und wie weit diese Gutachtereinkommen dem hier vorliegenden Etat zugute kommen.

Weiter glaube ich sagen zu dürfen, daß wir zur Drucksache 13 Bedenken nicht haben. Es wäre nur begrüßenswert, wenn alle Berufsgenossenschaften zur Kapitalisierung der Renten schritten und die entsprechenden Anträge der Versicherten berücksichtigt, nicht nur bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Daß hierfür Mittel aufgewendet werden sollen, können wir nur begrüßen. Allerdings ist uns nicht recht verständlich, daß hierfür seitens der Landesversicherungsanstalt noch die besondere Bürgschaft der Provinz verlangt wird, wo doch die Versicherungsträger, die Berufsgenossenschaften, mit ihrem ganzen Vermögen und auch die landwirtschaftlichen Unternehmer selbst haften.

Ich bitte, mir besonders über die letztgenannte Frage Auskunft zu geben.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Landesrat Kirchmann.

Landesrat Kirchmann: Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß die Verwaltungskosten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft verhältnismäßig hoch sind. Das beruht auf der Organisation der Berufsgenossenschaft. Wir haben nicht weniger als 86 Sektionsvorstände, da jeder Stadt- und Landkreis einen eigenen Verwaltungsbezirk bildet. Das sind zu viele Verwaltungsstellen. Aber die Organisationsfrage ist nicht einfach zu lösen, denn die Sektionsverfassung beruht auf Gesetz, und, solange das Gesetz nicht geändert wird, müssen die Sektionen beibehalten werden. Die Sektionskosten sind außergewöhnlich hoch. In der Vorkriegszeit betragen sie noch keine 100 000 Mark, heute gehen sie weit über 200 000 RM hinaus.

Die Verwaltung ist damit beschäftigt, einen Weg zu suchen, auf dem die Sektionen beseitigt oder zusammengelegt werden können. Z. B. sind die Stadtsektionen ohne weiteres überflüssig, denn deren Arbeiten werden heute fast durchweg vom Genossenschaftsvorstand geleistet, weil die Stadtsektionen nicht über die nötigen Erfahrungen verfügen, um in Schadens-

fällen das Richtige anzuordnen. Die Vereinfachung in der Verwaltung könnte so gemacht werden, daß den Stadt- und Landsektionen die Arbeiten abgenommen und auf den Genossenschaftsvorstand übertragen werden. Inwieweit die Sektionen damit einverstanden sind — ohne ihr Einverständnis geht es nicht — werden wir in diesem Jahr noch prüfen. Wenn die Sektionen damit einverstanden sind, daß die Arbeiten auf den Genossenschaftsvorstand übernommen werden, würde eine erhebliche Einsparung an Verwaltungskosten erzielt werden.

Bezüglich der Häufigkeit der Unfälle muß ich bemerken, daß es augenblicklich eine allgemeine Erscheinung ist, daß bedeutend mehr Unfälle als früher angemeldet werden und daß die Zahl jährlich im Steigen begriffen ist. Dies ist eine Erscheinung der Notlage in der Landwirtschaft. Früher konnte man damit rechnen, daß der Landwirt bei kleinen Verletzungen die Arztkosten selbst trug. Das ist heute anders: Er meldet jetzt den kleinsten Unfall, auch wenn er keine Erwerbsbeschränkung mit sich bringt, an, weil er hofft, von der Berufsgenossenschaft die Arzt- und Apothekerkosten bezahlt zu bekommen. Man kann es ja auch verstehen, daß er sich heute an die Berufsgenossenschaft halten will.

Außerdem melden die Krankenkassen eine große Anzahl von kleinen Unfällen an, weil sie heute ihre Ausgaben für die Behandlung von der Berufsgenossenschaft ersetzt bekommen. Darauf ist in erster Linie die Steigerung der Zahl der Unfälle bzw. der Unfallmeldungen zurückzuführen. Mit der Unfallverhütung hat das nichts zu tun.

In der Vorkriegszeit hatten wir durchschnittlich 8—9000 Unfälle im Jahre und zwei technische Aufsichtsbeamte. Heute haben wir durchschnittlich 10—11 000 Unfälle im Jahre, dagegen 4 technische Aufsichtsbeamte. Wir haben also die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten verdoppelt. Aber es scheint nach der Statistik, die wir aufgemacht haben, daß gerade bei denjenigen Betriebstätigkeiten, die für den technischen Aufsichtsbeamten nicht in Frage kommen, — z. B. das Verhalten bei dem Umgang mit Tieren, beim Fahren usw., die Unfälle zunehmen. Auf der anderen Seite können wir bei den Maschinen, wo die technischen Aufsichtsbeamten die Anbringung der Schutzvorrichtungen kontrollieren, ein Zurückgehen der Unfälle feststellen. Meine Damen und Herren! Man kann also die Zunahme der Unfälle nicht etwa auf eine Vernachlässigung in der Unfallverhütung zurückführen.

Was die Tätigkeit des Herrn Professors Molineus betrifft, so kann ich darüber keine Auskunft geben. Soweit mir bekannt, ist ihm im Anstellungsvertrag gestattet worden, auch für andere Versicherungsträger Gutachten abzugeben.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bollig.

Abgeordneter Bollig: Meine Damen und Herren! Der Redner der kommunistischen Fraktion hat den Antrag 31, der von der Zentrumsfraktion gestellt worden ist, einen demagogischen genannt. Ich glaube, die Mehrheit des Hauses wird mir beipflichten, wenn ich mich mit der kommunistischen Fraktion über Demagogie nicht auseinandersetze.

Zur Sache selbst. Der Herr Abgeordnete Pikard hat uns gesagt, daß im V. Sachausschuß, wo alle anderen Anträge, die sich mit der Landwirtschaft befassen, einstimmig oder nahezu einstimmig angenommen worden seien, bezüglich dieses Antrages Meinungsverschiedenheiten entstanden seien und dieser Antrag nur mit Mehrheit im Ausschuß angenommen worden sei. Er nimmt vor allem Anstoß an dem einen Satz, der hier in dem Antrage steht. (Stimme des Vorsitzenden.)

Stellv. Vorsitzender Eberle: Herr Abgeordneter Bollig, darf ich Sie einmal unterbrechen. Ich möchte gerne wissen, zu welchem Punkte der Tagesordnung Sie jetzt reden. (Zuruf: Das weiß er nicht!)

Abgeordneter Bollig: Zur Berufsgenossenschaft.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Die steht jetzt nicht mehr zur Erörterung, sondern es stehen die Punkte 49 und 50 zur Erörterung.

Abgeordneter Bollig: Wir wollen das Mißverständnis aufklären. Die Redezeit für die Zentrumsfraktion war vollständig ausgenutzt, als ich mich meldete.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Wir haben nur gleichberechtigte Mitglieder dieses Hauses.

Es dürfte wohl nicht möglich sein, jetzt auf Dinge zurückzugreifen, die abgeschlossen sind, und Sie greifen darauf zurück, indem Sie sogar Darlegungen einzelner Herren zu einem bestimmten Punkte der Tagesordnung einer Besprechung unterziehen. Das ist nach meiner Meinung jetzt nicht mehr zulässig.

Abgeordneter Bollig: Ich füge mich dem selbstverständlich.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Punkt 49 wird unveränderte Annahme vorgeschlagen. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Angenommen.

Zu Punkt 50 wird ebenfalls unveränderte Annahme vorgeschlagen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Die Punkte 51, 52 und 53 sind erledigt. Wir kommen dann zu den zusammengefaßten Punkten 54—61.

Zu Punkt 54 und 55 erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Jansen, das Wort.

Abgeordneter Jansen: Der Sachausschuß II beantragt unveränderte Annahme der Etats.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 56 ist Berichterstatter für den Sachausschuß II Herr Abgeord-

netter Raederscheidt. (Zuruf: Herr Dr. Eickmann macht das mit!) Herr Dr. Eickmann als Berichterstatter des III. Sachausschusses übernimmt auch die Berichterstattung für Herrn Raederscheidt.

Abgeordneter Dr. Eickmann, Neuenhaus: Die beiden Sachausschüsse bitten, den Bericht durch Kenntnisnahme zu erledigen.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 57 erteile ich der Berichterstatterin, Frau Becker, das Wort.

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß II schlägt Ihnen vor, den Antrag der Kommunisten durch Maßnahmen der Verwaltung als erledigt zu erklären.

In den Provinzialanstalten sind Schwimmbassins vorhanden. Die Privatanstalten können wir nicht zwingen, sich Schwimmbassins in der verlangten Form anzuschaffen. Die Verwaltung hat uns aber die Zusicherung gegeben, daß Bade- und Reinigungsmöglichkeiten in allen Anstalten genügend vorhanden sind und daß auch bei dem Neu- oder Umbau irgendwelcher Anstalten diese Möglichkeiten im Auge behalten werden sollen. Daraufhin haben die Antragsteller den Antrag zurückgezogen. Es erübrigt sich also eine Abstimmung.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Berichterstatterin zu Punkt 58 ist die Abgeordnete Fräulein Hopmann.

Abgeordnete Fräulein Hopmann: Der II. Sachausschuß schlägt vor, auch diesen Antrag als erledigt zu betrachten. Er gründet diesen Vorschlag auf der Erklärung der Verwaltung, daß die Einkünfte aus den Renten nach der Entlassung des Zöglings aus der Fürsorge nie eingehalten werden, daß bei Zöglingen, die nach der Anstalterziehung in Familien untergebracht werden, die Rente eingehalten werden muß, da Pflegekosten bezahlt werden und sonst aus öffentlichen Mitteln zweimal Beträge für denselben Zweck gegeben würden.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 59 dieselbe Berichterstatterin.

Abgeordnete Fräulein Hopmann: Der II. Sachausschuß schlägt auch hier die Ablehnung des Antrages vor. Es handelt sich um Fragen allgemein gesetzlicher Art. Es laufen augenblicklich im Preussischen Landtag Anträge, die die Tendenz zeigen, die Fürsorge zu konzentrieren, ähnlich dem vorliegenden Antrage. Deshalb schlägt der Sachausschuß vor, die Behandlung der Frage der zuständigen Stelle, dem Preussischen Landtage zu überlassen und den Antrag hier abzulehnen.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 60 ist Berichterstatter Herr Dr. Kaiser an Stelle von Frau Blumberg.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Im II. Sachausschuß hat eine eingehende Aussprache über die Beschwerden stattgefunden, die von den Antragstellern vorgebracht worden sind. Auf Grund dieser Aussprache schlägt Ihnen der II. Sachausschuß mit großer Mehrheit vor, den Antrag abzulehnen.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 61 erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Kurth, das Wort.

Abgeordneter Kurth: Der II. Sachausschuß schlägt vor, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen.

Stellv. Vorsitzender Eberle: Ich eröffne die Aussprache über die Punkte, über die soeben berichtet worden ist, also Punkt 54 bis einschließlich 61.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner.

Abgeordneter Kenner: Meine Damen und Herren! Im Namen der kommunistischen Fraktion habe ich zu erklären, daß wir den Haushalt für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger und den Haushalt für die Provinzial-Erziehungsheime für das laufende Rechnungsjahr ablehnen.

Ich habe nicht nötig, hier die grundsätzliche Stellungnahme unserer Fraktion lang und breit zu begründen. Das Problem der Fürsorgeerziehung in Preußen, die religiöse konfessionelle Grundlage dieses Problems, die Methode der Fürsorgeerziehung, alle diese Dinge sind in den letzten Monaten so lang und breit durchdiskutiert worden, der Standpunkt der Kommunisten ist zudem auch in diesem Hause so oft vertreten worden, daß ich mich auf wenige Worte beschränken kann.

Wenn der Sachausschuß geglaubt hat, den Antrag 58 mit der Begründung ablehnen zu können, es beständen heute innerhalb der preussischen Regierung Bestrebungen auf Zentralisierung des Fürsorgewesens, so muß man doch hier vor der Öffentlichkeit berichten, daß diese Bestrebungen der preussischen Regierung keineswegs auf eine grundsätzliche Milderung der Fürsorgeerziehung hinauslaufen. Daß eine grundsätzliche Milderung der Fürsorgeerziehung in Preußen und auch im Reich niemals in Frage kommt, dafür garantieren die Parteien und die Interessenvertreter der Gruppen, die heute Deutschland bzw. das Land Preußen beherrschen.

Wir haben verlangt, daß die Frage der Verhängung der Fürsorge, die heute vorwiegend in der Hand privater Erziehungsvereine liegt, aus der Hand dieser Erziehungsvereine herausgenommen und den öffentlichen Organen und Jugendämtern übertragen wird. Wir haben darüber hinaus verlangt, daß Fürsorgeerziehung nicht mehr auf Grund des Zusammenwirkens von konfessionellen Erziehungsvereinen, Jugendamt und Gericht verhängt werden darf, sondern daß in erster Linie der Standpunkt der Eltern bei der Frage der Verhängung oder Nichtverhängung der Fürsorgeerziehung maßgebend sein soll.

Daß wir die Abschaffung der konfessionellen Erziehungsanstalten verlangen, ist hier schon des öfteren gesagt worden. Daß wir weiter verlangen, daß unsere Fürsorgezöglinge in den Arbeitsanstalten nicht mehr

mit dem Stoc, sondern mit vernünftigen Erziehungs- methoden zu dem gemacht werden, was sie später draußen im Leben sein sollen, brauche ich nicht lang und breit hier zu betonen.

Wir haben heute in breiten Kreisen der bürgerlichen Parteien ernstzunehmende Bestrebungen, das verrottete System auf diesem Gebiete zu revidieren. Es ist nicht so, als wenn die Opposition gegen die Methoden der heutigen Fürsorgeerziehung allein von den Kommunisten getragen würde. Ich kann Ihnen Artikel gutbürgerlicher Zeitungen zeigen, die ganz ehrlich und offen die Mängel des Systems zugeben. Aber hier im Rheinlande, wo unsere Kinder meistens in konfessionellen Anstalten untergebracht sind, im Rheinlande, das beherrscht wird vom Geist des Zentrums und der Kirche, ist alles „in Ordnung“.

Vor allen Dingen ist der prozentuale Anteil der Fürsorgezöglinge des Rheinlandes, gemessen an ganz Preußen, erschreckend hoch. In Ihren eigenen Verlautbarungen machen Sie sich dieselben Gedankengänge zu eigen, die wir vertreten, wenn Sie sagen, daß die Ursachen des Notwendigwerdens der Fürsorgeerziehung nicht im Kinde zu suchen sind, sondern in dem Milieu, in den Lebensverhältnissen, in denen das Kind aufwächst.

Sie haben uns einen Bericht über den Gesundheitszustand der Fürsorgezöglinge im Rheinlande zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er sagt ganz eindeutig, daß die moralische Verumpfung des Kindes und seine sittliche Gefährdung in Ursachen begründet sind, an denen Ihr System schuld ist.

Wenn heute der deutsche Arbeiter in der Industrie, besonders des Rheinlandes, unter Verhältnissen lebt, die menschenunwürdig sind, wenn die Wohnverhältnisse so prekär sind, wie es hier von Ihnen bei einer anderen Gelegenheit heute morgen zugegeben worden ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn diese Eltern ihre Kinder nicht mehr so erziehen, wie es gefordert werden muß.

Wenn Sie schon in Ihren eigenen Verlautbarungen zugeben müssen, daß die Ursachen zur Verhängung der Fürsorge nicht in dem Kinde, sondern in den Verhältnissen, in denen es aufwächst, zu suchen sind, dann sorgen Sie auch dafür, daß die Erziehung nicht zu einem Martyrium des Kindes wird. Lassen Sie das arme, unschuldige Kind nicht die Fehler des Systems ausbaden, für die Sie verantwortlich sind.

Ich kann mir durchaus vorstellen, daß auch in Ihren Kreisen für eine etwas modernere Auffassung auf diesem Gebiete Platz ist. Deshalb haben wir neben der grundsätzlichen Forderung Ihnen auch einen Antrag als Eventualantrag vorgelegt. Daraus will ich einige Dinge, soweit es die Zeit erlaubt, vortragen.

Wir haben des öfteren gefordert, daß die in der Fürsorgeerziehung Beschäftigten nach Tariffäßen entlohnt werden sollen. Wir hatten bei der Beratung des

Haushaltsplans im vorigen Jahre Gelegenheit, auf die krassen Uebelstände auf diesem Gebiete hinzuweisen. Wir konnten z. B. nachweisen, daß in der jetzt geschlossenen Anstalt in Niederseßmar die Fürsorgezöglinge unter denselben Bedingungen wie die freien Arbeiter arbeiten mußten, daß sie unter demselben Zwang und Druck standen und weniger Lohn erhielten als die freien Arbeiter dieses Betriebes. Wenn wir also tarifliche Entlohnung dieser jugendlichen Arbeiter verlangen, dann müßten wir für diesen Antrag eigentlich bis weit in die Kreise des Zentrums hinein Zustimmung finden.

Unseren Antrag, den Fürsorgezöglingen im Rahmen der Ferien der Volksschulen Ferien zu geben, die es ihnen ermöglichen, nach Hause zu kommen, werden Sie bei der jetzigen Situation natürlich ablehnen; darüber bin ich mir klar. Das kann man nicht ohne Gefährdung des „Erziehungszweckes“. Wenn man das Kind wieder nach Hause lassen würde, müßte man ja das tun, was wir Kommunisten immer wieder verlangen: Man müßte mit der Remedur, mit der Heilung zu Hause anfangen. Das tun Sie nicht, weil Sie einfach unfähig sind, weil es einfach nicht mehr in Ihrer Macht liegt, die Verhältnisse im Elternheim zu sanieren, zu bessern.

Dann verlangen wir die Abschaffung der Prügelstrafe, der Haftstrafe, der Kostentziehung und der Entziehung der Arbeit im Sinne einer Strafe.

Wir haben es im vorigen Jahre erlebt, daß die bürgerlichen Parteien dieses Hauses es für richtig hielten, daß die Prügelstrafe bei den schulentlassenen männlichen Zöglingen beibehalten werden sollte. Wir stellen fest, daß in der Zwischenzeit auf Grund der Diskussion dieses Problems im ganzen Reich in einer Reihe von Provinzen die Prügelstrafe absolut verboten worden ist. Ich bin der Auffassung, daß diejenigen Erzieher in den Anstalten, die, um einen Erziehungszweck zu erreichen, den Prügelstock nehmen müssen, ihr Amt als Erzieher verfehlt haben. Sie gehören sonstwohin, vielleicht zum altpreußischen Kommiß, aber nicht in eine Erziehungsanstalt. Sie sagen aber immer: Im Elternhaus wird auch geschlagen. Das mag sein. Aber zu Hause schlägt der Vater oder die Mutter das Kind; das sind Personen, denen das Kind nicht so gegenübersteht wie den Anstaltsbeamten, in denen es auf Grund der heutigen Verhältnisse naturnotwendig seinen Unterdrücker sehen muß, der ihm alle Lebensfreude nimmt, der seine Seele nach jeder Richtung einpreßt. Es ist also ein wesentlicher Unterschied, wer schlägt. Ich bin darüber hinaus der Auffassung, daß ein schulentwachsenes Kind durch eine Strafe nicht zu bessern ist. (Widerspruch rechts.) Wir Proletarier sind allerdings der Auffassung, daß ein schulentlassener Junge, der gut genug ist, zur Bestreitung des Haushalts der Eltern mit beizutragen, so anständig und gut erzogen sein muß, daß er einer Prügelstrafe nicht mehr bedarf. Wenn Sie bei Ihren Kindern prügeln zu müssen

glauben und nicht mehr glauben, davon absehen zu können, sei das Ihnen überlassen.

Wir verlangen weiter, daß die Frage der Beschwerdemöglichkeit endlich geregelt wird. Eine Beschwerde ist nach Ihrer Darstellung auch heute möglich. Heute darf der Fürsorgezögling aber nur unter der Kontrolle der Anstaltsleitung sich mit Personen der Außenwelt in Verbindung setzen. Ein derartiges Beschwerderecht, das die Beschwerde erst zu Gesicht des Anstaltsleiters bringt, ist absolut zweck- und sinnlos. Wir verlangen deshalb, daß in den Anstalten den Kindern eine genau formulierte Hausordnung in die Hand gegeben wird, in die die Beschwerdemöglichkeiten hineingearbeitet sind. Wir verlangen, daß in jeder Anstalt eine Tafel aufgehängt wird, auf der alle Stellen verzeichnet sein müssen, an die sich der Fürsorgezögling im Falle einer Beschwerde wenden kann. Wir verlangen, daß die Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Landesjugendamtes und der zuständigen Sachausschüsse auf dieser Tafel verzeichnet wird und daß derartige Beschwerden ohne Zensur der Anstaltsleitung verschickt werden können. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Eichmann.) In den Ausschüssen reden Sie nicht so wie hier, Herr Pfarrer.

Wir sind der Auffassung, daß der deutsche Fürsorgezögling, von dem Sie selbst zugeben, daß er an seiner sittlichen Verelendung nicht schuld ist, in Provinzialanstalten nicht unter Lebensbedingungen gehalten werden darf, die schlechter sind als die Lebensbedingungen der Inassen deutscher Strafanstalten, Gefängnisse und Zuchthäuser, denen diese Beschwerdemöglichkeiten ohne jede Einschränkung offenstehen. Ich glaube, daß Sie unter dem Druck der Kritik der Öffentlichkeit, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse, im Interesse der Erhaltung Ihrer Kirche und im Interesse der Erhaltung Ihrer Klasse die Remeduren einführen müssen, die notwendig sind, wenn nicht das stolze Gebäude Ihrer Herrschaft eines Tages über Ihnen zusammenbrechen soll.

Stellv. Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Meine Damen und Herren! Die grundsätzlichen Ausführungen, die Kollege Raederscheidt über das Bildungswesen und insbesondere auch über das Fürsorgeerziehungswesen bei seiner Etatsrede gemacht hat, dürften als ein glücklicher Auftakt zu der Aussprache über dieses Kapitel bezeichnet werden. Mein Freund Gerlach hat schon vorgestern erwähnt, daß diese Ausführungen bei uns ein gewisses Ereignis wachgerufen haben, weil wir in den vergangenen Jahren nicht gewohnt waren, daß die Erziehungsfragen, vor allem auch das Fürsorgeerziehungswesen von dieser Seite aus von einer solchen hohen Warte aus betrachtet wurde. Herr Kollege Raederscheidt spricht im Geiste eines modernen

Pädagogen. Er spricht von der Jugendnot und den Aufgaben, die daraus erwachsen. Er wendet sich an die Linkspolitiker und mahnt sie, bei ihrer Kritik doch auf die Rufe eines Paul Desterreich zu hören. Gut, Herr Kollege Raederscheidt, wenn Sie bereit sind, sich mit uns auf der pädagogischen Linie eines Paul Desterreich zu vereinigen, dann dürften manche Mißverhältnisse und Widerstände, die sich bei der Beurteilung der Erziehungsfragen bisher zwischen Ihnen und uns aufgetan haben, beseitigt sein. Dann — das glaube ich behaupten zu können — werden wir uns auf dem Gebiete vielleicht ein Stück näher kommen.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich den diesjährigen Fürsorgeetat vor Augen hält, könnte man im ersten Augenblick geneigt sein, Freude darüber zu empfinden, daß sich die Zahl der Fürsorgezöglinge von 14 056 im Jahre 1928 auf 13 400 nach dem letzten Bericht ermäßigt hat. Und doch wird der aufmerksame Leser des Vorberichts herausgefunden haben, daß dieser Abgang nur zum Teil auf ein Abflauen der Fürsorgefälle zurückzuführen ist. Im allgemeinen kann man diesen Rückgang nur als normal bezeichnen. Wenn Tausende und aber Tausende Kinder weniger geboren und in die Schule aufgenommen werden, ist es selbstverständlich, daß sich dies letzten Endes auch in diesem Jahre und den nächsten Jahren in der Zahl der Fürsorgefälle auswirken muß.

Ich möchte aus dem Vorbericht besonders hervorheben, daß die Zahlen der Fürsorgezöglinge in Familienpflege und Lehrstellen erfreulicherweise in die Höhe gegangen sind. Wenigstens prozentual gesehen, stellen wir fest, daß die Zahlen sich von 51,04 auf 53,82 erhöht haben. Das liegt ganz in unserem Sinne. Ich darf, besonders nach der Aussprache gestern im II. Sachausschuß, behaupten, daß es wohl der allgemeine Wunsch aller Parteien ist, daß noch mehr dazu übergegangen wird, die Fürsorgezöglinge in Familienpflege und Lehrstellen unterzubringen, und sie möglichst aus den Anstalten herauszuhalten. Davin stimme ich dem Herrn Landesrat Bosen bei, daß jedenfalls die Anstalt niemals in der Lage ist, das Elternhaus zu ersetzen.

Wenn wir uns die Belegung der Anstalten vor Augen halten, dann sehen wir, daß sich die Zahl der Zöglinge in den Provinzialanstalten mit 1160 gehalten hat. Daß die Belegungsziffer vor allem in unseren Provinzialanstalten gehalten werden muß, ist selbstverständlich und durchaus gesund. Ein Rückgang ist, prozentual gesehen, wiederum festzustellen bei den Privaterziehungsheimen und zwar von 38,58 auf 34,61 Prozent. Erfreulich ist, daß die Unterbringung der schulentlassenen Fürsorgezöglinge in Lehrlingsheimen im Verhältnis zunimmt.

Nun ein Blick, auf einige andere Angaben, die uns am besten die Tatsachen vor Augen führen, das sind die Zahlen bezüglich der Neuüberweisungen. Man muß allerdings erschrecken, wenn man nach der letzten Aufstellung feststellt, daß sich die Zahl der nicht schulpflichtigen Kinder allein auf 161 beläuft, die Zahl der schulpflichtigen auf 507. Das sind insgesamt 668 Fürsorgezöglinge, die das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Unter diesen 668 darf man wohl ruhig 80 bis 90 Prozent objektiv Verwahrloste suchen, denn die Fürsorgezöglinge in diesem Kindesalter können, subjektiv gesehen, für das, was sie getan haben, nicht verantwortlich gemacht werden.

Unter den Angaben der Fürsorgezöglinge über 18 Jahre fällt uns der Stand der weiblichen Fürsorgezöglinge mit 151 gegenüber den männlichen mit 40 auf. Vielleicht ist die Landesverwaltung bereit, uns gerade hierfür eine nähere Begründung zu geben.

Ich greife eine dritte Zahl heraus, betreffend die Verteilung der Fürsorgezöglinge auf die einzelnen Gebiete der Rheinprovinz. Auf 10 000 Einwohner gerechnet, entfallen auf den Regierungsbezirk Köln 3,05 — das ist die Höchstzahl —, wogegen alle übrigen Regierungsbezirke, prozentual gesehen, niedrigere Ziffern aufweisen können. Es berührt mich gerade als Kölner Lehrer unangenehm, daß die Stadt Köln mit einer so verhältnismäßig hohen Ziffer von 4,29 Fürsorgezöglingen, auf 10 000 Einwohner gerechnet, in dem Bericht erscheint. Man ist ja sonst erfreut, wenn die Stadt Köln in allen Fragen den übrigen Großstädten vorangeht. Auf diesen Gebiete möchte ich diesen Vorrang der Stadt Köln nicht begrüßen. (Abg. Görlinger: Sehr gut!)

Die Frage der Kostenaufbringung ist in dem Bericht ziemlich ausführlich aufgezeigt. Es fällt hier auf, daß die Kosten der Provinzialanstalten gegenüber den Privaterziehungsheimen eine gewisse Ungleichung nach unten erfahren haben.

Bei der Familienpflege ist besonders zu erwähnen, und das darf man begrüßen, daß die Kosten für Bekleidung und Ausrüstung von 12,65 RM auf 16,65 RM erhöht worden sind. Zu dieser Frage vertreten wir die Auffassung, daß es den Pflegefamilien mit dem verhältnismäßig minimalen Pflegesatz von etwa 1,10 RM bis 1,20 RM Unterstützungsgeld absolut unmöglich ist, ihrer Aufgabe nachzukommen, und daß vielleicht auch hier einer der Gründe zu suchen ist, warum die Zahl der sich meldenden Familien im Verhältnis noch so gering ist. Wir teilen hier nicht die Auffassung, die die Verwaltung gestern im Sachausschuß ausgesprochen hat, als solle man sich davor hüten, durch eine Erhöhung des Pflegesatzes aus der Sache ein Geschäft aufkommen zu

lassen. Ein Geschäft wird aus einer solchen Sache niemals für eine Familie erwachsen können.

Ich möchte von dieser Betrachtung der Zahlenaufstellung und den Folgerungen, die ich daraus gezogen, nochmals kurz auf die grundsätzliche Seite des Problems eingehen. Ich komme da wieder zu den Ausführungen des Kollegen Raederscheidt in seiner Etatsrede. Wenn Kollege Raederscheidt bereit ist, seine Gedanken nicht nur in der Theorie gelten zu lassen, sondern auch dafür zu sorgen, daß seine Freunde diese Auffassung in die Praxis überführen, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der allgemeinen Erziehungsfragen, sondern vor allem auch auf dem Gebiete des Fürsorgeerziehungswesens, dann glauben wir, daß in vieler Hinsicht die Widerstände, die zwischen uns und Ihnen bestanden haben, beseitigt werden können.

Ich will auf die Ursachen der heutigen Jugendnot eingehen, von der gesprochen worden ist. Hier im Landtag ist in diesen Tagen sehr viel geredet worden von der Not der Landwirtschaft, von der Not des Gewerbes, von der Not der Industrie. Vielleicht darf man auch mit besonderem Nachdruck und vor aller Öffentlichkeit einmal die Not unserer Jugend hervorheben. Unter den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leiden wir Erwachsene sehr, leidet aber keiner mehr als unsere Kinder, unsere Jugend. Auf diese Not haben wir deshalb auch unser besonderes Augenmerk zu richten. Diese Zustände mögen in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegen. Ich bitte Sie um alles, eins zu bedenken: daß diese 13 000 Fürsorgezöglinge aus der Schicht des arbeitenden Volkes herauskommen. Deshalb mögen Sie es auch verstehen, daß gerade wir als Arbeiterpartei dieser Frage eine so große Teilnahme entgegenbringen. Es sind die Kinder des arbeitenden Volkes, die in der Großstadt dem Elend ausgesetzt und der Not preisgegeben sind, die zum meist schuldlos auf ihre Bahn gelangen. Deshalb, meine Damen und Herren, muß man bei den Fürsorgezöglingen in der Frage der Schulbeimessung sehr vorsichtig sein. Letzten Endes sind es doch alle Opfer der Verhältnisse, Opfer der Umgebungen, schuldlose Opfer der Not und Sorge, in der sie schon als Kinder mit ihren Eltern stehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte manchem von Ihnen wünschen, er könnte einmal mit mir in die Großstadt, in einen solchen Arbeitervorort, in eine solche Arbeitervorortsschule gehen und sich hier die Ursachen der leiblichen, seelischen und sozialen Not dieser Kinder einmal vor Augen halten, dann würde er auch ein Verständnis dafür finden, wenn man hier als Erzieher und Lehrer den Landtag mahnt, auch der Not der Jugend zu gedenken. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Man braucht bloß einmal durch die Düsseldorfer Altstadt zu gehen!)

Meine Damen und Herren! Dann komme ich zu der Frage des Erziehungsproblems selbst und ihrer Lösung in der Fürsorge. Ich weiß, daß ich hier ein Kapitel berühre, das nur mit aller Vorsicht behandelt werden darf. Es liegt nicht in meiner Absicht, heute irgendwelche Weltanschauungsgegensätze herauszufordern, sondern ich bin der Auffassung, daß es unser aller Pflicht ist, bei dieser Notlage unserer Jugend zusammenzustehen, beiseite zu stellen, was uns trennt, aber uns das vor Augen zu halten, was als unsere gemeinsame Aufgabe anerkannt werden muß.

Sie kennen unseren Standpunkt gegenüber den privaten Erziehungsheimen. Er ist nach wie vor derselbe. Wir sind der Auffassung, daß in den privaten Erziehungsheimen dem Fürsorgezögling besonders nach der erzieherischen Seite nicht das gegeben werden kann, was wir von einer neuzeitlichen Fürsorgeerziehung erwarten.

Damit will ich keinen Vorwurf erheben gegen die Erzieher in den Privatanstalten. Wir erkennen an, daß diese den Willen haben, ihre Pflicht zu tun, daß sie ihre ganze Kraft mit Aufopferung für die Sache einsetzen, an die sie gestellt sind, daß es Menschen sind, die vollkommen dem Leben entsagt und das Leben verlassen haben — eigentlich das größte Opfer, das ein Mensch bringen kann —, die sich zurückgezogen haben in solche Anstalten, um hier ihre Lebensaufgabe zu erfüllen. (Zuruf des Abgeordneten Muhl: Geh' in ein Kloster!) Achtung, alle Achtung vor dem Erzieherpersonal auch in solchen Anstalten! An ihrem Willen zweifeln wir nicht. Aber, meine Damen und Herren, am Können müssen wir zweifeln. Wir glauben, daß aus der ganzen Mentalität, aus der Vergangenheit dieser Fürsorgeerziehungspersonen, aus der ganzen Umgebung, aus der völligen Gebundenheit, in der sich diese Erzieher befinden, es ihnen unmöglich ist, den jungen Menschen gerecht zu werden, die aus dem Strudel des Lebens geworfen werden in diese klösterliche Abgeschlossenheit. Wir glauben nicht, daß es ihnen beim besten Willen möglich sein kann, der Psyche dieser Jugendlichen gerecht zu werden. (Zuruf des Abgeordneten Muhl: Die haben die Wissenschaft mit dem Glauben vertauscht!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir Gelegenheit haben, einmal in eine solche Anstalt zu kommen, dann werden wir als Menschen, die an die Freiheit gewöhnt sind, ein gewisses unangenehmes Empfinden haben. Ganz natürlich. Das bringt die ganze Umgebung schon mit sich. Aber man sollte doch das eine bedenken, daß diese jungen Menschen, die Knaben wie auch die Mädchen, letzten Endes wieder ins Leben

zurückzukehren haben, daß man vor allem bei der ganzen Erziehungsmethode auch in einer solchen Anstalt sich vor Augen halten muß, daß man den Jugendlichen etwas geben muß, was sie draußen im Leben nicht empfangen und was ihnen später für das Leben unbedingt notwendig ist.

Wir haben gestern im Sachausschuß über einen Fall gesprochen — ich will ihn hier nicht näher erläutern —, der sich in einer solchen privaten Erziehungsanstalt abgespielt hat. Die Mängel, die dort aufgewiesen wurden — ich will sie kurz streifen —, zeigten sich darin, daß, wenn in der Anstalt ein Fürsorgezögling Besuch von den Eltern oder von den Verwandten empfing, er nicht in der Lage war, mit den Angehörigen direkt in Verkehr zu treten. Vielmehr mußte sich dieser Verkehr zwischen einem großen eisernen Gitter vollziehen. Wenn man darüber nachdenkt, ist man erschüttert. Wie ist es überhaupt möglich, daß heute in einem Erziehungsheim derartige Formen noch bestehen? Wir wissen, daß sie mit den starren, doktrinären Vorschriften des betreffenden Ordens zusammenhängen. Wir wissen, daß solche Orden nur sehr schwer und ungern von ihren Gebräuchen und Regeln abgehen. Aber wir halten es heute, im 20. Jahrhundert, doch für ausgeschlossen, daß solche veralteten Methoden auf die Jugendlichen, die diesen Anstalten anvertraut sind, übertragen werden. Wir freuen uns darüber, daß die Provinzialverwaltung dazu übergeht, überall dort den Versuch zu machen, diesem Tun wenigstens die größten Härten zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß nochmals das eine besonders hervorheben: Wenn wir uns gegen die privaten Erziehungsanstalten wenden, dann bitte ich darin nicht eine Spitze gegen die Inhaber der Anstalten selbst zu sehen. Wir bitten, auch keinen Angriff gegen die Weltanschauung oder die Religion darin zu erblicken, wie es uns allzu oft und immer wieder in die Schuhe geschoben wird. Es ist für uns eine grundsätzlich pädagogische Auffassung, daß die moderne pädagogische Strömung auch vor diesen Privaterziehungsheimen nicht halt machen darf. Deshalb bitten wir alle Freunde in allen Parteien, sich mit uns auf diesen Standpunkt zu stellen. Es muß neues Licht, es muß neue Luft in diese Erziehungsheime dringen. Gitter und Eisenstäbe haben an den Türen und Fenstern keinen Platz mehr. Wir wollen die Fenster weit öffnen. Wir wollen Sonne und Licht hineinlassen, denn die Menschen, die in diesen Anstalten wohnen, sind unsere Kinder, sind unsere Jugend, und unserer Jugend wollen wir das Beste geben, was wir ihr bieten können. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Lasset die Kindlein zu mir kommen!)

Stellv. Vorsitzender Oberle: Das Wort hat die Abgeordnete Fräulein Otto.

Abgeordnete Fräulein Otto: Meine Herren und Damen! Der Herr Abgeordnete Kurth hat eben erklärt, daß seine Fraktion die Privatanstalten ablehnt. Er hat mit einem nassen und einem trockenen Auge hier gesprochen. Er möchte den Herrschaften nicht wehe tun, er möchte aber auch zu gleicher Zeit sein Ansehen in der Arbeiterschaft nicht verlieren. Das ist deswegen um so unverständlicher, als Herr Abgeordneter Kurth gestern im Ausschuß sich bei der Abstimmung über den Antrag der Kommunistischen Partei, den Schwestern vom guten Hirten keine Fürsorgezöglinge mehr zu geben, der Abstimmung enthalten hat. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir die konfessionellen und die Privatanstalten ablehnen. Aber was sich hier im Guten Hirten abgespielt hat, ist nicht etwa damit abgetan, Herr Abgeordneter Kurth, daß die Gitter fallen. Wenn auch die Gitter am 11. November durch den Artikel in der „Sozialistischen Republik“ gefallen sind, so sind doch hinter diesen Gittern, die gefallen sind, noch dreimal soviel Gitter, die noch nicht gefallen sind und hinter die wir keinen Einblick haben. Man gestattet uns keinen Einblick in die Privatanstalten, man gestattet uns nicht, in das Kloster vom guten Hirten zu gehen. (Zuruf des Abgeordneten Jansen: Sie waren doch da!) Jawohl, Herr Abgeordneter Jansen, ich war vorn im Sprechzimmer. In diesem Sprechzimmer war ein großes Gitter, hinter das der Zögling geführt wurde. Der Zögling mußte durch dieses Gitter mit mir sprechen, und neben dem Zögling saß eine Schwester, die überwachte, was der Zögling sagte. (Hört, hört! links. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das sind ja Zuchtbaumethoden!)

Wenn gestern im Ausschuß die Frau Abgeordnete Becker sagte, ihr sei mitgeteilt worden, daß die Strafanordnungen in dieser Anstalt so seien, daß man die Zöglinge damit bestrafe, daß sie von einer Ecke des Zimmers auf den Knien zur anderen Ecke rutschen müßten (Hört, hört! bei den Kommunisten), dann, glaube ich, versteht man auch, warum wir uns gegen die Erziehungsmethoden in diesen Anstalten wenden. Die Zöglinge sollen keine Klosterschwestern werden. Wir wehren uns ganz entschieden dagegen, daß die Klosterschwestern ihre Ordensregel auf die Zöglinge übertragen. Die Zöglinge sollen zu Menschen erzogen werden, die draußen in der Welt mit den Realitäten des Lebens zu rechnen haben. Herr Abgeordneter Kurth hat schon ausgeführt, daß in diesen Anstalten die Klosterschwestern absolut nicht den Konnex mit dem Leben haben, weil sie ja gewissermaßen dem Leben entsagt haben. Das mögen sie mit ihrer Ordensregel halten, wie sie wollen. Aber wir wehren uns ganz entschieden dagegen, daß Zöglinge in diese Anstalten überführt werden und dort einer Methode und einem

Geist ausgeföhrt sind, die nichts mit einer Erziehung gemein haben.

Es wurde uns im Ausschuß mitgeteilt, daß der Orden ungefähr fünf Häuser in der Rheinprovinz hat und ihm ungefähr 400 Zöglinge aus der Rheinprovinz überwiesen werden. Dazu wurde erklärt, daß noch 800 Zöglinge da seien, die aus freien Elementen beständen. Es ist uns allerdings nicht dabei gesagt worden, wie diese freien Zöglinge auf die einzelnen Anstalten verteilt werden. Ich glaube kaum, daß die Eltern draußen bei der Einstellung dieser Kreise sich damit einverstanden erklären, daß ihre Kinder mit diesen Zöglingen gemeinsam erzogen werden. Die Schwestern vom guten Hirten haben eine ungefähr 300jährige Erziehungspraxis hinter sich. Sie haben nicht geschlagen in diesen 300 Jahren. Aber es gibt Erziehungsmethoden, wie z. B. Knierutschen und dergl., die viel empfindlicher strafen, die eine viel härtere Auswirkung auf den Zögling, namentlich auf seine geistige Einstellung haben als die Prügelstrafe.

Dann möchte ich noch ein Wort zu dem Selbstmord sagen, der uns von der Verwaltung als Unglücksfall hingestellt wurde. (Zuruf des Abgeordneten Noß: Wie immer!) Ueber den Selbstmord, der in der Anstalt geschehen ist, ist nicht von irgendeinem Augenzeugen zu berichten, denn es war keiner dabei. Das Mädchen ist tot aufgefunden worden. Es war erst acht Tage in der Anstalt, aber es hatte eine Anstalts-erziehung hinter sich. Ich glaube, die Art der Methode, die Art der Beeinflussung der Klosterschwestern in dieser Anstalt wird mit ein Grund gewesen sein, daß das Mädchen ein so starkes Heimweh hatte, und es sich einen Weg suchte und aus dem Fenster sprang. Wenn auch der Landespsychiater erklärte, das Mädchen habe kein Abschätzungsvermögen gehabt, es habe das nicht übersehen können, so ist doch ein großer Teil Schuld mit auf die Erziehungsmethode im Kloster vom guten Hirten zu werfen.

Weil Herr Abgeordneter Kurth alle diese Dinge mit kritisiert hat, weil er einsieht, daß das wirklich keine Erziehungsmethode ist, daß es keine Erziehung in dem Sinne ist, wie es die moderne Pädagogik verlangt, ist es umso unverständlicher, wenn er gestern nicht für unseren Antrag stimmte. Er erklärt zwar, er wende sich gegen die Form des Antrages. Ich glaube, Herr Abgeordneter Kurth, wir haben uns in der proletarischen Bewegung nie in so besonders höflichen Formen auseinandergesetzt (Sehr richtig!), und wir haben es nicht notwendig, eine besonders höfliche Form hier anzuwenden. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Sie sind doch immer sehr höflich und nett!) Wir sind immer höflich, wenn es sich darum handelt, Herr Abgeordneter Kurth, keine Unverschämtheiten den Menschen zu sagen; wenn es sich darum handelt, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, sind wir sehr unhöflich. Das möchte ich Ihnen

doch gesagt haben. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Sagen Sie das immer?) Jawohl, das sage ich immer.

Dann noch ein Wort zu der Denkschrift der Provinzialverwaltung, die auf Anregung der kommunistischen Fraktion im letzten Provinziallandtage angenommen wurde. Es steht darin ausdrücklich, daß bei den Neuaufnahmen sich der Gesundheitszustand in den letzten Jahren ungeheuer verschlechtert hat, daß namentlich die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten und wie die Dinge alle heißen, in ungeheurem Maße zugenommen haben. Es sind eben auch Worte von der rechten Seite des Hauses gefallen, die die Wohnungsverhältnisse in der Eifel aufgezeigt haben. Ich möchte Sie an die Stellungnahme erinnern, die gerade die Parteien der Rechten und des Zentrums, einschließlich der Sozialdemokratie, in diesen Fragen im Landtag eingenommen haben, wenn es sich darum handelte, Mutter und Kind zu schützen. (Abgeordneter Nohl: Sehr richtig!) Ich erinnere daran, daß bei den letzten Gesetzen, die zum Schutze von Mutter und Kind eingebracht worden sind — auf den Mutterschutz kommt es hier letzten Endes an —, alle Parteien bis zur Sozialdemokratie gegen eine Gesetzesvorlage gestimmt haben, die einen wirklichen Schutz für Mutter und Kind forderte.

Ich kann es mir nicht verkneifen, hier ein Urteil anzuführen, daß Herr Professor Martin von der Rheinischen Provinzial-Hebammenlehranstalt in Elberfeld einmal fällt, als der Deutsche Textilarbeiterverband eine Rundfrage herausgegeben hatte, die sich vor allen Dingen mit den Erkrankungen der Textilarbeiterinnen befaßte. Herr Professor Martin ist es gewesen, der als geistiger Urheber einer Unternehmerdenkschrift erklärte, daß die Textilarbeiterinnen manchmal auch zu faul seien, bis zum letzten Tage in die Fabrik hineinzugehen. (Abgeordneter Nohl: Hört, hört!)

Wir haben zu verzeichnen, daß 700 000 Frauen, die in der Erwerbsarbeit stehen, 20 000 Säuglinge und 133 000 Kleinkinder haben. Wie diese Kinder erzogen werden, wie schwächlich sie sind, das hat Herr Professor Martin natürlich nicht berücksichtigt. (Glocke des Vorsitzenden.)

Ich möchte zum Schluß sagen, daß die Republik nach zehnjährigem Bestehen noch 10 Millionen Beihilfen zur Umstellung von Fabriken, zur Militarisierung irgendwelcher Kriegsdinge auswirft, daß sie für die Wehrmacht ungeheures Geld ausgibt, daß sie aber für die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes ganze 7 Millionen ausgibt. (Abgeordneter Nohl: Hört, hört!) Man muß sich diese Dinge einmal vorstellen und braucht sich dann gar nicht zu wundern, daß die gesundheitlichen Verhältnisse unserer Provinzialzöglinge so ungeheuerlich sind und daß der Herr Abgeordnete Creuz diese Zustände schildern konnte, wie sie in der Eifel sind. Sie sollen einmal

im Reichstag und Landtag, wo Ihre Parteien sitzen, eine andere Stellung einnehmen; dann brauchen Sie hier keine Anklage zu demonstrieren. Aber Sie wollen den Leuten nur Sand in die Augen streuen. Deshalb nehmen Sie hier eine andere Stellung ein als im Landtage.

Stellv. Vorsitzender C h e r l e : Das Wort hat Herr Abgeordneter Jansen.

Abgeordneter Jansen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kurth hat mit sehr anerkennenden Worten von den Erziehern und Erzieherinnen gesprochen, die in den provinziellen und privaten Fürsorgeerziehungsheimen tätig sind. Wir können ihm für diese Worte nur danken. (Abgeordneter Dunder: Hört, hört!) Zweifellos haben diese Worte einen anderen Klang, als wir ihn gerade von der linken Seite bisher in jedem Jahre gehört haben. Man sucht schließlich auch nach einem Grunde für die Klnderung dieses Tones. Wir wären ja froh, wenn Sie endlich zu der Ueberzeugung gekommen wären, daß in diesen Erziehungsheimen ein solcher Geist und eine solche Kraft steckt, daß sie nur überall mit Hochachtung genannt werden dürfen. Wir wären froh, wenn sich endlich einmal auch bei Ihnen diese Erkenntnis durchgesetzt hätte, so daß die Atmosphäre, die alle Jahre ein schwereres Odium auf die Anstalten legte, ein für allemal beseitigt wäre. Herr Kollege Kurth hat ebenfalls erklärt, daß er jede weltanschauliche Note aus der Debatte herauslassen wollte. Man kann das in dem Augenblick verstehen, wo man gerade von dieser Seite aus ein besonderes Blatt für „die katholischen Sozialisten“ hat erscheinen lassen, durch das man darauf ausgeht, in Arbeiterkreisen katholische Sozialisten zu gewinnen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Da sind sie genau so gut aufgehoben wie bei Euch!) Ich kann es verstehen, daß man in diesem Augenblick, wo man in diesem Blatt die katholischen Arbeiter in einer Form zum Sozialismus erziehen will, wie man es als Theologe nicht besser kann, eine weltanschauliche Note in der Debatte vermeiden und hinsichtlich der Religion die Mäste nicht lüften will, damit man um so besser katholische Menschen einsperren kann. (Lachen links. Zuruf des Abgeordneten Kurth: Herr Jansen, Sie bringen jetzt die häßliche Note!) Herr Kollege Kurth hat anerkannt, daß unser Fraktionsredner bewußt auch den leisesten Ton dieser Art aus der Debatte herausgelassen hat. Ich werde ihm nachweisen, daß er es nicht getan hat. Wir haben mit bewußter Vorsicht die ganze Sachlage nur auf die pädagogische Basis gestellt; das hat er ausdrücklich anerkannt. Darum sage ich nochmals: Ich verstehe es nicht, daß er nun — entweder bewußt, oder vielleicht in vollständiger Verkennung der Weltanschauung, in der wir leben — trotzdem diese Note stark hineingebracht hat. Ich brauche bloß daran zu erinnern, daß Herr Kollege Kurth im Anschluß an die anerkennenden Worte über die Erzieher und Erzieherinnen, die ihr ganzes Leben im Dienste dieser

armen Jugendlichen zum Opfer bringen, sagte: Wir zweifeln nicht an dem guten Willen, aber wir zweifeln an dem Können. Meine Damen und Herren! Darin, daß er das Können bei den katholischen Ordensschwestern ganz entschieden in Abrede stellt (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das nächste Mal macht er es besser!), liegt die sehr scharfe Note, die er in dieses Problem hineingelegt hat. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Mit Bitter!) Er hält es also für ganz unmöglich, daß diese Personen, die, nachdem sie, genau wie jeder andere Mensch die Welt kennen gelernt haben, und die auch während ihrer Tätigkeit als Erziehungsschwestern im Kloster mit der Welt in regster Verbindung bleiben, Menschenkinder dieser Art erziehen können. (Zuruf des Abg. Kohl: Die Sozialdemokraten sind doch auf dem Wege nach Canossa!) Wir erleben hier dasselbe, was uns schon einmal von der linken Seite vorgetragen wurde. Man betonte damals sogar, daß eine Frau, die kein Kind selbst geboren habe, auch kein Kind erziehen könne, ohne dabei zu berücksichtigen, daß all den Lehrerinnen, die auch auf dieser Seite wirken, damit die Fähigkeit abgesprochen würde, ein Kind zu erziehen. (Sehr richtig! im Zentrum. Zuruf des Abg. Dunder: Denen verbietet man ja das andere!) Derartige Inkonsequenzen leistet man sich, wenn man mit vorgefaßter Meinung an die Dinge herantritt.

Wenn Herr Kollege Kurth es für unmöglich hält, daß derartige Personen in diesem System Kinder der Fürsorge erziehen, dann darf ich doch fragen: Weiß denn Herr Kollege Kurth gar nichts von den mehr als 60 bis 70 Prozent Erfolgen der Fürsorgeerziehung, die wir haben. Ist das nicht eine Logik der Tatsachen, die jede Theorie einfach über den Haufen wirft? Der Herr Kollege wird doch ohne Zweifel wissen, daß die 70 Prozent Erfolge nicht bloß in den Provinzialerziehungsheimen liegen. Wir haben doch den größten Prozentfuß der Fürsorgezöglinge, die Mädchen alle, in privaten Heimen untergebracht. Wenn aber Herr Kollege Kurth weiß, daß mehr als 60 Prozent dauernde Erziehungserfolge erreicht werden, und daß ungefähr 15 Prozent ad tempus einen Erfolg zu verzeichnen haben, und er trotzdem noch sein Urteil, es sei den Schwestern unmöglich, diese Kinder zu erziehen, aufrecht erhalten will, so entzieht sich das, offen gestanden, meinem Verständnis. Weiß Herr Kollege Kurth nichts von den anerkennenden Worten, die wir immer wieder bei der Besichtigung unserer Fürsorgeerziehungsanstalten gehört haben? Weiß er nichts davon, daß sein Kollege in Rheindahlen, wo ein katholischer Geistlicher Leiter der Anstalt ist, erklärte, wenn derselbe Geist, wie er in dieser Anstalt herrscht, überall herrsche, dann würden wir unsere Kinder ohne jede Sorge dieser Anstalt anvertrauen. (Zuruf des Abg. Gerlach: Es war der Kommunist Koch, der das gesagt hat! Weitere Zurufe links.) Meine Herren, ich bin ein bißchen schwerhörig, wenn mehr als dreizehn zu-

sammen reden. Leider kann ich Sie nicht verstehen, sonst würde ich Ihnen gerne auf jeden einzelnen Einwurf eine Antwort geben. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Es nützt ja doch nichts. Zuruf des Abg. Haas: Das war kein Sozialdemokrat!) Es war ein Sozialdemokrat, der diese Worte gesprochen hat. (Zuruf des Abg. Gerlach: Es war der Kommunist Koch.) Wenn Herr Kollege Gerlach an die Besuche denkt, die er mit uns gemacht hat, wenn sich Herr Kollege Steinbüchel der Ergebnisse dieser Besuche erinnert, dann wird er als objektiver Beobachter sagen müssen, daß wir im allgemeinen mit sehr kleinen Ausnahmen gute Verhältnisse in diesen Anstalten, auch privater Art, vorgefunden haben. Und weiß Herr Kollege Kurth auch davon gar nichts, daß auch nach der Entlassung aus der Fürsorge Tausende und aber Tausende Fürsorgezöglinge — Mädchen und Jungen — mit ihrer Anstalt ständige Verbindung halten? Wie sollte das denn zu erklären sein, wenn diese jungen Menschen dort nichts vom Leben gehabt hätten, wenn ihnen dort nicht Sonnenschein, Liebe und Güte geboten worden wären. (Zuruf links: Schläge!) Wäre es, wenn sie hier nicht eine gute Erziehung bekommen hätten, möglich, daß diese jungen Menschen tüchtige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft geworden sind. Meine Damen und Herren! Diese Aufzählung könnte ich beliebig vermehren, um zu beweisen, daß die Ordensleute das erforderliche Können besitzen. Wenn ich das erwähne, so geht daraus hervor, daß hier ein solches Maß von Können herrscht, daß es nur einer Blindheit gegenüber unserer Weltanschauung zuzuschreiben ist, wenn man trotzdem sagt, es sei bei diesen Schwestern usw. kein Können vorhanden, um Fürsorgezöglinge zu erziehen. Ich hätte gewünscht, diese Note wäre herausgeblieben; ich hätte sie niemals hineingebracht. (Abg. Kurth: Das glaube ich!)

Meine Damen und Herren, auch Hr. Otto weiß ganz genau, daß gestern bereits in der Debatte im Sachauschuß II betont wurde, daß das Anierutschen im „Guten Hirten“ nur in der Phantasie einiger Menschen vorkommt. (Sehr gut! im Zentrum.) Aber trotzdem das dargetan worden ist, kann man es doch noch einmal vom Katheder hinaus in die Welt schreien, damit man draußen liest, es sind dort derartige Strafen vorhanden. Der Dezerent bestätigte ausdrücklich, daß nach dem Gesamturteil der Erzieher und Erzieherinnen gerade die Schwestern vom „Guten Hirten“ die modernsten pädagogischen Grundsätze anwenden. (Zuruf links: Au weiß!) Ich betone, dies ist nicht nur das Urteil katholischer Pädagogen. Wie man, nachdem dies alles festgestellt worden ist, noch von einer mittelalterlichen Erziehung reden kann, dafür mögen die anderen das Verständnis aufbringen. Meine Damen und Herren, ich wiederhole, was der Herr Landeshauptmann dieser Tage schon sagte: Gerade die Tatsache, daß man die Erziehungsarbeit der Fürsorgeheime immer wieder begeistert und einzelne Anstalten

in ein schlechtes Licht bringt, bewirkt, daß die Fürsorgezöglinge schon auf dem Wege zur Anstalt, ehe sie das Leben der Anstalt kennen gelernt haben, von einer solchen Psychose befallen sind, daß sie dann schon an Fluchtversuche, gelegentlich sogar an Selbstmord denken, nicht wegen der Zustände, die in den Anstalten herrschen, sondern wegen der Methode, mit der man die Anstalten in ein schlechtes Licht hineingestellt hat. Meine Damen und Herren, wenn es wahr ist, was die Verwaltung uns nachweist, daß in 5 Häusern vom „Guten Hirten“ allein 800 Zöglinge zu finden sind, die freiwillig dort hingebacht wurden, dann muß doch jeder vernünftige Mensch sich sagen: Wenn diese Mädchen, die mit ihren Eltern im Verkehr stehen, und ihnen alles erzählen können, freiwillig diesen Zufluchtsort aussuchen, und wenn die Eltern gerade dies Haus mit Vorliebe wählen, meine Damen und Herren, dann frage ich einen vernünftigen Menschen: Wie soll es mit dem gesunden Menschenverstand vereinbar sein, wenn trotzdem davon gesprochen wird, in diesen Häusern herrsche ein mittelalterlicher Geist, der mit den Forderungen moderner Pädagogik überhaupt nicht in Einklang zu bringen sei. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das liegt an der Erziehung Ihrer Anhänger!)

Meine Damen und Herren, es ist früher bereits gesagt worden, daß wir in den privaten und provinziellen Fürsorgeanstalten nur 2,4 Selbstmorde auf 10 000 Personen haben, während sich die Zahl im sonstigen Leben da draußen auf 4,4 stellt. Diese Zahlen beweisen, daß im allgemeinen das Leben in den Fürsorgeanstalten gut ist. Wenn man bedenkt, daß hier viele schwerkranke, reizbare Menschen sind, die natürlich für alle Maßnahmen notwendiger Erziehung besonders empfindlich sind, namentlich wenn diese Erziehung einmal etwas hart eingreifen muß, und daß die Erzieher und Erzieherinnen trotzdem ihre Methode so wählen, daß sie diese schwer erziehbaren Menschen von dem Gedanken an Selbstmord ablenken, so ist das ein Loblied auf unsere Fürsorgeerziehung im großen und ganzen. Man sollte sich wirklich nicht mehr hierher stellen und hier immer bloß klagen und anklagen, weil man dadurch unsere öffentlichen Verhältnisse vergiftet, an deren Segnungen wir alle ein großes Interesse haben, woran wir alle mitarbeiten wollen. (Bravo! im Zentrum.)

Herr Kollege Kurth, Sie brauchen wirklich kein neues Licht in unsere Anstalten hineinzubringen. (Zuruf links: Nein, es ist schon da!) Ich betone, wir sind gerne bereit, jeden pädagogischen Schritt mit Ihnen zu gehen, der auf bessere Weise zum Erziehungsziel führt. Sie werden uns dabei immer geschlossen auf Ihrer Seite finden. Aber die Erziehungsmethoden müssen bewährt sein. Wir machen nicht von Jahr zu Jahr unsere Anstalten zu Versuchsanstalten, so daß unsere Fürsorgezöglinge nur Versuchsobjekte sind und es schließlich heißt, wir hätten sie schuldig werden lassen

und sie nicht zu tüchtigen Menschen erzogen, wir hätten sie nur problematisch und versuchsweise, nicht nach bewährten Grundsätzen, erzogen, wir trügen deshalb die Schuld, daß aus diesen Menschen nichts geworden sei.

Bitte, lassen Sie nächstens jede Note weltanschaulicher Richtung ruhig heraus. Seien Sie objektiv und nicht blind gegen unsere Weltanschauung. Dann finden wir uns zusammen zum Besten unserer Fürsorgezöglinge. (Beifall. Zuruf des Abg. Nohl: Buße in Sack und Asche!)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kurth hat unsere Zeit reichlich ausgenutzt, es bleiben mir nur noch einige Minuten. Ich kann deswegen nicht all das sagen, was ich noch gerne im Interesse unserer Jugendlichen sagen möchte. Ich muß mich mit einigem begnügen.

Ich habe schon gestern im Ausschuß dargelegt, daß wir es nicht verantworten können, daß wir vorschulpflichtige Kinder in dieser großen Anzahl der Fürsorge überweisen. Im Berichtsjahr sind 65 Knaben und 76 Mädchen im vorschulpflichtigen Alter der Fürsorgeerziehung überwiesen worden. Was können die Kinder dafür, wenn die Eltern schuldig geworden sind? Was können diese Kinder für das Milieu, für die Umwelt, der sie entstammen? Diese Kinder dürfen nicht in die Fürsorge. (Zuruf des Abg. Dunder: Die Eltern sind doch auch nur mittelbar schuld.)

Ich habe gestern auch gesagt, daß die Frage der Erziehung und Behandlung der Zöglinge eine große Wandlung erfahren hat, daß aber immer noch ein gewisses Odium an der Fürsorgeerziehung hängt, daß diese Erziehung etwas ist, was nicht so bewertet wird, wie es bewertet werden müßte. Deswegen sollten wir den Kindern, wo es nicht nötig ist, nicht dieses Odium mit hinaus ins Leben geben. Die Bezirksfürsorgeverbände haben diese Kinder in den Händen; sie schieben die Kinder ab, und der Vormundschaftsrichter schiebt sie wieder an die Fürsorgeerziehung ab. Wir entnehmen daraus, daß die Bezirksfürsorgeverbände sich nur von den Kosten drücken wollen. Das ist im Interesse der Jugendlichen zu verwerfen. Ich möchte an alle diejenigen, die in den Bezirksfürsorgeverbänden, in den Jugendausschüssen und Fürsorgeausschüssen der einzelnen Gemeinden mitarbeiten, die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß die vorschulpflichtigen Kinder in Waisenhäusern, sonstigen Heimen oder Pflegeanstalten untergebracht werden, aber nicht in die Fürsorgeerziehung hineinkommen. Denn diese Kinder gehen sonst oft bis zum 18. oder 20. Jahre durch die Fürsorge hindurch, weil nicht immer eine Entlassung beantwortet wird. Es sind Pflegestellen genug den Bezirksfürsorgeverbänden nachzuweisen, die diese Kinder aufnehmen. Es müßte in dieser Hinsicht auch einmal ein Appell an die Vormundschaftsrichter und die Stadt.

Jugendämter ergehen, daß sie diese Kinder nicht mehr in die Fürsorge hineinbringen.

Dann noch ein Wort über die Mädchen und Jungen, die im Alter von über 18 Jahren eingeliefert werden. 191, 40 Knaben und 151 Mädchen, waren es im Berichtsjahr. Das läßt tief blicken. Ich glaube, die Verwaltung wird uns darauf antworten, diese Mädchen seien meist sittlich verwahrlost. Es sind doch die Mädchen, die früher der Landespolizei überwiesen wurden und nach Brauweiler kamen. Daß diese Mädchen in der Anstalt noch gebessert werden, und daß sie einen guten Einfluß auf ihre Mitzöglinge ausüben, möchte ich bezweifeln. Ich möchte wünschen, daß auch in dieser Richtung die Vormundschaftsrichter vorsichtig vorgehen und nicht so viele Mädchen dieser Art überweisen. Es kostet ungemein viel Geld und hilft doch nichts.

Ich möchte nur noch sagen, daß es von Hrl. Otto nicht fair war, meine Ausführungen, die ich gestern nur so hingeworfen habe, hier in den Bereich der Diskuffion zu ziehen. Ich wollte damit keine Anklage hier in den Landtag hineinschleudern, die ich auch gar nicht beweisen kann. Hätte ich dies hier im Landtag erörtert wissen wollen, so hätte ich es selbst tun können; dazu brauche ich Hrl. Otto nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren, meine Freunde, und ich am allermeisten, bedauern, daß der ruhige, sachliche Ton, wie er seit einer Reihe von Jahren, ganz besonders gestern bei Behandlung dieser Sache im zweiten Sachausschuß, üblich war, nicht bis in dieses Haus hat vordringen können. Wir waren uns im Sachausschuß seit Jahren darüber einig, daß wir Weltanschauung und Partei bei Behandlung dieser Frage unter allen Umständen ausscheiden müssen, um sie sachlich zu behandeln im Interesse derjenigen, für die wir bestellt sind, das sind die Fürsorgezöglinge. (Zurufe der Kommunisten.) Meine Herren, schreien Sie doch nicht so, mit Schreien wird die Welt nicht gemacht. (Zuruf links: Auch nicht mit Ihren Reden!) Wir waren uns ferner darüber einig, daß wir alles tun müßten, um das Odium, das auf der Fürsorgeerziehung seit Jahren lastet und immer in gewissem Maße darauf lasten wird, zu beseitigen, und wir haben auch danach gehandelt. Ich kann Ihnen aber versichern, daß die Art der Behandlung dieser Frage, wie sie heute von gewisser Seite beliebt wurde, nicht in diesem Sinne wirken, sondern das Odium gegen die Fürsorgeerziehung wieder neu aufleben lassen wird. (Abg. Krawinkel: Sehr wahr!) Wir werden uns deshalb an dieser Debatte nicht beteiligen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag des II. Sachausschusses zu Punkt 54 abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu dem Antrag des II. Sachausschusses zu Punkt 55. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch hier stelle ich Annahme fest.

Es folgt der Antrag des II. Sachausschusses zu Punkt 56. — Ich bitte das hohe Haus, etwas leiser zu sein, damit ich zu verstehen bin. (Zuruf eines Kommunisten: Das ist kein hohes Haus!) Das bitte ich mir zu überlassen. Wer für die Annahme des Antrages zu Punkt 56 ist, den bitte ich, sich zu erheben. Auch hier stelle ich die Annahme fest.

Zu Punkt 57 schlägt der II. Sachausschuß vor, die Maßnahmen der Verwaltung durch Kenntnisnahme als erledigt anzusehen. Ich muß das Haus fragen, ob es damit einverstanden ist. (Zuruf des Abg. Dunder: Wir nicht!) Das Haus ist einverstanden. Ob Sie einverstanden sind, hatte ich nicht gefragt.

Wer für den Antrag des II. Sachausschusses zu Punkt 58 ist, den bitte ich, sich zu erheben. Auch hier ist die Mehrheit dafür.

Wir kommen zu Punkt 59. Wer für den Antrag des II. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Auch dies ist die Mehrheit.

Wer ist für die Annahme des Antrages des Sachausschusses zu Punkt 60? Auch hier stelle ich die Annahme fest. (Zuruf des Abg. Dunder: Zu Punkt 60 verlangen wir Gegenprobe!) Ich bitte um die Gegenprobe. Wer gegen die Annahme ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Minderheit.

Wir kommen dann zu Punkt 61. (Zuruf des Abg. Renner: Zu Punkt 61 beantragen wir Einzelabstimmung!) Ich bitte, die Drucksache Nr. 74 zur Hand zu nehmen. Ich lasse über die einzelnen Punkte dieser Drucksache abstimmen. Der Antrag des Sachausschusses lautet dahin, den Antrag dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen. Wer bei den einzelnen Punkten für die Verweisung an den Provinzialausschuß ist, den bitte ich, sich jeweils zu erheben.

Wer ist zu Punkt 1 für den Antrag des Sachausschusses auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß? Angenommen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Dieser Antrag ich rechtzeitig im Bureau abgegeben worden. Diese Maßnahme des Ausschusses ist nur deshalb notwendig geworden, weil die Leitung des hohen Hauses diesen Antrag nicht rechtzeitig an den Ausschuß zur sachlichen Beratung weitergeleitet hat. Wenn der Ausschuß also beschlossen hat, die Sache ohne Beratung zu überweisen,

so hat er es nur deshalb getan, weil hier ein Verschämnis der Leitung des hohen Hauses, des Präsidiums vorgekommen ist. Der Beschluß, den Sie gefaßt haben, war ein Notbehelf. Wir verlangen deshalb, daß das Plenum des Hauses sich zu den einzelnen Anträgen äußert. Wir waren schon im Interesse der uns fehlenden Zeit so anständig, die Sache in einen Antrag hineinzuarbeiten. Wir verlangen aber eine Klärung durch das Haus, weil, wie gesagt, nicht wir an dem Verschämnis schuld sind, sondern das Präsidium. Ich habe den Antrag vorgestern dem Herrn Präsidenten Jarres rechtzeitig übergeben, und er hat ihn auch dem Sachausschuß überwiesen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Ich stelle fest, daß an sich das Wort zur Geschäftsordnung während der Abstimmung nicht erteilt werden kann. Ich habe es hier ausnahmsweise getan. (Zuruf des Abg. Haas: Zur Geschäftsordnung muß das Wort jederzeit gegeben werden!) Nicht aber während einer Abstimmung. (Zuruf des Abg. Haas: Dann durften Sie es dem Herrn Renner auch nicht geben! Gegenruf des Abg. Dr. Kaiser: Das ist richtig, aber deswegen brauchen Sie es immer noch nicht zu bekommen! Weiterer Zuruf des Abg. Haas: Damit war die Debatte wieder eröffnet!) Nein, die Debatte ist nicht eröffnet. Wir fahren in der Abstimmung fort.

Wer ist für die Ueberweisung an den Provinzialausschuß bei Punkt 2? — Bei Punkt 3? Bei Punkt 4? Bei Punkt 5? Bei Punkt 6? Bei Punkt 7? (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die Mehrheit steht fest wie eine Mauer. Gegenruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Sie sitzen jetzt in der Butter.) Zu sämtlichen 7 Punkten ist die Ueberweisung an den Provinzialausschuß beschlossen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich möchte lediglich konstatieren, daß man sich eine solche Handhabung der Geschäftsordnung doch nicht gut gefallen lassen kann. Wenn der Vorsitzende einer Versammlung einem der Abgeordneten während der Abstimmung das Wort zur Geschäftsordnung gibt, ist er meiner Meinung nach gezwungen, es auch einem anderen Abgeordneten zu geben. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ich möchte bitten, daß der Vorsitzende, wenn er in Zukunft noch einmal einen derartigen Fehler begeht, dann auch gezwungen wird, den zweiten Fehler zu begehen. (Beiterkeit.)

Stellv. Vorsitzender Dr. Saaben: Wir kommen zu den Punkten 62 bis 65.

Das Wort hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Steinmeyer.

Abgeordneter Steinmeyer: Zu Punkt 62 und 63 empfiehlt der Sachausschuß II unveränderte Annahme der Anträge.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saaben: Zu Punkt 64 ist Berichterstatterin die Abgeordnete Fräulein Otto.

Abgeordnete Fräulein Otto: Der II. Sachausschuß empfiehlt Ihnen, die Angelegenheit durch die Prüfung der Provinzialverwaltung, ob eine Einrichtung für sehgeschwache Kinder notwendig ist, als erledigt zu betrachten.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saaben: Zu Punkt 65 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Zu Punkt 65 empfiehlt der II. Sachausschuß unveränderte Annahme.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Meine Damen und Herren! Bei der Durchsicht des Haushaltsplans für das Taubstummenwesen (Taubstummenanstalten) fällt uns auf, daß auch in diesen Etat für Seelsorge und Religionsunterricht ein bestimmter Betrag eingesetzt ist. Wir lehnen nicht allein bei den übrigen Anstalten die Mittel für Seelsorge und Religionsunterricht grundsätzlich ab, sondern sind auch der Meinung, daß für Taubstumme — Menschen die weder sprechen noch hören können — eine Seelsorge und ein Religionsunterricht das Ueberflüssigste sind, was man diesen armen Teufeln geben kann. Ich schlage vor, daß wir die Mittel für Seelsorge und Religionsunterricht der Position „Beihilfen an die in der Ausbildung für den Taubstummenlehrendienst stehenden Personen“ übertragen. Das beantrage ich für alle Provinzial-Taubstummenheime.

In dem Bericht des Provinzialausschusses, der dem Landtage übermittelt worden ist, wird festgestellt, daß im Augenblick noch keine Notwendigkeit vorliegt, Schulen für sehgeschwache Kinder einzurichten. Mit diesem Bericht sind wir nicht einverstanden, sondern wir verlangen unter allen Umständen, daß die Provinzialverwaltung eine solche Einrichtung schafft. Andererseits müssen wir betonen, daß in dem Haushaltsplan eine ganze Reihe anderer Sachen enthalten ist, die dem Zweck und dem Charakter der Anstalten nicht entsprechen.

Wir wollen aber dem Haushaltsplan unsere Zustimmung nicht verweigern, damit man es nicht so auslegen kann, als seien wir gegen die Beibehaltung der Einrichtungen für die Taubstummen und Blinden. Wir lehnen aber die Positionen, die ich eben angeführt habe, ab und erklären ausdrücklich, daß das auch gleichzeitig für alle übrigen Etats gilt, zu denen wir das Wort in der Debatte nicht nehmen werden.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saaben: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag des II. Sachausschusses zu Punkt 62 abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu dem Antrage des II. Sachausschusses zu Punkt 63. Wer ist für die Annahme dieses Antrages? Auch das ist die Mehrheit.

Wer ist für den Antrag des II. Sachausschusses zu Punkt 64? Auch dies ist die Mehrheit.

Wer ist für den Antrag des II. Sachausschusses zu Punkt 65? Auch dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen jetzt zu

Punkt 66: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Sehammenwesen für das Rechnungsjahr 1929.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Kaiser. Abgeordneter Dr. Kaiser: Der II. Sachausschuß empfiehlt Ihnen unveränderte Annahme.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saßen: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des II. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu Punkt 67.

Als Berichterstatter des III. Sachausschusses hat Herr Abgeordneter Rath das Wort.

Abgeordneter Rath: Meine Damen und Herren! Wie in früheren Jahren, so empfiehlt der III. Sachausschuß einstimmig auch in diesem Jahre die Vorlage des Provinzialausschusses, die dem hohen Hause ja materiell durchaus bekannt ist, zur unveränderten Annahme.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saßen: Berichterstatter des Sachausschusses I ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Rath: Herr Maus hat mich zwar nicht ausdrücklich beauftragt, aber nach den Verhandlungen im I. Sachausschuß darf ich wohl annehmen, daß er die Vorlage wie früher dem hohen Hause zur unveränderten Annahme empfiehlt. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Das steht ja schon schwarz auf weiß da!) Dann brauchte ich es eigentlich nicht mehr mitzuteilen.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saßen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Meine Damen und Herren! Wir lehnen diese beiden Anträge und Vorschläge ab. Wir haben dafür unsere guten Gründe. Es ist eine in allen Einrichtungen dieses Staates — Kommune und Provinziallandtag, Land- und Reichstag — feststehende Tatsache, daß in immer größerem Umfange Gelder in öffentlicher Hand benutzt werden, um die Finanzierung von Einrichtungen privater Wohlfahrtsorganisationen oder Erziehungsvereine zu erleichtern. Wir sehen in der Steigerung dieses Entgegenkommens nichts anderes als die bewußte Absicht, die Organe der privaten Wohlfahrtspflege immer mehr zu stabilisieren. Bei unserer grundsätzlichen Einstellung zu der Frage der privaten Wohlfahrtseinrich-

tungen und Organisationen nimmt deshalb unsere Ablehnung nicht wunder. Aber was wir hier sehen, muß man auch mit den allgemeinen Erscheinungen unserer Zeit in Verbindung bringen. Was sich hier systematisch im Verlauf der letzten Jahre vorbereitet hat, ist die Vorgeschichte zu dem, was uns in Bälde durch die geschickte Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Zentrum gebracht wird, nämlich eine volle Auflösung zwischen der Kirche und ihren Einrichtungen und den Einrichtungen des Staates. Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist der Auftakt zum Konkordat.

Es ist deshalb völlig unberechtigt, wenn Herr Janßen vom Zentrum glaubt, daß die Pläne der sog. christlichen Sozialisten nur aus taktischen Erwägungen resultieren. Ich habe schon recht, wenn ich dem Herrn Janßen sage, daß sich hinter dieser Sache nicht etwa die „rote Frage des Sozialismus“ verbirgt, sondern daß das große, starke schwarze Kreuz Ihrer Kirche hinter diesen Dingen steckt. (Zuruf aus dem Zentrum: Deito besser! und Lachen.) Wir werden es erleben, daß die heute noch „so ein klein bißchen abseits“ von Ihnen stehenden sog. Sozialdemokraten dieses Genres in absehbarer Zeit mit Ihnen ein Herz und eine Seele sind, einen Staat und eine Kirche haben. (Lachen in der Mitte.) Daß wir vom Standpunkte der Arbeiterschaft kein Interesse an der Förderung dieser Entwicklung haben, ist klar. Wenn Sie sich immer wieder hier hinstellen und betonen, daß Ihre sozialpolitischen Bestrebungen nur aus Ihrer religiösen Ueberzeugung, aus Ihrer christlichen Gesinnung resultieren, dann sagen wir Ihnen: Alles das, was Sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik tun, entspricht letzten Endes Ihren politischen Absichten. Jede Steigerung der Möglichkeit, mit öffentlichen Geldern Ihre politischen Ziele zu erkämpfen, muß von uns abgelehnt werden. Deshalb haben Sie auch kein Recht, sich dagegen zu wehren, daß wir Kommunisten „nur“ Kritik üben. In dem Augenblick, wo wir uns bereit erklären, im Rahmen Ihres Staates mit der Absicht einer Besserung der Verhältnisse mitzuarbeiten, fühlen Sie sich gefährdet. Sie lehnen dann diese Mitarbeit systematisch ab. So haben Sie unsere Mitarbeit im Landesjugendamt abgelehnt, so lehnen Sie in den Gemeinden und Kreisen unsere Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege ab. Damit ist der Beweis erbracht, daß Sie mit öffentlichen Mitteln auf dem Wege der sog. Sozialpolitik nur Ihre politischen Zwecke verfolgen. Solange diese Zustände bestehen, solange müssen wir im Interesse der Arbeiterschaft diesen Standpunkt vertreten. Solange wird auch Kampf zwischen uns und Ihnen sein. Wir lassen uns nicht mit Ihnen auf Kompromisse ein, wie es heute die Sozialdemokratie tut.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saßen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Renner in

einem Augenblick von Kompromissen spricht, wo sich gerade vor diesem Hause ein Vorgang abgespielt hat, durch den ein scharfer Gegensatz zwischen unserem Sprecher, Freund Kurth, und dem Herrn Abgeordneten Kanonikus Jansen hervortrat, so fehlt uns dafür das Verständnis. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wir benutzen die Gelegenheit, um hier auf die ganze Situation hinzuweisen, die die Bürgschaften für die privaten Wohlfahrtspflege mit sich bringen. So wissen wir, daß die Caritas sowie die Innere Mission tatsächlich in der Zeit der Bürgerblockregierung den größten Teil, die Innere Mission allein 35 Prozent, der vom Reichstag bewilligten Mittel bekommen hat, während man der Arbeiterwohlfahrt nur 5 Prozent zugestand. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!)

Auf der Tagung der Inneren Mission äußerte sich der Referent dahin, daß bei der Uebertragung sozialer Aufgaben die Konfession der Helfer der freien Wohlfahrtspflege von Bedeutung sei und maßgebend sein müsse, daß der Arbeiterwohlfahrt keine Kinder zur Betreuerung überwiesen werden sollen, die noch in der Kirche sind, daß jedenfalls aber die Arbeiterwohlfahrt keinen Anspruch auf Gleichberechtigung erheben könne; man dürfe die Kinder nur solchen Personen anvertrauen, die ein Bekenntnis zur Kirche abgelegt haben. Wenn so etwas Tatsache ist, so ist es mir ein Rätsel, wie dann der Abgeordnete Renner von der SPD. hier noch von einem Kompromiß reden kann. Diese Tatsachen können Sie doch nicht bestreiten.

Wenn dann in diesem Zusammenhang Herr Jansen vorhin dem Kollegen Kurth unterstellte, er habe nicht den nötigen Mut gefunden, die Konsequenzen zu ziehen, sondern sich ganz diplomatisch um die Fragen der Weltanschauung usw. herumgedrückt, so stimmt das auch nicht. Man kann doch nicht in dieser dialektischen Form die Dinge auf den Kopf stellen. Jedenfalls ist die Situation für das Zentrum sehr ungünstig, wenn sich nach und nach in den Zentrumskreisen der Sozialismus durchsetzt (Lachen bei den Kommunisten), ich wiederhole: wenn sich der Sozialismus in seiner sittlichen Kraft weiter durchsetzt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die sich in Euch verkörpert! Wer lacht da?) Herr Professor Raederscheidt setzt sich hier zwar in Gegensatz zu Herrn Kanonikus Jansen, spricht von einer pädagogischen Umwandlung und sagt: Pädagogische Fragen dürfen nicht mit politischen und Weltanschauungsfragen vermischt werden. Aber er ist ein Eingänger in der Zentrumsfraktion des Rheinischen Provinziallandtages. Kanonikus Jansen steht auf einem ganz anderen Standpunkte. Er will die sozialistische Weltanschauung nicht anerkennen, auch Herr Landesrat Dr. Vossen nicht. Er sagt ausdrücklich, daß Sozialismus nicht als Weltanschauung betrachtet werden könne. In einer Zeit, wo man von einer Weltanschauung Schopenhauers spricht, von einer monistischen Weltanschauung, auch von einer Sowjetweltanschauung, will man den Sozialismus als die-

jenige Weltanschauung, die die höhere sittliche Kraft in sich verkörpert, hier nicht anerkennen. Wer aber diese Dinge richtig sieht, weiß, daß wir den Kampf für die Weltanschauung des Sozialismus und ihre Anerkennung stets aufnehmen und zu führen wissen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Daher das Konkordat!) Es ist notwendig, gerade jetzt zu sagen, daß wir diesen Kampf aufnehmen, weil Herr Jansen glaubte, wir hätten gegenwärtig eine Situation, in der das nicht tunlich sei.

Herr Jansen sprach davon, daß der Kollege Kurth das Können der leitenden Personen in den Heimen usw. in Frage gestellt habe. Ja, das pädagogische Können ist etwas mehr, und es gibt noch eine ganze Reihe leitender Personen der Fürsorgeanstalten, die pädagogisch noch sehr rückständig sind. Die Vertreter der rheinischen Presse haben seinerzeit die Anstalt in Euskirchen besucht, deren Leiter Herr Dr. Lüderath ist. Die Vertreter der Presse haben seinerzeit anerkannt, daß hier zweifellos pädagogische Fortschritte zu verzeichnen sind, daß aus dieser offiziell geschlossenen Anstalt eine halb offene Anstalt mit modernen pädagogischen Gesichtspunkten, mit einer psychologischen Behandlung aller Fragen geworden ist. Die meisten anderen Anstalten sind noch nicht so weit.

Ich möchte bitten, uns nicht etwa zu unterstellen, als wenn wir hier in einer Frage, in der wir nie kneifen, ausweichen. Wir haben dazu keine Veranlassung. Wir kämpfen für unsere Weltanschauung und für die Gleichberechtigung der Arbeiterwohlfahrt auf allen Fürsorgegebieten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Stellv. Vorsitzender Dr. Sa a f e n: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse abstimmen über den Antrag des III. und I. Sachausschusses, Drucksache 27. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu Punkt 68—72.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. E i c m a n n, das Wort.

Abgeordneter Dr. E i c m a n n, Neuenhaus: Zu Punkt 68: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Zunahme der in der Anstaltsfürsorge des Rheinischen Provinzial- bzw. Landesfürsorgeverbandes befindlichen Geisteskranken, Epilektiker und Zbioten und die Maßnahmen zur Beschaffung neuer Anstaltsplätze schlägt der Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Zu Punkt 69 schlägt der Sachausschuß ebenfalls unveränderte Annahme vor, ebenso zu Punkt 70: Haushaltsplan für die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten einschließlich der Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme und des Provinzialfürsorgeheims für psychopathische Mädchen (Fürsorgezöglinge) für das Rechnungsjahr 1929.

In Verbindung damit schlägt der Sachausschuß die Ablehnung des Antrages der KPD. vor, den in der Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau in der Kartonnageabteilung beschäftigten Kranken eine ausreichende Entlohnung zu zahlen. Im Sachausschuß wurde uns mitgeteilt, daß 70—80 Prozent sämtlicher Geisteskranken beschäftigt werden. Es besteht keinerlei Zwang zur Arbeit. Die Beschäftigung hat rein therapeutischen Charakter. Kostzulagen werden nicht von der Arbeit abhängig gemacht, sondern allein von den körperlichen Bedürfnissen. Auch werden den Kranken einige Pfennige gutgeschrieben. Im übrigen ist die Bezirksfürsorge bei der Entlassung unterstützungspflichtig. In die Kartonnagefabrik in Bedburg-Hau kommen keine Kranken, die noch besserungsfähig sind, sondern nur chronisch Kranke.

Der Ausschuß empfiehlt also Ablehnung des Antrages der KPD.

Stellv. Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort als Berichterstatter zu Punkt 72 hat Herr Abgeordneter Rath.

Abgeordneter R a t h : Meine Damen und Herren! Sie finden die Vorlage auf Drucksache 25. Dieser Vorlage ist eine ausreichende und eingehende Begründung beigegeben.

Die Sachverständigen der Verwaltung und die landwirtschaftlichen Sachverständigen des Provinzialausschusses, nämlich die Herren Abgeordneten Bollig, Kemmann, Heuser und Albers, haben das Gut Hommelsheim, das etwa 9 Kilometer von der Anstalt Düren entfernt liegt, eingehend besichtigt und festgestellt, daß vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus der Kauf der Provinzialverwaltung einwandfrei gewesen ist und daß der endgültige Ankauf durchaus befürwortet werden kann. Auch die medizinischen Sachverständigen haben erklärt, daß es in gesundheitlicher Beziehung durchaus im Interesse der Anstalt Düren liegt, daß ein derartiges Gut, ein landwirtschaftlicher Betrieb von etwa 500 Morgen in der Nähe der Anstalt aufgezogen wird und daß in dem Wohnhaus des Gutes auch etwa 50 Kranke untergebracht werden können.

Nachdem dies alles feststeht, hat der III. Sachausschuß mich einmütig beauftragt, dem Hause die Annahme dieses Antrages zu empfehlen.

Stellv. Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter H a u c k : Meine Damen und Herren! Wenn wir aus dem diesjährigen Haushaltsplan und insbesondere den Vorlagen ersehen müssen, daß eine außerordentliche Zunahme der Zahl der Geisteskranken, Epileptiker und Idioten zu verzeichnen und für die folgenden Jahre eine weitere Zunahme zu erwarten ist, so muß uns das mit banger Sorge erfüllen. Wir dürfen aber annehmen, daß sich hier noch zu einem guten Teil die außergewöhnlichen Ernährungsschwie-

rigkeiten des Krieges und der Nachkriegszeit auswirken, die namentlich in ihrer Einseitigkeit eine Vernachlässigung der Ernährungszentren verursacht haben, was die Menschen in einen solchen Zustand hineinbringt. Von dieser Erkenntnis aus, die wir auch früher schon hatten, haben wir seinerzeit, als die Anstalt Galkhausen von der Provinz aufgegeben werden sollte und hier in diesem Hause große Neigung dafür bestand, unsere warnende Stimme erhoben. Trotz unserer Warnungen kam es zu einer Vermietung, und zwar auf ziemlich lange Frist, so daß wir heute vor der Aufgabe stehen, die durch die Vermietung verursachten Veränderungen wieder zu beseitigen, was uns natürlich jetzt wirtschaftlich belastet. Das ist vielleicht auch eine Warnung an die andere Seite des Hauses, Einwendungen, auch wenn sie von unserer Seite kommen, in der Zukunft doch etwas mehr Beachtung zu schenken. Auch wir haben ein Interesse an der Wirtschaftlichkeit unserer Einrichtungen. Es ist nicht immer wirtschaftlich, wenn man denen folgt, die zur äußersten Sparsamkeit, aber zu einer Sparsamkeit am verkehrten Ende, raten.

So wird auch hier für Galkhausen wieder nur eine Teilsumme eingeseht, obwohl man sich bewußt ist, daß diese Summe für die notwendigen Umänderungen nicht genügt. Man weiß sehr wohl, daß die derzeitigen Lazarettgebäude, die zum Teil nur Parterre und einen halben Aufbau als erstes Geschloß haben, unwirtschaftlich im Gebrauch sind, daß sie insbesondere in der Personalwirtschaftlichkeit bedeutend besser ausgenutzt werden konnten, wenn sie etwas größer wären. Der Schönheitssinn mag sich vielleicht etwas dagegen sträuben, daß man dort durch Aufbauten störend eingreift. Aber früher oder später wird man doch dazu kommen, diese Gebäude höher zu bauen. Jetzt zieht man Decken ein, um die Dachkonstruktion zu verdecken und eine bessere wärmewirtschaftliche Ausnutzung zu ermöglichen. Wie gesagt, ist hier eine Sparsamkeit am verkehrten Ende festzustellen. Unsere Anregungen nach der Richtung werden nicht in vollem Maße berücksichtigt.

Das gleiche trifft auf die übrigen Wirtschaftsgebäude und den Ausbau zu. Aber ich kann mich nicht allzu sehr über dieses Gebiet verbreiten. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit zur Sprache bringen, daß das, was wir gegenwärtig an Arbeitstherapie in unseren Anstalten haben, durchaus anerkanntswert ist. Ich möchte nicht, daß die Art dieser Arbeitstherapie irgendwie durch Anträge beeinträchtigt wird, die wir nicht verantworten können. Wenn hier verlangt wird, daß diese Arbeiten zu Lohnarbeiten werden, so entbehren sie meiner Auffassung ohne weiteres des therapeutischen Charakters, und es wird dadurch eine Gefahr in die Anstalten hineingebracht, die ich nicht verantworten möchte. Ich möchte befürworten, daß in weitestem Sinne Arbeitstherapie getrieben wird. Daß auf der anderen Seite möglichst dahin gestrebt werden

muß, daß diese Arbeitsbetriebe nicht zu Lohndruckerbetrieben für die außenstehenden Arbeiter werden, versteht sich am Rande. Es wird gewiß eine Verbilligung der Produkte, die nach außen abgegeben werden, eintreten müssen, denn sonst wird es schwer halten, für Arbeitnehmer, die eine qualifizierte Arbeit doch nicht leisten können, Aufträge zu bekommen.

Aus dem Grunde können wir für den vorliegenden Antrag auf Drucksache 71 nicht stimmen. Wir wünschen aber, daß hier nach möglichst viel Arbeitsgelegenheiten gestrebt wird, die, wenn irgendmöglich, auch geistig anregend auf die nicht so schwer Erkrankten wirken. Ich kann mir nichts Schöneres denken als die zufriedenen Gesichter der Kranken, die sich nun wieder in der Arbeit zurecht gefunden haben, gegenüber den stupid dahinlebenden Kranken, die in keiner Weise eine Anregung für ihr geistiges Dasein gefunden haben.

Bei der Gelegenheit aber auch alle Anerkennung für die aufopfernden Arbeiten unserer Pfleger und Pflegerinnen in den Anstalten. Ich möchte nur wünschen, daß den außerordentlichen Arbeiten, die diese Personen vollbringen, auch gelegentlich der Tarifverhandlungen Anerkennung gezollt wird.

Stellv. Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Sidmann.

Abgeordneter Dr. Sidmann (Neuenhaus): Meine Damen und Herren! Es geht mir nicht darum, dem Herrn Renner entgegenzutreten, der vorhin die Ablehnung der Bürgschaften, die die Provinz für die Privatanstalten übernehmen soll, damit begründete, daß auf diesem Wege die Kirchen und kirchlichen Einrichtungen gefestigt und gefördert würden. Dem Herrn Abgeordneten Renner ist dabei wahrscheinlich ganz entgangen, daß die sämtlichen Privatanstalten die erhaltenen Darlehen aus ihren eigenen Mitteln zu verzinsen und zu tilgen haben; es handelt sich also nicht um irgendein Geschenk.

Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so geschah es auch nicht deswegen, um hier von der Arbeit oder auch von den Opfern namentlich persönlicher Natur, die in unseren Privatanstalten gebracht werden, große Worte zu machen. Das würden unsere Privatanstalten selbst nicht einmal wünschen. Aber nachdem heute wiederholt gegen unsere Privatanstalten der christlichen Liebestätigkeit Angriffe in reichlich übertriebenem Maße laut geworden sind, darf ich mir doch erlauben, aus den Unterlagen heraus den Wert zu errechnen, den in einem Jahre unsere Privatanstalten zur Entlastung des Etats der Provinzialverwaltung und damit natürlich auch indirekt zur Entlastung jedes Steuerzahlers in der Provinz beitragen.

Die Gesamtzahl der Fürsorgezöglinge beträgt 6140. Davon sind rund 1000 in Provinzialanstalten untergebracht, so daß in den Privatanstalten 5140 verbleiben. Die Differenz in den Pflegekosten für Zöglinge in öffentlichen und in Privatanstalten beträgt nach dem

Vorbericht 2,30 RM. Demnach würde die Provinz bei einer Unterbringung nur in Provinzialanstalten 5140 mal 2,30 = 10 822 RM täglich mehr aufzuwenden haben. Bei 365 Tagen macht das im Jahr 4 315 000 RM aus. (Hört, hört! rechts.) Die Privatanstalten ersparen also der Provinz beim Etat der Fürsorgeerziehung Minderjähriger — und zwar zwei Drittel katholisch, ein Drittel evangelisch — 4,3 Millionen.

Die Pflegekosten für die Geisteskranken, die in Privatanstalten untergebracht sind, betragen pro Tag 2,60 RM. Die Kosten für die in den Provinzialanstalten Unterbrachten — die reinen Pflegekosten stellen sich auf 4,20 RM (Abg. Kravinkel: Hört, hört!) —, so ergibt sich pro Tag bei den Zusätzen der Privatanstalten eine Kostenersparnis von 1,60 RM. Wir wissen genau, daß die Provinzialanstalten mehr die chronischen Fälle bekommen, daß infolge der Einrichtungen für die Behandlung und die Bewachung größer und zahlreicher sein müssen. Trotz alledem bleibt für die Provinz durch den von den Privatanstalten geleisteten Dienst die große Ersparnis von 1,60 RM pro Tag. Von den insgesamt 5,9 Millionen Pflegetagen entfallen nach Mitteilung der Verwaltung 3,87 Millionen auf die Privatanstalten. Bei 3,87 Millionen Pflegetagen erzielt die Provinz eine Ersparnis von 3,87 Millionen mal 1,60 RM = 6 192 000 RM. (Hört, hört! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Nimmt man die Ersparnis auf dem Gebiete des Fürsorgeerziehungswesens mit 4 315 000 RM zu dieser Ersparnis auf dem Gebiete der Geisteskrankenfürsorge mit 6 192 000 RM, so ergibt sich eine Kostenersparnis durch die Privatanstalten in Höhe von 10½ Millionen RM (Abgeordneter Dr. Jarres: Hört, hört!). Dafür könnten Sie 11 mal den neuen Flügel ans Landeshaus bauen.

Wenn ich diese Feststellung getroffen habe, die die Verwaltung nur in vollem Umfange bestätigen kann, so geschah es einmal, um nachzuweisen, welche Kräfte hier wirksam sind, die die Provinz, auch rein etatsmäßig gesehen, nicht entbehren kann und die darum auch auf das sorgsamste gepflegt werden müssen. Es ist mir aber zugleich eine liebe Pflicht, auch hier öffentlich vor dem hohen Hause festzustellen, daß die Beziehungen zwischen der Landesverwaltung und den evangelischen Anstalten harmonisch und gut sind, wie ich das bereits privatim auch dem Herrn Landeshauptmann persönlich zum Ausdruck gebracht habe (Bravo! rechts!). Der Wunsch, mit dem ich schließe, ist der, daß es so bleiben möchte. Da es sich bei allen Beteiligten im letzten Grunde nicht um eine mit Geld zu ermessende und in Geld zu entlohnende Arbeit, sondern um Persönlichkeitswerte handelt, die der Provinz und allen diesen Anstalten anvertraut sind, so stellen wir von der Inneren Mission aus diese Arbeit bewußt unter das Wort: „Was Ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt Ihr mir

getan!" (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Au weih!)

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der außerordentlich freundlichen Anerkennung, die der Herr Vorredner für das Zusammenarbeiten der Provinzialverwaltung speziell mit den Anstalten der Inneren Mission gefunden hat, bedaure ich um so mehr, seine Zahlen einer kleinen Richtigstellung unterwerfen zu müssen. (Hört, hört! links.) Man muß doch auch auf diesem Gebiete die Kirche im Dorf lassen. (Sehr richtig! links.)

Es ist kein Zweifel, daß die Privatanstalten billiger arbeiten als die öffentlichen Anstalten, das ist auch verschiedentlich von uns anerkannt worden. (Hört, hört! rechts.) Aber man kann nicht in Vergleich setzen Fürsorgezögling gleich Fürsorgezögling. Die Fürsorgezöglinge in den Privatanstalten kosten im Durchschnitt 2,30 RM, die in den Provinzialanstalten 4,15 RM. Aber wir haben nur Provinzialanstalten für schulentlassene männliche Fürsorgezöglinge, und das sind erfahrungsgemäß für die Unterbringung die aller-schwierigsten und allerkostspieligsten, einmal deshalb, weil wir in unsere Provinzialanstalten alles aufnehmen müssen, auch das, was die Privatanstalten nicht haben wollen, und zum zweiten, weil die Ausbildungseinrichtungen, die hier geschaffen werden müssen, die handwerklichen Ausbildungseinrichtungen vor allem, erfahrungsgemäß doch sehr teuer und kostspielig sind. Sie können also die Kosten, die nun dort pro Kopf entstehen, nicht mit den Kosten vergleichen, die in einer mehr einem Waisenhaus gleichenden privaten Fürsorgeerziehungsanstalt für vorschulpflichtige und schulpflichtige Kinder entstehen.

Ähnlich ist die Sache auf dem Gebiete der Irrenpflege. Auch hier ist nicht außer acht zu lassen, daß zunächst die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten alle frischen und heilbaren Fälle bekommen. Eine Anstalt wie Grafenberg hat im Jahre 1500—2000 Aufnahmen. Sie ist gewissermaßen Durchgangsanstalt und gibt alle die Fälle, die sich zu chronischen entwickelt haben, an Privatanstalten ab. Selbstverständlich ist der Betrieb in Privatanstalten, wo kaum ein Wechsel in den Kranken stattfindet, wo nicht im entferntesten diese ärztlichen Anforderungen bei den chronisch Kranken gestellt zu werden brauchen wie bei den heilbaren Kranken, nicht zu vergleichen mit den Kosten pro Tag, die in den Provinzialanstalten entstehen. Es kommt ferner hinzu: Wir rechnen hier durcheinander Geisteskranke, Schwachsinnige, Epileptiker. Schwachsinnig sind eine große Anzahl, bei weitem die meisten sind Kinder, die auch weniger Kosten erfordern. Die Schwachsinnigen sind aber sämtlich in Privatanstalten. Die Privatanstalten haben also auch hier die billigere und mit weniger Kosten verbundene Last zu tragen. Ich bin sicherlich

der Letzte, der nicht das Wirken der Privatanstalten anerkennt. Ich möchte es aber auch nicht zu sehr auf die finanzielle Seite zuspitzen, sondern ich möchte da auch, gewiß in Übereinstimmung mit dem Herrn Vorredner, feststellen: Was wir bei den Privatanstalten ebenso sehr würdigen wie die finanzielle Ersparnis, das ist die Treue, die Aufopferung und die Liebe, mit der die dort tätigen Kräfte sich den ihnen übergebenen Pfléglingen widmen. (Bravo!) Ganz gewiß haben wir daselbe auch von den weltlichen Kräften zu sagen. Aber nichtsdestoweniger sind auch die Kräfte der Privatanstalten, die aus höheren Gesichtspunkten diese Arbeit übernehmen, für uns zur Durchführung unserer schweren Aufgaben unentbehrlich. Ich freue mich deshalb um so mehr, daß wir sowohl zu den Anstalten der katholischen Caritas wie auch denen der Inneren Mission die besten Beziehungen haben und daß jede Anstalt, gleichviel, von welcher Seite, die treu und einträchtig mit uns zusammenarbeitet, auch sicher sein kann, daß wir sie in jeder Hinsicht stützen und unterstützen werden. (Beifall.)

Stellv. Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Meine Damen und Herren! Die Zunahme der Geisteskranken kennzeichnet so richtig die Lage, in der sich heute das Proletariat befindet. Denn sie ist hauptsächlich auf die schlechte Wirtschaft zurückzuführen, die heute tatsächlich Platz gegriffen hat. Wenn hier davon gesprochen wird, daß gespart werden muß, so sind wir der Auffassung, daß man nicht auf Kosten der Inzassen, die in diesen Anstalten untergebracht sind, sparen kann. Wir wissen, daß die Anstalten eine Notwendigkeit sind, weil die Kranken ja nicht in den Familien bleiben können. Wir haben selbstverständlich ein Interesse daran, diese Anstalten auszubauen, und zwar in dem Sinne, daß den Anforderungen der Inzassen Gerechtigkeit widerfährt, daß vor allen Dingen die Inzassen eine solche Behandlung erfahren, daß die Angehörigen der Kranken mit Ruhe daran denken können, daß ihre Angehörigen auch gut behandelt werden. Wir haben leider keine richtige Kontrolle über diese Anstalten. Wenn einmal im Jahre vielleicht die Anstaltskommission eine Kontrolle vornimmt, so ist das nur eine flüchtige Kontrolle. Man kann sich nur in etwa kurz umsehen. Man kann aber mit den Inzassen keine richtige Fühlung nehmen, und so bleibt die Kontrolle immer etwas Halbes. Die Privatanstalten werden überhaupt nicht kontrolliert, wenigstens nicht von der Anstaltskommission. Bisher ist mir nicht bekannt, daß die Anstaltskommissionen die Privatanstalten kontrolliert haben. Noch schlimmer ist es, daß die einzelnen Abgeordneten, oder wenigstens die Mitglieder, die in der Kommission sind, nicht in diese Anstalten hineinkommen können, weil sie keinen Ausweis haben und auch nicht zugelassen werden. Folglich können wir uns ein richtiges Bild über die

Behandlung in den Privatanstalten nicht machen. Daß die Privatanstalten billiger wirtschaften können, davon haben wir ja eben gehört, teilweise vom Herrn Landeshauptmann. Ich glaube aber auch annehmen zu dürfen, daß zu den Arbeiten, die in diesen Anstalten gemacht werden, die Leute dort noch intensiver herangeholt werden und daß auf diese Weise schließlich noch Ersparnisse gemacht werden. Es ist ja eigentlich bedauerlich, daß diese Kranken zur Arbeit herangeholt werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß vielleicht eine leichte Beschäftigung nicht schaden kann. Wenn wir aber feststellen, daß in Bedburg-Hau täglich 4000 Kartons hergestellt werden, so kann man doch wohl nicht annehmen, daß dies eine Arbeit ist, die nur im Interesse der Kranken gemacht wird, sondern man muß schon zu der Auffassung gelangen, daß hier systematisch gearbeitet wird.

Dann die Methoden, wie man die Kranken an die Arbeit fesselt. Z. B. wird ein Kranker in einen Arbeitsraum gestellt, er muß dann zusehen, wie die anderen arbeiten. Da kann es vorkommen, daß er manchmal einen ganzen Tag, manchmal zwei Tage, auch schon einmal noch länger, zusehen muß, bis er sich bequemt, auch zu arbeiten. Ich meine, eine derartige Methode muß doch abgelehnt werden.

Deshalb haben wir einen Antrag eingebracht, daß die Kranken, die schon soweit sind, daß sie in dieser Fabrikation arbeiten können, eine entsprechende Entlohnung bekommen, damit sie sich einen Kostzuschuß gönnen und eventuell noch einen Spargroschen zurücklegen können. Die Arbeiter, die hier arbeiten, bekommen kleine Vergünstigungen. Aber die Vergünstigungen, die ihnen gewährt werden, gehen uns nicht weit genug. Einer bekommt eine Kostzulage, vielleicht etwas Fleisch oder Wurst, oder er kann an den Veranstellungen, die einen vernünftigen Charakter tragen, sich beteiligen, was die anderen nicht dürfen. Aber man sieht schon daran, weil eine Kostzulage gewährt wird, daß die Kost an und für sich wohl nicht so ist, wie sie eigentlich sein müßte. Deshalb verlangen wir, wie in unserem Antrag steht, daß die Kranken, die dort arbeiten, eine entsprechende Entlohnung für ihre Arbeit erhalten. Wenn gesagt wird, daß das nicht ginge, so glaube ich, daß es wohl geht, denn nach meiner Ansicht werden die Kranken, die wissen, wofür sie arbeiten, wenn sie sehen, daß sie eine Entlohnung bekommen, viel lieber arbeiten, als wenn sie nur diese kleinen Vergünstigungen erhalten. Deshalb möchte ich Sie ersuchen, unseren Antrag anzunehmen.

Stellv. Vorsitzender Dr. S a a f e n: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. C i k m a n n:

Abgeordneter Dr. C i k m a n n = Neuenhaus: Meine Damen und Herren! Meine Ausführungen vorhin sollten nicht eine Spitze gegen die Landesverwaltung haben. Nachdem nun der Herr Landeshauptmann auf meine Darlegungen geantwortet hat, darf ich ihm vielleicht er-

widern, daß ja auch der Herr Landeshauptmann und die Landesverwaltung nach dem Durchschnitt rechnen, auch bei den Fürsorgezöglingen, und daß auch seitens der Privatanstalten dann doch mindestens zu buchen ist, daß mit den weiblichen Fürsorgezöglingen mit entsprechender Erkrankung, von der man nicht gerne spricht, mindestens so schwere Erziehungsprobleme verbunden sind wie mit der Ausbildung eines etwas störrischen Jungen in der Werkstatt. Jedenfalls ersparen unsere Privatanstalten — das zum Ausdruck zu bringen, hatte ich nicht der Landesverwaltung gegenüber nötig, sondern jenen Herren gegenüber, die immer meinen, unsere Privatanstalten seien Kostgänger der Provinz, des Staates oder des Reichs — der rheinischen Provinzialverwaltung eine Reihe von Millionen Jahr um Jahr. Das ist eine unleugbare Tatsache.

Es wurde dann vorhin von dem Herrn Kommunisten Deppe darüber geklagt, daß er keinen Zugang zu den Privatanstalten habe, um dort irgendwelche Besuche abstaten zu können. Die Privatanstalten haben wiederholt sowie Besuche empfangen und haben dabei mitunter schlechte Erfahrungen gemacht. Aber ich möchte auch Ihnen, meine Herren von der kommunistischen Fraktion, dasselbe hier öffentlich anbieten, was ich vorhin dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion angeboten habe: Wenn Sie eine Anstalt der Inneren Mission evangelischer Konfession besuchen wollen, dann vermittele ich Ihnen zu jeder Zeit, auch ohne daß die Anstalt vorher etwas von Ihnen weiß, den Besuch der Anstalt, so daß Sie ganz unbereinigene Eindrücke bekommen dürften. Machen Sie bitte Gebrauch davon.

Stellv. Vorsitzender Dr. S a a f e n: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst ab über den Antrag des III. Sachausschusses zu Punkt 68 der Tagesordnung. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Wer ist für den Antrag des III. Sachausschusses zu Punkt 69? Auch das ist die Mehrheit.

Wer ist für den Antrag des III. Sachausschusses zu Punkt 70? Wiederum die Mehrheit.

Wer ist für den Antrag des III. Sachausschusses zu Punkt 71? Auch dies ist die Mehrheit.

Wer ist für den Antrag des III. Sachausschusses zu Punkt 72? Das ist gleichfalls die Mehrheit.

Wir kommen nunmehr zu den Punkten 73—80, die zu gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung verbunden sind.

Das Wort hat als Berichterstatterin die Abgeordnete Fräulein G o s e w i n k e l.

Abgeordnete Fräulein G o s e w i n k e l: Der III. Sachausschuß empfiehlt dem Provinziallandtag die Annahme des Haushaltsplans über das Landesfürsorgewesen für das Rechnungsjahr 1929, ebenso die An-

nahme des Haushaltsplans für die Provinzial-Arbeitsanstalt Braunweiler.

In der Drucksache 66 liegt ein Antrag der SPD. auf Beseitigung der Uniformierung der Beamten und Angestellten der Provinzial-Arbeitsanstalt Braunweiler vor. Der III. Sachausschuß empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen, aber der Anstaltskommission anheimzugeben, die Frage der Bekleidung der Aufsichtsbeamten und Inzassen an Ort und Stelle zu prüfen und dem nächsten Provinziallandtag Vorschläge zu machen.

Dann liegt auf Drucksache 67 ein Antrag der SPD. auf Ausbau der landwirtschaftlichen Abteilung der Provinzial-Arbeitsanstalt Braunweiler vor. Dazu beantragt der III. Sachausschuß:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag in der vorliegenden Form ablehnen. Der Sachausschuß empfiehlt dem Provinzialausschuß den Ausbau der landwirtschaftlichen Abteilung und bittet zu prüfen, ob dies durch Ankauf von Gelände in der Nähe der Anstalt oder durch Ankauf von Oedländereien möglich ist.“

Die Anträge der SPD., wie sie auf den Drucksachen Nr. 68 und 65 vorliegen, bittet der III. Sachausschuß abzulehnen.

Ebenso bittet er, den Antrag Nr. 69, die Reichsregierung zu ersuchen, in den gesetzlichen Bestimmungen den Passus, betr. Ueberweisung von Personen an die Landespolizeibehörde wegen Nichtbeschaffung eines Unterkommens, zu streichen, abzulehnen, da schuldlos unterkunftlose Personen niemals der Landespolizeibehörde überwiesen werden können.

Aus dem gleichen Grunde empfiehlt Ihnen der III. Sachausschuß die Ablehnung des kommunistischen Antrages, die Reichsregierung zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen, betr. Verbot der Ueberweisung Erwerbsloser an die Landespolizeibehörde durch Gemeinden und Stadtverwaltungen zu erlassen, abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Meine Damen und Herren! Wer zum erstenmal Gelegenheit hat, die Provinzial-Arbeitsanstalt Braunweiler zu besuchen, wird mir unumwunden zugeben, daß nach den uns gemachten Mitteilungen eine ganze Reihe von Verbesserungen in der Anlage der Anstalt getroffen worden ist. Trotz alledem muß ich aber erklären, daß der erste Besuch mich außerordentlich deprimiert hat. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ganze Anstalt zur Zeit immer noch etwas — sagen wir einmal ruhig Zucht-hausmäßiges an sich hat. Es muß deshalb unser Bestreben sein, mit dafür einzutreten, daß dieser Eindruck verwischt wird.

Gewiß wird uns entgegengehalten, daß dort auch zum Teil recht schwere Jungen unter den Inzassen sind. Ich gebe zu, daß derartige Personen da sind. (Zurufe rechts: Also doch!) Aber es sind auch eine

ganze Reihe von Leuten dort, die mit den eben gekennzeichneten unter keinen Umständen auf die gleiche Stufe gestellt werden dürfen. Wenn man auf diese Personen den Zweck der Anstalt anwenden will — daß sie nämlich bessernd wirken soll —, dann muß man doch den Charakter der Anstalt in ihrer äußeren Aufmachung in etwa ändern. Das ist der dringende Wunsch, den ich auch hier zum Ausdruck bringen möchte.

Ich wünsche nur, daß die Kommission einmal recht bald zusammengerufen wird, um eine Prüfung vorzunehmen, und zwar nicht nur bezüglich der Uniform, die der der alten ehemaligen Zucht-hausaufseher recht ähnlich sieht. Diese Neußerlichkeiten müssen ebenfalls beseitigt werden; denn all dieses Neußere spielt natürlich hinsichtlich der Psyche der Menschen eine Rolle. Zum Teil handelt es sich nämlich um ganz harmlose Leute, die sich lediglich eine Zeitlang ihrer Unterhaltspflicht entzogen haben. Ob mit einer gewissen oder eventuell vermeintlichen Berechtigung, will ich gar nicht untersuchen; denn dafür fehlt mir heute die Zeit. Ich betone nochmals, daß dort immerhin Personen sind, die keinen an sich verwahrlosten Charakter haben, die aber tatsächlich dort in zucht-hausähnliche Erziehung gebracht werden sollen. Zum großen Teil handelt es sich auch um erwachsene Personen. Aus diesem Grunde ist der Vorschlag des Sachausschusses in Drucksache 86 dringend zu befürworten. Insbesondere sollen der Provinzialanstalt die nötigen Ländereien zur Verfügung gestellt werden, damit diese Personen in eine Umgebung gebracht werden und eine Arbeit bekommen, die sie in etwa wieder mit der Natur verbindet und so dem Leben wieder zurückgibt.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Gerade aus dem von mir gekennzeichneten Gründen heraus wäre es dringend notwendig, daß eine Teilung der Anstalt insofern erfolgt, daß die sogenannten schweren Jungen von den übrigen abgefordert werden, daß also die anderen einer abgezweigten Anstalt zugewiesen werden, wo sie zweckentsprechend beeinflusst werden können. Aus diesem Grunde möchte ich dringend wünschen, daß hier recht bald eine Aenderung eintritt.

Allerdings können wir den Anträgen, die hier von der kommunistischen Partei gestellt worden sind, nicht ohne weiteres zustimmen; besonders deshalb nicht, weil sie teils unklar gehalten sind oder sich zum Teil auch an die Reichsregierung wenden, also für uns nicht zuständig sind. Für diese gesetzlichen Bestimmungen ist aber auch die Reichsregierung zum Teil noch gar nicht zuständig, sondern es würde sich hier um Aufgaben der Landesgesetzgebung handeln. Wenn man überhaupt solche Anträge stellt, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß, wenn eine Empfehlung an eine bestimmte Stelle erfolgt, sie auch an die zuständige Stelle gerichtet werden muß.

Ferner möchte ich aber auch noch auf den Antrag bezüglich des Tariflohnes für die betreffenden Arbeiter

— also die Korrigenden in der dortigen Anstalt — hinweisen. Hier wäre wohl zu erwägen, ob und inwieweit die Arbeit, die dort geleistet wird, zur Beschaffung derjenigen Mittel dienen könnte, für die die betreffenden Korrigenden hier untergebracht sind. Wenn es sich nämlich um Personen handelt, die sich ihrer Unterhaltspflicht entzogen haben, so wäre es gewiß nicht übel, wenn ein erhöhter Teil des Arbeitsertrages — ein Teil soll ja heute schon zugeführt werden — den Unterhaltsbedürftigen zugeführt würde. Es handelt sich ja zum Teil um Personen, die durch gerichtliches Urteil gezwungen sind, Unterhalt zu leisten. Und wenn diese Unterhaltssumme während der Dauer der Anstaltserziehung immer höher aufläuft, so ist es für die betreffenden Korrigenden nach der Entlassung aus der Anstalt außerordentlich hart, wenn sie dann weiter mit dieser Peitsche belastet bleiben, daß sie dann auch die in der Anstalt verbrachte Zeit später an Unterhaltsleistung nachholen müssen, so daß sie letzten Endes gar nicht mehr zur Besinnung kommen. Ob es gerade wünschenswert ist, wenn solche Personen dann den deutschen Staub von ihren Füßen schütteln und ins Ausland gehen, dadurch aber den Unterhaltsberechtigten nun jede Möglichkeit entzogen wird, die Unterhaltsbeträge zu bekommen, wage ich zu bezweifeln. Nach der Richtung hin möchte ich allerdings wünschen, daß eine viel höhere Rückvergütung an die betreffenden Unterhaltsberechtigten erfolgt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Der sozialdemokratische Redner ist für die Modernisierung der Anstalt Brauweiler eingetreten; gleichzeitig aber betont er, die Anträge der kommunistischen Fraktion ablehnen zu müssen. Hieraus ergibt sich, daß die Sozialdemokraten doch nicht ernstlich gewillt sind, eine Modernisierung der Anstalt herbeizuführen, zumal ihr Vertreter gestern im Ausschuß alle diese Anträge mit niedergestimmt hat.

Die Arbeitsanstalt Brauweiler ist ein notwendiges Übel in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, mit dem eine Anzahl Menschen durch die Rationalisierungsmethoden der Ausbeuterklasse aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und Proletarier hineingezwungen werden. Durch den Arbeitsbetrieb der Anstalt ist eine Einnahme von 492 000 RM in dem Etat eingesezt worden. Für Beamte und Angestellte der Anstalt ist eine Summe von 667 835 RM einschließlich der persönlichen Ausgaben eingesezt. Für die Verpflegung der gesamten Insassen der Anstalt sind 453 000 RM eingesezt worden. Insgesamt sind 174 Beamte und Angestellte einschließlich der benötigten Arbeiter vorhanden. Für 830 Anstaltsinsassen werden an Verpflegungskosten 453 000 RM ausgegeben. Demgegenüber sind für 174 Beamte an Besoldung und persönlichen Ausgaben 667 835 RM in den Etat eingesezt worden. Hieraus ersehen wir, daß sehr krasse Gegen-

sätze bestehen. Wir sehen, daß die Insassen für ihre Verpflegung arbeiten müssen. Wenn aus dem Arbeitsbetrieb 492 000 RM herausgeholt werden und für Verpflegung der 830 Anstaltsinsassen 453 000 RM verausgabt werden, so sehen wir ganz deutlich, daß die Insassen nicht zuviel bekommen, daß sie vielmehr einen ganz anderen Lohn haben müßten.

In den 453 000 RM sind enthalten: Beföstigung, Bekleidung, Wäsche, Arznei, Verbandsmittel, Kirchen- und Schulbedürfnisse, Bäckerei, Spiel, Sport und Unterhaltung der Insassen usw. usw. Wir sehen also, daß hierin all diese Dinge enthalten sind, und dadurch kommen die schroffen Gegensätze in besonders klarer Form zur Geltung. Aber den eigentlichen Zweck, den die Anstalt verfolgen soll — Besserung der dort untergebrachten Korrigenden — wird sie nicht erreichen. Das hat seinen Grund zunächst einmal darin, daß wir heute in Deutschland eine Erwerbslosigkeit von 2,5 bis 3 Millionen zu verzeichnen haben; ferner darin, daß die in der Anstalt Untergebrachten in Wiederholungsfällen nach dort zurückgebracht werden müssen. Das liegt wohl daran, daß sie zunächst keine Arbeit bekommen; denn man kann sich lebhaft vorstellen, daß die Korrigenden, die aus der Arbeitsanstalt Brauweiler entlassen werden, so leicht keine Beschäftigung bei Unternehmern bekommen werden.

Hierfür haben wir denn auch sehr interessante Zahlen hier in dem Bericht gesehen. Zum zweitenmal sind in die Anstalt eingeliefert worden 211 Personen; zum drittenmal 90 Personen; zum viertenmal 62, zum fünftenmal 31, zum sechstenmal 25 und zum siebtenmal und noch öfter 50 Personen. Wir sehen also hier, daß die Korrigenden in Wiederholungsfällen zur Anstalt zurückkehren müssen.

Dann möchte ich zu unseren Anträgen kommen und unsere Gründe dazu anführen. — Wir haben hier z. B. einen Antrag, welcher lautet, daß Personen über 50 Jahre nicht mehr in den Arbeitsanstalten untergebracht werden sollen. Es ist festgestellt worden, daß in der Weberei in Brauweiler ein Mann am Webstuhl arbeitet, der 70 Jahre alt ist. Man sollte doch wirklich annehmen, daß Leute, die ein so hohes Alter haben, von der Arbeit befreit werden müßten. Aber daran haben die Vertreter der heutigen kapitalistischen Gesellschaft kein Interesse, sondern ihnen kommt es darauf an, den letzten Tropfen aus dem Proletariat herauszuholen. Wenn wir verlangen, daß Leute über 50 Jahre nicht mehr in die Anstalt kommen sollen, so hat dieser Antrag doch jedenfalls seine volle Berechtigung. Man kann sich bei der heutigen wirtschaftlichen Lage doch vorstellen, daß ein Mensch, der über 50 Jahre alt ist, nicht mehr so arbeitsfähig sein kann als vordem. Hierbei ist noch besonders hinzuzufügen, daß die Unternehmer keine Arbeiter, die 40 Jahre alt sind, in den Produktionsprozeß einstellen. Aus diesen Gründen

müssen wir verlangen, daß die vorhin genannten Leute nicht mehr in die Anstalt hineinkommen.

Dann möchte ich noch auf etwas anderes hinweisen. In der Anstalt sind Betriebe, z. B. die Druckerei, aus denen Lüten für auswärtige Firmen geliefert werden. Diez z. B. bekommt dort Lüten mit Aufdruck gemacht; ferner Cords in Köln mit Firma, Seiden, Spitzen usw., auch Weber in Düsseldorf. Nach Hannover und überall hin werden diese Fabrikate geliefert, die die Insassen von Brauweiler anfertigen müssen. Wir nehmen doch mit Bestimmtheit an, daß Brauweiler diese Firmen nicht billiger beliefert, als es andere Unternehmer und Privatgeschäfte tun.

Die Insassen der Anstalt bekommen 1,50 RM für Verpflegung, verdienen aber nur 22 bis 55 Rp. pro Tag. Hier liegt wiederum ein krasser Gegensatz vor. Man kann nicht annehmen, daß durch solch niedrige Löhne ein Anreiz zur Arbeit gegeben ist.

Die Schuld an den heutigen Verhältnissen ist in unserer Wirtschaft überhaupt zu suchen; und da können wir ruhig sagen, daß gerade die bürgerlichen Parteien von der äußersten Rechten bis zur Sozialdemokratie mitschuldig oder die Hauptschuldigen sind.

Wir haben dann noch Anträge hinsichtlich der Modernisierung eingebracht. Da heißt es z. B., daß die Beamten die Uniform ablegen möchten. Das Kleidungsgehalt soll ihnen allerdings erhalten bleiben. Ferner soll auch den Insassen diese Kleidung, die ja eher einer Gefängnis- oder Zuchthauskleidung gleichkommt, genommen werden. Wir sehen nämlich nicht ein, daß die dort untergebrachten Insassen in einer Kleidung herumlaufen, die entwürdigend auf sie einwirkt. Letzten Endes sind es doch auch Menschen; und wenn sie dort als Menschen zweiter oder dritter Klasse betrachtet werden, so kann man doch sicher nicht sagen, daß diese Insassen dadurch einen Anreiz zur Besserung erhalten. (Vorsitzender Dr. Jarres: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter.) Es ist traurig genug, daß man in ein paar Minuten nicht all diese Verhältnisse darlegen kann. Jedenfalls haben wir noch soviel Material, daß wir noch stundenlang über die Angelegenheit zu reden hätten, wenn wir uns über alles verbreiten wollten.

Da aber die Sachlage so ist, daß man nicht weiter reden kann, muß ich zum Schluß kommen, und Ihnen sagen: Wenn Sie unsere Anträge ablehnen, so beweisen Sie, daß Sie gar nicht gewillt sind, den reaktionären Charakter der Anstalt Brauweiler aufzugeben. Dort herrschen mittelalterliche Zustände. So wie die Verhältnisse jetzt liegen, entsprechen sie nicht den Anforderungen der Insassen.

Den Etat für eine solch reaktionäre Anstalt lehnen wir ab. Die Verantwortung für die Versklavung und Verelendung der Arbeiterklasse tragen diejenigen Parteien, die am Kriege mitgearbeitet haben und in der

Nachkriegszeit an der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mitschuldig sind. Das trifft vor allen Dingen auch die Sozialdemokratische Partei. (Hu, hu! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, ich wollte Ihnen die letzte Pointe nicht verderben (Heiterkeit), aber Ihre Zeit ist jetzt abgelaufen.

Abgeordneter Deppe: Für die Schandtaten, die die Arbeiterklasse erdulden muß, —

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich muß Sie bitten, das Rednerpult zu verlassen.

Abgeordneter Deppe: Dann tun wir das mal! Auf jeden Fall ist es traurig, daß man sich nicht aussprechen kann.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haut.

Abgeordneter Haut: Noch einige wenige Worte, meine Damen und Herren! Ich möchte insbesondere bitten, daß für die in den Anstalten Beschäftigten, falls Unfälle vorkommen, eine bessere Fürsorge geschaffen werden möge. Ich habe das auch in der Provinzialkommission ausgeführt, und dort sind mir auch Zusagen gegeben worden. Allerdings sind heute hierzu keine Erklärungen abgegeben worden, auch nicht in den gedruckten Berichten. Wir müssen uns doch immer gegenwärtig machen, daß hier Personen beschäftigt werden, die später wieder ins Erwerbsleben zurücktreten sollen. Diese Leute werden zum Teil an außerordentlich gefährlichen Maschinen beschäftigt, und wir müssen dafür sorgen, daß ihnen eine erhöhte Fürsorge gewährt wird. Heute findet nämlich auf diese Personen nur das sogenannte Gefangenen-Unfallfürsorge-Gesetz Anwendung, das eine Rentengewährung nur nach einem Jahresarbeitsverdienst von 540 RM bei völliger Erwerbsunfähigkeit vorsieht. Hier handelt es sich m. E. um eine wichtige Angelegenheit. Wenn hierfür auch die Reichsgesetzgebung in Frage kommt, so bitte ich doch die Provinzialverwaltung, in weitestem Sinne dafür zu sorgen, daß zu den gesetzlich vorgesehenen Verfügungen eine gewisse Zuschußleistung erfolgt, wenn Personen in den Anstalten irgendwelche Unfälle erleiden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Getrennte Abstimmung ist nicht beantragt. Ich bitte diejenigen, die für Bejahung der Anträge des III. Sachausschusses zu den Punkten 73 bis 80 der Tagesordnung sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Punkten 83, 84 und 85 der Tagesordnung, die miteinander verbunden sind.

Punkt 83: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegs-

hinterbliebene für das Rechnungsjahr 1929.

Punkt 84: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der K.P.D.-Fraktion, betr. Zusammensetzung des neu zu bildenden Beirats der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.

Punkt 85: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der K.P.D.-Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Reichseisenbahngesellschaft einzuwirken, daß Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verletzung eines Sitzplatzes bedürfen, gegen Zahlung des Tarifs für Holzklasse die Polsterklasse benutzen dürfen.

Berichterstatter zu diesen 3 Punkten ist zunächst Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß empfiehlt mit Stimmenmehrheit die Annahme des Punktes 83 der Tagesordnung über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene für das Rechnungsjahr 1929.

Der Sachausschuß empfiehlt ferner mit Stimmenmehrheit die Ablehnung des kommunistischen Antrages bezüglich der Zusammensetzung des neu zu bildenden Beirats der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.

Der Ausschuß empfiehlt einstimmig die Annahme des kommunistischen Antrages, der verlangt, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Reichseisenbahngesellschaft einzuwirken, daß Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verletzung eines Sitzplatzes während der Beförderung auf der Eisenbahn bedürfen, gegen Zahlung des Tarifs für Holzklasse die Polsterklasse benutzen dürfen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Es ist eine traurige Tatsache, daß der Landtag derjenigen Provinz, die ursprünglich durch die Kriegsteilnehmer von der Invasion des „Erbfeindes“ bewahrt worden ist, zur Beratung der gesamten Materie „Fürsorge für Kriegsoffer“ auf der Beschluß der Mehrheit dieses Hauses eine Redezeit von nur 5 Minuten bewilligt hat. In diesen 5 Minuten kann man sich mit dem Haushalt nicht beschäftigen. Ich muß mich deshalb darauf beschränken, eine Gelegenheit aus dem Haushalt aufzuzeigen, die charakteristisch für die Art der Auffassung und Amtsführung dieses sozialdemokratisch geleiteten Dezernats der Verwaltung ist.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß die auf Grund des sogenannten Einstellungsgesetzes für Schwerbeschädigte in den Betrieben der Unternehmer zwangsweise untergebrachten Schwerbeschädigten ihre Arbeitskraft

unter Arbeits- und Entlohnungsbedingungen hergeben müssen, die unwürdig sind. Besonders die Unternehmer an der Ruhr stellen diese schwerbeschädigten Menschen im Bergbau und in der Eisenindustrie an Arbeitsstätten, die nach ihrer Struktur zur Beschäftigung eines Schwerkriegsbeschädigten völlig ungeeignet sind.

Die Fürsorgestellten — auch die Hauptfürsorgestelle — haben im vergangenen Jahre noch erklärt, daß es ihre Auffassung sei, mit den Unternehmern im Interesse der Schwerbeschädigten schieblich und friedlich zu verhandeln. Eine Auswirkung dieser Einstellung zeigt sich darin, daß bei uns in der Rheinprovinz das Ablösungsverfahren einen immer größeren Umfang annimmt. Wir sehen in dem Bericht, daß im vergangenen Jahre ein Betrag von mehr als 85 000 RM aus nur einem Drittel dieser aus Ablösung gewonnenen Gelder eingegangen ist. Das sind die Gelder, die der Unternehmer dafür bezahlt, daß er keine Schwerbeschädigten in seinem Betriebe einzustellen braucht. Mittels dieser Gelder befreit er sich von dem Zwang, der von seinem Standpunkte aus in der Einstellungsverpflichtung solcher Schwerkriegsbeschädigten zu erblicken ist.

Wenn wir, anstatt das Ablösungsverfahren zu fördern, in der Verwaltung Wert darauf legen, die Betriebe einmal daraufhin zu untersuchen, ob nicht wirklich geeignete Arbeitsplätze vorhanden sind, so hätten wir keine unverfögten Schwerbeschädigten mehr. Dann wäre aber auch durchaus die Möglichkeit gegeben, Schwerbeschädigte nur an solchen Stellen zu beschäftigen, die nach Lage der Dinge von ihnen ausgefüllt werden können.

Zu einer anderen Angelegenheit: Der Bund Deutscher Hirnverletzter Krieger hat sich in einer besonderen Eingabe an alle Parteien dieses hohen Hauses mit der Bitte gewandt, dafür Sorge zu tragen, daß an Stelle des von ihm abgelehnten Heims hier in Düsseldorf eine andere Einrichtung geschaffen wird. Der Ausschuß hat der Verwaltung einstimmig nahegelegt, dazu die Erklärung abzugeben, daß man auch nach Ablauf des 1. 10. aus den vorhandenen Mitteln die Möglichkeit zur weiteren Heilverfögung der Hirnverletzten garantieren wolle. Ich lege Wert darauf, vor der Öffentlichkeit zu erklären, daß der Ausschuß es gegen unsere Stimmen abgelehnt hat, in diesem Haushalt eine besondere Position für diesen Zweck einzusetzen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit des hohen Hauses auch noch auf einen weiteren Punkt lenken. Wir stehen in diesem Jahre ähnlich wie beim Landesjugendamt vor der Neuwahl des sogenannten Beirats für Kriegsbeschädigte. Die Verwaltung hat vor etwa fünf Jahren, als der letzte Beirat gebildet wurde, dabei recht eigenartige Methoden angewandt. Ich kann hier wegen der Kürze der Zeit diese Methoden nicht aufzeigen; aber es ist der Verwaltung — und darauf kommt es an — aus parteipolitischen Erwägungen heraus ge-

lungen, durch diese Manipulationen zwei Organisationen der Kriegsoffer aus dem Beirat fernzuhalten: den Internationalen Bund, die proletarische Organisation, und den Kyffhäuserbund der Kriegsbeschädigten.

Wir stehen heute vor einer Neuwahl. Eine Beteiligung aller Organisationen, die in der Rheinprovinz vertreten sind, kann nur dann erfolgen, wenn die bisher im Beirat sitzenden Organisationen wegen der Begrenzung der Sitze sich mit einem Sitz begnügen. Da diese Organisationen erklärt haben, das nicht tun zu wollen, bleibt, wenn man die beiden von mir genannten Organisationen wirklich in den Beirat aufnehmen will, einfach nichts anders übrig, als den Beirat um mindestens zwei Stellen zu vergrößern. Dem stände absolut nichts im Wege. Aber gestern hat der Ausschuß geglaubt, diesen Antrag der Kommunisten gegen unsere Stimmen ablehnen zu müssen. Die Folge davon wird sein, daß bei der engen Koalition, bei der Zugehörigkeit des Ressortleiters, des Landesrats Gerlach zur Organisation „Reichsbund der Kriegsbeschädigten“ zwei Organisationen der Kriegsoffer nicht in den Beirat aufgenommen werden können, weil nicht genug Sitze vorhanden sind. (Vorsitzender Dr. Jarres: Ihre Zeit ist abgelaufen.) Eine Sekunde! Wenn Sie vor den Kriegsoffern der Rheinprovinz die Verantwortung hierfür übernehmen wollen, so brauchen Sie unseren Antrag nur abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesrat Gerlach.

Landesrat Gerlach: Meine Damen und Herren! Es ist nicht richtig, daß das Ablösungsverfahren in der Rheinprovinz einen immer größeren Umfang annimmt. Ich habe bereits im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß die Rheinprovinz eine derjenigen Provinzen ist, die nur mit einem einzigen Industriezweig aus technischen Notwendigkeiten heraus ein Ablösungsverfahren durchgeführt hat.

Daß wir nach wie vor bemüht sind, die Kriegsbeschädigten in Arbeitsstellen unterzubringen, beweist Ihnen der Rechenschaftsbericht der Provinzialverwaltung, aus dem hervorgeht, daß auch im abgelassenen Geschäftsjahre die Zahl der unversorgten Schwerbeschädigten von 4000 auf 3000 — also wiederum um etwa 1000 — heruntergegangen ist, wodurch der Prozentsatz der unversorgten Schwerbeschädigten sich wesentlich gesenkt hat. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wieviele von den Schwerbeschädigten hat der Vorstand untergebracht? Nennen Sie die Zahl auch einmal.)

Hinsichtlich der weiteren Bemerkung des Herrn Abgeordneten Renner, daß bei der Zusammenfassung des Beirats der Hauptfürsorgestelle parteipolitische oder sonstige Erwägungen eine Rolle gespielt haben, beziehe ich mich auf meine Ausführungen im Ausschuß, die dazu geführt haben, daß außer den Kommunisten niemand mehr — auch nicht Anhänger der Organisation, die Herr Renner genannt hat — die gleichen Vor-

würfe erhoben hat. Die Ausführungen des Herrn Renner werden dadurch nicht wahrer, daß er sie hier im Plenum wiederholt.

Auf Wunsch einer Reihe von Mitgliedern des Ausschusses habe ich aber zu der ersten und dringenden Frage der Versorgung der Hirnverletzten in der Rheinprovinz folgende Erklärung abzugeben: Die Provinzialverwaltung ist durchaus nicht abgeneigt, den Wünschen des Bundes Deutscher Hirnverletzter, wie sie in einem Schreiben vom 2. 3. 29 an Herrn Landeshauptmann Dr. Horion zum Ausdruck gekommen sind, zu entsprechen. In diesem Schreiben heißt es wörtlich: „Unsere Wünsche gehen dahin, daß das jetzige Provinzial-Hirnverletzten-Institut geschlossen werde und von Seiten der Provinz Mittel in den Etat der Hirnverletzten-Fürsorge nach Rücksprache mit erfahrenen Hirnverletzten-Fachärzten und einem Vertreter des Bundes bewilligt werden.“

Dazu ist zu sagen, daß die Schließung des Heims eine Selbstverständlichkeit wird, nachdem die Belegungszahl auf 4 bis 6 heruntergegangen ist. Es bestehen keine Bedenken, daß aus den Etatsmitteln für Kriegsbeschädigte, die sowohl für besonders schwierige Einzelmaßnahmen, wie für Schwerbeschädigtenfürsorge zur Verfügung stehen, Einzelfälle der Hirnverletzten-Fürsorge eine angemessene Unterstützung finden. Es ist natürlich unmöglich, eine besondere Position für Hirnverletzte zu schaffen; denn wir haben ja auch keine Position für Blinde, Siehe oder sonstige Gruppen der Kriegsoffer. Der Landesfürsorgeverband, dessen gesetzliche Aufgabe es nicht ist, Einzelmaßnahmen der Kriegsbeschädigtenfürsorge durchzuführen, hat sich bisher im Rahmen freiwilliger Unterstützung stets an Maßnahmen zugunsten von besonders Schwerbeschädigten beteiligt. Diese Uebung liegt durchaus im Interesse der Kriegsbeschädigten; denn gerade in den schweren Fällen würde manches unterlassen werden, wenn die Fürsorgestellten allein die besonders kostspieligen Maßnahmen zu bestreiten hätten.

Soweit Sondermaßnahmen für arbeitsunfähige Hirnverletzte ins Auge zu fassen wären, würden Provinzialmittel im Einzelfalle sowohl für Anstaltsunterbringung wie auch zur Durchführung solcher Heilmassnahmen gegeben werden können, die nicht von vornherein Aufgaben der Versorgungsbehörden sind. Wir sind auch weiter bereit, falls das von den Hirnverletzten beantragt wird, einen angemessenen, einmaligen Zuschuß zum Ausbau einer bestimmten Einrichtung der Hirnverletzten-Fürsorge zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ruhnen.

Abgeordneter Ruhnen: Herr Abgeordneter Renner hat es für notwendig gehalten, auf das enge Verhältnis hinzuweisen, das zwischen dem Dezernat

des Herrn Gerlach und der SPD. besteht. Ich möchte nicht unterlassen, darauf folgendes zu sagen.

Wir brauchen uns dieses engen Verhältnisses nicht zu schämen. In meiner Eigenschaft als Beamter, der auch mit diesen Dingen zu tun hat, kann ich erklären, daß ich noch immer gefunden habe, daß speziell auch dieses Dezernat des Herrn Abgeordneten Gerlach in jeder Beziehung immer bestrebt ist, die Interessen der Kriegsbeschädigten so weit zu vertreten, wie es nur eben in seiner Möglichkeit steht.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Renner auf die Koalition hingewiesen hat, die zwischen Herrn Landesrat Gerlach und der SPD. bestehen soll, so möchte ich nicht unterlassen, auf die enge Koalition aufmerksam zu machen, die zwischen dem Internationalen Bund des Herrn Renner und dem Kyffhäuser-Bund besteht.

Herr Renner hat sich gestern im Sachausschuß und auch hier wieder warm dafür eingesetzt, daß der Kyffhäuserbund und der Internationale Bund im Beirat nicht vertreten ist. Hinsichtlich des Internationalen Bundes könnte man ja dafür Verständnis haben; aber daß der Kyffhäuserbund im Beirat nicht vertreten ist, dürfte er ruhig den Leuten auf der rechten Seite dieses Hauses überlassen, die dafür wohl zuständig sind. (Zuruf des Abg. Haas: Rechts und links eine Frontgemeinschaft!)

Dazu möchte ich noch ferner sagen: Herr Abgeordneter Renner hat, wie gestern bereits im Ausschuß ausdrücklich festgestellt worden ist, offene Türen eingerannt. Ein Beirat besteht, und die maßgeblichen Organisationen sind im Beirat vertreten. Wenn der Internationale Bund und der Kyffhäuserbund im Rheinland so wenig Mitglieder haben, daß sie gar nicht in Frage kommen, so ist das nicht unsere Schuld.

Jedenfalls ist es so, daß die Ausführungen des Herrn Renner vollständig deplaziert sind.

Vorsitzender Dr. Farres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Das Wort zur persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Renner. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine persönliche Bemerkung nach der Geschäftsordnung nur persönliche Angriffe abwehren und eigene Ausführungen klarstellen darf.

Abgeordneter Renner: Weiter habe ich auch nichts vor! Ich weiß nicht, woher der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der sich hier als Fürsorgebeamter vorgestellt hat — ich möchte fast sagen — die Kühnheit nimmt zu behaupten, daß ich mich gestern im Ausschuß für den Kyffhäuserbund eingesetzt habe. Ich habe dort nur das eine erklärt, daß Herr Landesrat Gerlach seinerzeit aus parteipolitischen Erwägungen sowohl den Internationalen Bund als auch den Kyffhäuserbund ausgeschaltet hat. Weiter habe ich erwähnt, daß der Kyffhäuserbund von Herrn Landesrat Gerlach damals mit der Begründung abgelehnt

worden ist, er sei keine reine Kriegsopferorganisation. (Zuruf.)

Herr Haas, ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich es ablehne, für den Kyffhäuserbund eine Lanze zu brechen. Aber wenn ich im Interesse meiner Organisation auch einmal die nicht orientierten Herren von da drüben gegen Ihren sozialdemokratischen Landesrat vor die Karre spanne, (lebhaftes Zurufe links) — den Landesrat, der von seinen eigenen Organisationen und seiner eigenen Ortsgruppe mit Ausschlußanträgen beehrt worden ist, so dürfen Sie mir das nicht so auslegen, als wenn ich damit gleichzeitig die Arbeit der Herren von rechts fördern wolle. (Zuruf links.) Bei Ihnen, den Sozialdemokraten, ist es so, daß sie stets aufs engste mit ihnen zusammenarbeiten. Ich habe höchstens die Deutschnationalen gegen den Sozialdemokraten Gerlach benutzt, um auch meinen Antrag für unsere proletarische Organisation damit durchzubringen.

Vorsitzender Dr. Farres: Damit ist die Besprechung geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wir verlangen getrennte Abstimmung!) Dann bitte ich diejenigen, die für Nr. 83 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Ich bitte diejenigen, die für Punkt 84 sind, sich zu erheben. Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Dann bitte ich diejenigen, die für Punkt 85 sind, sich zu erheben. Das ist wiederum die Mehrheit. Die drei Anträge sind angenommen.

Punkt 86: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1929.

Zu Punkt 86 hat das Wort Herr Abgeordneter Fischer als Berichterstatter.

Abgeordneter Fischer: Der III. Sachausschuß schlägt Ihnen unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir nach der riesenhaften Arbeitsleistung, die wir heute vollbracht haben, nunmehr für heute Schluß machen können. Meine Freunde müssen noch eine Fraktionssitzung abhalten. Ich bin der Meinung, daß es tatsächlich lange genug ist, wenn man von morgens 9¼ Uhr bis abends gegen 6 Uhr hier im Hause tagt. Die Tagesordnung für morgen ist durchaus nicht mehr groß. Wenn wir jetzt Schluß machen, sind wir meiner Ueberzeugung nach morgen gegen 2 Uhr mittags bequem fertig. Ich sehe deshalb nicht ein, warum wir noch länger tagen sollen, zumal meine Fraktion noch

eine Fraktionsitzung haben muß. Ich bitte deshalb, zuzustimmen, daß wir uns jetzt bis morgen vertagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Loenarz.

Abgeordneter Loenarz: Vielleicht können wir uns darüber verständigen, daß wir noch bis 6¼ oder 6½ Uhr tagen. Es sind eine ganze Anzahl von Abgeordneten im Hause, die eine sehr weite Reise haben; und wenn wir morgen nachmittag nicht rechtzeitig fertig werden, kommen diese nicht mehr nach Hause. Deshalb könnten wir wohl noch ein paar Punkte erledigen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Wenn wir morgen gegen 1 bis 2 Uhr Schluß machen, kann meiner Auffassung nach in der Rheinprovinz noch jeder nach Hause reisen. (Zuruf: Wenn!) Das können Sie jetzt schon an den Minuten ausrechnen, die wir noch zu reden haben. Daraus ergibt sich, daß wir gegen 2 Uhr unter allen Umständen fertig sind. Ich bitte deshalb, mit Rücksicht auf meine Fraktion jetzt Schluß zu machen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Auf der Tagesordnung stehen morgen außer dem Rest, der noch übrig bleiben würde, 19 Punkte. Da noch 15 Punkte übrig bleiben würden, haben wir im ganzen 34 Punkte zu erledigen. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Aber lauter leichte 5-Minuten-Sachen.) Man kann nicht übersehen, wie lange es dauern wird. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir zunächst versuchen weiterzukommen und den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Loenarz anzunehmen, bis 6½ Uhr weiterzutagen, so daß die Fraktionen die Gewißheit haben, um die und die Zeit geht es zu Ende.

Sie haben den Antrag des Herrn Abgeordneten Haas gehört. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Ich bitte um die Gegenprobe.) Die Gegenprobe, bitte! Das ist die Mehrheit.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Nachdem man von der Geschäftsordnung einen derartigen Gebrauch gemacht hat und keine Rücksicht mehr auf Fraktionsitzungen nimmt, obwohl wir schon 10 Stunden arbeiten, beantrage ich, daß nunmehr die Punkte 87 bis 96 von der Tagesordnung abgesetzt, also heute nicht mehr behandelt werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich habe die Mehrheit des Hauses dahin verstanden, daß nach der Tagesordnung verfahren wird.

Abgeordneter Haas: Bitte, ich beantrage jetzt eine Absetzung dieser Punkte.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag, der eine Abänderung der Tagesordnung bedeutet, ge-

hört. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich beantrage nunmehr für die Punkte 87 bis 96 eine Redezeit von einer halben Stunde. (Weiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Dann muß zunächst der Ältestenrat zusammentreten, um darüber zu beschließen. Ich setze die Verhandlung für zehn Minuten aus und bitte, sich damit einverstanden zu erklären, daß wir dann wieder zusammentreten. Ferner bitte ich den Ältestenrat, in der Zwischenzeit zusammenzutreten.

(Wiederbeginn: 17 Uhr 40 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Ich bitte, Platz zu nehmen.

Der Ältestenrat möchte Sie mit nutzlosen Debatten verschonen und auf die Rechtsfrage nicht eingehen, ob es möglich ist, einen Beschluß, der einmal mit qualifizierter Mehrheit gefaßt ist, nachher mit einfacher Mehrheit zu ändern. Er hält den Wunsch einer großen Fraktion, jetzt wegen einer wichtigen Fraktionsitzung Vertagung eintreten zu lassen, für beachtenswert. Er schlägt Ihnen deshalb vor, die Punkte 87—95 jetzt abzusetzen und nur noch 96, 97 und 98 zu behandeln. Die Punkte 99—102 müssen an das Ende der morgigen Tagesordnung gesetzt werden, weil auf der Tagesordnung von morgen auch noch Vorlagen stehen, die den Etat betreffen. Der Steuerdeckungsbeschluß kann erst am Ende gefaßt werden.

Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, daß Sie damit einverstanden sind.

Wir kommen zu Punkt 96. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kuhnen.

Abgeordneter Kuhnen: Meine Damen und Herren! Der III. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den sozialdemokratischen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ich verzichte! Zuruf: Bravo!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch gegen die Vorlage ist nicht erhoben worden. Ich stelle Ihre Zustimmung fest.

Zu Punkt 97 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Baumann, Höppenhof.

Abgeordneter Baumann, Höppenhof: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor: „Der Provinziallandtag wolle den Haushaltsplan mit der Maßgabe annehmen, daß ein neuer Titel VIIa mit der Bezeichnung „Beitrag der Provinz zu den Garantieleistungen für den Mittellandkanal“ mit 112 000 RM eingefügt wird.“

TOMI IV. PAR. 2. XI.
CONSTANTINENSIS CONCILII
ACTA ET DECRETA PVBICA
ECCLESIASTICI

THEODERICUS DE MONASTERIO,
Academiae Colonienfis ad Constantienfe Concilium Legatus, Orator
in Concilio celebris,

In Oratione foletti, Constantiae in Concilio, Sefione XIV.
A. 1415. d. 4. Julii, dicta. Ex MSC.

Schisma peftiferum, multiplicatio errorum, & corruptio morum, funt quaedam genera tenebrarum. Sed quod hoc facrum Concilium haec tria genera tenebrarum, divino fuffultum auxilio, curet, intendat & proponat fugare, expellere & illuminare, patet per ifta, quae hoc facrum concilium ad hunc ufque diem fecit, facit & facere proponit, divina gratia principaliter operante, & Chriftianifimo ac invictifimo REGE, modo hic praefente, cooperante. Qui velut fanctiffimum Spiritus S. organum, & pretiofiffimum corporis myftici membrum, cooperatus eft huic facro concilio in omni bono fideliffime, infatigabiliter, & cum incredibili humilitate, & divina favente clementia cooperatur ufque in finem. Et eft hujus facri Concilii nec non Invictiffimi REGIS intentio, non defiftere abinceps, donec Ecclefia fit ex tenebris educta, erroribus purgata, & a corruptis moribus depurata, quantum poffibile fuerit. Quia non tota zizania eradicari potest, ni fi fimul eradicetur & triticum, juxta parabolam de zizania Matt. 13. Et Reverendiffimi Patres, fi veftrae circumfpectiones, plenae oculis ante & retro, velint fchisma tollere, errores excludere, neceffe erit, quod mores Ecclefiae valde collapsi & multum corrupti reformentur. Nam ftantibus in ftatu Ecclefiaftico & permanentibus, fuperbia, avaritia, & vita voluptuofa, vix impediri potest, quod non oriatur novum fchisma, & quod non furgant contra ftatum Ecclefiafticum latrantes, calumniantes, & laicum populum contra clerum concitantes. Quoniam permanente caufa, difficile poterit impediri effectus.

S. d. 24. April.
A. 1699.



IN OFFICINA CHRISTIANI GRESCHII
Typis SALOMONIS SCHROEDERII

Ecclesiam, infinitis abusibus corruptam, in Constantiensi Concilio emaculare, melioremq; regimini Ecclesiastici formam procurare.

Postquam igitur in præsentī Concilio Johannes Papa Papatu exutus, & Gregorius Papa Papatum sponte deseruerat, ad votum Cæsaris; Non destitit religiosissimus Imperator statim desideratam Reformationem urgere. Quamquam vero Sigismundus in Hispaniam migraret pro Papa Benedicto sede movendo; Effecit tamen, ut ab illius abitu, collegium reformatorium ex Nationum Deputatis & Cardinalibus quibusdam absque mora in Concilio constitueretur. Qui in Monasterio Fratrum Minorum coirent, ac quæ in ecclesiastico statu essent emendanda dispicerent, & quo pacto forent corrigenda definirent.

Factumque hoc statim A. 1415. magno studio in laudato illustri Reformatore, per quinque menses, Augustum, Septembrem, Octobrem, Novembrem ac Decembrem. Quæ consultationes ac definitiones Reformatorii Constantiensis certis dein libris sunt comprehensæ. Par enim erat, sententiam Concilii de statu Ecclesiastico emendando ordine & plene constare. Quæ præclara Reformatorii Constantiensis monumenta ex MSCtis Codicibus Cæsareis Vindobonensibus supra Tom. I. recensuimus.

Neque supererat, nisi ut definita illa in Reformatorio reformatio re ipsa perferretur.

Dilatatum vero hoc negotium in reditum Cæsaris. Reduce Sigismundo, ante omnia de Papa Benedicto Papatu exuendo actum.

Interea decreverat, omnibus viribus anniti, ut desiderata hæc Ecclesia reformativa quæ in ipso Pontifice summo totaque Curia Romana erat ante omnia institueretur, prius perferretur, quam novus Pontifex eligeretur.

Quem ardentem suum pro Ecclesia salute zelum plus simplici vice Nationibus luculenter exposuit. Etsi vero Cardinalium Collegio hoc Cæsaris institutum displiceret, nec obscure contradicerent; Nihilominus Cæsar, pro suo officio, qui Advocatus audiebat ecclesie & Concilii gubernator & protector, sententiam immoto infractoque pectore servavit, dum per fata & insidias licuit.

Contemptis itaque suave manu sibi exemptis scrupulis, contra reformationem Electioni Papæ præmittendam injectis, quamprimum Benedictus Papatu erat exutus, rem hanc magno jam animo est aggressus. Effecitque, ut in Nationibus Deputatis eligerentur pro reformatione in Capite & Curia Romana prosequenda. Testis luculentissimus Gobelinus, in Cosmodromio, atate 6. cap. 96. Posthac (Petra de Luna Benedicto XIII. Papa Papatu per Concilium exuto) electi sunt viri literatissimi, ex omnibus Nationibus, qui nomine totius ecclesie Reformationem status Ecclesiastici ordinarerent ac conferberent. Consentit Schelstratenus p. 61. Post electionem, inquit, Petri de Luna, qui Benedictus 13. in sua obedientia vocabatur, nominati sunt à Nationibus Deputati pro Reformatione in capite & curia Romana.

Congregationes Nationum

circa diem Mercurii, 4. Augusti, A. 1417.

d. 4. Aug.
A. 1417.

Protestati Cardinales contra reformationem Electioni Pontificis præmittendam:

Qui & Nationes in suas partes trahere annisi.

Sub finem mensis superioris d. 26. Jul. sede motus Benedictus 13. Papa. In principio igitur hujus mensis Augusti, Cæsar ad reformationem erat processurus. Quo fine novum Reformatorium constitutum. Quod cum Cardinalibus innotuisset, statim scrupulos moverunt, electionem Papæ Reformationi præmitti cupientes. Testis Schelstratenus p. 62. Quod animadvertentes Cardinales statim materiam electionis proposuerunt, & contra decretum de non eligendo Pontifice ab-que consensu Concilii, quod sessione XIV. ipsis in vitiis editum erat, protestati sunt apud omnes nationes. Rogarunt etiam ac exhortati sunt Patres, ne prætextu reformationis negotium electionis differrent.

quit, Reformatioribus electis, moram in hoc facientibus, orta est seditio inter Regem & Nationem Germaniam parte ex una, & ceteras nationes parte ex altera: Rege cum suis volente, quod priusquam ad electionem summi Pontificis procederetur, fieret reformatio Ecclesie tam in capite quam in membris: Ceteris contententibus ex adverso, quod prius procederetur ad electionem Papae, per quem reformatio Ecclesie esset deducenda ad effectum. Eaque omnia ex sequentibus Cardinalium Protestationibus elucescent.

- De hac controversia audiri meretur & Dacherius. Cujus locupletissimi testis in Concilio praesentis, concepta juvat audire verba: Da also niemand mehr sehen, das man gewehlt hätt, und nach der Wahl erst genommen hätte Reformatio, das sind die, so Irrung in der Christenheit wird, das sie den wieder zum guten Stand bringen sollen: Und sind sie die Gelehrtesten, so man haben mag: Die also nach der Wahl zusammen wären gefessen, und die Ordnung und ein Reformation gemacht hätten, das solch schisma und Irrung in künftigen Zeiten nicht mehr aufstünde, und wie iglicher Pfaff, er sey ein Prælat, er sey ein geistlicher Pfaff oder weltlicher, in was Stand er ist, sich halten soll, und wie viel Nütze und Piründen er haben solt, darnach er dann in Würdigkeit steht. Da wolten aber die Anglici und Germani, das man die Reformation vor der Wahl thäte. Und war das Sach, wenn die Wahl geschehen, so würde iederman heim reiten, so er seine Sachen schaffete: Und also geschehe die Reformation nimmer. Und auch so ein Pabst erwählt würde, gefiel sie ihm dan, so hätt er sie Rät, gefiel sie ihm nicht, so mocht er es wohl nicht haben. Weil es den ganz an dem Pabst stunde: Und also lies man die Sache hängen, und würd ihre für nicht mehr gedacht.

Sciendum autem, quando Nationum Italicae & Gallicae fit mentio, quae in partes mox Cardinalium concesserint, non omnes illarum nationum viros Constantiae praesentes, illis adhæsisse, sed multos vel plerosque. Siquidem Caesarem Sigismundum cum Germanis & Anglis diu adhuc sectati plures Itali & Galli, quales fuere Patriarcha Antiochenus, Archiepiscopus Mediolanensis, Episcopus Adriensis, Cardinalis Bononiensis & Senensis, aliique Galli & Itali. Qui tamen postea ad Cardinales defecerunt, relicto Caesare, Vid. infr. diem 12. Sept.

Pileus, Archiepiscopus Genuensis,
Imperatorem Sigismundum
publicis gravissimis votis hoc tempore animavit,
ne per insidias à Reformatione
Ecclesiastici status abstrahi se sineret.

Arduum & incomparabile Sigismundi Caesaris negotium, hoc mense magno animo versatum, obstacula invenit plurima. In quibus erat haud postremum, quod Papa novus prius eligendus diceretur quam Caesarea isthæc in Ecclesiastico regimine reformatio susciperetur.

Ne proinde tantis fluctibus Caesaris consilium absorberetur, sed heroicum hoc Caesare dignum propositum salvum, factum tectumque servaretur, per Viros illustres saepe in Concilio multis publicisque precibus excitatus atque animatus.

Quo spectat inter alia Pilei Archiepiscopi Genuensis admodum ingenua Parænesis, spiritu ac majestate Caesarea digna, ad Sigismundum, Reformationi omni studio incumbentem, cum gravissimis precibus atque obtestationibus, ne se à saluberrimo & summe fructuoso negotio ullis artibus aut insidiis avocari vel abstrahi sineret. Recensuimus nobilissimum hoc monumentum ex MS. Cod. Parte xv. Tomi I.

Non minoris ponderis, Viri cordati, Constantiae praesentis, Anonymi, Epistola ad

Petrus de Alliaco proximo festo Pentecostes die 25. Aug. in publica panegyri palam testatus est, de reformatione multa jam fuisse in literas redacta: In hoc sacro Concilio multa de reformatione loquimur, sed pauca vel nulla exequimur: Multa in Codicibus scribimus, pauca in cordibus de morum reformatione sentimus.

Gobelinus quoque sub finem Cosmodrom. cap. 46. Reformationem ante electionem Papæ conceptam ait, etsi doleat illam ante electionem Papæ non esse plane publicatam. Et ibidem meminit per Papam postea quædam esse reformatam, sed respectu conceptorum, pauca.

Conceptam verò his diebus reformationem, ante electionem Papæ præstandam, exhibuimus supra Tom. I. Parte XI. XII. in Decretis & Decretalibus Reformatorii Constantiensis. Qualis reformatio fundata in Protocolis & decretis Reformatorii prioris 1415.

Solennis processio cleri instituta

die Martis, Festo Bartholomæi, 24. Aug. A. 1417.

Pro desiderata felici novi Papæ electione.

Celebritatem ac scopum hujus religiosæ deambulationis notavit Dacherius.

Petrus de Alliaco, Cardinalis Cameracensis
panegyricum habuit
in S. Ludovicum,

Die Mercurii, festo S. Ludovici, 25. Aug. A. 1417.

Quo inter alia de novo Pontifice proxime eligendo, deque
reformatione necessaria, disseruit.

Occasione Panegyrici in S. Ludovicum Caroli Regis Siciliae filium, Episcopum Tholosanum, de rebus Concilii hoc tempore controversis publice disseruit.

Exemplo Ludovici Pontificem supremum dignum proxime eligi impente optavit.

O utinam, inquit, S. Mater Ecclesia, nunc, nunc, proh dolor, acephala, & apostolico pastore nostris demeritis destituta, talem summum Pontificem, servum servorum Dei, per canonicam electionem celeriter habere mereatur! O utinam talis nobis fiat summus Pontifex, Ecclesia gubernator atq; dispositor! Utinam Ecclesia nostris talem dispensatorem sibi constitui quarant, quem in exemplum vitæ & conversationis honestæ suæ mentis oculis anteponat. O felicem illum, o terq; quaterque beatum, qui hujus sancti Pontificis exemplo paratus erit, Ecclesiasticorum mores erroresque corrigere, desolatam Ecclesiam consolari, dejectam erigere, dissipatam divisamque recolligere & renouare. Quis erit hic & laudabimus eum. Laudabimus inquam eum: sed magis Deum, qui talem nobis sua gratia donaturus est, atque ei dicitur: Euge serve bone & fidelis.

Reformationem præterea Ecclesiasticorum urgere non destitit, pro suo in hanc Ecclesiæ lucem ardenti affectu: Utinam, inquit, hæc attente considerent multi, hodie ad Ecclesiasticas dignitates & beneficia, titulo nobilitatis promoti, Qui de parentum laudibus absque propriis, imo cum multis vitiorum opprobriis tumida elatione superbiunt, & dum inde gloriosi esse putant, falluntur. Nam irrisioni potius & contumeliæ, ne dicam æternæ damnationi, sunt proximi: Præclare quidem apud Salustium prænotatum Martianus ait: Profecto ita se res habet: Majorum gloria posteris quasi lumen est: Neque bona illorum que mala eorum in occulto patitur. Ideoque quanto vita prædecessorum præclarior, tanto hominum socordia flagitiosior. Ideo siquidem sapiens eos simia comparavit: Quia quanto in excelsiori ac clariori loco ponitur, eo amplius deformis ejus effigie irridetur.

Et deinde: Utinam hoc exemplum Ludovici imitari studeant Prelati Ecclesiæ, qui pascebant semetipsos. Ut non sint de illis, qui juxta sententiam Apostoli, quædam quæ sua sunt, non quæ Jesu Christi: Seu potius, qui non solum sua quarunt, sed non sua capiunt rapi-

d. 25. Aug.
A. 1417.

d. 25. Aug.
A. 1417.

instituta in deterius descenderunt, & ex quibusdam tenebris injustitiæ obtenebrata sunt. *Et ut eadem inquit: In fine illius muliebris temporis super omnem clerum & ordinem Ecclesiasticum, heu horrendum prasagium gravissimi schismatis & confusionis, laqueus extendetur, durabitque illud sordidum tempus, usque ad illud magnum schisma, quo Episcopi & clerici à suis locis & civitatibus expellentur. Ex quibus verbis satisclare nobis videtur intelligi, quod hoc nefandum & à XL. fere annis inveteratum schisma ad huc pro dolor usque ad majorem cleri persecutionem continuabitur. Vel, quod absit, aliud schisma majus & deterius subsequetur.*

Quod utique fieri pertimescendum est ex futura electionis summi Pontificis & debita circa eam provisionis longa nimis & scandalosa dilatione, quam nonnulli procurare videntur. Contra quod scandalum & pericula inde verisimiliter secutura quidam egregii doctores & Theologi veritatis zelatores fidei remedia adhibere conantur.

Et postremo: Manifestum, quod longo jam tempore Ecclesia fuit multipliciter deformata, indiguitque & nunc maxime indiget, ut in fide & moribus reformetur. Sed nunc membris Ecclesia separatis à capite, & apostolico dispensatore ac direttore carentibus, hac reformatio nequaquam bene fieri posse speratur.

Sigismundus Imperator

frequentia Principum Comitia celebravit Constantiæ
in Monasterio Augustinianorum, in sua Curia,

d. 25. 26.

Aug.

A. 1417.

circa diem Bartholomæi, 25. 26. Aug. A. 1417.

De accusato Duce Bavarie Ludovico, Comite Mortanie.

Henricum Dux Bavarie, Landsbutanus, Episcopus Ratisbonensis, alique, eorum Cæsare haud ita pridem in hoc concilio accusaverant Ludovicum Bavarie Ducem Ingolstadensem, Mortanie Comitem, Gallie Regis Legatum. Cumque fuissent 83. articuli prælecti, Ludovicus forum Cæsaris eo nomine detrectare conatus, quod in Gallia uxores & liberi ejus degerent. Quo offensus Cæsar, ab assistentium Principum collegio sententiam quæsierat de foro legitimo: [Sintemahl daß Herzog Ludovig von dem heiligen Reiche und in demselben Land und Leute von ihm emphanen hätte, ob er dann nicht billig vor dem H. Reiche vor recht stehen solle?] Responsumq; à Principibus: Eum teneri hoc forum Imperii omnino agnoscere. [Daß er billich antworten sollte für des Reichs Gerichte. Ut ait Windeck.] Cumque ad eodidem re judicii diem petiisset, suffragiis Principum dilatio tunc indulta, die indicto,

Pro tribunali igitur hoc iterum tempore sedente Cæsare, Principibus & Episcopis assistentibus, Henricus Bavarus per Fridericum Brandenburgensem fratrem suam contra Ludovicum repetiit, præsentibus Ernesto & Wilhelmo fratribus, & Johanne Sulzbacense. Novamque dilationem ægre obtinuit Ludovicus, dato ut injungebatur promisso, juramento se asseveraturum, dilationem ex bono proficisci animo, sine fraude ac dolo.

Postridie igitur, Cæsare in novis præsentibus Comitibus, repetita per Fridericum Brandenburgensem accusatione nomine Henrici contra Ludovicum, dilationeque per Ludovicum postulata, moram indulgentiam statuerunt Principes, si juramento integritatem probasset. Paratus ille, prælecta juramenti formula, Ludovicus statim in juramentum ruit, non expectato Cæsaris mandato, juramentumque sermonibus injectis interpolavit, manusque remisit sine Cæsaris venia.

*Quod ægre ferens Brandenburgensis, ex Principibus quæsit, numquid non ob temeratum juramentum spe dilationis excidisset? Quod affirmatum. Negataque dilatione ulteriori, ad respondendum se componere iussus. Ludovicus affectu motus: Ergone æquum, inquit, iudicii assessorem iudicemque juramento probare atque testari, se recte judicaturum? Tum Cæsar offensus: Scio neminem horum injuste iudicasse, neque memini juramentum prius à iudice requiri. Archiepiscopus Rigenis ad hæc: *Ma recte iudicasse conscius sum, Si Princeps essem secularis, aliter resisterem.**

ctas super sententia definitiva ultimò contra Dn. Petrum de Luna publicata & prolata per dictum concilium, legit. Quæ literæ debent mitti ad partes Hispaniæ, & alias partes, ad notificandum & intimidandum singulis Regibus & Principibus per Christianitatem, ipsius Petri de Luna Benedicti XIII. olim nuncupati depositionem.

Et nihilominus, ad finem & effectum quod dictæ similes literæ haberi poterunt, commisit reverendissimo patri, Domino Johanni, episcopo Ostiensi, Vice-Cancellario prædicto, ut similes literas super dicta sententia expediat per Cancellariam quibuscumque habere volentibus. Et alias mandavit eidem Domino Vice-Cancellario, prout & quemadmodum in quodam decreto, quod per ipsum Dominum Petrum de Lamburga fuit lectum, cujus tenor inferius est insertus, plenius continetur.

His quidem sic peractis, reverendissimus pater, Dominus Johannes, Episcopus

Ostiensis, & Romanæ Curia Vice-Cancellarius respondit, se libenter obtemperare mandatis concilii & synodi Constantiensis & prædictorum, dictasque literas super sententia lata & promulgata contra Dominum Petrum de Luna, olim Benedictum, juxta sui officii auctoritatem libenter expedire per Cancellariam Romanæ Curia, ut sibi foret mandatum. Et super hoc nomine totius concilii pro hac vice respondit ad omnia prædicta, ad requisitionem venerabilis viri, Domini Sancti de Uincanis, sacri consistorii Advocati, nomine concilii eum requirentis, approbando prædicta, placet. Præsentibus dictis Dominis Cardinalibus, Ambassiatoribus, & ceteris Prælatibus, nobilibus, Doctoribus, & suppositis concilii, ac aliis in numero copioso.

Tenores verò dictorum, literarum gratiosa & executoria, nec non decreti, de quibus supra fit mentio, sequuntur & sunt tales:

Bulla Concilii de Petro de Luna, Benedicto XXI I. Papa, de sede dejecto.

In MSC.
Brunsv.
& Lips.

Sacrofancta, & generalis synodus Constantiensis ad perpetuam (futuram) rei memoriam. Convenientes in unum spiritus sancti gratia legitime congregati, unam sanctam catholicam & apostolicam profitentes & repræsentantes ecclesiam, illam palmam nostræ professionis esse credimus, si, quod illius paci & unioni opponitur reducere vel extirpare valeamus. Sane Dominus Jesus Christus, ejusdem caput ecclesiæ, regnans in cælis, orbis tamen terrarum imperium non relinquens, sicut illa una est unius capitis & sponsi solius indissolubilis, Christi Jesu, ita inter ejus ministros præesse voluit unieum ejus vicarium, quem Papam appellamus, qui gereret inter ceteros principatum, B. Petrum apostolum, & ejus successores, Romanos Pontifices, sui operis Vicarios & rectores. Verum antiqui hostis invidia hanc in ecclesiæ corpore, ac in capite & in membris unionem ferre non valens, etsi alias & pluries per divisiones & schismata hanc pro tempore resciderit unionem: His tamen nostris

novissimis temporibus adeo perniciosius per XL pene annos hanc ita divisit ecclesiam, ut ipsum corpus ecclesiæ aliquando & diu in duas partes & duo velut capita, aliquando in tres, & tria, si fas esset dicere, capita, monstruositate mirabili, sed profecto miserabili, deformitatis extiterit & divisum. Ad cujus horrenti exitialisque plus creditu lechiferam & abominabilem monstri deformitatem de pulchritudine corporis ecclesiæ sponse Christi penitus extirpandum, operis & auxilium efficaciter præbente charissimo ecclesiæ filio, Sigismundo, Romanorum & Ungariæ, Dalmatiæ, Croatia, Rege illustri, in hac sua Constantiensi civitate, inter cetera, præcipue tamen ad hoc, convenientes, ut præmittitur, sublata primum duorum capitum & obedientiarum suarum, Johannis XXII. & Gregorii XII. in suis prædictis obedientiis nuncupatorum divisione, & illis membris redactis in unum, cum tertium caput, Petrus de Luna, Benedictus XIII. in sua obedientia nuncupatus, cum obe-

pis, Abbatibus, Magistris & Doctoribus, & aliis omni exceptione majoribus, rite receptis & juratis, ac diligenter examinatis, nonnullisque instrumentis & scripturis productis, & per præfatos Commissarios receptis, quamquam multa contenta in ipsis capitulis notoria, ut præfertur, existerent, ipsorumque testium attestationibus publicatis, ipsoque Petro ad dicendum & obijciendum in testes & eorum dicta, atque alia probationum genera, quicquid vellet, nec non ad omnes & singulos causæ actus, & novissimè ad audiendum jus & definitivam sententiam, in causa hujusmodi legitime vocato, sufficienterque expectato, non comparente, & per nos contumace reputato, servatis servandis, ac omnibus rite actis, habitâ super processu & causa hujusmodi deliberatione matura, ad definitivam sententiam in causa & causis hujusmodi processimus, in ejus absentia Dei repleta præsentia, & per nos lata fuit sententia definitiva in forma sequenti:

De vultu ejus hoc iudicium prodeat, qui sedet in throno, & ex ejus ore procedit gladius bis acutus &c. ut supra.

LECTA & RECITATA fuit hæc nostra definitiva sententia per dilectissimum Ecclesiæ filium Guilielmum tit. S. Marci, S. R. E. Presbyterum Card. Constantiæ more solito, 7. Cal. Aug. Anno à N. D. M. CCCC. XVII. Apostolica sede vacante.

Et ego *Hermannus Dvverch*, inter Decretorum Doctores *minimus*, apostolicæque sedis Proto-Notarius (Notarius) & ad conscribendum acta hujus sacri concilii unâ cum Dominis meis infra scriptis deputatus: Quia prædictæ sententiæ promulgationi, aliisque præmis-

sis, dum sic, ut præmittitur, agerentur es fierent, una cum aliis infra scriptis præfens interfui, eaque sic fieri vidi & audiui, idè præfentes literas subscripsi, signoque & nomine meis requisitis & consuetis signavi, rogatus & requisitus in fidem & testimonium omnium & singulorum præmissorum.

Et ego *Johannes de Trembleis*, Decretorum Doctor, sedis apostolicæ Notarius, in omnibus præmissis, dum sic fierent & agerentur, præfens tui, eaque sic fieri vidi, & audiui, & ad præmissa rogatus unâ cum Dominis & collegis meis me manu propria subscripsi, & signo meo manuali signavi, in testimonium omnium præmissorum.

Et ego *Jacobus Rodini de Janua*, sanctæ sedis apostolicæ Notarius, una cum aliis Dominis & collegis meis per sacrum Constantiense Concilium deputatus, dum præmissa omnia & singula, sic, ut præmittitur, agerentur, & fierent, ipsis omnibus præfens interfui, eaque sic fieri vidi & audiui, idèque signo meo confecto signavi, & manu propria me subscripsi, rogatus & requisitus, in fidem & testimonium omnium & singulorum præmissorum.

Et ego *Thomas Poltron*, superdictæ sedis apostolicæ Notarius, Anglicus, præmissis omnibus & singulis, dum sic, ut præmittitur, agerentur & fierent, una cum supradictis Dominis meis & Collegis præfens interfui, eaque sic fieri vidi & audiui, idè præfentes literas per alium scriptas signo & nomine meis consuetis signavi (Manu propria me subscribens) rogatus & requisitus in fidem & testimonium omnium præmissorum.

Sigismundi Cæsaris Epistola ad Lunienfes, de Wenceslao Rege, Hussitarum Patrono, ne conniveant Bohemis.

d. 3. Sept.
A. 1417.

Eodem die Veneris, 3. Sept. A. 1417.

Sigismundus D. G. Romanorum semper Augustus, Ungariæ, Dalmatiæ, Croatiæ &c. Rex.

Prudentes, honorabiles, devoti, fideles.

Quia serenissimus Princeps, Frater

noster charissimus, Dominus *Wenceslaus Rex &c.* ac nonnulli Barones Regni Bohemiæ, per varios nuncios & literas suas, super illa dolorosa materia errorum, dudum ab universali Ecclesiâ damnatorum, in nobili Regno Bohemiæ, ac præ-

1415 Reformationem Curia Romanae summe esse necessariam.

Qualis Germanorum Apologia videatur infra ad diem 13. Sept. in quo statim in exordio meminerunt criminosa disputationis aut scripti superioris.

Congregatio Nationum in Templo Cathedrali.

Die Jovis 9. Sept. A. 1417.

d. 9. Sept. **Cardinales contra Reformationem Electioni Papae praemittendam**
A. 1417. **novo scripto denuo protestati.**

Quando Sigismundus Caesar in principio mensis superioris Deputatos nationum legi curaverat, qui Reformatorium novum constituerent, magnamque rem proxime exequerentur, protestati mox fuerant Cardinales, qui prius Papam eligi mallerent, quam Ecclesiam reformari. Vid. d. 4. Sept. Caesar interea & Germanica natio Cardinalium votis consentire nullatenus voluerant, praemittendam omnino reformationem rati. Quemadmodum in Reformatorio interim hoc saxum sedulo vultum. Nunc, quod viderent Cardinales, Caesarem nullo modo in Electionem Papae velle consentire, nisi Ecclesiasticus status prius reformatus, quo Reformatorii quotidianae consultationes tendebant, *allam Protestationem* opponendam judicant. Hanc cum *hodie* proponere inceperant, Caesarem haec res tantopere momordit, ut ex confesso emigraret, cogerenturque praelectionem Protestationis inchoatae abrumpere. Quam tamen *die 11. Sept.* resuscitarunt Vid. infr.

Schelstratenus. p. 63. Cum natio Germanica saepius a tribus nationibus & Collegio Cardinalium ad dandos deputatos pro materia electionis frustra admonita fuisset, ipsaque Regi Romanorum firmiter adhereret: Cardinalis Pisanus Die 9. Septembris dedit legendam eorum natione Germanica Protestationem ex parte trium Nationum, Hispanica, Gallicana & Italica, ac sacri Cardinalium Collegii, cujus lecto ob strepitum et diceffum Regis tunc perfici non potuit.

Patriarcha Antiochenus, haftenus adhuc Caesarem secutus, cum aliis ex confesso discedens, molesto hoc ornatus est elogio: *Recedant heretici.* Quod dum Caesar inaudivit, aegerrime tulit, uti ex sequentibus videre est. Siquidem & in se hoc telum vibratum credidit, qui ibidem ex confesso discesserat. Imo jam ante, publico scripto, ob Reformationis impensum studium, Germanica natio cum Caesare accusati erant haereseos Hussiticae. Quod apologia vindicaverunt postea Germani.

Legati Regis Castellae, Episcopi, indignabundi Constantia & a Concilio emigrarunt, a Caesare Sigismundo in itinere retenti ac revocati.

d. 9. Sept.
A. 1417.

eodem die Jovis 9. Sept. A. 1417.

Congregationes hujus diei turbulentae partim, partim lites de jure suffragii inter Arragonenses & Castellanos, ansam dederant his a Concilio hodie emigrandi. At paucis stadiis confectis, retenti in itinere a Caesare, ut pergere haud sustinerent. Quare triduo in oppido Stechboren haeserunt. Ex quo non sine pudore reversi. Teste Dacherio. Consentiunt *MSCta Romana*, allegante Schelstratenus p. 266. *Recesserant Legati Castelle & Navarra, praeter aliquot Doctores, qui remanserunt. Sed nulli ex illis potuerunt transire ultra unum milliare, prohibiti per Regem ultra transire.*

Cardinales, visa Caesaris offensam, abitum similiter pararunt

d. 9. Sept.
A. 1417.

eodem die Jovis 9. Sept. A. 1417.

Rupta hodie non tam congregatione, quam Cardinalium protestatione, quando Caesar, cum Caesari addictis, a confesso indignabundi discesserant: Caesaris potentiam reveriti Cardinales abitum a Concilio moliti, memorante Dacherio. Et si apud Schelstratenum in Codice Romano Cardinales excusentur, qui fugam minime intenderint.

tionem Cardinalium, contra *Cæsaris & Germanorum studium*, Ecclesiam prius reformandi quam eligeretur Papa, ab illis interponi cœptam: Cœtus ille fuerat solutus. Neque vero finis fuit litium: Quas hodie resuscitari majori motu contigit, Protestatione Cardinalium superiore, die 9. abrupta, nunc repetita, ac *plene à Cardinali Pisano prælecta*. Schelstratenus teste p. 63.

Quæ solennis Protestatio Cardinalium hoc refert exordium: *Audite hæc omnes gentes &c.* Quam integram recensuimus supra Tomo I. Parte XX. in Præfatione. f. 917. seqq.

Quantopere autem Cæsar fuerit hac Protestatione offensus, & qui inde in præsentem iterum Confessu orti tumultus, subindicatum à Schelstratenus p. 63. V. Tom. I. Parte XX. in Præfat. f. 921. Cardinalis præsertim Zabarella eâ vehementiâ, ægro licet corpore, Cæsaris & Germanorum pro reformanda prius Ecclesia studium impugnavit, ut & concertationem intensissimam ultimam æstimaret loco testamenti vocem, & brevi post expiraret.

**Cæsar Sigismundus
de capiendis quibusdam Cardinalibus
consilium cepit.**

d. 11. Sept.
A. 1417.

eodem die Saturni, 11. Sept. A. 1417.

Schelstratenus p. 65. *Lecta*, inquit, *protestatione* (superiori) *tanta animorum conturbatio orta est in natione Germanica, ut Rex Romanorum habito cum suis consilio egerit de capiendis nonnullis Cardinalibus.* Et p. 267. Ex MSCtis Romanis: *His diebus magnus terror & turbatio erat in Concilio.* Fama enim erat communis, & multi scientes de consiliis Regis & adherentium sibi, dixerunt amicis, quod Rex proponebat & deliberaverat, aliquando capere omnes Cardinales. Et postea restrinxit ad sex. Et consequenter posuit octo: Et alios Prælatos: Et illierant de Notabilioribus proscripti, ut dicebantur, constantes steterunt, nec omiserunt loqui & prosequi quæ iusta eis videbantur. *Causa autem odii Regis in eos dicebatur, quod Rex volebat habere Papam ad voluntatem suam, (juxta reformationis regulas) & illis stantibus (reformatione posthabita aut dilata) non poterat.*

**Cardinales, nec minis in consensum
Cæsaris perducendi, à maturanda
ante reformationem electione Papæ
desistere detrectantes,
martyrii symbolum rubeis pileis
declararunt.**

d. 12. Sept.
A. 1417.

die Dominica 12. Sept. A. 1417.

Schelstratenus p. 65. seq. cum monuisset, Cæsarem de capiendis quibusdam Cardinalibus pridie egisse, ex MSCtis Romanis addit: *Cardinales, ea de re per civis Constantienses admoniti, statuerunt die XII. Septembris, quod propter tales minas & timores incusos, neque propter machinationes, quas sciebant Cardinales fieri contra eos, non dimitterent prosecutionem unionis Ecclesia usque ad mortem: Et portabant capellum rubrum in signum martyrii, si opus esset, pro Ecclesia Dei, nec de aliquo terrebantur.*

**Legati Regis Castellæ, IV. Episcopi,
à fuga non sine pudore Constantiam reversi**

d. 12. Sept.
A. 1417.

eodem die Dom. 12. Sept. A. 1417.

Nudius quartus, die 9. Sept. Constantiam reliquerant. Ast à Cæsare in fuga retenti, hæserant in via triduo. Reversi hodie, plus reliquorum Principum iannis quam gratulationibus excepti, ut *Dacherius* notavit. De lite vero, quæ intercessit.

Protestatio Nationis Germanicae
facta in Concilio Constantiensi.*Contra electionem Papae, reformationi Ecclesie minime praemittendam.**In MSC.
Berolin.*

Reverendissimi Patres & Domini. Multoties ac iteratis vicibus per hos dies ad dandum *deputatos tractatus electionis futuri summi Pontificis*, praestitine, & ordine quodam *praepostero*, prout quosdam vestros praedecessores similiter accelerasse compertum est, *vestrae Paternitates* latis importunè, ut videtur, salvà in omnibus tanti fastigii reverentia debitâ & condigna, *requisierunt* inter ceteras orbis nationes, in religione Christiana & divini cultus, ut sperat, Deo *devotam, patientem, & humilem nationem Germanicam*, per Dei gratiam non magis *impotentem*, sed praeter *imperialem monarchiam, octo regna inclÿta, Ducatus, Marchionatus, & alios Principatus, Potentatus & Comitatus latissimos & potentissimos, dominiaque, & communia proxima, inconfRACTA viribus, parante Domino, continentem*: Ex retardata *mora* multa etiam excogitata pericula, *guerrearum, pestis & famis, allegando*,

Ex quibus quidem de nobis, ut famâ referente cognovimus, asserere videntur, *eandem nationem ecclesiasticae unionis impeditricem*: Imò, sicut quorundam *scripta* videntur innuere, fautoriâ hæresis quondam Johannis Wicleff & Johannis Hufs maculatam,

*Vid. supr.
Tom. I.
f. 922.*

Quas quidem *injurias & calumnias*, absque facti veritate inductas, propter bonum pacis & servandæ concordia, hæctenus magis voluit dicta natio patienter tolerare, quam quod impatienter exurgens in laboribus propriis de fraterna turbatione & turbatis securitate & quiete vellet per cetera orbis regna notari quovis modo.

Non credant paternitates vestrae reverendissime, quod *ipsa natio* suæ famæ præclaræ, quinimò propriæ salutis oblita, non vellet toto conatu *unionem & pacem ecclesiasticam* quarere, quæsitam & inventam firmissimis, in quantum posset, fundamentis stabilire.

Nec est aut erit assertrix, nec unquam intravit ejus mentem hujusmodi hæreseos infectio, ut ecclesiam sine summo Pontifice debite hierarchisari pu-

ret, aut utilem ejus vacationem, diutius protelatam. Quam tamen, non presidente concilio, *periculosissimè* putat. Et forsan *magis periculosam* jam fuisse *per biennium*, quò hoc sacrum concilium adversarios plures quam nunc habet & habuit, Reges & regna, qui & quæ de Dei gratia cum eodem nunc concurrunt in unitate veræ pacis contra leviora nunc pericula iminentia, eandem vacationem, existimat. Et tamen istius *biennialis vacationis* tempore non oportuit electionis futuræ tractatui tam ardentem incumbere, dictamque nationem tam importunè requirere, Quoniam, ut nunc, magis videbatur necessarium, alia *prævia & perfecta unione cum seculo* preparare. In quibus si *dilatatio unione nulla* per Augusto, quid minus debito aut negligenter præ ceteris egerit, judicet is, qui pariter omnia novit. Et in eo clara & puræ conscientia testimonium absque fallatione poterit invocare.

Et quia plagam schismatis sive divisionis ecclesie *præcedens deformatio* meruit: Ideò pro futuris schismatibus, quæ in electionibus summorum Pontificum oriri timentur, evitandis, omnium agendorum summè necessarium, proxima parte restans, est *reformatio capitis & curiae Papalis, cui & necessario electio futura* habet inniti & ex ea legibus sanctissimis stabiliri.

Quam *præambulam reformationem* summus ille Pontifex, in cruce moriens, ecclesiamque militantem, ex parte Vicariæ capituli tunc vacantem, dimittens, *deformatio* *omnibus electis apostolis*, antequam cæli clavigero, sed lapsum suum lacrymantem & converso, reliquos, ut creditur confirmanti, pascendas oves committeret tanquam Papæ, *multis argumentis reformatio* per dies plures exemplo charissimo practicavit, ut *mundatum pastorem* præficiendum cum ovili præmunderet.

A quo quidem tempore nascentis ecclesie, per ipsum probatissimum Petrum, Apostolorum Principem, reliquosque

ta nutriverunt, *fastusque & pompa* surrexerunt & creverunt *in clero*.

Ita, ut ex his *studia literarum & literatos defecisse, ecclesiarum, monasteriorum, dignitatum & beneficiorum aedificia solennia corrumpisse, & immobilia bona inculta permanisse, pretiosaque mobilia distracta, solos pecuniosos, nummularios, quondam expulsos de templo, leves & vagabundos, ignaros, vitiosos, & minus idoneos, spreto viris moribus & corpore gravibus, literatis, devotis & sanctis, nedum promotos, sed & in templo Dei, velut ex invictissima successione, prelatos fuisse, sibi que de tantis abusus tecisse licentiam, Cernens populus laicalis, velut scandalizatus ex his, ecclesiasticum statum, quem ab olim devoto cultu reverebatur, nunc tanquam amplius riguisset, levipendat, ut & illum apud aliquos magis Antichristianum quam Christianum fore putet.*

Idcirco, Reverendissimi Patres, *natio predicta, cautelam accipiens ex eventibus praeteritorum, quibus, etiam in Pisis juratam & promissam de futuro reformationem, etiam post duas electiones nedum impeditam, sed ad pejorem & nefandiorum priori statu dilapsam, tanquam decepta considerat: Volensque talium inordinationem anti-Christianam, & flagitiorum abominalium, & forsitan amplius quam schismatis nunc exterminati, horrendorum & pessimorum morum deformitates, secundum sanam conscientiam & sacros canones nullatenus tolerandas, ex ovili Dominico tanquam infectivam putredinem, antequam pastor apostolicus mundatus, sanctus & justus, & per mundatos sanctos & justos eligatur, praemundare, & domum Dei ab inveteratis, foetidis, mundandis maculis expiare, materiam pro introducenda forma disponere, & proseguenda sanitate corporis antitoda salutaria praeparare: Licet diutius per alios impedita, maturius tamen deliberata, desiderat omnes praedictas deformitates taliter auferri ac tolli, ut ecclesia sancta Dei ad instar illius regiminis salutaris, quo ipsa ante dictos centum vel quinquaginta annos, & secundum sacros canones antiquorum Patrum & sanctorum Doctorum, feliciter recta fuerat, in praemissis*

amplius gubernetur: Sublatis statutis seu decretis praedictis inordinationibus, ac in favorem quoad haec curia Romana promulgatis.

Adjiciens, fore *salubrium & tolerabilem, sacro praesidente concilio, Romanam pro certo tempore vacare Ecclesiam, quam quod illotis manibus, hoc est, membris capituli vicinioribus, compaginetur ipsum caput, aut cranium etiam contrectetur, & spurcitia manuum coinquinetur, vel unguibus non praecisus vulneretur.*

Et clarius loquendo, expedire videtur omnino, *Pontificalem cathedram prius diligenter purgari, & Romanam ecclesiam de coris moribus illustrari, quam futurum Praesulem, etiam si sanctissimus eligatur, virtutum vestimenta, in istis abusionibus sedendo, commaculare, picem pravae consuetudinis tangere, aut quo vadat, palpitando in tenebris, ignorare: Ut mox Papa electus, sanctis armatus legibus & stipatus agminibus, contra importunas quaslibet instantias valeat se tueri.*

Vos reverendissimos Patres, sub debito vestrae professionis, & poena inordinationis divini iudicii, primo, secundo & tertio, requirens & exhortans, instantem, instantius & instantissimum, quatenus dictae nationi Germanicae in praemissis coaptantes, ad reformationem praemissorum & aliorum Romanae Curiae inordinationum, taliter & tam efficaciter cum ea procedere velit: Ut aptatis capitulis effectualibus, omnium praedictorum reformatio in publica sessione concludi, consequenter ad tractatum electionis, qui tunc facilius erit & ad ipsam electionem, cujus fictionem effugiet spiritus disciplinae praereceptum secundum hujus sacri concilii decretum procedi valeat: Et quod ex inde nuncius reformatus, summus & indubitatus Pontifex, consequenter cum sacro concilio inferiora membra reformaturus, rite praeciatur, & perfecta stabilisque unio subsequatur.

Insuper quoque protestatur haec dicta natio Germanica coram Deo, tota curia caelesti, universali ecclesia, & vobis, quod nisi feceritis praemissa per eam, sed per supra dictis, quod non per eam, sed per vos stat, stetit & stabit, quod minus sponsa Christi

missis per insidias capti egregii alias duo Episcopi, Archiepiscopus Rigenfis, Johannes à Wallenrod, & Episcopus Curiensis, Johannes Abundi. Hos enim Cælaris partes pertinaciter sectantes, quorum vota libens audiret Cæsar, adorti Cardinales implicitum cum Ordine Teutonicorum, Episcopatu Rigenfis non sine tædio frui. Quamquam propter spes erat, tranquilliori Episcopatu eum iri expugnatum. Promissus itaque Episcopatus Leodiensis, si in sententiam iret Cardinalium, Papamque mox eligi permitteret. Pari ratione ac conditione Curiensi Episcopo promissus Archiepiscopatus Rigenfis, Papa electo. Quod Johanni Abundi abunde satisfecit.

Ita boni hi viri per insidias capti ac irretiti, à Cæsare abstracti, reliqua nationis Germanicæ membra facile circumduxerunt, ut se tandem desertum inteligeret Optimus Imperator.

In laudata antiqua historia MSSa fatorum Concilii Const. & Basil. Moguntia A. 1440. edita ac Principibus Imperii exhibita, universa hæc fata detecta.

Da der Bischoff von Engeland Sarisburiensis verstorben war, da lagen die Cardinale an Bischoff von Riga, daß er seinen Willen dazu mochte geben, daß man einen Papst köre. Er solt für das Bistum zu Riga haben, wven ein Papst gekoren würde, das Bistum Luok.

Desgleichen Bischoff Johannes Habundi, der ein klein Bistum hatte, solte dafür ein Erzbischoff zu Riga werden: Und die Cardinale solten sich dazu verbinden, daß der Pabst, so erkohren würde, solte zu Costniz bleiben mit dem Concilio, bis das die heilige Kirche so rechtfertiget würde. Diese zu vven obgenante Bischöve, also gebrochen und überwunden mit Versprechungen, machten, daß die Deutsch Natie der Cardinale Begehrung zuliess.

Congregatio Generalis,

in templo Cathedrali,

die Jovis, 23. Sept. A. 1417.

d. 23. Sept.
A. 1417.

Dantur Commissarii ad parandam concordiam inter Hispania legatos de jure suffragiorum.

In MSC. Anno & indictione, quibus supra, die vero Jovis, XXIII. mensis Sept. fuit congregatio generalis Constantiæ in ecclesia majori, & in loco sessionis, hora tertiarum, prædictis, pro sessionibus tenendis principaliter deputata. Præsentibus ibidem reverendissimis in Christo patribus & Dominis, Johanne, episcopo Ostiensi, Cardinali Vivariensi, Angelo, episcopo Penestrino, Cardinali Laudensi, Petro Hispano, Jordano, episcopo Albanensi, Cardinali Ursinensi, Francisco Venetiarum, Antonio Aquilegeni, Angelo Veronensi, Branda Placentino, Guilielmo S. Marci, Petro de Fuxo, Presbyteris, Amadeo Saluciarum, Ottone de Columna, & Lucido de Comite, Diaconis Cardinalibus, ceterisque illustrium Principum, Romanorum, Franciæ, Angliæ, Castellæ, Arragoniæ, Portugalliæ, Cypri, Neapolitani, Daciæ, Sueciæ, Norwegiæ & Poloniæ Regum Ambassiatoribus, ceterisque in multitudine numerosa.

Ubi sine solennitate officiorum missæ

& litaniarum in sessionibus fieri solitis, de mandato congregationis sive synodi atque concilii Constantiensis venerabilis vir Dominus Petrus de Polonia, alias de Lamburga, Decretorum Doctor, ascendit ambonem synodi, & ibidem quandam commissionem in schedula papæ pyrea, cujus tenor inferius est inferius legebat. In qua schedula, sive commissione committitur iudicibus in dicta schedula contentis, ut causam meam, sive movendam inter venerabiles viros, Dominos Ambassiatores Regis Castellæ, una, & Ambassiatores Regis Arragonum, de super pluralitate vocum absentium Prælatorum de Trinacria & Sardinia Regni, per Dominos Ambassiatores Regis Arragonum habenda, prout ipsis Ambassiatoribus Regis Arragonum aliis in eorum unione plenarie fuit concessum. Et alia committit, prout in dicta commissione continetur.

Quæ quidem commissio fuit approbata per synodum per organum Domini Vi.

d. 27. Sept.
A. 1417.

Defuncti Cardinalis Florentini
exequiæ magna cum pompa celebratæ
Poggio Florentino parentante.

die Lune, 27. Sept. A. 1417.

Cum pridie obiisset, exenteratus atque aromatibus conditus, hodie terrâ conditus est, inter sacra publica magno cum splendore, præsentibus Cæsare, Principibusque omnibus, nec non universo clero, in choro templi Franciscanorum. Cui & monumentum è marmore positum, Cardinalitio pileo in perpetuam memoriam suspenso. Monumentum hoc est:

ANNO DOMINI MCCCCXVII. VI. Kal. OCTOB.
Constantiæ in Concilio generali
Franciscus Zabarella Patavus
Cardinalis Florentinus, Vir doctissimus,
Post multa ejus in universalis Ecclesiæ
Unionem egregia merita, obiit,
Summo omnium cum mœrore.

Elapsis quatuordecim diebus, exhumatus, Patavium in patriam deportatus, à civibus suis præclaro novo Epitaphio ornari meruit.

Floridissimus Concilii orator Poggius Florentinus præclara oratione funebri merita viri celebravit. Dedimus illam supra Tom. I. f. 537.

d. 2. Oct.
A. 1417.

Nova Oratione funebri
Francisco Zabarellæ nuper defuncto parentatum

Die Sabbathi, 2. Octob. A. 1417.

Peroraverat Poggius Florentinus nuper die 27. Septembris cum funus esset. Alius hodie Orator in laudem præclarissime meriti Cardinalis dixit. Quam Orationem itidem supr. Tom. I. f. 546. seqq. recensuimus.

Cæsar & Natio Germanica
in electionem Papæ condescendentes
novam quæstionem prius expediendam
moverunt;

Pontificem novum creandum statim
à creatione ad reformationem perficiendam
se accingere debere, nec ante
discedere, quam illâ confectâ.

Cæsar, videns se derelictum, invitus in proximam Papæ electionem, reformatione licet nondum peracta, consensit quidem, ast, cum conditione: Si decreto publico caveretur, ac graviter ediceretur, quod Pontifex novus statim à sua electione ad reformationem præstandam se componere deberet, junctâ Concilii operâ, nec ante Constantiâ emigrare, quam Reformatio esset absoluta.

Fecit Cæsar, cum primum obtinere non potuisset, quod Cæsarea virtute spirituque celso dignum, ut omnibus modis, quoscunque demum obtinere posset, reformationem urgeret, si non ante electionem, quod maluisset, statim tamen ab electo Papa. Imo in præsentî Concilio, ante illius finem, Urst igitur hoc cum natione Germanica vehementer. Quam spem ArchiEpiscopo Rigenfi & Episcopo Curiensi nuper occulte fecerant Cardinales. Voluit igitur Cæsar, hanc spem

sentibus ibidem reverendissimis patribus, Dominis Johanne, episcopo Ostiensi, Cardinali Vivariensi, Angelo episcopo Pestrino, Cardinali Laudensi, Jordano, Episcopo Albanensi, Cardinali Urbinensi, & Petro S. Sabina, Cardinali Hispano, Antonio Bononiensi, Francisco Venetiarum, Antonio Aquilegenesi, Gabriele Senensi, Angelo Veronensi, Thoma Tricaricensi, Branda Placentino, Guilielmo S. Marci, Antonio de Chalanco, Simone Remensi, Petro de Fuxo, Presbyteris, Ludovico de Elisco, Ottone de Columna, Lucido de Comite, Raynaldo de Branchatiis, Diaconis Cardinalibus.

Officio missæ completo, Domini Prælati more sessionum induerunt pluvialia, & capitibus imposuerunt mitras suas. Et fuit inceptum officium litaniarum per Diaconum: Orate. Et ulterius fuit continuatum per Dominum Johannam Ostiensem Episcopum, tanquam Præsidentem & Seniore inter Cardinales, cum collectis & orationibus ad hoc requisitis, & evangelio: *Estote misericordes, sicut pater vester, qui in cælis est.*

His peractis, ascenderunt ambonem, de mandato dicti concilii, reverendissimi patres, Dominus Bartholomæus, Anti-Episcopus Mediolanensis, & Petrus de Lamburga, de Cracovia.

Præfatus Dn. Bartholomæus, Archi-Episcopus Mediolanensis, legebat altâ & intelligibili voce conclusiones factas, ordinas & conclusas per singulas nationes.

Primò constitutionem super futuris conciliis celebrandis; Item, super provisione adversus futura schismata: Item de professione Papæ: Item, de translatione Prælatorum invitorum: Item, de spoliis & procuratoribus. Quarum constitutionum tenores inferius sunt inserti.

Quibus constitutionibus publicatis, concilium sive synodus Constantiensis unanimiter, nemine discrepante, ipsas per organum reverendissimi patris, Domini Johannis Episcopi Ostiensis, Cardinalis Vivariensis, propter dissensionem, quam nationes super ordine in respondendo super approbationibus publica-

torum habebant, pro hac vice respondendo nomine totius concilii per verbum *Placet*, approbavit.

Subsequenter fuit lecta & pronunciata una commissio pro parte Domini Episcopi Turnacensis. In qua & per quam synodus commisit causam dicti Episcopi contra quendam suum intrusum, Dominis iudicibus concilii, viris reverendis, patribus Jacobo Plocensi, Johanni Varenensi, & Matthæo Pistoriensi, juxta petitionem audire & expedire, sine terminatione, ut in eadem, cujus tenor inferius est insertus.

Postremo fuit lecta & publicata per Dnm Petrum de Lamburga, sive de Cracovia, litera missiva per Conestabulum Regni Sicilia, virum fortem, Capitaneum gentilium armorum, directa concilio. In qua narrat introitum suum ad urbem Romanam, & causam dicti sui introitus. Cujus literæ similiter tenor sequitur inferius &c.

Quibus factis ipsum concilium, sive synodus Constantiensis, admisit prædicta, approbando tamen commissionem Domini episcopi Turnacensis per organum ejusdem Domini episcopi Ostiensis per verbum *Placet*. Præsentibus discretis viris, Dominis Cardinalibus, Arce nec non Franciæ, Angliæ, Hispaniæ, Neapoli, Portugalliæ, Navarræ, Neapolitani, Hungariæ, Daciæ, Sueciæ, Norwegiæ, ac Bohemiæ & Poloniæ Regum Ambassiatoribus, ceterisque Ambassiatoribus, procuratoribus, nunciis, Doctoribus, & Magistris, dictum concilium & synodum Constantiensem præsentantibus, in numero copioso, testibus ad præmissa vocatis & rogatis.

Tenores verò dictarum constitutionum synodaliū, commissionis in causa Cumanensis episcopatus, & literæ missivæ Conestabili regni Sicilia, de quibus supra fit mentio, sequuntur, & sunt tales:

Istud est principium reformationis ecclesiasticæ, publicatum in publica sessione Constantiensis, anni Domini MCCCCXVII. indictione X. die IX. mensis Octobris.

De Conciliis Generalibus.
Per Bartholomæum ArchiEpiscopum
Mediolanensem prælectum decretum.

Fr-

nodi ipso jure ab omni administratione suspensi, nec eis, aut eorum alteri, donec causa ipsa per concilium terminata fuerit, à quoquam sub pœna fautoriae schismatis quomodolibet obediatur.

Quòd si fortè electionem Romani Pontificis, per metum, qui caderet in Constantem, seu impressionem, de cetero fieri contingat, ipsam nullius decernimus efficaciam, vel momenti, nec posse per sequentem consensum, etiam metuprædicto cessante, ratificari vel approbari. Non tamen liceat Cardinalibus ad aliam electionem procedere, nisi ille, qui fuit electus, fortè renunciaret, vel decedat, donec per generale concilium de electione illa fuerit judicatum. Et si procedant, nulla sit electio, ipso jure, sintque sic secundo eligentes, & electus, si se Papatui ingesserit, omni dignitate, honore & statu, etiam Cardinalatus & Pontificali, ipso jure privati & inhabiles de cetero ad eandem ac etiam ad Papatum, nec aliquis eidem secundo electo, ut Papæ, sub pœna fautoriae schismatis obediatur quomodolibet. Et eo casu concilium de electione Papæ provideat illa vice, sed liceat, imò & teneantur electores omnes, aut saltem major pars eorum, quàm citò sine periculo personarum poterunt, etiam si periculum omnium bonorum imminet, se transferre ad locum tutum, & metum prædictum allegare coram Notariis publicis, & notabilibus personis ac multitudine populi in loco insigni. Ita tamen, quòd allegantes metum hujusmodi, habeant in illius metus allegationem exprimere speciem & qualitatem dicti metus, & jurare solemniter, quòd metus taliter allegatus sit verus, & quòd credant, se ipsum posse probare, & quòd per malitiam vel per calumniam hujusmodi metum non proponant. Nec ultra proximum futurum concilium ullo modo differri possit allegatio dicti metus.

Teneantur insuper, postquam se transtulerunt, & metum allegaverunt modo prædicto, provocare sic electum ad concilium. Quòd concilium si ultra annum pendeat, à die provocationis hujusmodi, intelligatur ad annum, ut supra, ipso jure terminus abbreviatus,

Et nihilominus teneatur electus ipse sub pœnis prædictis, & Cardinales sub pœnis amissionis Cardinalatus & omnium beneficiorum suorum, quàm ipso facto incurrant, infra mensem à die provocationis, concilium ipsum, ut supra dicitur, indicere & publicare, & quam citius poterunt intimare, ac Cardinales ipsi, ceterique electores ad locum concilii tempore convenienti personaliter se transferre, & usque ad finem cause expectare teneantur.

Teneanturque Prælati ceteri, ut supra, ad convocationem Cardinalium tantum, si fortè electus convocare cessaret, accedere. Qui sic electus in concilio ipso non præsideat, quinimò sit à termino initiandi concilii ipso jure ab omni administratione Papatui suspensus, nec sibi à quoquam sub pœna fautoriae schismatis quomodolibet obediatur. Quòd si infra annum ante diem indicti concilii contingant supradicti casus, videlicet, quòd plures se gerant pro Papa, vel quòd unus per metum seu per impressionem eligatur, censeantur ipso jure tam gerentes se pro Papa, quàm electus per metum seu impressionem, & Cardinales, ad dictum concilium provocati, teneanturque in ipso concilio comparere personaliter, causam exponere, & judicium concilii expectare. Sed si dictis casibus occurrentibus contingeret fortè casus aliquis, quòd necessarium sit, locum concilii mutare, ut obsidionis, vel guerra, aut pestis, aut similis, teneantur nihilominus tam omnes supradicti, quàm omnes Prælati, ceterique, qui ad concilium ire tenentur, ad locum proximiorum, ut præmittitur, qui sit habilis ad concilium, convenire, possitque major pars Prælatorum, qui infra mensem ad locum certum declinaverint, illum sibi & aliis pro loco concilii deputare, ad quem ceteri venire teneantur, acsi à principio fuisset deputatus. Concilium autem, ut præfertur, convocatum, & congregatum, de hujusmodi schismatis causa cognoscens, & in contumaciam electorum, seu gerentium se pro Papa, vel Cardinalium, si fortè venire negligierint, litem dirimat, causamque definit, & culpabiles

Ne Prælati transferantur inviti.

Cum ex Prælatorum translationibus ecclesiæ, de quibus transferuntur, plerumque gravibus in spiritualibus & temporalibus subiaceant dispendiis & jacturis, Prælati quoque nonnunquam jura & libertates ecclesiarum translationis formidine non adeò solenter, ut alias, prosequantur, ac ad importunitatem quorundam, quæ sua & non quæ Jesu Christi sunt, quærentium, Romanus pontifex forsitan, ut homo facti nescius, in hujusmodi circumveniatur, aut alias leviter inclinetur: Præsentibus statuimus & ordinamus, invitòrum Episcoporum & superiorum translatio-

nes absque magna & rationabili causa, quæ vocatâ parte cognita fuerit & decisa, de consilio sanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinalium, vel majoris partis, & cum subscriptione eorundem, de cetero fieri non debere, inferiores verò, ut Abbates, aliique perpetuo beneficiati, absque justa & rationabili causa cognitâ, immutari, amoveri, seu privati non debeant. Adjicientes, quòd in mutationibus Abbatum subscriptio Cardinalium interveniat, sicut in Episcopis est præmissum, salvis constitutionibus & privilegiis ecclesiarum, & monasteriorum, & ordinum quorumcunque.

De spoliis & procurationibus.

Cum per Papam facta reservatio & exactio & perceptio procurationum, ordinariis & aliis inferioribus Prælatibus debitarum, ratione visitationis, nec non & spoliòrum decedentium Prælatorum, aliorumque clericorum, gravia ecclesiasticisque personis afferant detrimenta: Præsentibus declaramus edicto, rationi fore consentaneum, ac reipublicæ accommodum, tales per Papam reservationes, ac per collectores, & alios auctoritate apostolicâ deputatos, seu deputandos, exactiones seu perceptiones, de cetero nullo modo fieri seu attemptari, quinimò procurationes hujusmodi, & quorumcunque Prælatorum, etiam Cardinalium, vel ipsius Papæ familiarium, vel officialium, & aliorum quorumcunque clericorum, in Curia Romana, vel extra, ubicunque & quandocunque decedentium, spolia, seu bona eorum mortis tempore reperta, planè & liberè pertineant illis, & per illos recipiantur, quibus alias, præfatis reservationibus, mandatis & exactionibus cessantibus, competere, ac pertinere deberent.

Prælatibus etiam inferioribus, & aliis,

Datur potestas iudicibus Concilii definiendi possessorum causæ
Episcopatus Cumanensis.

In MSC.
Lipf.

Sacrosancta & generalis synodus
Constantiensis, universalem Eccle-

siam Dei representans, Venerabilibus
fratribus Placentinensibus, Pistoriensibus & Faventinis
Episcopis,

d. 19. Oct.
A. 1417.

Comitia Cæsaris

die Martis, 19. Octob. A. 1417.

De controversia inter Duces Bavarie

Ludovicum Ingolstadensem & Henricum Landshutanum.

Coram tribunali Cæsaris versabatur controversia inter laudatos Duces Ludovicum Bavarum Comitem Mortaniæ, Gallie Regis in Concilio legatum, & Henricum Bavarum, fratruales. Quod autem lis non componeretur sine lite & opprobrio, in confessu Henricus Ludovico vindictam denunciavit: *Ludovicus, sic car, ut sentias.* Et si vero Cæsar ac Principes sua auctoritate interposita remedium quærerent, Henricus tamen iratus domum abiit, eadem Ludovici illo statim machinatus die. *Windeck.*

Henricus Bavarie Dux armis

lethalibus fratrualem suum Ludovicum

Bavarie Ducem, Comitem Mortaniæ,

Regis Gallie in Concilio Legatum, Constantiæ in Concilio aggressus.

d. 19. Oct.
A. 1417.

eodem die Martis, 19. Octob. à prandio, A. 1417.

E iudicio discesserat ante meridiem *Henricus*. Pransus, arma prehensit, canistrosque suos armatos adesse iussit, incios licet consilii. Quique noverat, Cæsarem cum Ludovico ad Episcopi Passaviensis prandium divertisse: Ludovicus à prandio adventum præstolatus, dum equo vectum conspexit, Agite, inquit, tempus est: Seque suosque in equos subito coniecit. Ludovico occurrens: *Memento, inquit, quid hodie dixeris?* Ferroque stricto, *Age, te defende.* Vulneratumque lethaliter, adeoque ex equo prolapsum Ludovicum, non sine cæde dimittere statuerat Henricus. Retrahitus autem per servos suos in fugam se vertit ex urbe elapsus. Quamquam vero Cæsar re cognita vehementer offensus fugientem persequi non desisteret, insequi tamen non sustinuit. *Windeck.*

Res tandem sub Papa Martino V. in Concilio hoc composita, cum Ludovicus convaluisset.

In MSC. Vind. Dorr. *Offensio s. lesio Ducis Ludovici Bavarie facta per Ducem Henricum de Bavarie.*

In MSC.
Vindob.
Dorr.

Anno Domini quo supra, XIX. die mensis Octobris, hora prima post meridiem vel circa illustris Princeps Dux Henricus de Bavarie, filius quondam Friderici Ducis Bavarie, intravit manu armata & propria cum aliquibus familiaribus suis in illustrem Principem Ludovicum Ducem Bavarie, filium quondam Stephani Ducis Bavarie, fratrualem suum ipsam lethaliter vulnerando. Et pro mortuo relicto, dictus Dux Henricus per portam Scotorum in equo exivit cum aliquibus familiaribus suis. Quem secuti fuerunt Dominus Sigismundus Romanorum Rex cum multis nobilibus, Baronibus, &c. & civitatensibus. Sed prædictus Dux Henricus evasit. Hæc fuerunt acta in civitate Constantiensi ex opposito Ecclesie Cathedralis ante portam domus civis dicti der Rohrwiltz, in cuius domum ductus fuit tanquam mortuus, sed supervixit.

Dacherius hoc facinus refert ad diem Mercurii, 20. Octob.

In Annalibus Boicæ gentis, Parte II. lib. 7. f. 144. seqq. hæc fata Constantiensia his depicta coloribus.

Aduere Concilio tres Bojaria Principes, Guilielmus Monacensis, Ludovicus Ingolstadenensis, Henricus Landshutanus. Eo traxit Bavaros non causa modo publica & Cæsaris reverentia, sed etiam rei privata ratio. Ludovicus Stephani filius Comes Moretanum rediit

1447 De reformatione per novum Pontificem statim facienda.

Sigismundus Imperator
Constantiensibus certa impertivit privilegia

die Mercurii, 20. Octob. A. 1417.

Diploma Cæsareum Germanicum dedit *Reichenaltius* in sua *Concilio Const. historia* sub finem.

Congregationes Deputatorum V. Nationum

De forma decreti, per Germanos
desiderati, quoad reformationem

per novum Pontificem adornandam.

Cardinales, cum obtinuissent, Papam proximè eligendum sine reformatione prævia, hoc dare visi Germanis, ut decreto caveretur, novus Pontifex reformationem statim capefferet. Consultatum igitur diu multumque de modo decernendi, aut *forma desiderati decreti*. Schelstratenus ex *MSC. Rom. p. 269*. *Postea fuerunt facta diversa forma decreti ad hoc: (Ad roborandam reformationem, quam Papa statim à creatione instituere deberet.)*

Ast vanæ propemodum illæ consultationes visæ, quando post longas disputationes de forma decreti expetiti, Germanis per Cardinales significatum, electo Pontifici nihil præscribi posse. Tandem fuit dictum, inquit Schelstr. ex *MSC. Rom. quod Papa electus ligari non poterat.*

Neque adeo mirum, Nationes convenire quoque non potuisse de articulis per novum Pontificem in Reformatione attendendis: *Semper agebatur per Deputatos Cardinalium & Nationum omnium de concordando articulos reformationis. Sed pauci & vix poterant concordari. Una natio volebat uno modo, alia alio. Et diu fuit laboratum & parum actum.*

Episcopo Vinctoniensi Anglo,
qui Constantiam hoc tempore
venit, mediatore, composita controversia
postulati à Germanis decreti Conciliaris,
De reformatione per Papam præstanda.

Schelstratenus ex *MSC. Romano*: *His pendentibus, venerunt dietas de Constantia, & quod ibat in Jerusalem. Et fuit per Anglos significatum Cardinalibus & persuasum, quod multum afficiebatur unione Ecclesie. Et quod scriberent sibi, quod veniret Constantiam, quod faceret cum Rege Romanorum quicquid vellet. Quod fecerunt Rex etiam scripsit. Et ivit ad illum Episcopus Lichfeldensis, & adduxit cum Constantiam in habitu peregrini cum cruce. Et sic intravit, & stetit in Constantia pluribus diebus. Et ierunt illi obviam Rex & tres Cardinales. Tractatum est per Cardinales & Deputatos omnium nationum, paucos tamen, cum Rege, per medium illius Vinctoniensis. Et finaliter deventum est ad hoc, quod daretur per Decretum Concilii in forma infra scripta, (vid. d. 30. Octobr.) cautio de fienda reformatione post electionem Papa, & expedirentur Capitula reformationis concordata per omnes nationes, & darentur Deputatis ad ordinandum modum electionis.*

Congregatio Deputatorum V. Nationum.
Pro Reformationis, per Papam parandæ,
Capitibus definiendis.

Uti inter Cæsarem & Cardinales Nationesque convenerat, Episcopo Vinctoniensi Anglo adjutore, de decreto, Cæsari & Germanis dando, quo futurus Papa obligaretur ad reformationem profequendam: Ita pro eadem conventionis

SESSIO GENERALIS XL.

In templo Cathedrali

Absente Cæsare SIGISMUNDO,

Præside Johanne Ostiensi, Cardinale Vice-Cancell.

die Sabbathi, 30. Octobr. A. 1417.

De reformatione status Ecclesiastici, per novum Pontificem, adjuvante concilio, proxime, ante Concilii finem, instituenda.

In MSC. Vindobonensi Doriiano.

In MSC. Vind. Dörr. **S**essio publica & optima, disponens ad electionem futuri summi Pontificis. Anno Domini MCCCCXVII. d. XXX. mensis Octobris, fuit sessio publica & solennis in loco consueto. Ubi post ceteras solennitates & ceremonias consuetas, fuit lecta & approbata schedula, quæ sequitur, per modum decreti, concorditer per omnes Cardinales & omnes nationes. Presentibus multis Principibus secularibus &c. Rege tamen Romanorum absente. Et quæ lecta & approbata, cantatum fuit Te Deum laudamus solenniter.

Et in eadem sessione fuit lecta una schedula, in qua facta fuit gratia Castellanis, quod si Cardinales olim Benedicti venirent intra decem dies, circa, deberent admitti cum aliis Cardinalibus.

Ad laudem, gloriam & honorem omnipotentis Dei, Vid. infr.

Item in prædicta sessione fuit etiam pronunciatum & concorditer approbatum sequens decretum per omnes nationes & Cardinales.

Sacrosancta &c. statuit & decernit, quod futurus summus Pontifex per Dei gratiam de proximo assumendus, cum hoc sacro concilio, vel deputandis per singulas nationes, debeat reformare ecclesiam in capite & curia Romana, secundum æquitatem & bonum Regimen ecclesiæ, antequam hoc sacrum concilium dissolvatur, super materiis articulorum, alias per nationes in reformatorio oblatorum, qui sequuntur, videlicet &c. Hoc adjecto, quod facta per nationes deputatione prædicta, liceat aliis de licentia Papæ libere ad propria remeare.

Primo de numero, qualitate & natione Dominorum Cardinalium. Item de reservationibus sedis apostolicæ, Item de annatis, communibus servitiis & minutis, Item de collatione beneficiorum & gratiis expectativis. Item de confirmatione electionum. Item de causis in curia Romana tractandis, vel non. Item de appellationibus ad Romanam curiam. Item de officiis Cancellariæ & Pœnitentiariæ. Item de exemptionibus & incorporationibus tempore schismatis factis. Item de Commendis. Item, propter quæ & quomodo Papa possit corrigi vel deponi. Item de extirpatione simoniæ. Item de dispensationibus. Item de indulgentiis, Item de non alienandis bonis Romanæ & aliarum ecclesiarum. Item de provisione status Papæ & Cardinalium. Item de fructibus medi temporis. Item de decimis imponendis.

In MSC. Lips.

Die Sabbati tricesima supradiæ mensis Octobris, Constantiæ, in majori Ecclesia, in loco solito, hora horologii sexta vel quasi, ante meridiem, fuit tenta dicta sacrosancta synodus sessio publica, & solennissime celebrata. Pro cujus sessionis introductione Reverendissimi in Christo Pater & Dominus, Jordanus, miseratione divina Episcopus Albanensis, Sanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinalis vulgariter nuncupatus, missam de Sancto Spiritu devote celebravit. Et hujusmodi missâ finita, Reverendissimi, Reverendique Patres & Domini Domini Sanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinales infrascripti, Patriarcha, Archi Episcopi, Episcopi, ceterique ad quos pertinuit, mitras capitibus suis imponentes, se cappis pluvialibus induerunt, &c.

Tenores vero dictorum *Decretorum* & constitutionum, de quibus supra fit mentio, sequuntur & sunt tales:

Reformationes fiendæ per Papam una cum Concilio antequam concilium dissolvatur. Per Cardinalem Guilelmum Philasterii prælectæ.

*In MSC.
Brunsv.
& Lips.
Vindobon.
Dorr.
Wolf.*

Sacro sancta synodus Constantiensis statuit & decernit, quod futurus summus (Romanus) Pontifex, per Dei gratiam de proximo assumendus, cum hoc sacro concilio vel deputandis per singulas nationes, debeat reformare ecclesiam in capite & Curia Romana, (curiam Romanam) secundum æquitatem, & bonum regimen ecclesie, antequam hoc sacrum concilium dissolvatur, super materiis articulorum, alias per nationes in *Reformatoriis* (Reformatorio) oblatorum, qui sequuntur:

Primo, de numero, qualitate & natione Dominorum Cardinalium.

Item, de reservationibus sedis Apostolicæ.

Item, de annatis, communibus servitiis, & minutis.

Item, de collationibus beneficiorum, & gratiis expectativis.

Item, de causis in Romana Curia tractandis, vel non.

Item de appellationibus ad Romanam curiam.

Item de officiis Cancellariæ & penitentiariæ.

Item de exemptionibus & incorporationibus tempore schismatis factis.

Item de commendis,

Item de confirmationibus electionum,

Item de fructibus medii temporis,

Item de non alienandis bonis R. E. & aliarum ecclesiarum.

Item propter quæ, & quomodo Papa possit corrigi vel deponi.

Item, de extirpatione Simonie,

Item, de dispensationibus.

Item, de provisione Papæ & Cardinalium.

Item, de indulgentiis.

Item, de decimis.

Hoc adjecto, (addito) quod facta per nationes deputatione prædicta, liceat aliis de Papæ licentia libere ad propria remeare.

Quod procedatur ad electionem Romani Pontificis, absentia Cardinalium Petri de Luna non obstante.

*In MSC.
Brunsv.
& Lips.*

Sacro sancta generalis Constantiensis synodus, attendens ea, quæ dudum Narbonæ pro unione ecclesie de admittendis in eadem synodo Cardinalibus obedientie Petri de Luna, olim Benedicti XIII. in sua obedientia nuncupati, concordata fuerunt, quodque post notoriam ejectionem hujusmodi vocati, infra tres menses & amplius a die ejectionis prædictæ expectati, non venerunt, statuit & decernit, fore ad electio-

nem Romani Pontificis juxta decernenda per eandem synodum ejusdem synodi auctoritate procedendum, ipsorum absentia non obstante, quos, si ante consummatam electionem futuri summi Pontificis venerint, & eidem concilio adhæserint, juxta juris dispositionem & decernenda per concilium una cum aliis ad electionem prædictam admittendos esse declarat.

De modo & forma eligendi Papam.

*In MSC.
Brunsv.
& Lips.
& Goth.
Vind.
Dorrian.
Wolf.*

Ad laudem, gloriam, & honorem omnipotentis Dei, ad pacem & unitatem universalis ecclesie, ac totius populi Christiani. Ut electio futuri Romani & summi Pontificis proximè celebranda, firmiori auctoritate & plurimum roboretur assensu: Et ne, attento

statu Ecclesie, super dicta electione imposterum ulla retractatio, ullus servulus in mentibus hominum resideat, sed ex illa sequatur unio certa, vera, plenissima & perfecta fidelium: Sacro sancta generalis synodus Constantiensis, communi utilitate pensata, de-

In MSC.
Lipf. &
Goth.

Quibus decretis sic, ut præmittitur, lectis, Reverendissimus in Christo Pater & Dominus, Dominus Johannes misericordie divinae Episcopus Ostiensis, sacrosanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinalis & Vice-Cancellarius, ac hujus sessionis præfident, nomine totius hujus sanctæ synodi respondit places.

Super quibus omnibus & singulis præmissis, & eorum quolibet, Magister Henricus de Piro, promotor & procurator prædictus, nomine quo supra, à protonotariis, notariis atque scribis perpetuis sanctæ synodi ad futuram rei memoriam unum vel plura, ac tot, quot fuerint necessaria, fieri petiit publicum seu publica instrumenta.

Præsentibus ibidem Reverendissimis in Christo Patribus & Dominis, Johan-

ne Ostiensi, Hispaniensi, Laudensi, Bononiensi, Episcopis, Venetiæ, Ragusino, Aquilegenfi, Senensi, Pisano, Veronensi, Tricaricensi, Placentino, de Chalanco, Remensi, presbyteris, de Brancatis, de Elisco, de Columna & de Comitibus, Diaconis Cardinalibus sanctæ Romanæ Ecclesiæ, ac Illustri Principe, Domino Friderico Imbrione Brandenburgensi, Sacri Romani Imperii Archicamerario, ac magnificis & generosis Dominis, Bertholdo de Ursino, Ludovico de Ottingen, & Guntero de Swartzenburg, Comitibus, aliisque Regum, Principum, Prælatorum, nobilium, communium collegiorum Ambassiatoribus, aliisque Christi fidelibus in multitudine copiosa.

Ardua hæc & difficilis
tortuosa ac impenetrabilis
Periodus

De Ecclesiastici Status reformatione
in Papa & Curia Romana

Per

CÆSAREM SIGISMUNDUM

indefesso studio

infracto labore

imperterrito animo

divino zelo

AN. M CCCC XVII.

menfe Augusti, Septembri, Octobri,

Constantiæ, in Concilio,

versata, conservata, promota,

defensa, definita,

omnibus primum Nationibus applaudentibus
folis Germanis constanter Cæsari junctis:

Ex antiquis monumentis

in Academia Julia

A. M DC XCIX menfe Majo

delineata ac resuscitata

Gloriosissime Imperante

CÆSARE LEOPOLDO

Antiquæ Virtutis Statore Christianissimo.



stantibus dubitandæ.